



DEMOKRATESCH
PARTEI



No bei dir.

Wahlprogramm 2023-2028

No bei dir.

Die DP hat in den letzten Jahren in besonders herausfordernden Zeiten Verantwortung für unser Land übernommen. Die DP-geführte Regierung hat unser Land sicher durch die Pandemie und die Energie- und Inflationskrise geführt. Gerade in Krisenzeiten hat die DP in Regierung und Parlament bewiesen, dass sie Herausforderungen anpackt und niemanden allein lässt.

Die DP ist als staatstragende und sozial-liberale Partei der Garant für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Mit drei erfolgreich abgeschlossenen Tripartite-Verhandlungen wurde der Sozialdialog als erprobtes Erfolgsmodell in Luxemburg gestärkt. Die DP hat den Index-Mechanismus erhalten, mit innovativen und mutigen Lösungen wie dem Energiepreisdeckel die Inflation erfolgreich bekämpft und mithilfe von sozial gestaffelten Direkthilfen und Steuerkrediten in Milliarden-Höhe die Kaufkraft der Menschen spürbar gestärkt.

Wir haben dabei besonders diejenigen im Blick, die unser Land tagtäglich am Laufen halten. Wir stehen für eine verantwortliche Wirtschafts- und Arbeitspolitik, die sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze schafft, anstatt sie zu gefährden. Wir kümmern uns darum, dass alle Menschen dieselben Zukunftschancen bekommen, um ihr Leben sicher und selbstbestimmt gestalten zu können.

Die DP packt die dringendsten gesellschaftlichen Herausforderungen entschlossen an. Wir werden nachhaltige Investitionsoffensiven im Wohnungsbau, in der Mobilität, in der Energieversorgung und im Gesundheitswesen starten – und unser Land so fit für die Zukunft machen.

Die DP in der Regierung ist der Garant für eine verantwortliche und lösungsorientierte Politik in Luxemburg, die die Menschen in den Mittelpunkt stellt und klare Antworten auf ihre Fragen und Sorgen bietet. Daher setzen wir in den kommenden Jahren sechs politische Schwerpunkte:

NO BEI ALLEN, DÉI SECH MÉI FINANZIELLEN FRÄIRAUM WËNSCHEN

Die DP ist immer bestrebt, das Steuersystem unseres Landes gerechter zu gestalten und die Kaufkraft der Menschen zu stärken – das ist fester Bestandteil der DNA unserer Partei. Auch in den kommenden Jahren geben wir zusätzlichen steuerlichen Entlastungen und der Umsetzung einer grundlegenden Steuerreform besondere Priorität. Dabei ist uns die Unterstützung von Familien mit Kindern besonders wichtig.

NO BEI ALLEN, DÉI MÉI BEZUELBARE WUNNRAUM WËLLEN

Die DP wird sich dafür einsetzen, dass der Wunsch vieler Menschen vom Eigenheim in Luxemburg realisierbar ist und dass alle Menschen Zugang zu bezahlbarem Wohnraum haben. In Zusammenarbeit mit privaten Akteuren werden wir deshalb eine staatliche Wohnungsbauoffensive einleiten, wie es sie in Luxemburg noch nie gab. Über den massiven Ausbau des öffentlichen Wohnungsbestandes werden wir insbesondere jungen Menschen am Anfang ihrer beruflichen Laufbahn erschwingliche Mietwohnungen anbieten und sie mit gezielten Beihilfen dabei unterstützen, ihr Eigenheim zu finanzieren.

NO BEI ALLEN, DÉI HIR ENERGIEKÄSCHTEN GÄRE SELWER AM GRËFF HUNN

Die DP wird Luxemburg mit einer verantwortungsvollen Energie- und Klimapolitik schnellstmöglich klimaneutral gestalten und gleichzeitig unseren Wohlstand langfristig absichern. Wir werden dabei die Menschen mit ihren Ideen und Bedürfnissen in den Mittelpunkt stellen. Mit der Einsetzung des Klima-Bürgerrats haben wir die Gesellschaft aktiv an der Weiterentwicklung des nationalen Energie- und Klimaplans beteiligt. Mithilfe von massiven Investitions- und Subventionsprogrammen werden wir die Energiewende schneller

vorantreiben als bisher geplant, damit alle Menschen und Unternehmen von einer sichereren und bezahlbaren Energieversorgung profitieren können.

NO BEI ALLEN, DEENEN D'ZUKUNFT VUN EISE KANNER UM HÄERZ LÄIT

Die DP setzt sich für faire Zukunftschancen für alle Kinder ein. Eine hochwertige, auf die spezifischen Interessen, Talente und Bedürfnisse zugeschnittene Bildung stellt die Voraussetzung einer freien Entwicklung und eines selbstbestimmten Lebens dar. Wir werden daher weiter massiv in die Qualität und Vielfalt unseres Bildungssystems investieren, einen Betreuungsplatz für jedes Kind garantieren und sicherstellen, dass unsere Jüngsten von klein auf die Kompetenzen vermittelt bekommen, die sie später im Leben brauchen.

NO BEI ALLEN, DÉI HIREN JOB GÄREN HUNN. AN HIR KANNER.

Die DP wird den Faktor „Zeit“ auch weiterhin in den Vordergrund ihres Handelns stellen. Wir möchten den Menschen mehr Zeit für ihre Familie geben und ihnen ermöglichen, Familien- und Arbeitszeit noch flexibler und nach den eigenen Bedürfnissen einzuteilen. Eine moderne Familienpolitik bedeutet für uns, dass es kein Widerspruch ist, Zeit mit den Kindern zu verbringen und Erfolg im Beruf zu haben. Die DP wird ein zeitlich begrenztes Recht auf Teilzeitarbeit für Eltern einführen, das bis zum 13. Lebensjahr der Kinder in Anspruch genommen werden kann. Wir wollen, dass alle Menschen in jedem Lebensabschnitt frei und selbstbestimmt darüber entscheiden können, wie sie leben möchten.

NO BEI ALLEN, DÉI MÉI FLEXIBEL SCHAFFEN A LIEWE WËLLEN.

Die DP setzt sich für eine hohe Lebensqualität in allen Lebensphasen ein. Das Leben jedes Einzelnen ist unterschiedlich und verläuft in unterschiedlichen Phasen, in denen Menschen mal mehr, mal weniger arbeiten möchten. Die DP will dieser Individualität bestmöglich Rechnung tragen. Durch flexible Arbeitszeitmodelle wollen wir den Menschen mehr Lebensqualität ermöglichen. Die DP steht für ein modernes Arbeitsrecht, das sowohl den Bedürfnissen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als auch der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber Rechnung trägt und auch der Selbstständigkeit wieder die nötige Wertschätzung entgegenbringt.

Die DP macht Politik für die Menschen und mit den Menschen. Wir haben in den vergangenen Jahren niemanden sich selbst überlassen – und werden es auch in Zukunft nicht tun. Die DP geht bereits heute die Probleme von morgen entschlossen an und wird dabei die Menschen konsequent einbinden. Wir wissen: Nur gemeinsam können wir die großen Herausforderungen unserer Zeit bewältigen.

Wir wollen, dass alle Menschen ein würdevolles und selbstbestimmtes Leben in einer offenen, toleranten, inklusiven und nachhaltigen Gesellschaft führen können. Wir werden den Sorgen und Bedürfnissen der Menschen Rechnung tragen und uns weiterhin für eine bessere Lebensqualität, zusätzliche Entlastungen und mehr Freiheit bei der eigenen Lebensgestaltung einsetzen.

Denn die DP ist: **NO BEI DIR.**



XAVIER BETTEL
nationaler Spitzenkandidat



LEX DELLES
Parteipräsident

INHALT

Intro: No bei dir	2
Steuerpolitik: Kaufkraft stärken und Mittelschicht entlasten	18
Privatpersonen	18
Eine wettbewerbsfähige Einkommenssteuer	18
Nachhaltige Entlastung der Mittelschicht	19
Steuerliche Gleichbehandlung aller Lebensmodelle	19
Keine Vermögenssteuer für Privatpersonen	19
Keine Erbschaftssteuer in direkter Linie	19
Mehr Flexibilität bei den Abschreibungsmöglichkeiten	19
Geldwerte Leistungen („avantages en nature“) steuerlich vereinfachen	19
Überstunden von Sozialbeiträgen und Steuern befreien	19
Telearbeit durch ein modernes Steuerrecht fördern	20
Investitionen von Privatleuten in Start-ups begünstigen	20
Steuerfreie Miet-Prämie für Mitarbeiter einführen	20
Drei Prozent Mehrwertsteuer auf nachhaltige Transportmittel	20
Betriebliche und private Altersvorsorge fördern	20
Bürgernahe und digitale Steuerverwaltungen	20
„Prime participative“ weiter stärken	21
„Régime d’impatrié“ attraktiver gestalten	21
Kapitalbeteiligung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern fördern	21
Schrittweise aus dem Tanktourismus aussteigen	21
Sport, Kultur und Ehrenamt steuerlich fördern	21
Bearbeitungszeit der Steuererklärung reduzieren	21
Personal der Finanzbehörden aufstocken	21
Immobilienbesteuerung	22
Grundsteuer, Mobilisierungssteuer, Leerstandssteuer	22
Einmalige Befreiung von Eintragungsgebühren („Droits d’enregistrement“)	22
„Transferts de plus-value“ wieder einführen	22
„Quart taux global“ zeitlich begrenzt wieder einführen	22
Unternehmen	22
Unternehmen steuerlich entlasten	22
Zusätzliche Anreize für Investitionen in Nachhaltigkeit und Forschung	22
Kapitalbeteiligung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern fördern	22
Vermögenssteuer für Unternehmen reduzieren	22
Reduzierte „Taxe d’abonnement“ für nachhaltige Investitionen	23
Rechtssicherheit stärken	23
Internationale Entwicklungen im Steuerrecht aktiv begleiten	23
Netzwerk von Doppelbesteuerungsabkommen weiter ausbauen	23
Staatsfinanzen: Verantwortungsvolle Haushaltspolitik im Sinne der nächsten Generationen	24
Ambitionierte Investitionspolitik weiterführen	24
Generationsgerechte öffentliche Schulden	24
Das „Sustainable Bond Framework“ als wichtiger Hebel für die Finanzierung der Nachhaltigkeit	24
Triple A Rating verteidigen	24
Alternative Finanzierungsmethoden schaffen	25
Transfers in der Großregion	25
Diskussionen um europäische Haushaltsregeln proaktiv begleiten	25
Gesetzgebung zum Haushalt reformieren	25
Diversifikation vorantreiben	26
Für eine wettbewerbsfähige Fondsindustrie	26

Finanzplatz: Innovativ, transparent und international wettbewerbsfähig	26
Luxemburg als Tor zum europäischen Markt ausbauen	26
Europäische Regelwerke und internationale Abkommen zeitnah umsetzen	27
Europäisches Finanzrecht mitgestalten	27
Die effiziente Kontrolle der Finanzdienstleister beibehalten	27
Regulierung neuer Finanz-dienstleistungen und -produkte	27
Gleiche Regulierung für alle Finanzdienstleister	27
Rahmenbedingungen für Blockchain-Technologie anpassen	27
Attraktivität des ICT-Standorts Luxemburg ausbauen	27
Cyber-Sicherheit verstärken	28
Sovereign Cloud	28
Für ein nachhaltiges Finanzwesen	28
Nachhaltige Finanzierungsmodelle fördern	28
Fossile Brennstoffe und Atomkraft dürfen nicht als nachhaltig gekennzeichnet werden	28
Reduzierte „Taxe d’abonnement“ für nachhaltige Investitionen	28
Klima-Dachfonds weiter ausbauen	28
Gender Finance fördern	28
Keine Digital- oder Finanztransaktionssteuer einführen	28
Compliance und KYC (Know your customer) effizienter gestalten	28
Personal der Finanzbehörden aufstocken	28
Finanzkenntnisse stärken	29
Juristische Verfolgung von Wirtschafts- und Finanzkriminalität stärken	29
Wohnungsbau: Zugang zu bezahlbarem Wohnraum für jeden ermöglichen	30
Mehr und schneller Wohnraum schaffen	31
Bereits geplante oder bestehende Projekte aufkaufen	31
Staatliche und kommunale Grundstücke sofort mobilisieren	31
Bauland außerhalb des Bauperimeters für öffentlichen Wohnungsbau erschließen	31
Alle Kompetenzen für Wohnungsbau in einem Ministerium vereinen	31
Agentur für die Verwaltung von öffentlichen Mietwohnungen schaffen	31
Bauperimeter mithilfe von Baulandverträgen erweitern	32
Baudichte und -höhe erhöhen	32
Gemeinden stärker beim Wohnungsbau unterstützen	32
„Pacte Logement 2.0“ und „Plan sectoriel logement“ überprüfen, anpassen und ausbauen	32
Wohngemeinschaften und Wohnbaugenossenschaften fördern	32
Wohnraum für Studenten und Berufsanfänger schaffen	33
„Logement intégré“ in Einfamilienhäusern fördern	33
Alternative Bauformen unterstützen	33
Wohnungen in Gewerbegebieten integrieren	33
Vermieten von Bauland vereinfachen	33
Neue Impulse gegen den Fachkräftemangel setzen	33
Mitarbeiter durch steuerfreie Prämien belohnen	33
Innovative Finanzierungsprogramme einführen	33
Massive Investitionen in den öffentlichen Wohnungsbau	33
Bürgerfonds für Finanzierung staatlicher Immobilienprojekte schaffen	33
Investitionen des Pensionsfonds in Wohnraum unterstützen	34
Zusammenarbeit zwischen Staat und Privatsektor bei der Schaffung von erschwinglichem Wohnraum stärken	34
Langfristige Anmietung von Wohnungen durch die öffentliche Hand	34
Wohnungsbeihilfen reformieren	34
Mietkauf fördern	34
Modell der „Rente viagère“ (Leibrente) fördern	34
Klimabank ausbauen	34
„Quart taux global“ zeitlich begrenzt wieder einführen	35
„Transferts de plus-value“ wieder einführen	35
„Gestion locative sociale“ durch komplette Steuerbefreiung fördern	35
Grundsteuer, Mobilisierungs-steuer, Leerstandssteuer	35
Nationales Wohnungsregister	35
Genehmigungsprozeduren vereinfachen und beschleunigen	35

Verfahren vereinfachen, digitalisieren und transparenter gestalten	35
Einen „Code de la construction“ schaffen	36
Kommunale Bauvorschriften harmonisieren	36
Digitalisierung der Genehmigungsprozeduren	36
„Accord tacite“ (stillschweigende Genehmigung) der Verwaltung einführen	36
Wohnungsbau und Umweltschutz	36
„Natur auf Zeit“ einführen	36
Neue Viertel nach den Prinzipien der Nachhaltigkeit und Kreislaufwirtschaft planen	36
Kreislaufwirtschaft und Nachhaltigkeit in der Baubranche fördern	37
Zusätzliche Bauschuttkategorien ausweisen	37
Das Potenzial der Digitalisierung zur Tokenisierung von Immobilien und Vereinfachung des Immobilienmarktes untersuchen	37
Mietgesetz reformieren	37
Soziale Durchmischung in den Wohnvierteln garantieren	37
Für mehr Transparenz auf dem Wohnungsmarkt sorgen	37

Nachhaltigkeit: Für eine lebenswerte Zukunft auf unserem Planeten **38**

Der Mensch im Mittelpunkt einer konsequenten Energie- und Klimapolitik	39
Massive Investitionen in den Kampf gegen den Klimawandel mobilisieren	39
Bürgerfonds für nachhaltige Investitionen schaffen	39
Sichere und bezahlbare Energieversorgung garantieren	39
Energetische Transition priorisieren	40
Energetische Sanierung vorantreiben	40
Vorfinanzierung der Klimaschutzsubventionen	40
Klimabank ausbauen	40
Prozeduren zum Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigen	40
Ausschreibungen für großangelegte Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien	40
Obligatorische PV-Anlagen auf allen neuen Wohngebäuden installieren	41
Dachflächen auf bestehenden Gebäuden zur Installation von PV-Anlagen mobilisieren	41
PV-Anlagen auf Gewerbehallen zum Standard machen	41
PV-Anlagen auf Parkflächen, Autobahnen, entlang Zugtrassen und auf Freiflächen fördern	41
Balkonkraftwerke fördern	41
Prosumer-Modell fördern	41
Energetische Kooperativen fördern	41
Fernwärmenetze ausbauen, Abwärme nutzen und Geothermie fördern	41
Ressource Holz sinnvoll nutzen	42
Vorbildfunktion des Staates: Klimaneutralität aller Verwaltungen bis 2040	42
Energieeffizienz steigern, Energie sparen	42
Gemeinden beim Klimaschutz unterstützen	42
Ausbau der Windkraftanlagen im Dialog mit den Anwohnern	42
Windatlas erstellen	42
Energetische Kooperation im Ausland ausbauen	43
Versorgung mit klimaneutralem Wasserstoff garantieren	43
Stromnetz ausbauen	43
Stromspeicherkapazitäten ausbauen	43
Technologieneutralität sicherstellen	43
Nein zu Atomkraft	43
Fossile Brennstoffe & Atomkraft dürfen nicht als nachhaltig gekennzeichnet werden	44
Bürgerbeteiligung bei der Klimapolitik fördern	44
Bewusstsein für Klimaschutz stärken	44
Umstieg auf klimaneutrale Mobilität jedem ermöglichen	44
3% Mehrwertsteuer auf nachhaltige Transportmittel	44
Schrittweise weiter aus dem Tanktourismus aussteigen	44
Carbon Capture Storage and Use (CCSU)	45
Anpassung an den Klimawandel vorantreiben	45
Hochwasserschutz verstärken und Renaturierung von Wasserläufen vorantreiben	45
Partnerländer beim Klimaschutz unterstützen	45
Klima-Dachfonds weiter ausbauen	45
Pragmatische und nachvollziehbare Regeln für einen starken Naturschutz garantieren	45
Umsetzung von Kompensierungsmaßnahmen flexibler gestalten	46
Für mehr Natur in den Ortschaften sorgen	46

Proaktive Maßnahmen zur Stärkung der Natur umsetzen	46
Wälder schützen und nachhaltig bewirtschaften	47
Ökosysteme über finanzielle Zuschüsse stärken	47
Bodenschutz stärken	47
Biologische Stationen ausweiten	47
Ländliche Flächen nachhaltig nutzen	47
Aktive Rolle der Landwirtschaft beim Klimaschutz stärken	47
Nachhaltiges Trinkwasser-management sicherstellen	48
Quellenschutz ausbauen	48
Regenwasser stärker nutzen	48
Gewässerschutz verbessern	48
Kläranlagen weiter ausbauen und modernisieren	48
Nationale Lösung zur Behandlung des Klärschlammes umsetzen	48
Fischereigesetz modernisieren	49
Aktive Rolle der Jagd im Bereich des Naturschutzes stärken	49
Hotline für Wildunfälle	49
Ressourcen schonen, Kreislaufwirtschaft fördern	49
Online-Abfallberatung	50
Recht auf Reparatur	50
Nachhaltigkeit zum Leitfaden bei staatlichen Projekten machen	50
Nachhaltigkeitskriterien bei öffentlichen Ausschreibungen	50
Lärmschutz verbessern	50
Vermeidung von Bodenaushub und Ausweisung zusätzlicher Bauschuttdeponien	50

Bildung: Faire Zukunftschancen für alle Kinder **52**

Kindheit	53
Betreuungsplatz-Garantie bis 2030	53
Formale und Non-formale Bildung zu einem Bildungsangebot zusammenführen	53
Betreuungsschlüssel im Kleinkindbereich verbessern	53
Ausbildungsoffensive starten und Schlüssel an qualifizierten Mitarbeitern kontinuierlich anheben	53
Luxemburgisch-Kurse für den Kleinkindbereich	53
Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter verbessern (40 Stunden-Verträge)	53
Chèques Service Accueil reformieren	53
Angebot diversifizieren	54
Grundschule	54
Kompetenzen des 21. Jahrhunderts	54
Modell der alternativen Alphabetisierung verallgemeinern	54
Aktivitäten zur Förderung des phonologischen Bewusstseins im C1 ausweiten	54
Zweite Person punktuell im C1 einsetzen	54
Internationale Angebote ausbauen	54
Ausbau des A-EBS (Assistant pour Enfants à Besoins Spécifiques)	55
Zusätzliche I-EBS (Instituteur Spécialisé pour Enfants à Besoins Spécifiques) für Brennpunktschulen	55
Neue Perspektiven für den Grundschullehrer (Funktionen auf Master-Niveau einführen)	55
Educational Science School an der Uni.lu	55
Befugnisse der Gemeinden und des Staates im Bildungsbereich adaptieren	55
Sekundarschule	56
Lehrplan 2025: Modernisierung der Programme, Innovation in den Methoden	56
Bildungsangebote in allen Regionen ausbauen	56
Europaschulen im Süden und Zentrum des Landes weiter ausbauen	56
Direktionen ausbauen	56
Schulpflicht bis 18 Jahre	56
Inklusion in der Sekundarschule ausbauen	57
Child Protection Officer einführen	57
Erste-Hilfe-Kurse für alle Schüler vorsehen	57
Schulische und berufliche Orientierung für jeden Schüler	57
Kein Abschluss ohne Anschluss	57
Bewegte Schule	57
Finanzkenntnisse stärken	57

Lebensmittelverschwendung reduzieren	57
Bewusstsein für Klimaschutz stärken	57
Berufsausbildung	58
Ausbildungen diversifizieren und modernisieren	58
Französisch- und englisch-sprachige Angebote ausbauen	58
1ère DAP	58
Schülern das Handwerk nahebringen	58
Fokus auf Up-Skilling und Re-Skilling	58
Digitale Kompetenzen der Erwachsenen fördern	58
Zwei weitere CNFPC	58
Kinder und Jugendhilfe	59
Reform des Jugendschutzes abschließen	59
Vernetzung zwischen Kinder- und Jugendhilfe und Schule	59
Qualitätsentwicklung zusammen mit den Akteuren vorantreiben	59
Jugend	59
Jugendhäuser ausbauen	59
Kulturellen Austausch in Europa fördern	59
E-Sports anerkennen und fördern	59
Arbeitsrecht: Beruf und Privatleben besser in Einklang bringen	60
Für ein modernes und freiheitliches Arbeitsrecht	60
Mehr Zeit für Familie und Hobbies: Leben und Arbeit in Einklang bringen	60
Arbeitszeiten im Interesse von Arbeitnehmern und Arbeitgebern flexibel gestalten	61
Arbeitszeitkonten generell einführen	61
Telearbeit fördern	61
Remote working – orts-unabhängiges Arbeiten fördern	62
Telearbeit durch ein modernes Steuerrecht fördern	62
Recht auf Nichterreichbarkeit stärken	62
Überblick über zweckgebundene Sonderurlaube auf MyGuichet	62
Re-skilling und Up-skilling fördern	62
Digitale Kompetenzen der Erwachsenen fördern	62
Recht auf Teilzeit	62
Dezentrale Arbeitsplätze fördern - regionale Co-working-Spaces schaffen	62
Sonntagsarbeitszeit an die Bedürfnisse der Arbeitnehmer und Konsumenten anpassen	62
Überstunden von Sozialbeiträgen und Steuern befreien	63
Urlaub im Fall einer Fehlgeburt, Totgeburt oder Frühgeburt mit Todesfolge	63
Stundenweise Einstellung von Personal erleichtern	63
Am Indexmechanismus festhalten	63
Mindestlohneempfänger gezielt unterstützen ohne Arbeitsplätze zu gefährden	63
Sozialdialog in den Betrieben stärken	63
Selbstständigkeit wertschätzen und Gleichstellung mit Beschäftigten herstellen	64
Arbeitslosengeld für Arbeitnehmer öffnen, die gekündigt haben	64
Gesundheit und Wohlbefinden am Arbeitsplatz verbessern	64
Die Arbeitsmedizin modernisieren	64
Das Neueinstufungsgesetz („Reclassement“) reformieren	64
Sichere und gute Renten für jeden	64
Betriebliche und private Altersvorsorge fördern	65
Rentensplitting einführen	65
Grenze für „Hinzuverdienst“ bei der vorgezogenen Altersrente (unter 65 Jahren) aufheben	65
Bessere Rentenansprüche für mitarbeitende Ehe-/Lebenspartner („conjoint aidant“)	65
Null Toleranz gegenüber Mobbing und Diskriminierung am Arbeitsplatz	65
Arbeitslosigkeit und Fachkräftemangel weiter durch Fort- und Weiterbildung bekämpfen	65
Neue Impulse gegen den Fachkräftemangel setzen	66
Gleichgewicht zwischen privater Ausbildung und öffentlicher Rekrutierung wahren	66
Weiterbildungsoffensive für schwer vermittelbare Arbeitslose	66
Künstliche Intelligenz aktiv begleiten	66
Sozialdumping konsequent bekämpfen	66

Familienpolitik: Für ein besseres Zusammenleben

68

Familie

69

Elternurlaub ausbauen und flexibler gestalten	69
Recht auf Teilzeit	69
Mutterschaftsurlaub flexibilisieren	69
Vaterschaftsurlaub von zehn auf fünfzehn Tage erweitern	69
Urlaub für pflegende Angehörige (congé d'aidant)	70
Kindergeld erhöhen	70
Urlaub im Fall einer Fehlgeburt, Totgeburt oder Frühgeburt mit Todesfolge	70
Adoptionsrecht ausweiten	70
Automatische Anerkennung des nicht-leiblichen Elternteils	70

Seniorenbereich

70

Qualität sichern und verstärkt Kontrollen durchführen	70
Jeder Mensch soll sich ein Zimmer im Alten- oder Pflegeheim leisten können	70
Zuverlässigkeit von Adapto und Mobibus sicherstellen	71
Pflegeversicherung weiter ausbauen	71
Medizinische Versorgung in den Alten- und Pflegeheimen garantieren	71
Moderne Technologien im Alters- und Pflegebereich nutzen	71
Strukturen für die Zeit nach einem Krankenhausaufenthalt schaffen	71
Attraktivität der Pflegeberufe steigern	71
Pflegeberufe und pflegende Angehörige (Aidants informels) auf spezifische Herausforderungen vorbereiten	71
Moderne Strukturen schaffen	72
Gegen soziale Isolierung der älteren Mitbürger und für eine inklusive Gesellschaft	72
Informieren, sensibilisieren und fortbilden	72

Inklusion

72

Nationalen Aktionsplan für Menschen mit Behinderung konsequent umsetzen	72
Barrierefreiheit garantieren	73
Schutzmaßnahmen für behinderte Menschen überarbeiten	73
Zugängliche Medien für alle	73
Eine zentrale Anlaufstelle für „barrierefreie Kommunikation“	73
Kommunikation von Regierung, Parlament, Justiz und öffentlichen Verwaltungen barrierefrei machen	73
Mehr Gebärdensprache-Dolmetscher ausbilden	73
Einführung eines Freizeitassistenten für Menschen mit Behinderung	73
One-Stop-Shop für die Ermittlung einer Behinderung	74
Mehr Autonomie für Menschen mit Behinderungen: Budget für persönliche Assistenz	74
Autonomes und semi-autonomes Wohnen fördern	74
Zugang auf ersten und zweiten Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung verbessern	74
Kommunizieren, sensibilisieren und informieren	74

Armut und Obdachlosigkeit

75

REVIS-Bezieher stärken und Geldleistungen anpassen	75
Teuerungszulage an die Preisentwicklung anpassen	75
Sozialhilfegesetz überarbeiten	75
Sozialhilfebüros stärken und ein digitales „Office Social“ schaffen	75
Dezentrale Strukturen für Obdachlose	75
Einen nationalen Aktionsplan gegen Armut ausarbeiten	75
Mehr Notunterkünfte, sozialer Wohnungsbau und Housing First	76

Für ein besseres Zusammenleben

76

Interkulturelles Zusammenleben fördern	76
Strategie gegen Einsamkeit	76
Regionale „Safe Spaces“ für LGBTQI+ Community schaffen	76
Interkulturelle Akzeptanz fördern	76

Ehrenamt

77

Ehrenamt aufwerten und in den Mittelpunkt der Gesellschaft rücken	77
Angebot durch vertiefte Zusammenarbeit verbessern	77
Statut für das Ehrenamt schaffen	77
Ehrenamtliches Engagement wertschätzen	77

Ehrenamt im sozialen Bereich stärken	77
Ehrenamtliches Engagement der Senioren fördern	77
Zusätzliche Anreize für ehrenamtliche Tätigkeiten schaffen	78
Digitales Ehrenamt fördern	78
Sport, Kultur und Ehrenamt steuerlich fördern	78
Ehrenamt fördern	78
Gesellschaftspolitik: Gleiche Rechte für alle	80
Ein umfassenderen Titel für das Ministerium für Gleichstellung	80
Stereotypen Geschlechterrollen entgegenwirken	80
Homosexuellen Blutspenden erlauben	80
Ein rechtlicher Rahmen für die künstliche Befruchtung (IVF)	80
Leihmutterschaft erlauben	80
Verbot von Konversionstherapien für LGBTQ+-Personen	80
Rechte von intersexuellen Menschen stärken	81
Straßenprostitution vermeiden	81
Erweiterung der Geschlechtsangabe in offiziellen Dokumenten	81
Gender Finance fördern	81
Gleichberechtigung und gleiche Vertretung im öffentlichen Dienst fördern	81
Gleichstellung zwischen Frauen und Männern im Sport weiter verbessern	81
Jungfräulichkeits-Zertifikate verbieten	81
Gesundheit und Sozialversicherung: Zuverlässige medizinische Versorgung in allen Regionen	82
Prävention	83
Gesundheitsprävention und -früherkennung	83
Anreize für Vorsorgeuntersuchungen schaffen	83
Einführen eines Gesundheit-Check-ups	83
Screeningtests in der Apotheke erweitern	83
Einführung kostenloser Selbsttests auf sexuell übertragbare Krankheiten	83
Schulmedizin	83
Ambulante Versorgung	84
Ambulante Versorgung zu einer zentralen Säule ausbauen	84
Stärkung der Rechte junger Patienten und Patientinnen	84
Medizinische Grundversorgung stärken	84
Konzept des Referenzarztes bewerten	84
Angebot an Maisons médicales bedarfsgerecht ausbauen	84
Pädiatrisches Ärztehaus im Norden (Maison médicale für Kinder)	84
Häusliche Gesundheitsversorgung fördern	84
Blaulicht für Hausärzte	85
Geburtshäuser errichten	85
Digitalisierung	85
Digitale Patientenakte	85
Chancen der Telemedizin nutzen	85
Digitale Hilfsmittel zur Verfügung stellen	85
Elektronische Arztrezepte einführen	85
Gesundheits-Apps auf Rezept	86
Hotline für Videosprechstunden	86
Chancen der personalisierten Medizin nutzen	86
Interoperabilität der Informatik- und Informationssysteme garantieren	86
Verschiedenes	86
Pandemiegesezt	86
Wohnheime für Gesundheitsberufe im Krankenhaussektor	87
Freiberufliche Gesundheitsberufe	87
Größere Notfallaufnahmen	87
Klinische Exzellenzzentren	87
Therapie von komplexen Infektionskrankheiten	87

Unfallchirurgie	88
Vorschläge des OECD-Berichts umsetzen	88
Infektionsprävention fördern	88
Standorte der Notfallpolikliniken absichern	88
Abtreibungsrecht reformieren	88
Seltene Krankheiten	88
Einsatz von Drohnen im Gesundheitsbereich prüfen	89
Einführung eines Entschädigungsfonds für Behandlungsrisiken	89
Homosexuellen Blutspenden erlauben	89
Erste-Hilfe-Kurse fördern	89
Obligatorische und kontinuierliche Weiterbildung	89
Altersmedizin (Geriatric) stärken	89
Liberalisierung der Apotheken	89
Verfügbarkeit von Medikamenten verbessern	89
Arzneimittelüberwachung fördern	90
Erweiterung des Rechts auf Vergessenwerden	90
Das Recht auf Gesundheit ausweiten	90
Neue Kriterien für den Bezug der vorgeburtlichen Zulage	90
Palliative Versorgung verbessern	90
Palliative Strukturen für Kinder schaffen	90
Information und Zugang zur Sterbehilfe verbessern	90
Bachelor-Ausbildung	90
Medizinausbildung an der Universität Luxemburg ausbauen	91
Schaffen eines Militärhospitals	91
Mentale Gesundheit	91
Stellenwert der mentalen Gesundheit erhöhen	91
Prävention von psychischer und sozialer Gesundheit	91
Mentale Gesundheit des Personals fördern	91
Erste-Hilfe-Kurse für psychische Gesundheit	91
Weiterbildungskurse für medizinisches Fachpersonal anbieten	91
Sensibilisierungskampagne zum Thema „Postnatale Depression“ initiieren	92
Zugang zur psychiatrischen Versorgung verbessern	92
Ambulante Kinder- und Jugendpsychiatrie schaffen	92
Das Gesetz zur Reglementierung des Berufes des Psychotherapeuten analysieren	92
Den Beruf des Psychologen reglementieren	92
Sozialversicherung	92
Nomenklatur modernisieren	92
Krankenhausfinanzierung transparenter gestalten	92
Überwachung des medizinischen Materials verbessern	93
Kommunikation mit den Versicherten verbessern	93
Anpassungen des 78-Wochen-Krankenscheins	93
Anerkennung der Musiktherapie und der Zootherapie	93
Sichere und gute Renten für jeden	93
Rentensplitting einführen	93
Grenze für „Hinzuverdienst“ bei der vorgezogenen Altersrente (unter 65 Jahren) aufheben	93
Bessere Rentenansprüche für mitarbeitende Ehe-/Lebenspartners („conjoint aidant“)	93
Betriebliche und private Altersvorsorge fördern	93
Sport: Gesund durch Bewegung	94
Sportverbände administrativ entlasten und die Professionalisierung vorantreiben	94
Das Sportbudget auf ein Prozent des Staatsbudgets erhöhen	94
„Subside qualité+“ bilanzieren	94
Subventionspolitik für Sportinfrastrukturen überarbeiten	94
Leistungssport fördern	94
Anpassung des Arbeitsgesetzes für den Sport	95
Unterstützung von Athleten auf ihrem Karriereweg	95
Begleitstrukturen für Hochleistungssportler optimieren	95
Einführung einer zivilen Karriere für Elitesportler	95
„Congé sportif“ ausbauen	95

Sport als gesellschaftliche Vorbildfunktion	95
„Safeguarding in Sports“	95
Inklusion durch Sport fördern	95
Gleichstellung zwischen Frauen und Männern im Sport weiter verbessern	96
Bewegte Schule fördern	96
Öffentlicher Raum als Förderer für Sport und Bewegung	96
Umsetzung der Sportsatellitenkonten 2021-2025	96
Programm „Pro Sport“ einführen	96
Die Funktion des Sportkoordinators weiter ausbauen	96
COSL bestmöglich unterstützen	96
E-Sports anerkennen und fördern	97

Wirtschaftspolitik: Attraktives Umfeld für innovative und wettbewerbsfähige Unternehmen 98

Ministerium für Mittelstand, Freiberufler und Unternehmertum schaffen	99
Für ein sozialliberales und klimaneutrales Wirtschaftsmodell	99
Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität steigern	99
Unternehmen steuerlich entlasten	99
Vermögenssteuer für Unternehmen reduzieren	100
Wirtschaftliche Diversifizierung vorantreiben	100
Sozialdialog als Teil des luxemburgischen Erfolgsmodells	100
Am Indexmechanismus festhalten	100
Mittelständische Unternehmen unterstützen	100
Industrie 4.0: nicht nur digitalisiert, sondern auch klimafreundlich	100
Genehmigungsverfahren beschleunigen	100
Bürokratie abbauen	101
Staatliche Förderprogramme für Unternehmen ausweiten	101
„Guichet unique“ für Betriebe ausbauen	101
Neue Impulse gegen den Fachkräftemangel setzen	101
„Prime participative“ weiter stärken	102
Attraktivität des „Régime d’impatrié“ sicherstellen	102
Staatliche Kofinanzierung der Weiterbildung in Unternehmen stärker unterstützen	102
Von der Start-up zur Scale-up	102
Generationswechsel in Unternehmen begleiten	102
Prinzip der zweiten Chance für Unternehmer stärken	102
Neue Technologien, Forschung und Innovation fördern	103
Zusätzliche Anreize für Investitionen in Nachhaltigkeit und Forschung	103
Elektronische Rechnungen für B2B und B2C	103
Dekarbonisierung der Wirtschaft vorantreiben	103
Carbon Capture Storage and Use (CCSU)	104
Ressourcen schonen, Kreislaufwirtschaft fördern	104
Digitalisierung im Mittelstand vorantreiben	104
Luxemburger Online-Handel stärken	104
Aktivitätszonen erschließen und schlüsselfertige Gewerbegebiete anbieten	104
Selbstständigkeit wertschätzen und Gleichstellung mit Beschäftigten herstellen	104
Arbeitszeiten im Interesse von Arbeitnehmern und Arbeitgebern flexibel gestalten	104
Dezentrale Arbeitsplätze fördern - regionale Co-working-Spaces schaffen	104
Öffnungszeiten des Einzelhandels liberalisieren	104
Freie Zuliefererwahl für den Handel durchsetzen	105
Situation in der Baubranche verfolgen und notfalls weitere Maßnahmen ergreifen	105
Handwerkerhof schaffen	105
Soziale Verantwortung von Unternehmen (CSR) fördern	105
Sozial- und Solidarwirtschaft als Alternative zur ASBL fördern	105
Langfristige Wirtschafts-strategien kohärenter gestalten	105

Tourismus 106

Freizeit- und Business-tourismusstrategie konsequent umsetzen	106
Qualität statt Masse	106
Nachhaltigkeit als durchgängigen Faden	106
Regionen stärken	107
Gedenktourismus als Reise in die Vergangenheit fördern	107

Konsequent in den Tourismus investieren	107
Nachhaltiges Hotelprojekt in Lultzhausen realisieren	107
Angebot von „Rent a Bike“ besser koordinieren und ausbauen	107
Aktivtourismus weiterentwickeln	107
Einheimische und Grenzgänger als Zielgruppe für Tourismus etablieren	108
Weinregion erlebbar machen	108
Angebot von barrierefreiem Tourismus erweitern	108
Business-tourismus als Treiber für den Wirtschaftsstandort	108
Green Business Events als neue Normalität etablieren	109
Bleisure – Business und Freizeit miteinander verbinden	109
Akteure regelmäßig zusammenbringen	109
Geschäftstourismus in sektorielle Wirtschaftsstrategien integrieren	109
Zugang zu neuen Technologien ermöglichen	109
Neues nationales Kongresszentrum (Luxexpo) in Kirchberg bauen	109
Observatorium für Business Events gründen	109

Hochschule und Forschung: Innovationstandort Luxemburg ausbauen Unternehmen **110**

„Schools“ für die Ausbildung zukünftiger Fachkräfte	110
Angebot an Forschungszentren ausbauen	110
Luxembourg University Competence Center	110
Transfer-Agentur für Start-ups und Spin-offs schaffen	110
Nationale Datenaustauschplattform ausbauen	110
Medizinausbildung an der Universität Luxemburg ausbauen	111
Chancen der personalisierten Medizin nutzen	111
Ein KI-Kompetenzzentrum gründen	111

Digitalisierung und Medien: Neue Technologien in den Dienst der Menschen stellen und Medien-pluralismus bewahren **112**

Digitalisierung	112
Gratis Wifi-Zugang im öffentlichen Raum für alle Bürger und Bürgerinnen	112
Gratis-Wifi in Zügen, Bussen und der Tram	113
E-Wallet: Digitale Bürgerkarte einführen	113
Einführung des „once-only“-Prinzips	113
Digitalisierung inklusiv gestalten	113
Künstliche Intelligenz im Dienst der Bürger	113
Telearbeit fördern	113
Remote working – ortsunabhängiges Arbeiten fördern	113
Telearbeit durch ein modernes Steuerrecht fördern	113
Recht auf Nichterreichbarkeit stärken	113
Quick Freeze – ein Kompromiss zwischen effizienter Strafverfolgung und digitalen Grundrechten	113
Digitale Kompetenzen der Erwachsenen fördern	114
Unsere Ortschaften zu „Smart Cities“ entwickeln	114
Neue Gesetze einem Digitalisierungs-Check unterziehen	114
Mehr Datensicherheit durch Security-by-design	114
Sovereign Cloud	114
Digitales Ehrenamt fördern	114
Luxemburger Online-Handel stärken	114
Luxemburg als europäischer Blockchain Hub	114
Geoblocking verhindern	115
Synergien zwischen den staatlichen und kommunalen IT-Betreibern schaffen	115
Elektronische Arztrezepte einführen	115
MyGuichet kontinuierlich weiterentwickeln	115
Digitale Gerichtsverfahren ermöglichen	115
Elektronische Rechnungen für B2B und B2C	115
Nachhaltige Datenzentren	115
Elektronische Unterschrift in den Gemeinden einführen	115
Flächendeckendes 5G-Netz und Glasfaserausbau (Fiber To The Home)	116
Ein KI-Kompetenzzentrum gründen	116
Europäische Initiativen und Programme unterstützen	116

LuxChat4Gov für die gesamte Bevölkerung zugänglich machen	116
Satellitenindustrie in Luxemburg weiterentwickeln	116
Medien	116
Ein erweiterter Informations-zugang für die Presse	116
Professionellen Journalismus definieren und aufwerten	117
Presse und Medien besser schützen & ‚SLAPP Suits‘ verhindern	117
Pressehilfe auf einem hohen Niveau halten	117
DAB+ ausbauen	117
Elektronische Medien neu regeln	117
Medien und Informationen für jeden in verständlicher Weise zugänglich machen	117
Illegale Inhalte im Internet weiter bekämpfen	117
Den Standort Luxemburg im Medien- und Filmbereich weiter fördern und ausbauen	118
Teilnahme am Eurovision Song Contest	118
Kulturpolitik: Kulturschaffende im Mittelpunkt	120
Kulturstätten aufwerten	120
Archäologische Kulturstätten bekannter machen	120
Historische und zeitgenössische Gartenkultur promoten	120
Schaffung einer Nationalgalerie	121
Lexikon der Luxemburger Maler, Zeichner und Bildhauer	121
Haus der Tanzkunst	121
Digitales Kulturportal für alle kulturellen Veranstaltungen	121
Kreativwirtschaft stärken	121
Kreativitätsstandorte schaffen	121
Nutzung von Schlössern und von entweihten Kirchen	121
Wohnungen und Ateliers für künstlerische Nachwuchstalente	121
Förderung der luxemburgischen Sprache und Luxemburger Traditionen	122
Das Denkmalschutzgesetz weiter anpassen	122
Energetische Sanierung denkmalgeschützter Gebäude	122
Weiterbildung in alter Handwerkskunst	123
Gründung eines Instituts für immaterielles Kulturerbe	123
Bibliotheken stärken, Mediatheken fördern	123
Schülern den Bezug zur Kunst erleichtern	123
Kunst durch Digitalisierung für alle zugänglich machen	123
Kulturakteure und regionale Kulturfestivals	124
Kultur als Wirtschaftsfaktor	124
Schaffung eines Kulturobservatoriums	124
Das Kulturbudget erhöhen	124
Mäzenatentum fördern	124
Green Culture: Selbstverpflichtung für eine innovative und nachhaltige Kultur	124
Mobilität: Infrastrukturen den Bedürfnissen anpassen	126
Freie Wahl bei der Mobilität garantieren	126
Massive Investitionen in die Verkehrsinfrastrukturen	126
Schienennetz vorausschauend ausbauen	127
Bau neuer Zugstrecken prüfen	127
Attraktive internationale Zugverbindungen garantieren	127
Tramnetz ausbauen	128
Sichere und zusammenhängende Fahrradwege bauen	128
Nutzung von Fahrradwegen für Speed-Pedelects	128
Verkehrsberuhigung innerhalb der Dörfer und Viertel vorantreiben	128
Umgehungsstraßen schnell und zusammenhängend umsetzen	129
Attraktive Parkmöglichkeiten für Pendler schaffen	129
Die Fahrpläne von Bus und Bahn besser aufeinander abstimmen	129
Zusätzliche Busspuren schaffen	129
Reform des RGTR-Netzes begutachten	129
Zuverlässigkeit von Adapto und Mobibus sicherstellen	129
Gratis-Wifi in Zügen, Bussen und der Tram	129
Sicherheit im öffentlichen Transport garantieren	130

Fahrradfreundliche Infrastrukturen	130
Mobilitätskonzepte für Unternehmen fördern	130
Subventionen für aktive Mobilität weiterführen	130
Erhöhung der Kapazität der Straßen durch eine flexible Nutzung der Fahrbahnen und Seitenstreifen	130
Intelligente Infrastruktur und digitale Verkehrsleitsysteme ausbauen	130
Mobilitäts-App ausbauen und verbessern	131
Voraussetzungen für autonomes Fahren schaffen	131
Einsatz von Drohnen ermöglichen	131
Taximarkt reformieren	131
Verkehrssicherheit verbessern	131
Personalisierte Autokennzeichen zulassen	131

Landesplanung: Unser Land nachhaltig planen **132**

Luxemburg nachhaltig entwickeln	132
Gemeinden durch zusätzliche finanzielle Mittel unterstützen	132
Dezentrale Arbeitsplätze fördern - regionale Co-Working-Spaces schaffen	132
Aktivitätszonen erschließen und schlüsselfertige Gewerbegebiete anbieten	133
Fusionen und regionale-interkommunale Zusammenarbeit unterstützen	133

Landwirtschaft: Hochwertige Lebensmittel lokal und nachhaltig produzieren **134**

Ein Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Weinbau und ländliche Entwicklung schaffen	134
Junglandwirte weiter prioritär fördern	134
Moderne Aus- und Weiterbildung der Landwirte gewährleisten	135
Landwirtschaftliche Produktion diversifizieren	135
Patentfreies Saatgut jedem zugänglich machen	135
Regenwasser stärker nutzen	135
Nachhaltiges Trinkwassermanagement sicherstellen	136
Quellenschutz ausbauen	136
Regionale Produkte fördern, heimische Produzenten unterstützen	136
Biolandwirtschaft fördern	136
Aktive Rolle der Landwirtschaft beim Klimaschutz stärken	136
Naturkatastrophen vorbeugen	137
Bodenschutz stärken	137
Ländliche Flächen nachhaltig nutzen	137
Pflanzenschutz nachhaltiger gestalten	137
Starken Tierschutz in der Praxis gewährleisten	137
Kitzrettung fördern	138
Forschung, Innovation und Einsatz moderner Technologien fördern	138
Die 4% Flächenstilllegung überdenken	138
Lebensmittelverschwendung reduzieren	138
Landwirtschaftstisch regelmäßig organisieren	138
Biogasanlagen nachhaltig betreiben	138
Pragmatische und nachvollziehbare Regeln für einen starken Naturschutz garantieren	139
Anstellung von Saisonarbeitern erleichtern	139

Weinbau	139
Weinregion erlebbar machen	139

Konsumentenschutz: Rechte der Verbraucher stärken **140**

Lebensmittel- und Produktsicherheit	140
Die Erwartungen von Verbrauchern und Produzenten anpassen	140
Gegen versteckte Preiserhöhungen und „Shrinkflation“ vorgehen	140
Recht auf Reparatur	141
Sammelklagen	141
Automatische Entschädigung von Verbrauchern mithilfe von Smart contracts	141
Einführung eines Widerrufsbuttons bei Fernabsatz- und Internetverträgen	141
Passagierrechte stärken	141
Verbraucherschutz- organisationen	141
Wichtige Verbraucherbildung	141

Institutionen und Justiz: Rechtstaatlichkeit und Gerechtigkeit für eine starke Demokratie **142**

Institutionen	142
Debatte über Reform des Wahlsystems anstoßen	142
Mehr Bürgerbeteiligung wagen	142
Einführung des E-Votings überprüfen	142
Erst Vollzeitbürgermeister einführen und dann Doppelmandate abschaffen	143
Fusionen und regionale-interkommunale Zusammenarbeit unterstützen	143
„Accord tacite“ (stillschweigende Genehmigung) der Verwaltung einführen	143
Genehmigungsverfahren beschleunigen	143
Transparenzgesetz reformieren und Open Data fördern	143
Standorte für zivile Hochzeiten erweitern	143
Justiz	143
„E-Justice“ konsequent ausbauen	143
„Comparution immédiate“ einführen	143
Einführung von Fachgerichten und Fachrichtern prüfen	144
„Jugement sur accord“ fördern	144
Hass im Netz konsequent verfolgen	144
Platzverweis light überarbeiten	144
Strafvollzug und alternative Strafformen	144
Mediation in zivilrechtlichen Fragen fördern	144
Schutz des Anwaltsgeheimnisses	144
Statut des inhaftierten Arbeitnehmers prüfen	145
Eine qualitative Bewertung des neuen Waffengesetzes	145
Notarberuf modernisieren und liberalisieren	145
Cannabis kontrolliert freigeben	145
Digitale Gerichtsverfahren ermöglichen	145
Juristische Verfolgung von Wirtschafts- und Finanzkriminalität stärken	145

Staat und öffentlicher Dienst: Performanten Dienst am Bürger sicherstellen **146**

Sozialdialog im öffentlichen Dienst	146
Telearbeit regeln und Flexibilität fördern	146
Flexibilität beim Wohnort für Telearbeit	146
Work-Life-Balance und das Recht auf Nichterreichbarkeit	147
Gleichberechtigung und gleiche Vertretung im öffentlichen Dienst fördern	147
Digitalisierung im öffentlichen Dienst vorantreiben	147
Einführung des „once-only“-Prinzips	147
MyGuichet kontinuierlich weiterentwickeln	147
Analoge Anlaufstellen in allen Regionen	147
Steuerbefreiung von Überstunden	147

Gemeinden: Hand in Hand mit den Bürgerinnen und Bürgern **148**

Aufwertung der Gemeindemandate	148
Unvereinbarkeiten mit dem Mandat des Gemeinderatsmitglieds abschaffen	148
Erst Vollzeitbürgermeister einführen und dann Doppelmandate abschaffen	148
Fusionen und regionale-interkommunale Zusammenarbeit unterstützen	148
Befugnisse der Gemeinden und des Staates im Bildungsbereich adaptieren	148
Gemeinden durch zusätzliche finanzielle Mittel unterstützen	148
Gemeinden an Leerstandssteuer beteiligen	149
Regelmäßige finanzwirtschaftliche Prüfungen in den Gemeinden	149
Den technischen Dienst als dritten Pfeiler im neuen Gemeindegesetz verankern	149
Proporzwahl erst ab 6.000 Einwohnern	149
Einführung des E-Voting überprüfen	149
Obligatorische Konsultation des Syvicol einführen	149
Ausweitung der Online-Plattform „eMINT“ auf alle Ministerien	149
Synergien zwischen den staatlichen und kommunalen IT-Betreibern schaffen	150
Unsere Ortschaften zu „Smart Cities“ entwickeln	150
Einführung der elektronischen Unterschrift	150
Standorte für zivile Hochzeiten erweitern	150

Innere Sicherheit, Rettungswesen und Verteidigung: Für den Schutz und das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger **152**

Innere Sicherheit	152
Eine moderne und effiziente Polizei gewährleisten	152
Die Zollverwaltung weiter stärken	152
Prävention fördern	152
„Police municipale“ einführen	152
Polizisten entlasten	152
„Comparution immédiate“ einführen	153
Einführung der Bodycam	153
Dashcams in den Polizeifahrzeugen einführen	153
Platzverweis light überarbeiten	153
Personalrekrutierung konsequent weiterführen	153
Effektive Ressourcen zur Bekämpfung von Cyberkriminalität	153
Beschleunigung der Disziplinarverfahren	153
Stärkung des rechtlichen Schutzes für Polizeibeamte	153
Mehr Effizienz und Handlungsfreiheit für Polizisten	153
Digitalisierung innerhalb der Polizei konsequent vorantreiben	154
Polizeiarbeit 2.0	154

Rettungswesen	154
Einführung einer Zwölf-Stunden-Schicht für Berufsfeuerwehrkräfte	154
SAMU-Rettungsdienst auf den Prüfstand stellen	154
Reform des Rettungswesens analysieren	154
Ehrenamt fördern	155
„Lebensretter“ App einführen	155
Erste-Hilfe-Kurse fördern	155
Erste-Hilfe-Kurse für alle Schüler vorsehen	155

Verteidigung	155
Eine moderne und effiziente Armee gewährleisten	155
Investitionen in die Luxemburger Armee stärken	155
Synergien mit der Wirtschaft schaffen	155
Einführung eines Wehrbeauftragten	155
Modernisierung der Armee vorantreiben	156
Schaffen eines Militärhospitals	156
Einführung eines unabhängigen und dezentralisierten psychologischen Dienstes	156
Mangel an Militärärzten entgegenwirken	156

Europa- und Außenpolitik: Luxemburg als verlässlicher Partner in der EU und der Welt **158**

Europäische Einheit stärken	158
Europäische Werte stärken und verteidigen	158
Die Resilienz des europäischen Binnenmarkts stärken	158
Bilaterale Beziehungen	158
Beziehungen zum Vereinigten Königreich	159
Eine kohärente EU-Außenpolitik	159
Eine kohärente europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik	159
EU-Erweiterung solidarisch begleiten	159
Entscheidungsprozesse und Bürgerbeteiligung	159
Migration wirksam regulieren	160
Gezielte Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe	160
Partnerländer beim Klimaschutz unterstützen	160
Klima-Dachfonds weiter ausbauen	160
Menschenrechte und die Umwelt durch ein Lieferkettengesetz besser schützen	160
Internationale Organisationen stärken	160
Juristische Kooperation in Europa stärken	161
Juristische Verfolgung von Wirtschafts- und Finanzkriminalität stärken	161
Nation Branding	161
Kulturellen Austausch in Europa ausbauen	161

1

STEUERPOLITIK KAUFKRAFT STÄRKEN UND MITTELSCHICHT ENTLASTEN

Die DP tritt für eine sozial gerechte und zeitgemäße Steuerpolitik ein, die den Gegebenheiten unserer modernen Gesellschaft entspricht. Die steuerliche Entlastung der Mittelschicht, sowie die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen bleiben dabei zentrale Anliegen der DP.

Mit der Steuerreform von 2017 hat die DP-geführte Regierung bereits wichtige Schritte für mehr soziale Gerechtigkeit unternommen: Die Reform brachte erhebliche Entlastungen für kleinere und mittlere Einkommen und gezielte Unterstützung für Alleinerziehende.

Die Unterstützung der Haushalte und Unternehmen wurde in dieser krisenbehafteten Legislaturperiode nahtlos fortgeführt. Dank eines funktionierenden Sozialdialogs und umfangreicher Maßnahmenpakete, konnten die Auswirkungen der Energiekrise gut abgefedert werden. Die Maßnahmen der „Solidaritätspäck“ haben ihre Früchte getragen: Laut STATEC verfügten die Haushalte im Durchschnitt über mindestens die gleiche, wenn nicht sogar mehr Kaufkraft als vor der Krise. Rückwirkend zum 1. Januar 2023 wurde zusätzlich ein Steuerkredit in Höhe von zwei Indexranchen für das Jahr 2023 ausbezahlt. Ab dem nächsten Jahr wird die Steuertabelle um 2,5 Indexranchen angepasst, was zu einer weiteren, spürbaren Senkung der Steuerlast der Bürger führen wird.

PRIVATPERSONEN

EINE WETTBEWERBSFÄHIGE EINKOMMENSSTEUER

Die Besteuerung des Einkommens ist ein wichtiger Faktor für die Attraktivität eines Landes als Arbeitsstandort. Die Einkommenssteuer

Die DP wird sich auch in Zukunft für steuerliche Entlastungen stark machen: Aus diesem Grund wird die DP in der kommenden Legislaturperiode die Steuertabelle regelmäßig an die Inflation anpassen.

Darüber hinaus setzt sich die DP für ein modernes Steuersystem ein, das die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegelt. Unser mittelfristiges Ziel bleibt es, eine einheitliche Steuerklasse einzuführen, die alle Lebensmodelle gleichberechtigt behandelt. Damit wollen wir den strukturellen Ungerechtigkeiten in unserem Steuersystem ein Ende setzen.

Im Einklang mit dem Prinzip des fairen Wettbewerbs unterstützt die DP die Initiativen der OECD und der Europäischen Union zur Festlegung der Besteuerung großer Konzerne, einschließlich der Einführung eines Mindeststeuersatzes. Gleichzeitig ist es uns wichtig, dass unsere steuerlichen Maßnahmen weiterhin attraktiv und wettbewerbsfähig bleiben.

Die DP wird unseren Wirtschaftsstandort durch eine wettbewerbsfähige Steuerlandschaft stärken, denn dies ist die Voraussetzung für gute Arbeitsplätze und solide Steuereinnahmen, die unser Sozialsystem finanzieren. Ferner werden wir die Unternehmen, insbesondere die kleinen und mittleren Betriebe, entlasten und sie bei der energetischen und digitalen Wende verstärkt unterstützen.

muss daher wettbewerbsfähig sein. Im Rahmen der angestrebten Individualisierung wird die DP sich weiter dafür einsetzen, Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen steuerlich zu entlasten. Da Luxemburg in direkter Konkurrenz zu den anderen EU-Ländern steht, muss auch

der Spitzensteuersatz wettbewerbsfähig sein. Um einen starken Sozialstaat finanzieren zu können, brauchen wir eine dynamische Wirtschaft und dafür muss unser Land für Arbeitnehmer aus dem In- und Ausland eine gute Wahl bleiben; deswegen lehnt die DP eine weitere Erhöhung des Spitzensteuersatzes sowie eine generelle Anhebung der Einkommenssteuer ab.

NACHHALTIGE ENTLASTUNG DER MITTELSCHICHT

Die DP will die Mitte der Gesellschaft nachhaltig entlasten. Durch die finanziellen Hilfen und Maßnahmen im Rahmen der Tripartite-Abkommen hat die Regierung bereits viel zum Erhalt der Kaufkraft beigetragen. Der rückwirkende Steuerkredit sowie die Teilanpassung der Steuertabelle um 2,5 Indexranchen für das kommende Jahr werden die Steuerlast der Bürger zusätzlich senken. Um die Mitte der Gesellschaft vor den Auswirkungen der kalten Progression zu schützen, wollen wir die Steuertabelle regelmäßig an die Inflation anpassen.

STEUERLICHE GLEICHBEHANDLUNG ALLER LEBENSMODELLE

Die DP setzt sich für die steuerliche Gleichbehandlung aller Lebensmodelle ein. Niemand soll aufgrund seiner Lebenssituation (verheiratet, gepacst, verwitwet usw.) steuerlich benachteiligt werden. Wir setzen uns deshalb für die Einführung einer einheitlichen Steuerklasse ein. Die Umstellung auf eine neue und einheitliche Steuertabelle soll schrittweise erfolgen. Darüber hinaus ist es unser Ziel, während der Übergangsphase sicherzustellen, dass zivilrechtliche Partnerschaften und verheiratete Paare bei der Lohnsteuer gleichberechtigt behandelt werden. Das bedeutet, dass auch zivilrechtliche Paare direkt von potenziellen steuerlichen Vergünstigungen bei der Einkommensteuer profitieren, ohne auf eine Rückerstattung über die Steuererklärung warten zu müssen.

KEINE VERMÖGENSSTEUER FÜR PRIVATPERSONEN

Die DP lehnt nach wie vor eine Vermögenssteuer für Privatpersonen ab. Diese Steuer würde einen

unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand mit sich bringen und die Attraktivität des Landes beeinträchtigen.

KEINE ERBSCHAFTSSTEUER IN DIREKTER LINIE

Die Erbschaftssteuer hat in den letzten Jahrzehnten nur geringfügige Veränderungen erfahren, während die Lohnsteuersätze regelmäßig nach unten angepasst wurden. Für die Erbschaftssteuer in indirekter Linie wollen wir die Schwellenwerte entsprechend der Inflationsentwicklung der vergangenen Jahre nach unten anpassen. Die Einführung einer Erbschaftssteuer in direkter Linie lehnen wir strikt ab.

Um Vermögensübertragungen in direkter Linie zu erleichtern, werden wir auch die Besteuerung von Schenkungen, die zu Lebzeiten erfolgen, entsprechend senken. Dies ermöglicht eine faire und angemessene Behandlung von Vermögensübertragungen zwischen Familienmitgliedern.

MEHR FLEXIBILITÄT BEI DEN ABSCHREIBUNGSMÖGLICHKEITEN

Das derzeitige Steuersystem legt für die Abschreibungskategorien einen maximalen Betrag fest. Die DP wird überprüfen, inwiefern die Abschreibungsmöglichkeiten flexibler gestaltet werden können. Dadurch sollen Bürger in allen verschiedenen Lebensabschnitten ihre Ausgaben steuerlich optimaler geltend machen können.

GELDWERTE LEISTUNGEN („AVANTAGES EN NATURE“) STEUERLICH VEREINFACHEN

Die DP wird analysieren, inwieweit die steuerliche Handhabung von Sachleistungen, die Unternehmen ihren Mitarbeitern gewähren, vereinfacht und somit für mehr Klarheit und Transparenz gesorgt werden kann.

ÜBERSTUNDEN VON SOZIALBEITRÄGEN UND STEUERN BEFREIEN

Momentan müssen Arbeitnehmer für alle geleistete Arbeitsstunden Beiträge für die Gesundheitskasse und die Pflegeversicherung entrichten. Die DP wird für Überstunden eine

komplette Befreiung von Sozialbeiträgen anstreben und so den Menschen mehr Netto vom Brutto zukommen lassen. Zudem wird die DP die Steuerbefreiung von Überstunden, wie sie in der Privatwirtschaft gilt, auch im öffentlichen Dienst einführen.

TELEARBEIT DURCH EIN MODERNES STEUERRECHT FÖRDERN

Die DP setzt sich weiterhin für eine flexible Arbeitswelt ein, die den Bedürfnissen der Arbeitnehmer gerecht wird. Dazu gehört die Möglichkeit, Telearbeit zu nutzen, was den Menschen mehr Flexibilität und Freiheit in ihrer Alltagsgestaltung bietet. In der kommenden Legislaturperiode werden wir die Freibeträge und Absetzbarkeit bei der Einkommenssteuer überprüfen und gegebenenfalls die Steuergesetze anpassen, um den Anforderungen und Realitäten der modernen Arbeitswelt gerecht zu werden.

Die DP-Finanzminister haben sich bereits erfolgreich für die Anerkennung von bis zu 34 Tagen Telearbeit für Grenzgänger aus Frankreich und Belgien eingesetzt. Wir werden weiterhin auf bilaterale Abkommen hinarbeiten, um die Telearbeit für Pendler auszubauen. Diese Maßnahmen werden auch anderen Bereichen unserer Wirtschaft zugutekommen. Insbesondere Start-ups können dadurch besser Talente anziehen und sie langfristig an das Unternehmen binden.

INVESTITIONEN VON PRIVATLEUTEN IN START-UPS BEGÜNSTIGEN

Start-ups spielen eine wichtige Rolle, um die Wirtschaft zu diversifizieren und Innovation und Fortschritt voranzutreiben. Oft haben diese jungen Unternehmen jedoch Schwierigkeiten, die nötigen finanziellen Mitteln aufzutreiben, um ihre Idee in die Tat umzusetzen und sich weiterzuentwickeln. Die DP will zusätzliche steuerliche Anreize für Privatpersonen schaffen, um in junge und innovative Unternehmen (darunter Handel und Handwerk) zu investieren.

STEUERFREIE MIET-PRÄMIE FÜR MITARBEITER EINFÜHREN

Die DP will die Möglichkeit einer steuerfreien Miet-Prämie einführen. Dies erlaubt es Unternehmen, junge Arbeitskräfte für ihre

Leistungen zusätzlich zu belohnen. Diese Prämie richtet sich gezielt an junge Mieter im Alter von 18 bis 35 Jahren.

DREI PROZENT MEHRWERTSTEUER AUF NACHHALTIGE TRANSPORTMITTEL

Die DP-Regierung hat bereits eine Vielzahl von steuerlichen Anreizen im Bereich Klima- und Umweltschutz umgesetzt. Dazu zählt unter anderem die Anwendung des superreduzierten Mehrwertsteuersatzes von drei Prozent auf Sanierungsarbeiten von Wohnhäusern und Gebäuden ab zehn Jahren (anstelle von 20 Jahren) sowie auf den Erwerb von Fotovoltaikanlagen.

Die DP wird diesen Weg konsequent weiterverfolgen und sich für die Einführung des superreduzierten Mehrwertsteuersatzes von drei Prozent für elektrische Fortbewegungsmittel im Bereich der sanften Mobilität, wie Fahrräder und Roller, auf EU-Ebene einsetzen. Auf diesem Weg sollen umweltfreundliche Alternativen im Verkehrsbereich zusätzlich gefördert werden.

BETRIEBLICHE UND PRIVATE ALTERSVORSORGE FÖRDERN

Die DP stellt sicher, dass die gesetzliche Rentenversicherung die tragende Säule des Rentensystems bleibt. Die DP setzt sich daneben auch für eine vielfältige und flexibel gestaltete Altersvorsorge ein, die den Bedürfnissen der Versicherten gerecht wird und nachhaltige Investitionen fördert. In diesem Zusammenhang werden wir den Versicherten die Möglichkeit geben, ihre private Altersvorsorge verstärkt abzusetzen (Dritte Säule).

Für die zweite Säule der Rentenversicherung werden wir die Höhe des absetzbaren Betrags an einen gewissen Prozentsatz des Lohns des Arbeitnehmers koppeln und eine höhere Absetzbarkeit vorsehen, falls die Beiträge in nachhaltige Investitionen fließen.

BÜRGERNAHE UND DIGITALE STEUERVERWALTUNGEN

Die DP möchte generell den Kontakt mit den Verwaltungen verbessern. Zu diesem Zweck sollen in den verschiedenen Regionen des Landes Anlaufstellen eröffnet werden,

darunter auch für Steuerfragen. Darüber hinaus will die DP den digitalen Kontakt mit den Steuerverwaltungen weiter ausbauen und Verwaltungsverfahren digitalisieren. Ein zentrales Dashboard im MyGuichet-Bereich soll den Steuerzahlenden einen Überblick über ihre steuerliche Situation geben und die Möglichkeit bieten, verschiedene Verwaltungsvorgänge unkompliziert durchzuführen, zum Beispiel die Festlegung von Steuervorauszahlungen. Die DP wird außerdem sicherstellen, dass die Schreiben der Steuerverwaltungen so klar wie möglich formuliert werden, um die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern zu erleichtern.

„PRIME PARTICIPATIVE“ WEITER STÄRKEN

Im letzten Jahr hat die von der DP geführte Regierung erste Schritte unternommen, um einen Gewinnbeteiligungsbonus („Prime Participative“) für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiter zu fördern. Die DP wird in der kommenden Legislaturperiode weiterhin daran arbeiten und zusätzliche Maßnahmen ergreifen, um den Gewinnbeteiligungsbonus für Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Unternehmen noch attraktiver zu gestalten.

„RÉGIME D'IMPATRIÉ“ ATTRAKTIVER GESTALTEN

Neben der „Prime participative“ ist auch das in der vergangenen Legislaturperiode bereits angepasste „Régime d'impatrié“ ein wichtiges Instrument zur Anziehung von Talenten. Die DP wird die Wirksamkeit dieses Instruments untersuchen und gegebenenfalls weitere Anpassungen vornehmen.

KAPITALBETEILIGUNG VON ARBEITNEHMERINNEN UND ARBEITNEHMERN FÖRDERN

Die DP wird die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Kapital ihres Unternehmens steuerlich fördern

und sie so verstärkt am Erfolg des Betriebs beteiligen. Insbesondere mit Blick auf Start-Ups soll ein attraktives neues Stock-Options Regime eingeführt werden.

SCHRITTWEISE AUS DEM TANKTOURISMUS AUSSTEIGEN

s. Kapitel Nachhaltigkeit

SPORT, KULTUR UND EHRENAMT STEUERLICH FÖRDERN

Die DP erkennt die große Bedeutung von Sport, Kultur und Ehrenamt für das gesellschaftliche Leben und plant daher, den steuerlich absetzbaren Betrag für Ausgaben in diesen Bereichen von 5.000€ auf 7.500€ pro Jahr zu erhöhen. Damit wollen wir das Engagement in Sportvereinen, Kultur und Ehrenamt weiter fördern und die finanzielle Belastung für die Bürgerinnen und Bürger verringern.

BEARBEITUNGSZEIT DER STEUERERKLÄRUNG REDUZIEREN

In dieser Legislaturperiode wurde bereits die Frist zur Abgabe der Steuererklärung um neun Monate verlängert. Die DP will sich nun dafür einsetzen, dass die Bearbeitungszeit der Steuererklärung durch die Verwaltung auf maximal drei Monate beschränkt wird. Um dieses Ziel zu erreichen, werden die Steuerverwaltungen personell weiter verstärkt. Darüber hinaus wird die DP sicherstellen, dass die digitale Steuererklärung weiter verbessert wird, insbesondere durch die automatische Übernahme vorhandener Daten nach dem „once-only-Prinzip“. Zudem sollen Informationen aus anderen staatlichen Registern automatisch in die Steuererklärung eingefügt werden, sofern die Datenschutzbestimmungen dies zulassen.

PERSONAL DER FINANZBEHÖRDEN AUFSTOCKEN

s. Kapitel Finanzplatz

IMMOBILIENBESTEUERUNG

Die DP ist sich der drängenden Problematik auf dem Wohnungsmarkt bewusst und plant, in der kommenden Legislaturperiode weitere steuerliche Maßnahmen zu ergreifen, um den Wohnungsmarkt anzukurbeln, den Erwerb von Wohneigentum zu erleichtern und die finanzielle Belastung der Bürgerinnen und Bürger zu verringern.

In diesem Zusammenhang hat die DP-geführte Regierung bereits in den letzten Monaten den Steuerkredit „Bëllegen Akt“ von 20.000€ auf 30.000€ erhöht. Zusätzlich wurde die Absetzbarkeit von Schuldzinsen für die Finanzierung von selbstgenutztem Wohnraum von 2.000€ auf 3.000€ pro Haushaltsmitglied angepasst.

GRUNDSTEUER, MOBILISIERUNGSSTEUER, LEERSTANDSSTEUER

s. Kapitel Wohnungsbau

EINMALIGE BEFREIUNG VON EINTRAGUNGSGEBÜHREN („DROITS D'ENREGISTREMENT“)

Die DP will jungen Menschen den Erwerb von Wohnraum erleichtern. Dazu wird Erstkäufern, die eine Immobilie für den persönlichen Gebrauch erwerben, eine einmalige Befreiung von den Eintragungsgebühren gewährt. Dieses Modell ähnelt dem der Niederlande und soll jungen Menschen dabei helfen, den Schritt in die eigenen vier Wände zu ermöglichen.

„TRANSFERTS DE PLUS-VALUE“ WIEDER EINFÜHREN

s. Kapitel Wohnungsbau

„QUART TAUX GLOBAL“ ZEITLICH BEGRENZT WIEDER EINFÜHREN

s. Kapitel Wohnungsbau

UNTERNEHMEN

UNTERNEHMEN STEUERLICH ENTLASTEN

Die DP wird die Körperschafts- sowie Gewerbesteuer in Richtung der Durchschnittssätze der EU und der OECD-Ländern senken. Durch Senkung der Steuersätze wird die Attraktivität Luxemburgs als Standort gesteigert. Die DP ist davon überzeugt, dass diese Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaft und zur Schaffung eines attraktiven Geschäftsumfelds beitragen. Darüber hinaus will die DP auch klein- und mittelständische Unternehmen gezielt unterstützen.

ZUSÄTZLICHE ANREIZE FÜR INVESTITIONEN IN NACHHALTIGKEIT UND FORSCHUNG

Die DP beabsichtigt, Unternehmen bei Investitionen in die digitale und ökologische Transformation sowie in Forschung und

Entwicklung stärker zu unterstützen. Hierfür werden wir den Katalog an Anreizen in Form von Steuergutschriften oder Super-Abzügen weiter ausbauen. Dies soll Unternehmen dazu ermutigen, Innovationen voranzutreiben und den Übergang zu einer nachhaltigen und digitalen Wirtschaft zu fördern.

KAPITALBETEILIGUNG VON ARBEITNEHMERINNEN UND ARBEITNEHMERN FÖRDERN

s. Kapitel Privatpersonen

VERMÖGENSSTEUER FÜR UNTERNEHMEN REDUZIEREN

Die Vermögenssteuer für Unternehmen ist eine Besonderheit der luxemburgischen Steuerlandschaft. Dies führt zu einem Wettbewerbsnachteil gegenüber ausländischen

Firmen. Die DP will aus diesem Grund die Vermögenssteuer senken und ihre Anwendung einschränken, um die Attraktivität des Standorts Luxemburg zu stärken.

REDUZIERTER „TAXE D'ABONNEMENT“ FÜR NACHHALTIGE INVESTITIONEN

Die DP-geführte Regierung hat in der vergangenen Legislaturperiode eine Reduktion der Abonnementsteuer („taxe d'abonnement“) für Investmentfonds, die konform zu den anspruchsvollsten Kriterien der europäischen Taxonomie sind, eingeführt, um verstärkt nachhaltige Investitionen zu fördern. Die DP wird die Effekte dieser reduzierten Abonnementsteuer untersuchen und prüfen, inwiefern weitere Anreize geschaffen werden können, um Investitionen in umwelt- und klimafreundliche Aktivitäten zusätzlich zu ermutigen.

RECHTSSICHERHEIT STÄRKEN

Um die Rechtssicherheit für Unternehmen zu erhöhen, setzt sich die DP für eine Vereinfachung der Verwaltungsverfahren und eine Modernisierung der Steuergesetzgebung ein. Gleichzeitig soll die Kommunikation zwischen Steuerzahlern und Steuerbehörden durch mehr Personal und die Digitalisierung der Steuerbehörden schneller werden.

INTERNATIONALE ENTWICKLUNGEN IM STEUERRECHT AKTIV BEGLEITEN

Die DP ist sich den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bewusst, und ist überzeugt, dass Besteuerung in einer globalisierten Welt in weiten Teilen zusammen angegangen werden muss. Deswegen hat die DP die Entwicklungen im Steuerrecht auf europäischer und internationaler Ebene von Anfang an aktiv begleitet und wird dies auch in Zukunft tun. Gleichzeitig positioniert sich die DP kritisch gegenüber neuen Regulierungen, die ihr Ziel nicht erreichen, oder gar darüber hinausschießen.

NETZWERK VON DOPPELBESTEUERUNGS-ABKOMMEN WEITER AUSBAUEN

Die DP erkennt die Bedeutung von Doppelbesteuerungsabkommen als wichtige Instrumente zur Stärkung der Handelsbeziehungen Luxemburgs und des Finanzplatzes an. Daher setzen wir uns aktiv dafür ein, das Netzwerk von Doppelbesteuerungsabkommen weiter auszubauen.

2

STAATSFINANZEN VERANTWORTUNGSVOLLE HAUSHALTPOLITIK IM SINNE DER NÄCHSTEN GENERATIONEN

Die DP steht für eine verantwortungsbewusste und zukunftsorientierte Haushaltspolitik. Seit ihrem Regierungsantritt im Jahr 2013 hat die DP die Staatsfinanzen kontinuierlich saniert. Insbesondere in den Krisenjahren haben sich diese Bemühungen ausgezahlt: Der Staat blieb inmitten der Krisen handlungsfähig und konnte den finanziellen Spielraum nutzen, um Menschen und Unternehmen umfangreich zu unterstützen.

Im Rahmen des „Energiedesch“ und der drei Tripartiten hat die DP-geführte Regierung historische Hilfspakete verabschiedet, die einen Betrag von 2,5 Milliarden Euro für die Jahre 2022 und 2023 umfassen. Diese Hilfspakete sind auch im internationalen Vergleich beeindruckend.

Der Umfang dieser zahlreichen Unterstützungen hat unweigerlich zu einer Belastung der Staatsfinanzen geführt. Mittelfristig wollen wir die Staatsfinanzen wieder ins Gleichgewicht bringen, ohne dabei die Steuerlast der Bürger zu erhöhen oder auf notwendige Investitionen zu verzichten.

In diesem Zusammenhang werden wir auch weiterhin eine verantwortungsbewusste und ausgewogene Haushaltspolitik betreiben, die sowohl die soziale und generationelle Gerechtigkeit als auch ein nachhaltiges Wachstum fördert.

AMBITIONIERTE INVESTITIONSPOLITIK WEITERFÜHREN

In diesem Jahr belaufen sich die öffentlichen Investitionen auf rund vier Milliarden Euro. Die DP bleibt ihrem Kurs einer ambitionierten Investitionspolitik treu und wird weiterhin die Weichen für eine erfolgreiche und nachhaltige Zukunft Luxemburgs stellen. Unser Ziel ist

es, die hohe Lebensqualität für die jetzigen und kommenden Generationen abzusichern. In diesem Zusammenhang wollen wir die Investitionen in die Bereiche Umwelt- und Klimaschutz, Mobilität, bezahlbarer Wohnraum, Gesundheit und Bildung weiter hochhalten.

GENERATIONSGERECHTE ÖFFENTLICHE SCHULDEN

Seit 2013 hat das von der DP geleitete Finanzministerium die öffentlichen Finanzen erfolgreich saniert und dabei stets die Zukunftsfähigkeit unseres Landes im Blick behalten. Wir werden diesem Ansatz treu bleiben und uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Staatsverschuldung auf ein notwendiges und nachhaltiges Maß begrenzt wird.

DAS „SUSTAINABLE BOND FRAMEWORK“ ALS WICHTIGER HEBEL FÜR DIE FINANZIERUNG DER NACHHALTIGKEIT

Luxemburg ist Vorreiter in Sachen Finanzierung der Nachhaltigkeit. Wir haben als erstes Land Europas ein Rahmenwerk für Nachhaltigkeitsanleihen veröffentlicht, das die Herausgabe grüner, sozialer oder nachhaltiger Anleihen ermöglicht und klare Kriterien für die Projektauswahl festlegt. Die DP wird dieses Instrument weiter nutzen, um auf das Erreichen der nationalen Klimaziele hinzuarbeiten.

TRIPLE A RATING VERTEIDIGEN

Die kontinuierliche Bestätigung der AAA-Bonität ist keine Selbstverständlichkeit, sondern das Resultat fundierter politischer Entscheidungen. Die hohe Kreditwürdigkeit bildet einen Grundpfeiler für die wirtschaftliche

Attraktivität unseres Landes und ist daher ein Garant für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung. Die DP setzt sich dafür ein, durch eine verantwortungsvolle und nachhaltige Finanzpolitik auch zukünftig die Triple A Bonität für Luxemburg zu sichern.

ALTERNATIVE FINANZIERUNGSMETHODEN SCHAFFEN

Unsere europäischen Nachbarländer finanzieren große Infrastrukturprojekte nicht zwingend über den Staatshaushalt oder mittels Steuergelder. Auch Luxemburg könnte sich zusätzlichen finanziellen Spielraum verschaffen, indem wir bei öffentlichen Investitionen stärker auf alternative Finanzierungsmethoden zurückgreifen. Beispiele hierfür sind Öffentlich-Private-Partnerschaften (PPP) oder Bürgerfonds, sowie innovative Finanzierungsinstrumente an den Finanzmärkten.

Die DP wird außerdem eine Gesamtstrategie entwickeln, um die verschiedenen staatlichen Fonds sowie Unternehmen, an denen der Staat Anteile hält, zusätzlich in die Finanzierung der energetischen und digitalen Transition des Landes einzubeziehen.

TRANSFERS IN DER GROSREGION

Luxemburg ist ein wichtiger Knotenpunkt in der Region, insbesondere in der Arbeitswelt. Um ein gutes Zusammenleben zu ermöglichen, müssen deswegen wichtige Fragen gemeinsam mit unseren Nachbarländern angegangen werden. Gemeinsame Projekte innerhalb der Grenzregion, vor allem bezüglich der Mobilität, bergen jedoch auch die Frage der Finanzierung in sich. Die DP ist der Meinung, dass Luxemburg sich an grenzüberschreitenden Projekten auch finanziell beteiligen sollte, um die tägliche Situation der Betroffenen zu verbessern. Pauschalen Geldleistungen an Nachbarregionen oder -staaten steht die DP jedoch kritisch gegenüber.

DISKUSSIONEN UM EUROPÄISCHE HAUSHALTSREGELN PROAKTIV BEGLEITEN

Während der Krisenjahre wurde der Stabilitäts- und Wachstumspakt (PSC), der die europäischen Haushaltsregeln regelt, für einen Zeitraum von drei Jahren ausgesetzt, indem die sogenannte „allgemeine Ausweichklausel“ eingesetzt wurde. Derzeit wird auf europäischer Ebene über eine Reform des PSC diskutiert. Angesichts der zentralen Bedeutung gesunder Staatsfinanzen für die Entwicklung der luxemburgischen Wirtschaft, wird sich die DP für eine verantwortungsvolle und realistische Haushaltspolitik einsetzen – heute und langfristig. Vorausschauende und nachhaltige Finanzpolitik muss den neuen Realitäten angepasst sein und u.a. den Herausforderungen der Finanzierung von Klimaneutralität, Digitalisierung, dem demographischen Wandel und einer angepassten Verteidigungspolitik Rechnung tragen. Haushaltsregeln sollen, in Luxemburg und in Europa, so ausgelegt werden, dass sie diesen Ansprüchen gerecht werden und präventiv weiterhin die Schaffung von finanziellen Handlungsraum fördern.

GESETZGEBUNG ZUM HAUSHALT REFORMIEREN

In der nächsten Legislaturperiode wird die DP die Haushaltsgesetzgebung grundsätzlich unter die Lupe nehmen und in Zusammenarbeit mit dem Parlament eine Reform in die Wege leiten. Die Erkenntnisse der letzten Jahre zeigen, dass das aktuelle Rahmengesetz von 1999 überarbeitet und modernisiert werden sollte. Hierzu zählt auch die Schaffung einer einheitlichen Buchhaltungsmethode, welche das nationale und das europäische Berechnungssystem (ESVG 2010) zusammenführen, und den aktuellen Anforderungen noch besser gerecht wird.

3

FINANZPLATZ INNOVATIV, TRANSPARENT UND INTERNATIONAL WETTBEWERBSFÄHIG

Der Luxemburger Finanzplatz ist das Fundament unserer Wirtschaft und spielt eine entscheidende Rolle mit über 60.000 Arbeitsplätzen und einem maßgeblichen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt. Die DP bekennt sich ausdrücklich zu einem starken, gut regulierten und international wettbewerbsfähigen Finanzplatz. Wir werden unsere Gesetzgebung schnell, zukunftsorientiert und transparent weiterentwickeln.

Seit 2013 hat das von der DP geführte Finanzministerium erfolgreich daran gearbeitet, dass der luxemburgische Finanzsektor den aktuellen internationalen Standards in Bezug auf Transparenz und Bekämpfung der Steuerhinterziehung entspricht.

Ferner hat die DP über die vergangenen Jahre wichtige Maßnahmen umgesetzt, um die Attraktivität des Standorts Luxemburg weiter auszubauen. Dazu zählt nicht nur die Einführung von wichtigen Instrumenten zur Anziehung von Talenten, wie das „Regime d’impatrié“ und die „prime participative“, sondern auch ein hochwertiges und öffentliches internationales Bildungsangebot, Sachleistungen zugunsten der Familien sowie eine Vielzahl an kulturellen und Freizeitaktivitäten.

Die DP wird sich auch weiterhin für die Stärkung des Finanzplatzes einsetzen, insbesondere im Hinblick auf „talent attraction“, technologische Innovationen und die Diversifizierung des Finanzsektors. Die Positionierung Luxemburgs über die letzten Jahre als Vorreiter im Bereich der alternativen Fonds hat sich als wahre Erfolgsgeschichte erwiesen. Zudem wurde der gesetzliche Rahmen durch u.a. die Verabschiedung dreier Blockchain-Gesetze konsequent modernisiert. Wir sind weiterhin bereit, die Chancen der digitalen Transformation zu nutzen und den Finanzsektor in Luxemburg fit für die Zukunft zu machen.

DIVERSIFIKATION VORANTREIBEN

Nach dem Wegfall der Stahlindustrie hat das Finanz- und Versicherungswesen schnell an Bedeutung gewonnen und prägt bis heute unsere Wirtschaft. Dies ist zum großen Teil auf die hohe Reaktionsfähigkeit unseres Finanzplatzes zurückzuführen: Als „First Mover“ ist Luxemburg in der Lage, laufend neue Investitionen anzuziehen. Um auch zukünftig ein führendes Finanzzentrum zu bleiben, ist es entscheidend, dass unsere Gesetzgebung kontinuierlich angepasst wird.

Die Diversifikation der luxemburgischen Wirtschaft und insbesondere des Finanzplatzes ist ein zentrales Anliegen der DP. Wir setzen auf die Entwicklung umweltfreundlicher, nachhaltiger und sozial verantwortlicher Finanzprodukte sowie auf den Fintech-Bereich. Wir sind davon überzeugt, dass dort die Zukunft der Finanzwirtschaft liegt. Indem wir uns auf nachhaltige und innovative Finanzlösungen konzentrieren, schaffen wir nicht nur Chancen für Unternehmen, sondern tragen auch zum Umweltschutz und sozialen Fortschritt bei.

FÜR EINE WETTBEWERBSFÄHIGE FONDSINDUSTRIE

Die DP wird die Fondsindustrie in Luxemburg weiter fördern. Diese steht in direkter Konkurrenz zu anderen Staaten und kämpft zunehmend um Marktanteile. Um gegenüber anderen Finanzplätzen an Wettbewerbsfähigkeit zu gewinnen, setzt sich die DP für einen stabilen und modernen rechtlichen Rahmen ein.

LUXEMBURG ALS TOR ZUM EUROPÄISCHEN MARKT AUSBAUEN

Der Finanzplatz Luxemburg soll internationalen Unternehmen ideale Bedingungen für den

Zugang zum europäischen Markt bieten. Auch die internationale Vernetzung unseres Finanzplatzes mit dem Ausland muss weiter verstärkt werden. Unser Ziel ist es, den Austausch mit wichtigen globalen Partnern zu intensivieren und den Finanzplatz Luxemburg als attraktiven Standort zu positionieren.

EUROPÄISCHE REGELWERKE UND INTERNATIONALE ABKOMMEN ZEITNAH UMSETZEN

Eine zügige Umsetzung europäischer Richtlinien und Verordnungen sowie internationaler Abkommen trägt zur Stabilität und Planungssicherheit des Finanzplatzes Luxemburg bei. Bei europäischen Richtlinien soll dies möglichst nach dem Prinzip „Die ganze Richtlinie und nichts als die Richtlinie“ erfolgen.

EUROPÄISCHES FINANZRECHT MITGESTALTEN

Der DP ist daran gelegen, sich aktiv an der Gestaltung europäischer Regelungen für den Finanzbereich zu beteiligen. Nur so kann sichergestellt werden, dass den Besonderheiten unseres Finanzplatzes Rechnung getragen wird. Deswegen fordert die DP, dass Luxemburg durch zusätzliche Beamte in den jeweiligen EU-Institutionen noch besser vertreten wird.

DIE EFFIZIENTE KONTROLLE DER FINANZDIENSTLEISTER BEIBEHALTEN

Die Regierung ist um eine effiziente Kontrolle des Sektors durch die CSSF (Commission de surveillance du secteur financier) und das CAA (Commissariat aux Assurances) bemüht. Diese sorgen für Stabilität und eine gerechte Anwendung der Regeln, aber auch für Vertrauen. In diesem Sinn spricht die DP sich für die Beibehaltung der Kontrolle im Herkunftsland aus. Konkret stellt sich die DP gegen die Aushöhlung der nationalen Aufsichtsbehörden und die Verlagerung ihrer Kompetenzen ins Ausland.

REGULIERUNG NEUER FINANZDIENSTLEISTUNGEN UND -PRODUKTE

Unser Finanzplatz muss auch in Zukunft innovativ bleiben. Neue Finanztechnologien sind eine Chance für Luxemburg. Die DP hat bereits in

der Vergangenheit in Bezug auf alternative Fonds, Sustainable Finance und Blockchain wichtige Maßstäbe gesetzt. Wir werden diese Entwicklungen auch weiterhin proaktiv begleiten, den rechtlichen Rahmen weiter ausbauen und regelmäßig anpassen. Ferner gehören dazu auch Entwicklungen in den Bereichen Tokenization und Cloud Banking. Auch die Einführung eines digitalen Euro wird von der DP als vielversprechend angesehen. Um die Regulierung neuer Finanzdienstleistungen und -produkte koordiniert anzugehen, soll das „Haut Comité de la place financière“ weiter gestärkt werden.

GLEICHE REGULIERUNG FÜR ALLE FINANZDIENSTLEISTER

Die DP wird dafür Sorge tragen, dass neue Finanzdienstleister, die dieselben Leistungen wie klassische Finanzdienstleister anbieten, auch die gleichen Auflagen erfüllen müssen.

RAHMENBEDINGUNGEN FÜR BLOCKCHAIN-TECHNOLOGIE ANPASSEN

Die Blockchain-Technologie bietet viele Möglichkeiten und hat bereits seit einigen Jahren einen festen Platz im Finanzwesen. Zahlreiche Geschäftsmodelle basieren auf der Blockchain-Technologie, die es ermöglicht, riesige Datenmengen schnell und sicher zu verarbeiten. Die DP hat in den vergangenen Jahren mit den Blockchain-Gesetzen I, II und III die rechtlichen Rahmenbedingungen dafür geschaffen. Wir werden die Entwicklung der Blockchain-Technologie weiter begleiten und die Gesetzgebung gegebenenfalls anpassen, insbesondere um Anleger zu schützen.

ATTRAKTIVITÄT DES ICT-STANDORTS LUXEMBURG AUSBAUEN

Luxemburg steht dank zukunftsweisender Investitionen an der Spitze im Bereich Digitalisierung und Vernetzung. Dies soll ausgebaut und unterstützt werden. Ein Puzzleteil des luxemburgischen „Ökosystems“ sind unsere „state of the art“ Rechenzentren, die unter anderem von den hier ansässigen Finanzdienstleistern genutzt werden, um sensible Daten sicher und lokal zu speichern. Der ICT-Standort Luxemburg soll gestärkt und weiter ausgebaut werden.

In diesem Zusammenhang wird die DP die Digitalisierung grundlegender öffentlicher Dienstleistungen weiter vorantreiben und sowohl Unternehmen als auch Bürgerinnen und Bürger bei der Digitalisierung unterstützen.

CYBER-SICHERHEIT VERSTÄRKEN

Das Finanzwesen beruht auf schnellen und sicheren Transaktionen. Angriffe von Kriminellen und Drittstaaten stellen ein echtes Sicherheitsproblem dar, denn sie können großen Schaden anrichten. Aus diesem Grund setzt sich die DP dafür ein, die Cyber-Sicherheit zu verstärken.

SOVEREIGN CLOUD

s. Kapitel Digitalisierung und Medien

FÜR EIN NACHHALTIGES FINANZWESEN

Unter dem Impuls des DP-geführten Finanzministeriums hat sich Luxemburg zum Vorreiter im Bereich der nachhaltigen Finanzen entwickelt. Mit dem Luxembourg Green Exchange (LGX) wurde die erste globale Plattform, die sich umweltgerechten, sozial verantwortlichen und nachhaltigen Wertpapieren widmet, geschaffen. Die DP wird das nachhaltige Finanzwesen (Sustainable Finance) weiter stärken.

NACHHALTIGE FINANZIERUNGSMODELLE FÖRDERN

Die DP wird gezielte steuerliche Anreize schaffen, um die Energiewende zu beschleunigen. Denn öffentlich-private Partnerschaften sind für das Gelingen der nachhaltigen Wende unabdingbar. Innovative Finanzierungsmodelle, wie beispielsweise Blended Finance und Impact Investing sollen weiter gefördert werden.

FOSSILE BRENNSTOFFE UND ATOMKRAFT DÜRFEN NICHT ALS NACHHALTIG GEKENNZEICHNET WERDEN

Fossile Brennstoffe und Atomkraft sind langfristig keine Alternative zu den erneuerbaren Energien. Aus diesem Grund setzt die DP sich dafür ein, dass fossile Energieträger und Atomkraftwerke europaweit nicht mehr im Rahmen der EU-Taxonomie als nachhaltig eingestuft werden.

REDUZIERTER „TAXE D’ABONNEMENT“ FÜR NACHHALTIGE INVESTITIONEN

s. Kapitel Steuerpolitik

KLIMA-DACHFONDS WEITER AUSBAUEN

Um die nachhaltige Wende zu finanzieren, wird die DP den Klima-Dachfonds weiter ausbauen, aus dem in Entwicklungsländern Investitionen gegen den Klimawandel finanziert werden.

GENDER FINANCE FÖRDERN

Unter der Leitung der DP hat sich Luxemburg der „Gender Finance“ angenommen, um strukturellen Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern entgegenzuwirken. Ziel ist es, den Zugang zu Finanzdienstleistungen und die wirtschaftliche Teilhabe von Frauen zu verbessern. Die DP wird weiterhin solche Projekte fördern.

KEINE DIGITAL- ODER FINANZTRANSAKTIONSSTEUER EINFÜHREN

s. Kapitel Steuerpolitik

COMPLIANCE UND KYC (KNOW YOUR CUSTOMER) EFFIZIENTER GESTALTEN

Die DP unterstützt die Einrichtung einer gemeinsamen öffentlich-privaten Mutualisierungsplattform für Compliance. Auf diese Weise werden den beteiligten Akteuren die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt, um die verschiedenen Compliance-Anforderungen schnell und effizient zu erfüllen.

PERSONAL DER FINANZBEHÖRDEN AUFSTOCKEN

Um eine zügige Bearbeitung aller Akten zu gewährleisten und den wachsenden Aufgaben der Aufsichts- und Finanzbehörden, etwa dem automatischen Informationsaustausch, gerecht zu werden, wird die DP die Einstellungspolitik der Regierung fortführen und das Personal weiter aufstocken. Zusätzlich soll es einen verstärkten Rückgriff auf Digitalisierung und künstliche Intelligenz geben, um die Bearbeitungsfristen weiter zu senken.

Durch die personelle Aufstockung der Finanzbehörden wird der Dialog zwischen

Verwaltung und Steuerzahler gefördert. So können Missverständnisse vermieden und Sachverhalte schneller bearbeitet werden. Des Weiteren wird die DP prüfen, inwiefern durch eine Zusammenlegung der drei unterschiedlichen Steuerverwaltungen Prozesse optimiert und Ressourcen im Sinn des Steuerzahlers effizienter eingesetzt werden können.

FINANZKENNTNISSE STÄRKEN

Die DP setzt sich dafür ein, die Finanzkenntnisse der gesamten Bevölkerung zu stärken. In Grund- und Sekundarschulen sollen Schüler ein grundlegendes Verständnis für Finanzen erlernen. Mit Hilfe praktischer Erfahrungen soll auch der Unternehmergeist gefördert werden. Darüber hinaus sollen spezialisierte Hochschulabschlüsse im Finanzbereich angeboten werden, die der Bedeutung des Finanzplatzes Luxemburg gerecht werden.

JURISTISCHE VERFOLGUNG VON WIRTSCHAFTS- UND FINANZKRIMINALITÄT STÄRKEN

Luxemburg hat unter Führung der DP im Bereich der juristischen Verfolgung von Wirtschafts- und Finanzkriminalität, insbesondere der Geldwäsche, viel erreicht, wie zum Beispiel durch die Bildung der „Cellule de renseignement financier“ (CRF). Angesichts der Bedeutung dieser Bemühungen für die internationale Reputation des Landes und um diese weiter zu stärken, werden wir noch größere Anstrengungen unternehmen und Polizei und Justiz mit den notwendigen Mitteln ausstatten, um die bestehenden Finanz-Gesetze konsequent anwenden zu können. So werden wir die Einführung fachlich spezialisierter Richter und die Schaffung einer Staatsanwaltschaft für Finanzstraftaten beziehungsweise die Bildung einer Strafkammer für Finanzvergehen prüfen.

4

WOHNUNGSBAU ZUGANG ZU BEZAHLBAREM WOHNRAUM FÜR JEDEN ERMÖGLICHEN

Über die vergangenen Jahrzehnte hinweg hat die wirtschaftliche Dynamik Luxemburg und seinen Einwohnern beachtlichen Wohlstand verschafft. Jedoch aufgrund mangelnder politischer Maßnahmen, um dieses Wachstum wirksam zu begleiten, steht das Land nun vor einer Wohnungsnot, welche sich seit einigen Jahren zusehends verschärft und den sozialen Zusammenhalt zu schwächen droht. Die im Vergleich zu den Einkommen stärker steigenden Wohnungspreise belasten die Kaufkraft und hemmen die wirtschaftliche Entwicklung. Das strukturelle Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt gefährdet den Traum vom Eigenheim für immer mehr Menschen in Luxemburg, insbesondere für junge Familien. Dabei sind bei weitem nicht nur die unteren Einkommensschichten betroffen, die Wohnungsbauproblematik reicht mittlerweile bis weit in die Mittelschicht hinein. Die aktuell von steigenden Zinsen geprägte Lage führt zu einem Rückgang der Nachfrage und einem Stillstand in der Baubranche, was mittelständische Unternehmen unter Druck setzt und das Defizit an Neubauten verstärkt.

In Anbetracht dieser Situation ist es offensichtlich, dass die Politik bedeutende zusätzliche Anstrengungen unternehmen muss. Trotz zahlreicher Maßnahmen in den vergangenen Jahren hat die Wohnungskrise nichts von ihrer Dringlichkeit verloren. Die bisherigen Maßnahmen konnten ihre Wirkung bislang nur unzureichend entfalten, sodass wir die Wohnungskrise durch kurzfristige und strukturelle Maßnahmen weiter resolut bekämpfen müssen.

Die DP wird deshalb eine historische Wohnungsbauoffensive einleiten. Unser Ziel ist es, mittelfristig die Anzahl von Wohnungen zu

bauen, die laut STATEC erforderlich sind, um der Nachfrage gerecht zu werden. Aus diesem Grund werden wir den Immobilienbestand im Besitz der öffentlichen Hand nach dem Beispiel der Stadt Wien massiv ausbauen und zu diesem Zweck die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Akteuren stärken. Kurzfristig werden wir dafür Sorge tragen, dass möglichst viele Projekte privater Bauherren, die aufgrund der aktuellen Krise nicht realisiert werden können, übernommen werden. Darüber hinaus werden wir uns dafür einsetzen, ungenutztes Bauland in öffentlichem Besitz so rasch wie möglich zu bebauen. **Mit Hilfe öffentlicher Ausschreibungen beabsichtigen wir, das Baugewerbe aktiver und effizienter an der Schaffung von öffentlichem Wohnraum zu beteiligen.**

In den letzten Jahren sind die staatlichen Investitionen in den Bau bezahlbarer Wohnungen kontinuierlich gestiegen. Wir werden diesen Weg konsequent weiterverfolgen. Gleichzeitig sind wir überzeugt, dass private Investoren wichtige Partner sind, um den öffentlichen Wohnungsbau voranzubringen. Wir werden hier verstärkt auf privates Kapital zurückgreifen und Bürger gezielt in die Anstrengungen zur Bekämpfung der Wohnungsnot einbeziehen. Beim Bau von Mietwohnungen für den privaten Markt spielen private Investoren bereits heute eine maßgebliche Rolle. Wir werden die jetzigen Anreize weiterführen und zusätzlich gezielte Maßnahmen einführen.

Als DP werden wir innovative Programme schaffen, um jungen Familien und der Mittelschicht den Zugang zu erschwinglichem Wohnraum zu erleichtern. Beispielsweise durch das Konzept des Mietkaufs, bei dem die gezahlten Mieten für den Erwerb der Immobilie angerechnet werden können.

Des Weiteren ist eines unserer Hauptanliegen, die Genehmigungsverfahren zu vereinfachen, zu digitalisieren und transparenter zu gestalten. Die Erfahrung hat gezeigt, dass wir bei vielen Immobilienprojekten aufgrund umständlicher Verfahren und unnötig restriktiver Gesetze, vor allem im Umweltschutzbereich, nicht die erforderliche Dynamik entfalten können. Durch

die Einführung eines „Code de la construction“ möchten wir die Gesetzgebung lesbarer gestalten. Um das Tempo im Wohnungsbau zu erhöhen, werden wir Umweltschutzvorschriften effizienter gestalten und sicherstellen, dass ein starker gesetzlicher Umweltschutz nicht zu unnötig langen Genehmigungsverfahren führt.

MEHR UND SCHNELLER WOHNRAUM SCHAFFEN

BEREITS GEPLANTE ODER BESTEHENDE PROJEKTE AUFKAUFEN

Kurzfristig werden wir dafür Sorge tragen, dass möglichst viele Projekte privater Bauherren übernommen werden, die aufgrund der aktuellen Krise zurückgestellt wurden. Allgemein sollte der Staat aktiver am Immobilienmarkt operieren und verstärkt auf Angebote von kompletten Wohnblöcken (Bestand oder Neubau), die zum Verkauf stehen, zurückgreifen, um den öffentlichen Immobilienbestand kurzfristig zu erhöhen. So wurde bereits unter der Leitung der DP-geführten Regierung eine interministerielle Task-Force eingesetzt, um die Angebote schnell und effizient zu prüfen und Verhandlungen mit den privaten Bauherren zu führen. Der Staat soll die Möglichkeit erhalten, diese Projekte zu vernünftigen Preisen aufzukaufen, um sie einem großen öffentlichen Immobilienpark als Mietwohnungen zuzuführen.

STAATLICHE UND KOMMUNALE GRUNDSTÜCKE SOFORT MOBILISIEREN

Die DP wird sich weiter dafür einsetzen, dass kommunale und staatliche Grundstücke umgehend bebaut werden können. Auf diesen Grundstücken sollen vor allem Mietwohnungen entstehen. Es muss vermieden werden, dass Gemeinden und Staat bebaubare Grundstücke höchstbietend verkaufen und sich so an der Preisspirale für Immobilien beteiligen. Durch die Durchführung öffentlicher Ausschreibungen und bei Bedarf von Konzeptvergaben beabsichtigen wir, die Baubranche aktiver und effizienter am Schaffen von öffentlichem Wohnraum zu beteiligen.

BAULAND AUSSERHALB DES BAUPERIMETERS FÜR ÖFFENTLICHEN WOHNUNGSBAU ERSCHLIESSEN

Um schneller beim öffentlichen Wohnungsbau voranzukommen, wird die DP neue Wege gehen und Bauland, das sich außerhalb des Bauperimeters aber in der Nähe urbanisierter Gebiete befindet, erschließen. Die DP wird Grundstücke in Grünzonen als Bauland einstufen, das ausschließlich für öffentlichen Wohnungsbau infrage kommt und nicht auf dem freien Markt gehandelt werden kann. Dabei wird die DP Sorge tragen, dass dies nur dort geschieht, wo es Sinn ergibt. Außerdem wird die DP auf die soziale Durchmischung achten.

ALLE KOMPETENZEN FÜR WOHNUNGSBAU IN EINEM MINISTERIUM VEREINEN

Derzeit unterliegt die Genehmigung von Wohnprojekten der Verantwortung sowohl des Umwelt- als auch des Innenministeriums. Um die langwierigen Genehmigungsprozeduren deutlich zu entbürokratisieren und zu beschleunigen, wird die DP alle Kompetenzen für den Wohnungsbau im Wohnungsbauministerium bündeln.

AGENTUR FÜR DIE VERWALTUNG VON ÖFFENTLICHEN MIETWOHNUNGEN SCHAFFEN

In den kommenden Jahren wird der Bestand an öffentlichen Mietwohnungen kontinuierlich wachsen, welche effizient und im Interesse der

Mieter verwaltet werden müssen. Die DP wird deshalb eine neue Agentur schaffen, die für die zentrale Verwaltung und Vergabe aller staatlichen Mietwohnungen verantwortlich sein wird. Diese Agentur wird die Verwaltungsaufgaben effektiv und transparent durch Ausschreibungsverfahren regeln.

Um die Gemeinden bei der Verwaltung ihrer Mietwohnungen zu unterstützen, werden wir den Gemeinden ebenfalls die Möglichkeit anbieten, ihre Immobilien über diese Agentur verwalten zu lassen.

BAUPERIMETER MITHILFE VON BAULANDVERTRÄGEN ERWEITERN

Mit dem Baulandvertrag wird die DP den Gemeinden das richtige Instrument zur Verfügung stellen, um sicherzustellen, dass zusätzliches Bauland, innerhalb eines festgelegten Zeitrahmens auch tatsächlich bebaut wird. Der Baulandvertrag wird die Spekulation mit Bauland uninteressant machen und den Gemeinden die benötigte Planungssicherheit geben, um neuen Wohnraum zu schaffen und nachhaltig zu wachsen.

BAUDICHTE UND -HÖHE ERHÖHEN

Die DP wird dort, wo es urbanistisch sinnvoll ist, die Bebauungsdichte erhöhen. Das Bauen in die Höhe erlaubt es Wohnraum auf den Markt zu bringen und gleichzeitig den Flächenverbrauch zu bremsen. Die DP wird die Einführung von zusätzlichen Instrumenten untersuchen, die die Gemeinden dazu motivieren sollen, analog zum „Pacte logement 2.0“ und „Plan sectoriel logement“, dichter zu bauen als in ihrem allgemeinen Bebauungsplan vorgesehen.

GEMEINDEN STÄRKER BEIM WOHNUNGSBAU UNTERSTÜTZEN

Die DP wird die Gemeinden stärker dabei unterstützen, selbst im Wohnungsbau aktiv zu werden. Wir werden die aktuellen Subventionen von bis zu 75% für Gemeinden ausbauen, die sozialen beziehungsweise erschwinglichen Wohnungsbau schaffen. Aufgrund der gestiegenen Bau-, Material- und Energiepreise liegen die gesetzlich vorgesehen Maximalbeträge (gesetzliche Deckelung) oft weit unter den 75% Kofinanzierung durch den Staat.

Zusätzlich soll den Gemeinden auch die nötige Expertise zur Verfügung gestellt werden, um sie zu befähigen, verstärkt selbst erschwinglichen Wohnraum zu schaffen. Deshalb werden wir den Gemeinden zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen, um sich professionell begleiten zu lassen, beispielsweise durch ein Architekten- oder Ingenieurbüro.

„PACTE LOGEMENT 2.0“ UND „PLAN SECTORIEL LOGEMENT“ ÜBERPRÜFEN, ANPASSEN UND AUSBAUEN

Mit der Einführung des Pacte Logement 2.0 hat die DP-geführte Regierung in der vergangenen Legislaturperiode ein wichtiges Instrument geschaffen, um die Schaffung erschwinglichen Wohnraums systematisch zu fördern. Gleichzeitig ermöglicht der Pacte Logement 2.0, dichter als im allgemeinen Bebauungsplan vorgesehen zu bauen. Die DP wird die Auswirkungen des Pacte Logement 2.0 bei der Schaffung zusätzlichen Wohnraums genau überprüfen und gegebenenfalls den gesetzlichen Rahmen anpassen.

Zudem wird die DP untersuchen, inwiefern die Anwendung des Artikels 29bis auf bereits bestehende Viertel möglich ist, um über eine Nachverdichtung zumindest teilweise zusätzlichen erschwinglichen Wohnraum zu schaffen. Die DP wird darauf achten, dass das vorgeschlagene Modell nicht nur städtebaulich, sondern auch wirtschaftlich für private Bauträger Sinn ergibt.

WOHNGEMEINSCHAFTEN UND WOHNBAUGENOSSENSCHAFTEN FÖRDERN

Die DP wird den rechtlichen Rahmen für Wohngemeinschaften stärken, damit Mieter sowie WG-Vermieter klare Vorgaben über die jeweiligen Rechte und Pflichten haben. Damit soll vor allem ein größeres Angebot an Wohngemeinschaften für junge Menschen geschaffen werden.

Aufgrund gestiegener Baukosten tun sich immer mehr Bürger in Wohnbaugenossenschaften zusammen, um gemeinsam ein Projekt umzusetzen. Die DP wird die Gründung von Wohnbaugenossenschaften mit Rat und Tat unterstützen sowie bestehende wirtschaftliche und rechtliche Hürden beseitigen.

WOHNRAUM FÜR STUDENTEN UND BERUFANFÄNGER SCHAFFEN

Die DP wird das Angebot an bezahlbaren und campusnahen Studentenwohnungen erhöhen und private Initiativen zum Bau von Studentenwohnungen ermutigen. Ferner werden wir bezahlbare Wohnungen für Berufsanfänger schaffen.

„LOGEMENT INTÉGRÉ“ IN EINFAMILIENHÄUSERN FÖRDERN

Das Einrichten einer weiteren Wohnung in einem Einfamilienhaus stellt eine Möglichkeit dar, schnell weiteren Wohnraum zu schaffen. Die DP wird deshalb eine Subvention zur Schaffung von „logement intégré“ (Einliegerwohnung) einführen. Die DP wird zudem untersuchen, inwiefern es nötig und förderlich ist, eine klare legale Basis für „Logement intégré“ zu schaffen.

ALTERNATIVE BAUFORMEN UNTERSTÜTZEN

Die DP wird die Gemeinden beraten, sensibilisieren und unterstützen, um die lokalen Bauvorschriften anzupassen und alternative Bauformen, wie „Tiny houses“, zu ermöglichen.

WOHNUNGEN IN GEWERBEGBIETEN INTEGRIEREN

Die DP wird den Bau von Wohnungen für Beschäftigte in Gewerbegebieten fördern.

VERMIETEN VON BAULAND VEREINFACHEN

Die DP möchte es Eigentümern erleichtern, ihr Bauland zeitweise zu vermieten oder zu verpachten, damit modulare Bauten darauf errichtet werden können. Zu diesem Zweck wird die DP die Mindestdauer von Erbpachtverträgen von aktuell 50 Jahren auf zehn Jahre reduzieren, beziehungsweise eine neue Kategorie der Pacht einführen.

Um dieses Modell zu fördern, könnten steuerliche Anreize, ähnlich dem Modell der Steuerbefreiung von 50% auf Mieteinnahmen von Wohnungen im Rahmen der „gestion locative sociale“, eingeführt werden.

NEUE IMPULSE GEGEN DEN FACHKRÄFTEMANGEL SETZEN

s. Kapitel Wirtschaftspolitik

MITARBEITER DURCH STEUERFREIE PRÄMIEN BELOHNEN

s. Kapitel Steuerpolitik

INNOVATIVE FINANZIERUNGSPROGRAMME EINFÜHREN

MASSIVE INVESTITIONEN IN DEN ÖFFENTLICHEN WOHNUNGSBAU

Die DP wird massive Investitionen in den öffentlichen Wohnungsbau tätigen. Dazu wird die DP die nötigen finanziellen Mittel bereitstellen, um große öffentliche Bauprojekte zu realisieren. Die DP wird untersuchen, ob nicht breit angelegte Ausschreibungen eine effizientere und wirksamere Herangehensweise darstellen, als dass der Staat über seine öffentlichen Bauträger selbst Bauherr ist.

BÜRGERFONDS FÜR FINANZIERUNG STAATLICHER IMMOBILIENPROJEKTE SCHAFFEN

Die DP wird einen staatlichen Fonds schaffen, in dem sowohl Bürger als auch Betriebe in Immobilienprojekte investieren können. Um den Investoren eine gewisse Rendite zu garantieren, wird der Fonds nicht nur in erschwinglichen Wohnraum investieren, sondern ebenfalls in Wohnungsbauprojekte auf dem privaten Wohnungsmarkt. Die DP wird zudem prüfen, ob steuerliche Anreize geschaffen werden können, um Investitionen zu fördern.

INVESTITIONEN DES PENSIONS FONDS IN WOHNRAUM UNTERSTÜTZEN

Der öffentliche Pensionsfonds verfügt über Reserven in Höhe von rund 26 Milliarden Euro. Mit diesen Mitteln werden nach klaren Kriterien breit gefächerte Investitionen getätigt. Die DP tritt dafür ein, dass der Pensionsfonds zu einem gewissen Teil hierzulande in Projekte für mehr erschwinglichen Wohnraum investiert. Ein dementsprechendes Pilotprojekt wurde bereits vor Jahren in Grevenmacher erfolgreich initiiert. Hier wurde ein Projekt vom Fonds du Logement erbaut und nach Fertigstellung an den „Fonds de compensation“ verkauft und gleichzeitig zurückvermietet (sale and lease back). Der öffentliche Pensionsfonds investiert so in heimische Immobilienprojekte und der Fonds du Logement kann sein Angebot an Wohnungen erhöhen.

ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN STAAT UND PRIVATSEKTOR BEI DER SCHAFFUNG VON ERSCHWINGLICHEM WOHNRAUM STÄRKEN

Der Privatsektor stellt für die DP einen zentralen Partner bei der Schaffung von erschwinglichem Wohnraum dar. Die DP wird eine finanzielle Unterstützung für Firmen einführen, die erschwinglichen Wohnraum für ihre Angestellten schaffen.

Ferner sollen private Firmen ebenfalls von den Subventionen bei der Schaffung erschwinglichen Wohnraums profitieren können, die zurzeit ausschließlich Gemeinden und gemeinnützigen Bauträgern vorbehalten sind.

LANGFRISTIGE ANMIETUNG VON WOHNUNGEN DURCH DIE ÖFFENTLICHE HAND

Andere Modelle der Zusammenarbeit mit Privatinvestoren könnten auch die langfristige Anmietung von privat gehaltenen Wohnblöcken durch den Staat sein. Eigentümer eines Mehrfamilienhauses, die sich nicht von ihrem Immobilienvermögen trennen möchten, würden über die Vertragslaufzeit eine verhandelte Gesamtmiete beziehen. Einer der beiden öffentlichen Bauträger würde mit der Verwaltung und Zuteilung betraut werden und der Eigentümer könnte seine Immobilie nach Ablauf der Langzeitnutzung durch den Staat erneut verwerten.

Vorstellbar in diesem Sinne wäre auch, dass ein privater Bauträger den Staat bereits in der Planung einbezieht, den Bau nach den Ansprüchen des erschwinglichen Wohnungsbaumarktes erstellt und nach Fertigstellung langfristig an den Staat vermietet.

Schließlich sollen die öffentlichen Bauträger ebenfalls Grundstücke mieten, auf denen zeitlich befristet Modularbauten errichtet und vermietet werden. Zu diesem Zweck wird die DP die Mindestdauer von Erbpachtverträgen von aktuell 50 Jahren auf zehn Jahre reduzieren, beziehungsweise eine neue Kategorie der Pacht einführen.

WOHNUNGSBEIHILFEN REFORMIEREN

Die DP wird die staatlichen Wohnungsbeihilfen an die aktuelle Lage auf dem Immobilienmarkt und an die Inflation anpassen. Sowohl die Höhe der Beihilfen als auch die Gehaltsobergrenzen für Beihilfeanwärter werden nach oben angepasst. Die Bearbeitung der Anfragen konnte bereits deutlich verkürzt werden. Die DP wird die Modernisierung und Digitalisierung der Verwaltung vorantreiben.

MIETKAUF FÖRDERN

Um insbesondere jungen Menschen den Zugang zum Eigenheim zu ermöglichen, wird die DP den Mietkauf fördern. Bei diesem Modell wird die über einige Jahre gezahlte Miete vom Verkaufspreis abgerechnet und erleichtert so den Erwerb einer eigenen Wohnung.

MODELL DER „RENTE VIAGÈRE“ (LEIBRENTE) FÖRDERN

Beim Modell der „Rente viagère“ (Leibrente) verkauft eine Person ihre Wohnung zu einem vorteilhaften Preis, gleichzeitig erhält sie eine monatliche Rente vom Käufer bis an ihr Lebensende. Im Gegenzug hat der vormalige Eigentümer die Möglichkeit, die Wohnung weiterhin zu bewohnen. Nach dem Tod des Verkäufers fällt die Wohnung an den Käufer. Die DP möchte dieses Modell in Luxemburg weiter fördern.

KLIMABANK AUSBAUEN

Nachdem die Klimabank im Laufe der vergangenen Legislaturperiode reformiert wurde und das zinslose Darlehen abgeschafft wurde, wird die DP prüfen, inwiefern eine weitere

Reform notwendig ist, um die Wirkung dieses Instruments zu gewährleisten. Seither wurde der Zinssatz erheblich erhöht, womit selbst ein Klimadarlehen zu reduziertem Zinssatz für viele Menschen unerschwinglich geworden ist.

Um die Förderung der energetischen Sanierung bestehender Wohnungen zu fördern, wird die DP die Kriterien des Klimadarlehens so anpassen, dass alle Eigentümer ein zinsloses Darlehen erhalten können. Dies wird dazu beitragen, die nationalen Klimaziele zu erreichen. Gleichzeitig können Wohnungseigentümer und Mieter ihre Energiekosten erheblich verringern.

„QUART TAUX GLOBAL“ ZEITLICH BEGRENZT WIEDER EINFÜHREN

Aufgrund der gegenwärtigen Marktlage, Inflation und Unsicherheit sind die Transaktionen auf dem Immobilienmarkt in den letzten Monaten beachtlich zurückgegangen. Die DP wird den „Quart taux global“ zeitlich befristet wieder einführen, um die Angebotsseite auf dem Wohnmarkt zu stärken.

„TRANSFERTS DE PLUS-VALUE“ WIEDER EINFÜHREN

Die DP wird die Übertragung eines Veräußerungsgewinns aus Immobilienverkäufen wieder befristet zulassen, wenn eine Mietwohnung verkauft wird und der Erlös in einen Neubau investiert wird.

„GESTION LOCATIVE SOCIALE“ DURCH KOMPLETTE STEUERBEFREIUNG FÖRDERN

In der laufenden Legislaturperiode wurde zusätzlich sozialer Wohnraum

geschaffen, unter anderem durch die Einführung von Steuerermäßigungen bei der Immobilienvermietung an zugelassene Organisationen zur Verwaltung von Sozialwohnungen. Das Konzept der Verwaltung von sozialen Mietwohnungen soll ausgebaut und weiter gefördert werden, unter anderem durch eine komplette Steuerbefreiung der Mieteinnahmen, anstelle der aktuell gültigen 75%.

GRUNDSTEUER, MOBILISIERUNGSGESTEUER, LEERSTANDSSTEUER

Nach jahrzehntelangem Reformstau hat die DP-geführte Regierung in der vergangenen Legislaturperiode endlich eine Reform des veralteten Grundsteuersystems auf den Tisch gelegt. Die DP hat sich dafür stark gemacht, dass ein Grundsteuerfreibetrag für Eltern vorgesehen ist, die ein Grundstück ihren Kindern vorbehalten möchten. Wir werden die geplante Reform umsetzen und damit für eine gerechtere und der Realität von heute angepassten Besteuerung in dieser Hinsicht sorgen.

Zudem wird die DP die vorgeschlagenen Mobilisierungs- und Leerstandsteuern ebenfalls umsetzen. In einem weiteren Schritt wird die DP eine Erhöhung und eine Beschleunigung der Mobilisierungssteuer vornehmen.

NATIONALES WOHNUNGSREGISTER

Die DP wird wie geplant ein nationales Wohnungsregister einführen. Dieses dient nicht nur der Erfassung des Leerstandes und der Berechnung der Leerstandsteuer, sondern stellt auch in statistischer Hinsicht ein nützliches Instrument für die Gemeinden und Verwaltungen dar.

VERFAHREN VEREINFACHEN, DIGITALISIEREN UND TRANSPARENTER GESTALTEN

GENEHMIGUNGSPROZEDUREN VEREINFACHEN UND BESCHLEUNIGEN

Die DP wird alle Genehmigungsverfahren einer gründlichen Prüfung unterziehen und

die jeweiligen Prozeduren vereinfachen und beschleunigen. Wir werden ein systematisches Monitoring der geltenden Gesetzgebung einrichten, um so schnell auf Hemmnisse in der Praxis reagieren zu können.

EINEN „CODE DE LA CONSTRUCTION“ SCHAFFEN

Da die aktuelle Gesetzgebung und ihre Ausführungsbestimmungen im Bereich Wohnen und Bauen lediglich für Fachanwälte zu überblicken sind, wird die DP die jeweiligen Texte in einem übersichtlichen „Code de la construction“ bündeln. Dieser Code wird auf eine interaktive und benutzerfreundliche Art und Weise online für jeden zugänglich sein. Wir wollen außerdem der „Cellule de facilitation urbanisme et environnement“ sowie der „PAP-Plattform“, die zur Beschleunigung der Prozeduren beitragen, zusätzliche Mittel geben.

KOMMUNALE BAUVORSCHRIFTEN HARMONISIEREN

Viele prozedurale Schwierigkeiten rühren daher, dass jede Gemeinde eigene Bauvorschriften hat, die stark voneinander abweichen können. Die DP wird sich dafür einsetzen, zusammen mit den Gemeinden die kommunalen Bauvorschriften einer Prüfung zu unterziehen und zu vereinheitlichen. In diesem Rahmen wird die DP sich für eine Modernisierung und Flexibilisierung der Vorschriften einsetzen.

Die DP wird zudem eine Vereinfachung der Prozeduren für die allgemeinen Bebauungspläne und Teilbebauungspläne sowie die punktuellen Abänderungen vorantreiben.

DIGITALISIERUNG DER GENEHMIGUNGSPROZEDUREN

Die DP wird dafür sorgen, dass alle Genehmigungsprozeduren digital eingereicht und online durchlaufen werden können. Gleichzeitig sollen die Anfragen auch digital bearbeitet werden, um den Arbeitsablauf effizienter zu gestalten und die Prozeduren zu beschleunigen.

„ACCORD TACITE“ (STILLSCHWEIGENDE GENEHMIGUNG) DER VERWALTUNG EINFÜHREN

Die DP wird Fristen für jeden einzelnen Schritt der Genehmigungsprozedur für staatliche Verwaltungen einführen, sofern dies in der Praxis möglich und unter anderem mit europäischem Recht vereinbar ist. Hat die Verwaltung bis Ablauf einer 3-monatigen Frist nicht auf eine Anfrage reagiert oder eine ausreichend begründete Verlängerung der Frist

beantragt, gilt dies automatisch als stillschweigendes Einverständnis nach dem Grundsatz: „Wer schweigt, stimmt zu“. Die DP wird die gleiche Regelung für Genehmigungsprozeduren auf Gemeindeebene einführen und gleichzeitig den Gemeindeverwaltungen auch die nötigen Mittel zur Verfügung stellen, damit diese die Frist von 3 Monaten realistisch einhalten können.

WOHNUNGSBAU UND UMWELTSCHUTZ

Die DP setzt sich für einen starken gesetzlichen Rahmen ein, um die Umwelt zu schützen. Allerdings sind langwierige und aufwendige Verfahren ein unnötiges Hindernis für die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum. Die strikte Auslegung des Naturschutzgesetzes innerhalb des Bauperimeters hat zu Unzufriedenheit bei vielen Bürgern geführt. Die DP strebt einen ambitionierten, aber verhältnismäßigen Umweltschutz an, der auf die Akzeptanz der Bevölkerung setzt. Wir werden die Gesetzestexte genau prüfen, um Verfahren zu vereinfachen, Doppelarbeit zu vermeiden und überflüssige Auflagen abzuschaffen.

„NATUR AUF ZEIT“ EINFÜHREN

Für die DP gilt: Bauland ist Bauland. Einmal ausgewiesen, sollte es ohne größere Umstände bebaut werden dürfen. Die aktuellen Vorschriften schaffen einen verkehrten Anreiz für Eigentümer, das Entstehen jeglicher Biotope und das Ansiedeln von Tieren auf einem bebaubaren Grundstück im Keim zu ersticken, damit sie nicht im Nachhinein zusätzliche Kompensationsmaßnahmen bezahlen müssen. Aus diesem Grund wird die DP dafür sorgen, dass ein einziges Mal, zum Beispiel bei der Erweiterung des Bauperimeters, ein Inventar an kompensierungspflichtiger Flora und Fauna erstellt wird. Bei der Bebauung zu einem späteren Zeitpunkt soll eine erneute Umweltprüfung entfallen, auch falls sich zwischenzeitlich neue Habitate gebildet haben. Darüber hinaus sollen Entwicklungen auf Industriebrachen komplett von der Kompensationspflicht für Flora und Fauna befreit werden.

NEUE VIERTEL NACH DEN PRINZIPIEN DER NACHHALTIGKEIT UND KREISLAUFWIRTSCHAFT PLANEN

Die DP wird dafür sorgen, dass die öffentlichen Bauträger bei ihren Wohnprojekten eine

Vorreiterrolle in Sachen nachhaltiger Baumaterialien und den Prinzipien der Kreislaufwirtschaft spielen.

KREISLAUFWIRTSCHAFT UND NACHHALTIGKEIT IN DER BAUBRANCHE FÖRDERN

Im Rahmen der neuen Abfallgesetzgebung wurde die Verpflichtung eingeführt, ein Inventar der in einem Gebäude verbauten Materialien zu führen. Das Ziel besteht darin, dass Gebäude als Rohstofflager dienen können und die Materialien später neu verwertet werden können. Die DP wird deshalb die Kreislaufwirtschaft in der Baubranche, zum Beispiel in Form von Modularbauten, gezielt fördern.

Des Weiteren sollen nachhaltige Baumaterialien, wie Holz, stärker Verwendung finden. Die DP wird Subventionen für nachhaltige Materialien, wie es sie bereits im Rahmen der energetischen Sanierung gibt, überprüfen und gegebenenfalls ausbauen.

ZUSÄTZLICHE BAUSCHUTTDEPONIEREN AUSWEISEN

s. Kapitel Nachhaltigkeit

INNOVATION IM BAUSEKTOR FÖRDERN

Neue Technologien, wie etwa das 3D-Printing, tragen nicht nur dazu bei, den Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften zu reduzieren, sie ermöglichen auch eine ressourcenschonende und nachhaltige Bauweise. Die DP wird deshalb den Einsatz innovativer Technologien unterstützen und gemeinsam mit dem Bausektor Projekte entwickeln, um die Innovation weiter zu stärken. Die DP entwickelt Anreize um bestehenden Baubestand zu erhalten und für neue Zwecke, darunter Wohnraum, umzunutzen.

DAS POTENZIAL DER DIGITALISIERUNG ZUR TOKENISIERUNG VON IMMOBILIEN UND VEREINFACHUNG DES IMMOBILIENMARKTES UNTERSUCHEN

Die DP wird die Vorteile der Digitalisierung zur administrativen Vereinfachung auch beim Wohnungsmarkt ausloten. Das Ziel ist, Transaktionen zu erleichtern, Kosten zu sparen,

und dies bei gleicher Rechtssicherheit und Zuverlässigkeit.

Die Einführung eines nationales Wohnungsregisters wird der DP als Grundlage dienen, den Teilbesitz einer Immobilie mittels „Tokenisierung“ (Zahlungsverfahren mittels Blockchain) zu ermöglichen.

MIETGESETZ REFORMIEREN

Die DP wird die gerichtlich verlangte Reform des Mietgesetzes zu Ende bringen und darauf achten, dass es der aktuellen wirtschaftlichen Situation auf den Wohnungsbaumarkt Rechnung trägt und für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Mietern und Vermietern sorgt. So sollen klare und transparente Regeln aufgestellt werden, welche einen hohen Schutz der Mieter gewährleisten und zugleich die nötigen Anreize für Privatinvestoren bieten, in die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum zu investieren. In diesem Zusammenhang wird die DP die Auswirkungen einer Reform auf den Mietwohnungsmarkt genau verfolgen und zu diesem Zweck nach zwei Jahren Bilanz ziehen sowie gegebenenfalls Anpassungen vornehmen.

SOZIALE DURCHMISCHUNG IN DEN WOHNVIERTELN GARANTIEREN

Die DP wird eine soziale Durchmischung in sämtlichen Wohnprojekten der öffentlichen Bauträger sicherstellen. Aus diesem Grund sollen diese Wohnprojekte nicht ausschließlich aus Miet- und Sozialwohnungen bestehen.

FÜR MEHR TRANSPARENZ AUF DEM WOHNUNGSMARKT SORGEN

Der dynamische Wohnungsmarkt in Luxemburg der letzten Jahre hat viele Verkäufer dazu verleitet, Höchstpreise, die weit über dem Marktwert liegen, zu verlangen, was wiederum zur Preissteigerung beiträgt. Generell trägt mehr Transparenz auf dem Wohnungsmarkt zu einer realistischen Preisbildung bei. Die DP wird Richtlinien zur Standardisierung der Inhalte von Immobilienanzeigen einführen, damit potenzielle Käufer unterschiedliche Objekte besser miteinander vergleichen können.

5

NACHHALTIGKEIT FÜR EINE LEBENSWERTE ZUKUNFT AUF UNSEREM PLANETEN

Die DP wird mit einer verantwortungsbewussten Energie- und Klimapolitik unseren Wohlstand langfristig absichern und den Menschen dabei in den Mittelpunkt stellen. Mithilfe von massiven Investitions- und Subventionsprogrammen werden wir die Energietransition schneller vorantreiben als bisher geplant, damit alle Menschen und Unternehmen von einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung profitieren können.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird für die DP in den kommenden Jahren höchste Priorität haben. Durch massive Investitionen in Wind und Sonne sowie eine merkliche Beschleunigung der Genehmigungsverfahren von Energieprojekten werden wir dafür sorgen, dass Luxemburg seine Emissionen senkt, seine Klimaziele erreicht und seine Abhängigkeit von großen Energieproduzenten reduziert.

In drei aufeinanderfolgenden Tripartite-Abkommen hat die Regierung es gemeinsam mit den Sozialpartnern fertiggebracht, die Bürgerinnen und Bürger vor einer Preisexplosion zu schützen, ihre Kaufkraft zu erhalten und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu sichern. Dank innovativer und mutiger Lösungen, wie dem Energiepreisdeckel, hat die Regierung bis Ende 2024 Planungssicherheit geschaffen und die Inflation mit auf den niedrigsten Stand in der EU gedrückt.

Wir wollen die Menschen mitnehmen und sie an den Vorteilen der Energiewende teilhaben lassen. Durch die Installation von Photovoltaik-Anlagen auf Wohngebäuden wird nicht nur klimafreundlicher Strom erzeugt, sondern es macht sich auch finanziell für die Menschen bezahlt. Klimaschutz bedeutet in diesem Fall somit auch eine Stärkung der Kaufkraft.

Für die DP stellt die Bekämpfung des menschengemachten Klimawandels eine oberste

Priorität dar. Es geht um nichts weniger, als unseren Kindern und Enkeln einen Planeten zu hinterlassen, auf dem es sich auch in Zukunft gut leben lässt. Wir haben mit der Einsetzung des Klima-Bürgerrats die Gesellschaft aktiv an der Ausarbeitung des nationalen Energie- und Klimaplan beteiligt.

In den vergangenen Jahren hat die DP-geführte Regierung wichtige Weichen gestellt und eine ganze Reihe an Maßnahmen umgesetzt, um dafür zu sorgen, dass Luxemburg nicht nur seinen Beitrag zum Klimaschutz leistet, sondern eine internationale Vorreiterrolle einnimmt.

Für die DP ist es jedoch unumgänglich, die bisherigen Anstrengungen deutlich zu erhöhen und die Dekarbonisierung noch schneller voranzutreiben als bislang, um das Pariser Klimaabkommen zu respektieren. Wir sind überzeugt: Klimaschutz kann nur gelingen, wenn Bürgerinnen und Bürger eingebunden werden und die Politik auf die Gesellschaft hört, die Menschen unterstützt, Anreize schafft und Alternativen ermöglicht.

Klimapolitik ist für die DP untrennbar mit Sozialpolitik verbunden. Wir werden deshalb dafür sorgen, dass sich jede Bürgerin und jeder Bürger an dieser nachhaltigen Transition beteiligen und sich für einen klimafreundlichen Lebensstil entscheiden kann, unabhängig von ihrer finanziellen Situation.

Eine hohe Lebensqualität geht für die DP unweigerlich Hand in Hand mit einem starken Umweltschutz, dem Erhalt der biologischen Vielfalt und einem nachhaltigen Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen. Damit sowohl die Menschen heute als auch die kommenden Generationen von einer intakten Umwelt, von sauberem Wasser und einer gesunden Luft

sowie hochwertigen Naturprodukten profitieren können, wird die DP den Erhalt und die Restaurierung von natürlichen Lebensräumen konsequent vorantreiben.

Die Auswirkungen der Erderwärmung sind auch in Luxemburg immer stärker zu spüren, sei es in Form von Dürren und Hitzeperioden, sei es in Form von katastrophalen Überschwemmungen, die große Schäden in vielen Gegenden anrichten, wie zuletzt 2021 geschehen. Für die DP ist es daher unerlässlich, die Resilienz von Mensch und Natur zu stärken und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel entschlossen umzusetzen.

Angesichts der Bedrohung unserer natürlichen Umwelt durch Klimawandel, Artensterben, Zersiedelung der Landschaft und Bodenversiegelung setzt sich die DP weiterhin für einen starken Naturschutz ein. Gleichzeitig soll verhindert werden, dass langwierige Prozeduren, zu hohe Auflagen und umständliche Bürokratie Fortschritt in anderen wichtigen Bereichen ausbremsen. Naturschutzpolitik darf nicht zur Verhinderungspolitik werden, welche Bürger und Bürgerinnen als Schikane und Willkür empfinden.

Die DP setzt sich für einen Umweltschutz gemeinsam mit den Menschen ein, der Akzeptanz bei den Bürgern und Bürgerinnen verschafft, Planungssicherheit garantiert und schnelle, klare, nachvollziehbare und gerechte Prozeduren schafft.

DER MENSCH IM MITTELPUNKT EINER KONSEQUENTEN ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK

Die DP wird den integrierten nationalen Energie- und Klimaplan sowie die darin enthaltenen Maßnahmen konsequent umsetzen, um sicherzustellen, dass Luxemburg die nationalen Klimaziele erreicht. Bei der Ausarbeitung des aktualisierten PNEC hat sich die DP insbesondere dafür eingesetzt, dass neue Verpflichtungen dem Kriterium der Proportionalität entsprechen, Bürger nicht unverhältnismäßig zusätzlich belastet werden und sie bei allen zusätzlichen Belastungen von der Regierung gezielt unterstützt werden.

Die DP wird auch in Zukunft darauf achten, dass die Bürger und Bürgerinnen nicht vor unverhältnismäßige Kosten gestellt werden, die

sie nicht bewältigen können. So wird die DP prioritär auf Unterstützungen setzen, und Verbote nur als allerletztes Mittel wählen. Zudem wird die DP die Menschen bei allen zusätzlichen Kosten mittels finanzieller Zuschüsse und Subventionen unterstützen.

MASSIVE INVESTITIONEN IN DEN KAMPF GEGEN DEN KLIMAWANDEL MOBILISIEREN

Die DP ist sich im Klaren, dass jeder Euro, der heute nicht in den Kampf gegen den Klimawandel investiert wird, in Zukunft ein Vielfaches davon kosten wird. Die DP wird aus diesem Grund massive Investitionen tätigen, sowohl in den Ausbau der erneuerbaren Energien und die energetische Sanierung der Gebäude als auch in Maßnahmen zur Anpassung an die Erderwärmung. Zur Bewältigung dieser historischen Herausforderung wird die DP über die Ausgabe von nachhaltigen Obligationen weitere Mittel für die Energiewende mobilisieren.

BÜRGERFONDS FÜR NACHHALTIGE INVESTITIONEN SCHAFFEN

Die DP wird zudem einen Bürgerfonds schaffen, der in Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien investiert. Durch die Einspeisung der so produzierten Energie ins Stromnetz erhalten die Bürger und Bürgerinnen, die sich an diesem Fonds beteiligen, eine garantierte Mindestrendite.

SICHERE UND BEZAHLBARE ENERGIEVERSORGUNG GARANTIEREN

Die DP wird sicherstellen, dass es mit Auslaufen der Maßnahmen des letzten Tripartite-Abkommens nicht zu einer plötzlichen Preiserhöhung der unterschiedlichen Energieträger kommt. Die DP wird die wirtschaftliche Entwicklung deshalb genau verfolgen, und gegebenenfalls im Dialog mit den Sozialpartnern weitere Maßnahmen ergreifen, um die Kaufkraft der Bürger und das Überleben der am stärksten betroffenen Betriebe, und damit deren Arbeitsplätze, abzusichern. Auch langfristig betrachtet, wird die DP im Rahmen der energetischen Transition sich dafür einsetzen, dass insbesondere die Strompreise bezahlbar bleiben.

Die DP wird dafür Sorge tragen, dass die energetische Versorgungssicherheit in Luxemburg zu jedem Zeitpunkt garantiert ist. Zu diesem Zweck werden wir die Integration des europäischen Strommarktes vorantreiben, in Energiespeicher investieren und die Kooperation mit unseren europäischen Partnern vertiefen.

ENERGETISCHE TRANSITION PRIORISIEREN

Der Ausbau der erneuerbaren Energien stellt für die DP in doppelter Hinsicht eine Priorität dar. Einerseits tragen sie wesentlich zum Erreichen der nationalen Klimaziele bei, andererseits wird so die Abhängigkeit von Energieimporten aus Drittstaaten reduziert. Die DP wird in den kommenden Jahren den Ausbau der erneuerbaren Energien maximal beschleunigen, Hindernisse und Flaschenhälse („bottlenecks“) identifizieren und beseitigen. Unser Ziel ist es, deutlich schneller voranzukommen als im Energie- und Klimaplan vorgesehen und das Potenzial zur nationalen Stromproduktion bestmöglich auszuschöpfen.

ENERGETISCHE SANIERUNG VORANTREIBEN

Die DP-geführte Regierung hat im Verlauf der beiden letzten Legislaturperioden ein ganzes Arsenal an staatlichen Zuschüssen eingeführt, um die Bürger bei der energetischen Sanierung von Wohngebäuden zu unterstützen, wie z.B. Förderungen zur Wärmedämmung, zur Installation klimafreundlicher Heizungen sowie zur Entsorgung eines Heizöltanks.

Die DP wird eine Bilanz des Klimabonus-Programms erstellen, die Hilfen verlängern und gegebenenfalls dort anpassen, wo es notwendig ist. Die DP wird dafür sorgen, dass die „Klima-Agence“ über die nötigen Ressourcen verfügt, um ihre Aufgabe der Klimaberatung optimal zu erfüllen. Die DP wird zudem regelmäßige Informationskampagnen organisieren, um Wohnungseigentümer über bestehende Förderungen und Programme zu informieren.

VORFINANZIERUNG DER KLIMASUBVENTIONEN

Um den Zugang zu klimafreundlichen Zuschüssen zu vereinfachen und zu vermeiden, dass hohe

Investitionen Bürger davon abschrecken, ihre Wohnung energetisch zu sanieren oder in den Ausbau der erneuerbaren Energien zu investieren, wird die DP die Vorfinanzierung der klimatischen Subventionen einführen, sodass Bürger nur noch ihren Anteil zahlen und nicht wie bislang monatelang auf ihre Hilfe warten müssen. In diesem Zusammenhang wird die DP sicherstellen, dass auch die jeweiligen Handwerksunternehmen die öffentlichen Zuschüsse schnell erhalten und nicht länger als vier Wochen auf die staatliche Beteiligung warten müssen.

KLIMABANK AUSBAUEN

s. Kapitel Wohnungsbau

PROZEDUREN ZUM AUSBAU DER ERNEUERBAREN ENERGIEN BESCHLEUNIGEN

Die Dauer für die Genehmigung für nachhaltige Energieprojekte soll deutlich reduziert werden. Der Ausbau der erneuerbaren Energien stellt eine nationale Priorität dar und darf nicht durch umständliche Prozeduren behindert werden. Dauert es heutzutage beispielsweise im Durchschnitt rund sieben Jahre von der Planung bis zur Fertigstellung einer Windkraftanlage, so möchte die DP diese Zeitspanne erheblich reduzieren.

Ähnlich den angepassten Prozeduren auf Gemeindeebene, welche eine stillschweigende Genehmigung für PV-Anlagen vorsehen, sofern die Gemeindeverwaltung nicht innerhalb eines Monats auf eine Anfrage geantwortet hat, wird die DP auf allen Ebenen und bei allen Prozeduren, sofern möglich, das Prinzip der stillschweigenden Genehmigung einführen. Zudem möchte die DP verhindern, dass bestimmte Verfahren und Studien doppelt oder dreifach durchgeführt werden müssen. Zudem wird die DP prüfen ob PV-Anlagen auf privaten Wohngebäuden von der Pflicht eines Bauantrages befreit werden können.

AUSSCHREIBUNGEN FÜR GROSSANGELEGTE PROJEKTE IM BEREICH DER ERNEUERBAREN ENERGIEN

Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist während vielen Jahren in Luxemburg nur schleppend vorangekommen. Die DP wird

in Zukunft massive Investitionen in die Entwicklung der erneuerbaren Energien in Luxemburg tätigen. Dabei stellt die Umsetzung von großflächigen Projekten in industriellem Maßstab die effizienteste Möglichkeit dar, die Produktionskapazitäten schnell auszubauen.

OBLIGATORISCHE PV-ANLAGEN AUF ALLEN NEUEN WOHNGEBÄUDEN INSTALLIEREN

Die DP wird den Vorschlag des Premierministers, auf jedem neuen Wohngebäude eine Photovoltaik-Anlage zu installieren, rasch umsetzen. Damit alle Bürger und Bürgerinnen Teil der energetischen Wende werden können, wird die DP finanziell schwächeren Haushalten die Anlage finanzieren und diese an der nachhaltigen Stromproduktion teilhaben lassen.

DACHFLÄCHEN AUF BESTEHENDEN GEBÄUDEN ZUR INSTALLATION VON PV-ANLAGEN MOBILISIEREN

Die DP wird die Möglichkeit schaffen, Dachflächen von bestehenden Wohngebäuden dem Staat zur Verfügung zu stellen, um PV-Anlagen darauf zu installieren und die Besitzer an der nachhaltigen Stromproduktion teilhaben lassen. Die Anlage gehört nach Amortisierung ebenfalls dem Besitzer bzw. den Besitzern des Wohngebäudes. Besondere technische Unterstützung soll bei denkmalgeschützten Gebäuden oder in den „secteurs protégées“ gewährleistet werden, um auch bei diesen Gebäuden PV-Anlagen einfacher installieren zu können.

PV-ANLAGEN AUF GEWERBEHALLEN ZUM STANDARD MACHEN

Für die DP soll auf jeder neuen Industriehalle verpflichtend eine PV-Anlage installiert werden. Dazu werden wir nicht nur die Installation von Solar-Panels obligatorisch machen, sondern auch dafür sorgen, dass jede neue Halle von der Statik her so konzipiert wird, dass eine PV-Anlage auf dem Dach installiert werden kann.

PV-ANLAGEN AUF PARKFLÄCHEN, AUTOBAHNEN, ENTLANG ZUGTRASSEN UND AUF FREIFLÄCHEN FÖRDERN

Bereits versiegelte Flächen mit Photovoltaik zu überdecken, stellt für die DP die sinnvollste

Herangehensweise zum Ausbau der erneuerbaren Energien dar. So wird die DP die Überdeckung Parkplätzen mit einer PV-Anlage ab einer bestimmten Größe verpflichtend machen, dies sowohl bei neuen Parkflächen als auch bei bestehenden. Hierbei soll der landschaftlichen oder urbanen Eingliederung Rechnung getragen werden.

Die DP wird analysieren, inwiefern entlang Autobahnen und Zugtrassen großflächige PV-Anlagen errichtet werden können. Auch die Überdeckung von verschiedenen Autobahnabschnitten mit Photovoltaik soll untersucht werden.

Die DP wird die Installation von großflächigen Solar-Parks auf freien Flächen fördern, unter der Bedingung, dass diese mit der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung kompatibel sind sowie in Einklang mit der europäischen Landschaftskonvention stehen.

BALKONKRAFTWERKE FÖRDERN

Kleine Solaranlagen, welche per Stecker an das Stromnetz angeschlossen werden können, stellen zwar keinen Ersatz für eine große PV-Anlage auf dem Dach dar, können diese jedoch gut ergänzen, falls die Möglichkeit, eine solche zu installieren, nicht besteht. Die DP wird diese Balkonkraftwerke fördern und ihren Einsatz erleichtern.

PROSUMER-MODELL FÖRDERN

Die DP wird die staatlichen Förderungen dergestalt ausrichten, um insbesondere den Eigenverbrauch nachhaltig erzeugter Energie zu fördern.

ENERGETISCHE KOOPERATIVEN FÖRDERN

Der Zusammenschluss zu energetischen Kooperativen stellt insbesondere für Bürger, die nicht die Möglichkeit haben selbst PV-Anlagen zu installieren, eine gute Möglichkeit dar, von den Vorteilen der Energiewende zu profitieren. Die DP wird die Bürger und Bürgerinnen gezielt über diese Möglichkeit informieren und Interessenten mit Rat und Unterstützung zur Seite stehen.

FERNWÄRMENETZE AUSBAUEN, ABWÄRME NUTZEN UND GEOTHERMIE FÖRDERN

Besonders im dicht besiedelten urbanen Raum stellen Fernwärmenetze oftmals eine bessere

Alternative zu einzelnen Wärmepumpen dar, da jene viel billiger und effizienter betrieben werden können. Besonders im Bestand bieten Fernwärmenetze eine wirksame Möglichkeit, klimaneutral zu heizen. Besonders nachhaltig ist es, wenn Fernwärmenetze mit Abwärme aus der Industrie oder einer Kläranlage gespeist werden. Die DP wird den Ausbau von Fernwärmenetzen sowie den individuellen Anschluss fördern und prüft die Einrichtung einer nationalen Gesellschaft für den Besitz und die Errichtung von Fernwärmenetzen in Einklang mit dem Konkurrenzrecht.

Die Abwärme aus Industrie, Kläranlagen usw. kann nicht nur zur Speisung von Fernwärmenetzen genutzt werden, sondern auch zur Energieproduktion. Die DP wird dafür sorgen, dass dieses Potenzial konsequent genutzt wird, sowohl bei zukünftigen Projekten als auch bei bestehenden.

Die Geothermie ist eine in Luxemburg noch wenig genutzte Möglichkeit, Gebäude zu beheizen, dabei besteht hier großes Potenzial. Die DP wird diese Technologie in Zukunft weiter fördern und untersuchen, wie Hindernisse, die den Einsatz der Geothermie ausbremsen, aus dem Weg geräumt werden können.

RESSOURCE HOLZ SINNVOLL NUTZEN

Die DP ist der Meinung, dass der Kohlenstoffspeicher Holz nur in Ausnahmefällen als Brennstoff genutzt werden sollte. Auch wenn die Verbrennung von Holz nachhaltiger ist als von fossilen Brennstoffen, werden weiterhin Kohlenstoff und Feinstaub freigesetzt, was es zu verhindern gilt. So wird die DP künftige Holzhackschnitzelanlagen und Pelletheizungen nur in denen Fällen genehmigen, in denen es keine nachhaltigere, gleichwertige Alternative gibt.

VORBILDFUNKTION DES STAATES: KLIMANEUTRALITÄT ALLER VERWALTUNGEN BIS 2040

Der Staat soll klar seiner Vorbildfunktion beim Klimaschutz gerecht werden und eine Vorreiterrolle einnehmen. So hat die Regierung beispielsweise auf Initiative des Premierministers beschlossen, die Emissionen aller staatlichen Flüge zu kompensieren.

Die DP setzt sich dafür ein, dass auf jedes öffentliche Gebäude eine Photovoltaik-Anlage

installiert wird, sofern dies technisch machbar ist. Auch die energetische Sanierung staatlicher Gebäude soll deutlich beschleunigt werden, um das Ziel der Klimaneutralität aller staatlichen Verwaltungen bis 2040 zu erreichen.

ENERGIEEFFIZIENZ STEIGERN, ENERGIE SPAREN

Die umweltfreundlichste Energie ist die, die nicht gebraucht wird. Die DP wird analysieren, welche Energiesparmaßnahmen des vergangenen Winters dauerhaft beibehalten werden können, um den Strom- und Gasverbrauch bei öffentlichen Gebäuden dauerhaft zu senken. Zudem wird die DP die Energieeffizienz bei öffentlichen Infrastrukturen weiter verbessern, indem beispielsweise systematisch LEDs eingesetzt werden.

GEMEINDEN BEIM KLIMASCHUTZ UNTERSTÜTZEN

Nicht nur der Staat, auch die Gemeinden haben eine besondere Vorbildfunktion beim Klimaschutz. Die DP wird die Gemeinden unterstützen, ambitionierte Klimaschutzmaßnahmen auf lokaler Ebene umzusetzen. Der in der vergangenen Legislaturperiode eingeführte Klimapakt 2.0 stellt in diesem Zusammenhang ein wichtiges Instrument dar, welches es kontinuierlich auszubauen und zu verbessern gilt. Die DP wird in diesem Sinne die Gemeinden darin unterstützen, eine Strategie zum Erreichen der kompletten Klimaneutralität, samt Stichtag, zu entwickeln und umzusetzen.

AUSBAU DER WINDKRAFTANLAGEN IM DIALOG MIT DEN ANWOHNERN

Die DP wird Sorge tragen, dass der Ausbau der Windkraft im Dialog mit den Anwohnern geschieht, um die Akzeptanz dieser Projekte zu erhöhen. Daneben sollen die Bürger auch bei jedem Projekt die Gelegenheit erhalten, Anteile an daran zu erwerben und auf diesem Wege direkt zu profitieren.

WINDATLAS ERSTELLEN

Ähnlich dem bestehenden Solarkataster, wird die DP einen öffentlich zugänglichen, nationalen

Windatlas erstellen, welcher das Potenzial der Windenergie auf dem Territorium des Großherzogtums klar darstellt.

ENERGETISCHE KOOPERATION IM AUSLAND AUSBAUEN

Trotz hoher Ambitionen sind die Produktionskapazitäten in Sachen erneuerbare Energien auf dem nationalen Territorium begrenzt. Luxemburg wird auch in Zukunft nicht vollständig energieautark sein, sondern auf eine vertiefte energetische Kooperation mit unseren europäischen Partnern angewiesen sein. So ist es unter anderem für unsere Versorgungssicherheit unerlässlich, dass sich Luxemburg an gemeinsamen Projekten, wie zum Beispiel großen Offshore-Windparks, beteiligt. Aus diesem Grund hat die DP-geführte Regierung beispielsweise dafür gesorgt, dass Luxemburg als einziges Nichtanrainerland dem Nordsee-Gipfel beitrifft, welcher das Ziel verfolgt, die Windkraft in der Nordsee massiv auszubauen.

Die DP wird auch weiterhin in Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien im Ausland investieren, sowohl in Offshore-Windkraftparks, in Photovoltaikanlagen in Südeuropa als auch in die Produktion von klimaneutralem Wasserstoff.

VERSORGUNG MIT KLIMANEUTRALEM WASSERSTOFF GARANTIEREN

Die Nachfrage nach Wasserstoff wird in Zukunft in allen Bereichen dramatisch steigen. Da das Potenzial in Luxemburg selber Wasserstoff zu produzieren begrenzt ist, wird Luxemburg sich finanziell an großen Wasserstoffprojekten im Ausland beteiligen, um zu gewährleisten, dass die Versorgungssicherheit garantiert ist. Dazu gehört ebenfalls die Anbindung an die europäische Pipeline-Infrastruktur.

STROMNETZ AUSBAUEN

Die Elektrifizierung von immer mehr Bereichen und die zunehmende Dezentralisierung der Stromversorgung stellen das Stromnetz vor gewisse Herausforderungen. Die DP wird das Netz deshalb konsequent zu einem performanten „Smart Grid“ ausbauen, welches den Anforderungen der energetischen Transition gerecht wird. So soll verhindert werden,

dass Projekte aufgrund einer zu schwachen Netzleistung nicht umgesetzt werden können.

Daneben wird die DP unterschiedliche Finanzierungsmodelle zum Netzausbau analysieren, um zu verhindern, dass die Netzkosten beim Endverbraucher explodieren und die Bürger überproportional zusätzlich belastet werden.

STROMSPEICHERKAPAZITÄTEN AUSBAUEN

Aufgrund der Variabilität erneuerbarer Energien spielen Stromspeicher eine zunehmend wichtigere Rolle. Die DP wird sowohl Pilot-Projekte auf nationaler Ebene in die Wege leiten als auch die Einführung eines Zuschusses für lokale Speicher, wie z.B. eine Powerwall in Wohngebäuden oder in der Nachbarschaft, um autonom produzierten Strom zu speichern, analysieren.

TECHNOLOGIENEUTRALITÄT SICHERSTELLEN

Egal ob direkte Elektrifizierung, Wasserstoff, oder E-Fuels: Jede Technologie hat in den Augen der DP ihren spezifischen Sinn und Nutzen. Klima- und Energiepolitik soll technologie-neutral sein, sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren und die jeweils sinnvollste Technologie für einen bestimmten Anwendungsbereich fördern.

NEIN ZU ATOMKRAFT

Die DP ist eindeutig der Meinung, dass der Ausbau von Nuklearenergie nicht die Lösung zur Bewältigung der Klimakrise und dem Erreichen der Klimaziele bis 2030 darstellt. Die DP spricht sich deswegen gegen den Bau weiterer Atomkraftwerke und die Einstufung von Atomstrom als nachhaltig aus. Im Interesse der nationalen Sicherheit wird sich die DP auch weiterhin konsequent dafür einsetzen, dass das Atomkraftwerk in Cattenom unverzüglich geschlossen wird. Die DP möchte mit der französischen Regierung Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien ausarbeiten, welche Arbeitsplätze in der Region erhalten und einen Anreiz zum Atomausstieg darstellen.

FOSSILE BRENNSTOFFE & ATOMKRAFT DÜRFEN NICHT ALS NACHHALTIG GEKENNZEICHNET WERDEN

s. Kapitel Finanzplatz

BÜRGERBETEILIGUNG BEI DER KLIMAPOLITIK FÖRDERN

Die DP setzt sich für eine Klimapolitik gemeinsam mit den Bürgern und Bürgerinnen ein, die diese bei allen wichtigen Entscheidungen einbindet. In unseren Augen kann die Bekämpfung des Klimawandels nur dann gelingen, wenn die Gesellschaft die unterschiedlichen Maßnahmen auch mitträgt und hinter der Klimapolitik steht. Aus diesem Grund hat die DP in der vergangenen Legislaturperiode mit dem Klima-Bürgerrat (KBR) ein einzigartiges, partizipatives Projekt ins Leben gerufen, um der Gesellschaft eine Stimme bei der Aktualisierung des integrierten nationalen Energie- und Klimaplanes zu geben.

Die DP hat sich von Anfang an dafür eingesetzt, dass den Vorschlägen des KBR Rechnung getragen wird und möglichst viele in die aktualisierte Version des Klimaplanes integriert werden. Die DP wird den Schlussfolgerungen der von der Regierung bei der Universität Luxemburg in Auftrag gegebene Studie zum Klima-Bürgerrat Rechnung tragen. Es ist uns wichtig, Bilanz dieses Projektes zu ziehen und die Organisation künftiger derartiger Projekte weiter zu verbessern.

BEWUSSTSEIN FÜR KLIMASCHUTZ STÄRKEN

Die Bekämpfung der Klimakrise betrifft uns alle. Jeder Bürger soll Teil der energetischen Transition werden und seinen Beitrag leisten. Um ein stärkeres Bewusstsein für die Herausforderung zu schaffen, vor wir als Menschheit stehen und die Menschen dazu zu bewegen, sich bewusst für klimafreundliche Alternativen zu entscheiden, wird die DP regelmäßige Sensibilisierungskampagnen organisieren und insbesondere mit den öffentlichen Medien diesbezüglich zusammenarbeiten. So sieht beispielsweise die unter der Federführung des DP-Ministers für Kommunikation und Medien aufgestellte neue Konvention zwischen dem Staat

und dem öffentlich-rechtlichen Sender „100,7“ die Berichterstattung und Information bezüglich des Klimawandels explizit als Teil des öffentlichen Auftrags vor.

Zudem soll die Umweltbildung sowie die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ein fester Bestandteil des Lehrplans der Grundschulen sowie des Sekundarunterrichts werden. Diese Bildungsansätze sollen Kinder und Jugendliche so früh wie möglich durch entsprechende Wissensvermittlung zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit der Umwelt und den natürlichen Ressourcen anregen.

UMSTIEG AUF KLIMANEUTRALE MOBILITÄT JEDEM ERMÖGLICHEN

Die DP wird den gesamten öffentlichen Personennahverkehr bis 2030 klimaneutral gestalten und dafür Sorge tragen, dass jeder Bürger die Möglichkeit hat, auf eine emissionsfreie Mobilität umzusteigen. Konkret wird die DP Zuschüsse beim Kauf eines Elektroautos weiterführen, ggf. erhöhen und stärker sozial staffeln. Für Menschen, die sich trotz staatlicher Hilfe kein Elektroauto leisten können, werden wir ein soziales Leasing für Pkw einführen.

Die DP wird das Netz an öffentlichen Ladestationen konsequent ausbauen, private Ladestationen weiter fördern und die Installation von Ladestationen in Wohngebäuden erleichtern, indem die Eigentümergemeinschaft diese in Zukunft nicht ohne guten Grund ablehnen kann.

3% MEHRWERTSTEUER AUF NACHHALTIGE TRANSPORTMITTEL

s. Kapitel Steuerpolitik

SCHRITTWEISE WEITER AUS DEM TANKTOURISMUS AUSSTEIGEN

Der Tanktourismus stellt den größten Anteil der CO₂-Emissionen Luxemburgs dar. Um die nationalen Klimaziele zu erreichen, ist es unumgänglich, schrittweise weiter aus dem Tanktourismus auszusteigen. Die DP wird gleichzeitig Wege suchen, um den Wegfall der Einnahmen aus dem Tanktourismus zu kompensieren.

Im Rahmen der Einführung der CO₂-Steuer hat die DP-geführte Regierung einen Steuerkredit für Arbeitnehmer, Rentner und Selbstständige eingeführt, welcher insbesondere sozial benachteiligte Haushalte die zusätzliche Belastung vollständig ausgleicht. Die DP wird auch weiterhin dafür Sorge tragen, dass die Einnahmen aus der CO₂-Steuer wieder zurück an die Bürger und Bürgerinnen fließen, sei es auf direktem Wege über soziale Leistungen, oder auf indirektem Wege, durch staatliche Zuschüsse für nachhaltige Projekte, wie z.B. zur energetischen Sanierung. Jede künftige Erhöhung der CO₂-Steuer wird demnach ebenfalls eine Erhöhung der Unterstützung einkommensschwacher Haushalte nach sich ziehen.

CARBON CAPTURE STORAGE AND USE (CCSU)

In einigen Wirtschaftszweigen ist das Auffangen, Speichern und Nutzen von Kohlenstoff die sinnvollere Alternative zu einer kompletten Dekarbonisierung der Produktionsprozesse. Die DP wird insofern Projekte im Bereich CCSU unterstützen, als sie strengen Auswahlkriterien entsprechen, zum Beispiel deutlich höhere Kosteneffizienz im Vergleich zu anderen Prozessen.

ANPASSUNG AN DEN KLIMAWANDEL VORANTREIBEN

Die DP wird eine umfassende Analyse der möglichen Auswirkungen des Klimawandels auf unsere Gesellschaft in allen Bereichen vornehmen und die Strategie zur Anpassung an den Klimawandel aktualisieren. Dabei wird die DP nicht nur konkrete Maßnahmen ausarbeiten, sondern auch die nötigen finanziellen Mittel mobilisieren, um diese schnellstmöglich umzusetzen. Dabei gilt es, die Resilienz unserer Gesellschaft und Umwelt zu stärken unter anderem durch die Anpassung der natürlichen und menschlichen Lebensräume, den Schutz von kritischen Infrastrukturen und die Stärkung der öffentlichen Gesundheit.

Dabei soll auch das „worst case“ Szenario einer ungebremsten Erderwärmung in Betracht gezogen werden und entsprechende Vorbereitungen getroffen werden.

HOCHWASSERSCHUTZ VERSTÄRKEN UND RENATURIERUNG VON WASSERLÄUFEN VORANTREIBEN

Der beste Schutz gegen Überschwemmungen ist es, dem Wasser genügend Raum zu geben, sodass es sich bei Starkregen dort ausbreiten kann, wo es am wenigsten Schaden anrichtet, also außerhalb der Ortschaften. Die DP wird dafür sorgen, dass landesweit alle Wasserläufe im Rahmen des Machbaren renaturiert werden. Bereits laufende Projekte sollen schnell umgesetzt werden.

In diesem Zusammenhang wird die DP ebenfalls dafür sorgen, dass Wehre, welche keine praktische Funktion mehr erfüllen, unter Berücksichtigung des Denkmalschutzes zurückgebaut werden.

PARTNERLÄNDER BEIM KLIMASCHUTZ UNTERSTÜTZEN

Die Auswirkungen der Klimakrise sind bereits heute im globalen Süden am stärksten zu spüren. Der Klimawandel droht in weiten Teilen der Erde die Lebensgrundlagen der Menschen zu erodieren und diese zur Flucht aus ihrer Heimat zu zwingen. Die DP wird die internationale Kooperation mit Luxemburgs Partnerländern vertiefen und sie bei der Energiewende sowie der Anpassung an den Klimawandel unterstützen. Für die DP ist wichtig, den Menschen ein würdiges Leben vor Ort zu garantieren und ihre Resilienz angesichts zunehmender Umweltrisiken zu stärken.

KLIMA-DACHFONDS WEITER AUSBAUEN

s. Kapitel Finanzplatz

PRAGMATISCHE UND NACHVOLLZIEHBARE REGELN FÜR EINEN STARKEN NATURSCHUTZ GARANTIEREN

Die DP setzt sich für einen starken gesetzlichen Rahmen ein, der ein hohes Maß an Schutz der natürlichen Umwelt garantiert. Allerdings bremsen aktuell langwierige und aufwendige Prozeduren ein schnelles Voranschreiten in anderen ebenso wichtigen Bereichen, wie dem Ausbau der erneuerbaren Energien oder der Schaffung zusätzlichen Wohnraums, aus.

Daneben hat in den vergangenen Jahren die Auslegung des Naturschutzgesetzes für Unmut und Frust bei vielen Bürgern und Bürgerinnen gesorgt.

Die DP steht für einen ambitionierten, jedoch verhältnismäßigen und nachvollziehbaren Umweltschutz gemeinsam mit den Bürgern und Bürgerinnen. Ohne die Akzeptanz der Bevölkerung kann der Schutz der hiesigen Lebensräume und Artenvielfalt nicht gelingen. Die DP wird die unterschiedlichen Gesetzestexte einer genauen Prüfung unterziehen, mit dem Ziel, Prozeduren zu entschlacken und zu beschleunigen, doppelte Verwendungen („double Emplöi“) zu vermeiden und überflüssige Auflagen abzuschaffen. Für die DP soll es in Zukunft keine Grauzonen oder Interpretationsspielräume bei der Umweltgesetzgebung geben, welche potenziell eine willkürliche Auslegung begünstigen. Stattdessen sollen klare, transparente und für jedermann nachvollziehbare Kriterien gelten, welche Arbeiten unter welchen Bedingungen an welchen Orten durchgeführt werden dürfen.

So wird die DP unter anderem dafür sorgen, dass Maßnahmen zur energetischen Sanierung und die Installation von PV-Anlagen auf Gebäuden in der Grünzone ohne Erlaubnis des zuständigen Ministers durchgeführt werden können. Auch kleinere Arbeiten, welche keine Vergrößerung der Wohnfläche darstellen, sollen ohne großen Aufwand möglich sein. Außerdem wird die DP das Konzept der „Natur auf Zeit“ umsetzen, welche Grundstückeigentümer von der Kompensierungspflicht für auf Bauland entstandenen Biotopen befreit. Auch die Kriterien für das Errichten bzw. Erweitern von landwirtschaftlichen Gebäuden in der Grünzone sollen vereinfacht werden und möglichst pragmatisch und nachvollziehbar sein.

UMSETZUNG VON KOMPENSIERUNGSMASSNAHMEN FLEXIBLER GESTALTEN

Die Kompensierungsmaßnahmen für die Zerstörung von natürlichem Lebensraum dürfen laut aktuellem Naturschutzgesetz ausschließlich auf den staatlichen Flächenpools durchgeführt werden. Die DP wird die Effizienz dieses Systems bewerten, sowohl auf seine Wirksamkeit hin als

auch hinsichtlich des bürokratischen Aufwands für die betroffenen Akteure.

Daneben wird die DP unter gewissen Bedingungen das Durchführen von Kompensierungsmaßnahmen auch auf privaten Grundstücken erlauben, sofern der ökologische Nutzen der Maßnahmen gewährleistet ist.

Schließlich wird die DP klare Kriterien schaffen, welche zulassen, dass die Umsetzung von umweltfreundlichen Maßnahmen im Rahmen eines neuen Projekts in die Berechnung der Ökopunkte miteinfließen.

FÜR MEHR NATUR IN DEN ORTSCHAFTEN SORGEN

Im Sinne einer stärkeren Adaptation an den Klimawandel ebenso wie zur Steigerung des Wohlbefindens der Bürger und Bürgerinnen wird die DP dafür sorgen, dass mehr Natur Einzug in unsere Ortschaften und Städte hält. So wird die DP einerseits bei allen staatlichen Gebäuden und Plätzen auf eine angemessene Begrünung achten, sei es auf dem Dach, an den Fassaden oder auf dem Boden. Zudem wird die DP bei allen künftigen staatlichen Bauvorhaben die Bodenversiegelung minimieren und untersuchen, inwiefern bereits versiegelte Flächen in staatlichem Besitz entsiegelt werden können.

Andererseits wird die DP Gemeinden unterstützen, Grünflächen und Bäume in ihren Ortschaften und Wohnviertel zu schaffen und weitere Maßnahmen zur Stärkung der Biodiversität, wie zum Beispiel die Förderung von Gemeinschaftsgärten und „urban farming“-Projekten, umzusetzen. Zu diesem Zweck wird die DP eine Bilanz des in der letzten Legislaturperiode geschaffenen Naturpakts mit den Gemeinden ziehen und gegebenenfalls anpassen. So wird die DP beispielsweise Maßnahmen zur Entsiegelung von bereits versiegelten Flächen unterstützen, wie zum Beispiel dem Rückbau von Schottergärten.

PROAKTIVE MASSNAHMEN ZUR STÄRKUNG DER NATUR UMSETZEN

Während Kompensationsmaßnahmen lediglich eine Reaktion auf eine vorhergegangene Zerstörung der Natur darstellen, wird die

DP proaktiv Maßnahmen ausarbeiten und umsetzen, welche unsere Ökosysteme stärken und renaturieren. Dazu zählt beispielsweise die Ausarbeitung und Umsetzung einer aktiven Aufforstungsstrategie, die Schaffung von ökologisch wertvollen Lebensräumen wie zum Beispiel Streuobstwiesen sowie die Renaturierung bzw. Reaktivierung von Lebensräumen, welche natürliche Kohlenstoffspeicher darstellen, allen voran Feuchtgebiete und Moore.

Die DP wird überdies Kooperationen im Ausland abschließen und Projekte unterstützen, welche ebenfalls die Renaturierung bzw. Wiederherstellung von Ökosystemen zum Ziel haben.

WÄLDER SCHÜTZEN UND NACHHALTIG BEWIRTSCHAFTEN

Die DP wird die laufenden Anstrengungen zum Erhalt unserer Wälder und der Anpassung an den Klimawandel gemeinsam mit Privatwaldbesitzern und Umweltorganisationen intensivieren, um sicherzustellen, dass unsere Wälder auch in Zukunft ihre wichtigen Funktionen als Lebensraum, Kohlenstoffspeicher und Erholungsgebiet erfüllen können.

Die DP wird die in der aktuellen Legislaturperiode begonnene Reform des Waldgesetzes zu Ende bringen. Ziel des neuen Waldgesetzes ist es, einen wirksamen Schutz des Waldes zu gewährleisten und eine nachhaltige wirtschaftliche Nutzung im Respekt der Eigentumsrechte der Privatwaldbesitzer sicherzustellen.

Die DP wird sich auch für eine lokale Verwertung von heimischem Holz einsetzen, anstatt dieses in ferne Länder zu exportieren.

ÖKOsysteme ÜBER FINANZIELLE ZUSCHÜSSE STÄRKEN

Verschiedene Ökosysteme spielen eine essenziell wichtige Rolle für die Umwelt, von der auch die Menschen profitieren. So speichern Moore und Feuchtgebiete beispielsweise viel Kohlenstoff. Für private Waldbesitzer existieren bereits Zuschüsse zur Förderung eines nachhaltigen Waldmanagements. Die DP wird ein ähnliches Programm schaffen, welches Privateigentümer dazu ermutigt, Maßnahmen z.B. zur Stärkung der Biodiversität oder

organischen CO₂-Bindung auf ihrem Grundstück vorzunehmen unter der Bedingung, dass eine Mindestfläche sowie eine Mindestdauer für die Umsetzung berücksichtigt werden.

BODENSCHUTZ STÄRKEN

Der aktive Schutz unserer Böden stellt eine absolute Priorität in Sachen Naturschutz dar. Die DP wird nicht nur verhindern, dass sich der Zustand unserer Böden weiter verschlechtert, sondern auch bereits kontaminierte Böden sanieren. Zudem gilt es, der Bodenerosion Einhalt zu gebieten, was ebenfalls einen wichtigen Beitrag zum Klima- und Katastrophenschutz darstellt. Aus diesem Grund wird die DP einen adäquaten gesetzlichen Rahmen zum Bodenschutz schaffen, in dem auch die illegale Vermüllung des öffentlichen Raumes (Littering) mit hohen Geldstrafen geahndet werden soll.

BIOLOGISCHE STATIONEN AUSWEITEN

Die DP wird den Ausbau eines flächendeckenden Netzes an biologischen Stationen weitertreiben und die bestehenden Stationen fortführen, mit dem Ziel das ganze Land abzudecken. Mit den betroffenen Akteuren (Einwohner, Landwirte, Gemeinden, Gemeindeförderung, Natur- und Forstverwaltung und Naturschutzorganisationen) sollen konkrete Maßnahmen zum Schutz der Natur ausgearbeitet und umgesetzt werden.

LÄNDLICHE FLÄCHEN NACHHALTIG NUTZEN

Das Remembrement-/Flurbereinigungsgesetz muss der Realität angepasst werden. Die DP wird daher ein neues Gesetz einbringen, um die Flurneuordnung, in Absprache mit den betroffenen Kreisen, zu modernisieren. Das neue Gesetz soll die Produktivität von Land-, Wasser- und Forstwirtschaft sowie vom Weinbau verbessern. Dabei soll die nachhaltige Nutzung der Böden im Vordergrund stehen.

AKTIVE ROLLE DER LANDWIRTSCHAFT BEIM KLIMASCHUTZ STÄRKEN

s. Kapitel Landwirtschaft

NACHHALTIGES TRINKWASSER-MANAGEMENT SICHERSTELLEN

Im Zuge des Klimawandels, durch langanhaltende Dürren und unregelmäßige Niederschläge gerät das Grundwasser zunehmend unter Druck. Um Verteilungskonflikte um Wasser zu vermeiden, ist ein intelligenter und nachhaltiger Umgang mit dieser lebenswichtigen Ressource von zentraler Bedeutung. Dazu gehört einerseits eine aktive Sensibilisierungspolitik, die Förderung von Wassersparmaßnahmen sowie andererseits die Mobilisierung bisher ungenutzter Vorkommen.

QUELLENSCHUTZ AUSBAUEN

Die DP-geführte Regierung hat in den beiden vergangenen Legislaturperioden unzählige neue Trinkwasserschutzzone ausgewiesen, sodass rund 90% der landesweiten Quellen heutzutage geschützt sind. Die DP wird dafür sorgen, dass auch die restlichen 10% in einem kooperativen Ansatz zwischen allen Akteuren geschützt werden. Auch die Maßnahmen in diesen Schutzzone sollen evaluiert werden und deren Nachhaltigkeit geprüft werden.

REGENWASSER STÄRKER NUTZEN

Die DP wird Regenwasser als bislang wenig genutzte Alternative zu gutem Trinkwasser zur Bewässerung von Pflanzen und in Sanitäreanlagen nutzen. Die DP wird bei allen neuen Wohngebäuden die Regenwassernutzung verpflichtend machen und die diesbezüglichen Zuschüsse anpassen. Daneben wird die DP analysieren, inwiefern die Nutzung von Grauwasser in Zukunft gefördert werden kann.

Da mit der Entwicklung des Gemüse- und Obstanbaus der Bedarf an Wasser auch in der Landwirtschaft in den nächsten Jahren weiter steigen wird, wird die DP ebenfalls Zuschüsse zur Errichtung von Zisternen in der landwirtschaftlichen Nutzung einführen. Die DP wird im Rahmen des Wassertischs, welcher Vertreter aus Regierung und dem Landwirtschaftssektor vereint, weiter nach einvernehmlichen Lösungen suchen und unter anderem einen nationalen Bewässerungsplan in der Landwirtschaft erstellen.

Schießlich wird die DP Projekte zur Anlegung großflächiger (unterirdischer) Wassersammelbecken unterstützen, in die das Wasser bei Starkregen abfließen kann, wodurch Überschwemmungen verhindert werden können. Diese Wasservorräte können dann wiederum während Dürreperioden beispielsweise zur Bewässerung genutzt werden.

GEWÄSSERSCHUTZ VERBESSERN

Die DP wird dafür sorgen, dass die Verursacher von Verunreinigungen unserer Gewässer, sei es durch Baustellen, durch illegale Abfallentsorgung, oder durch Betriebe, stärker zur Rechenschaft gezogen werden. Konkret wird die DP die Kompetenzen der Agenten des Wasserwirtschaftsamtes erweitern und sie befähigen, vor Ort Bußgelder zu verhängen. Des Weiteren wird die DP das Wasserwirtschaftsamt personell aufstocken, die Strafen bei Wasserverschmutzungen erhöhen sowie eine digitale Plattform mit "Report-it" Funktion schaffen, wo die Bürger und Bürgerinnen Verunreinigungen direkt mit Fotobeweis melden können.

KLÄRANLAGEN WEITER AUSBAUEN UND MODERNISIEREN

Ein flächendeckendes Netz an Kläranlagen auf dem modernsten Stand der Technik ist unerlässlich, um einen optimalen Gewässerschutz zu gewährleisten. Die DP wird die Abwassersyndikate unterstützen, die Kläranlagen landesweit auszubauen, um einerseits der wachsenden Einwohnerzahl Rechnung zu tragen und sie andererseits mit einer vierten Klärstufe zur Filterung von Mikroplastik, wie Mikroplastik, Arzneimittel oder Pflanzenschutzmittel, ausstatten. Zu diesem Zweck wird die DP die Zuschüsse für den Bau und Modernisierung von Kläranlagen anpassen und die staatliche Beteiligung erhöhen.

NATIONALE LÖSUNG ZUR BEHANDLUNG DES KLÄRSCHLAMMS UMSETZEN

Seit dem Importstopp von Klärschlamm nach Frankreich ist eine nationale Lösung zur Entsorgung des Klärschlammes unumgänglich geworden. Die DP unterstützt das Vorhaben, eine landeseigene Verbrennungsanlage samt Phosphor-Rückgewinnung zu errichten und wird sich dafür einsetzen, dass dieses zeitnah umgesetzt wird.

FISCHEREIGESETZ MODERNISIEREN

Die DP wird in Zusammenarbeit mit allen betroffenen Akteuren das Fischereigesetz einer grundlegenden Modernisierung unterziehen. Insbesondere die Aufteilung, Vergabe und Verwaltung der Fischereilose soll überholt und der heutigen Zeit angepasst werden.

AKTIVE ROLLE DER JAGD IM BEREICH DES NATURSCHUTZES STÄRKEN

In den Augen der DP kommt der Jagd eine zentrale Bedeutung beim Naturschutz allgemein, und bei der Regulierung der Wildbestände und zur Vorbeugung von Wildschäden im Besonderen, zu. Die DP wird deshalb die Zusammenarbeit mit der Jägerschaft stärken und in Rahmen von Arbeitsgruppen bei allen wichtigen Fragen einbinden.

So wird die DP mit der Jägerschaft gemeinsam Lösungen suchen, um den durch laue Winter und ein somit ganzjähriges Futterangebot explodierenden Wildbestand besser in den Griff zu bekommen. Die DP wird in diesem Zusammenhang analysieren, inwiefern die Jagd mit Nachtsichtbrille und eine Ausweitung der Uhrzeiten, an denen die Jagd erlaubt ist, dazu beitragen können.

HOTLINE FÜR WILDUNFÄLLE

Viele Bürger und Bürgerinnen wissen nicht, was im Falle eines Wildunfalls zu tun ist. Heutzutage muss die Polizei bei einem Wildunfall benachrichtigt werden, wodurch diese unnötigerweise belastet wird. Die DP wird eine Hotline einrichten, welche von der Natur- und Forstverwaltung in Zusammenarbeit mit der Jägerschaft betrieben wird und sich um diese Sachen kümmert.

RESSOURCEN SCHONEN, KREISLAUFWIRTSCHAFT FÖRDERN

Anstatt wertvolle Ressourcen zu entsorgen, möchte die DP diese so lange wie möglich im Kreislauf behalten und neu verwerten. Die DP setzt dabei auf eine klare Abfallhierarchie: „reduce, reuse, recycle“ – Abfallvermeidung, Wiederverwendung und Recycling; die Entsorgung soll nur die allerletzte Option darstellen.

Mit der Strategie „Null Offall Lëtzebuerg“ sowie der Verabschiedung des Gesetzespaketes zur Abfallwirtschaft hat die DP-geführte Regierung in der vergangenen Legislaturperiode bereits wichtige Akzente in diesem Bereich gesetzt. So werden Einwegbecher, -teller und -geschirr bei öffentlichen Festen und in der Gastronomie allesamt durch Mehrwegprodukte ersetzt, das Entstehen von Verpackungsabfall wird reduziert und die Produzenten von Einwegverpackungen und -produkten werden verstärkt in die Verantwortung genommen.

Die DP wird die Umsetzung der jeweiligen Gesetzestexte genau verfolgen, die Wirksamkeit der unterschiedlichen Maßnahmen untersuchen und den gesetzlichen Rahmen anpassen, um einen geschlossenen Materialkreislauf anzustreben. Die DP möchte mittelfristig jeglichen Einweg vermeiden und dafür sorgen, dass, soweit möglich, ausschließlich recycelbare Produkte auf den Markt kommen. Aus diesem Grund möchte die DP auch weiter auf europäischer Ebene die Mehrwegsysteme für Verpackungen ausbauen. So sollen noch vor 2030 alle Kunststoffverpackungen so gestaltet sein, dass sie wiederverwendbar sind. Des Weiteren wird die DP die Einführung eines Verbotes für Unternehmen ihre nicht-verkaufte Waren zu zerstören, prüfen.

Zudem sollen staatliche Förderprogramme für Unternehmen für Investitionen im Bereich der Kreislaufwirtschaft gestärkt werden. Die DP wird zudem das Prinzip der Kreislaufwirtschaft in öffentlichen Ausschreibungen verankern, beispielsweise um eine zirkuläre Bauweise zu fördern. Ein besonderes Augenmerk wird die DP auf Begleitprogramme für mittelständische Unternehmen richten, um sie an diesen Märkten teilhaben zu lassen.

Die DP wird sich auf EU-Ebene für ein Verbot der ‚geplanten Obsoleszenz‘, wodurch die Lebensdauer eines Produktes bewusst beschränkt wird, einsetzen. Zudem möchte die DP, dass Hersteller ihre Produkte von Beginn an so konzipieren, dass diese allesamt repariert und auch recycelt werden können.

ONLINE-ABFALLBERATUNG

Die DP setzt sich für eine Online-Abfallberatung für die Bürger und Bürgerinnen ein. Diese sollen dank der Beratung über die Möglichkeiten der Abfallvermeidung, die Wiederverwertung von Wertstoffen, die Notwendigkeit des richtigen Sortierens sowie die ordnungsgemäßen Möglichkeiten der Abfallentsorgung informiert werden. Die Online-Abfallberatung soll die vom Ministerium für Umwelt, Klima und nachhaltige Entwicklung entwickelte App „Mäin Offall“, die nicht in sämtlichen Gemeinden des Landes funktioniert, ablösen und die Bevölkerung beim Recyceln unterstützen.

RECHT AUF REPARATUR

s. Kapitel Konsumentenschutz

NACHHALTIGKEIT ZUM LEITFADEN BEI STAATLICHEN PROJEKTEN MACHEN

Die DP wird die Vorbildfunktion des Staates in Sachen Nachhaltigkeit stärker wahrnehmen als bislang und die staatlichen Verwaltungen zum Vorreiter in diesem Bereich machen. So sollen öffentliche Gebäude künftig integral nach den Prinzipien der Kreislaufwirtschaft geplant werden, sodass diese als Materiallager fungieren und die Baustoffe später wiederverwertet werden können.

Dabei soll nachhaltigen Materialien den Vorrang gegeben, und die Installation von Regenwasseranlagen, Photovoltaikanlagen sowie Maßnahmen zur Begrünung von Fassade oder Dach zum Standard werden.

NACHHALTIGKEITSKRITERIEN BEI ÖFFENTLICHEN AUSSCHREIBUNGEN

Öffentliche Ausschreibungen stellen eine wichtige Möglichkeit des Staates dar, um

Akzente in Sachen Nachhaltigkeit zu setzen. Die DP wird bei öffentlichen Ausschreibungen bestmöglich umweltschonende, klimafreundliche und die Kreislaufwirtschaft fördernde Kriterien einfließen lassen und zu diesem Zweck ein modellhaftes Lastenheft für öffentliche Träger und Einrichtungen ausarbeiten.

LÄRMSCHUTZ VERBESSERN

Anhaltende Lärmbelästigung durch unter anderem Straßen-, Flug- oder Schienenverkehr stellt eine bedeutende Belastung für Wohlbefinden und Gesundheit der betroffenen Personen dar. In den vergangenen Jahren hat das Verkehrsaufkommen auf unseren Straßen, auf der Schiene und am Flughafen spürbar zugenommen und damit auch die Lärmbelästigung. Die DP wird die aktuell gültigen Lärmgrenzwerte und Aktionspläne überprüfen und insbesondere den Lärmschutz in Wohngebieten stärken.

VERMEIDUNG VON BODENAUSHUB UND AUSWEISUNG ZUSÄTZLICHER BAUSCHUTTDEPONIEREN

Unzureichende Kapazitäten in Bezug auf Bauschuttdeponien in allen Gegenden des Landes stellen seit Jahren ein großes Problem für die Baubranche dar. So müssen Lastwagen zum Teil lange Strecken zurücklegen, um ihren Bauschutt abzuladen, was nicht nur zusätzlichen Verkehr auf unseren Straßen erzeugt, sondern auch Bauvorhaben unnötig in die Länge zieht. Es sollen weitere Bauschuttdeponien in allen Regionen des Landes ausgewiesen werden. Die DP wird sich jedoch ebenfalls dafür einsetzen den Bauschutt auf ein Minimum zu reduzieren.

6

BILDUNG FAIRE ZUKUNFTSCHANCEN FÜR ALLE KINDER

Zugang zu einem hochwertigen Bildungsangebot ist die Grundvoraussetzung für ein späteres selbstbestimmtes und erfolgreiches Leben. Der öffentlichen Schule kommt deshalb in den Augen der DP eine tragende Rolle zu, um jedem Kind faire Zukunftschancen bieten und die den Erfordernissen des 21. Jahrhunderts entsprechenden Kompetenzen vermitteln. Schulischer Erfolg darf nicht von Herkunft, sozioökonomischem Status oder Sprache der Eltern abhängig sein, sondern soll allen Kindern gleichermaßen offenstehen.

Unter der Federführung der DP wurde das öffentliche Bildungsangebot in den vergangenen beiden Legislaturperioden konsequent erweitert und vielfältiger gestaltet, um den individuellen Interessen, Talenten und Bedürfnissen der Schüler gerecht zu werden. Wir werden auch künftig in die Qualität und Vielfalt des Bildungssystems investieren und dem Prinzip „unterschiedliche Schulen für unterschiedliche Kinder“ treu bleiben.

Das Netz öffentlicher internationaler Schulen in Esch/Differdingen, Mondorf, Stadt Luxemburg, Junglinster, Mersch und Clerf wurde erweitert; weitere Angebote sollen in Düdelingen und Schiffingen/Esch folgen. Die Möglichkeit einer weiteren Neugründung im Einzugsgebiet der Stadt Luxemburg wird ebenfalls geprüft.

Unter Impuls der DP wurden in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, um die Qualität der Betreuungseinrichtungen für Kinder zu verbessern und non-formale Bildung zu stärken. Nach der Einführung von 20 Stunden kostenloser, mehrsprachiger Frühförderung in Kindergärten wurden zu Beginn dieses Schuljahres auch kostenlose „Maison Relais“

eingeführt. Die DP hat ebenfalls den in großen Teilen kostenlosen Musikunterricht eingeführt, um die Kreativität der Kinder und Jugendlichen zu fördern und den Zugang zur Kultur zu erleichtern. Durch alle diese Maßnahmen wurden die Familien finanziell deutlich entlastet.

Die DP hat mit dem Pilotprojekt „alternative Alphabetisierung“ (deutsch und französisch) in der Grundschule ein innovatives Konzept entwickelt, um auf die große Vielfalt der Schülerpopulation im luxemburgischen Schulsystem zu reagieren. In den kommenden Jahren plant die DP, diese Maßnahmen weiterzuentwickeln und auszubauen.

Die DP legt ein besonderes Augenmerk auf das Wohlbefinden der Schüler. Neben der reinen Wissensvermittlung ist es uns wichtig, eine ganzheitliche Entwicklung der Kinder nach Kräften zu unterstützen. So soll die Förderung sozialer und emotionaler Kompetenzen künftig einen noch höheren Stellenwert in den Schulen einnehmen.

Die DP ist sich der Notwendigkeit, Kinder bestmöglich auf die Herausforderungen des digitalen Wandels vorzubereiten, bewusst. Digitale Kompetenzen spielen eine entscheidende Rolle für Chancengleichheit und Bildungserfolg. Aus diesem Grund wird die DP, die Lehrpläne weiter modernisieren und an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anpassen. Den Schülern sollen verstärkt die sogenannten 4-K Kompetenzen (Kreativität, Kritisches Denken, Kommunikation und Kollaboration) vermittelt werden, um ihnen ein erfolgreiches und selbstbestimmtes Leben in einer digitalen Welt zu ermöglichen.

BETREUUNGSPLATZ-GARANTIE BIS 2030

Die DP hat in den vergangenen Jahren Qualitätskriterien für die non-formale Bildung eingeführt und die Qualitätsentwicklung unterstützt. Darüber hinaus hat die DP die Eltern finanziell stark unterstützt, indem die Maison Relais während der Schulzeit gratis wurde und 20 Stunden gratis Kinderbetreuung für Kleinkinder eingeführt wurde. Eines der Hauptprobleme bleibt allerdings in Luxemburg, dass es auf der Ebene der Gemeinden im Moment nicht genügend Betreuungsplätze gibt und zum Teil lange Wartelisten bestehen. Die DP wird zusammen mit den betroffenen Gemeinden konkrete Aktionspläne ausarbeiten, um innerhalb von 7 Jahren alle Wartelisten aufgelöst zu haben. Dabei wird die DP auch auf neue Finanzierungsmodelle setzen. Damit soll garantiert werden, dass ab 2030 alle Eltern in Luxemburg eine Betreuungsplatz-Garantie erhalten.

FORMALE UND NON-FORMALE BILDUNG ZU EINEM BILDUNGSANGEBOT ZUSAMMENFÜHREN

In vielen integrierten Projekten wurde in den vergangenen Jahren Maison-Relais und Schulen in einem Bauprojekt realisiert. Allgemein hat der Austausch zwischen beiden Bildungshäusern in vielen Gemeinden zugenommen. Der aktuelle gesetzliche Rahmen erschwert jedoch nach wie vor die Intervention von Personal der Maison-Relais in der Schule und umgekehrt. Die DP wird die Möglichkeit schaffen, dass das Personal beider Strukturen flexibel zusammenarbeiten kann. Dies, im Interesse der Kinder, die im Mittelpunkt stehen sollen.

BETREUUNGSSCHLÜSSEL IM KLEINKINDBEREICH VERBESSERN

Die DP wird den seit 2009 geltenden Betreuungsschlüssel im Kleinkindbereich verbessern. Dazu ist zuallererst eine genaue Analyse der bestehenden Ressourcenverteilung notwendig. Die DP wird diese Reform wissenschaftlich begleiten lassen, um sicher zu stellen, dass Luxemburg im internationalen

Vergleich die besten Betreuungsbedingungen für Kleinkinder sicherstellt.

AUSBILDUNGSOFFENSIVE STARTEN UND SCHLÜSSEL AN QUALIFIZIERTEN MITARBEITERN KONTINUIERLICH ANHEBEN

Der Bereich der Kinderbetreuung ist in den vergangenen Jahren stark gewachsen. Ein Hauptproblem ist, die nötigen qualifizierten Mitarbeiter zu finden. Mit dem DAP Education und DAP Auxiliaires d'Inclusion hat die DP zwei neue Ausbildungen für den Bereich der Bildung geschaffen. Der LTPES und die ENAD werden mittelfristig auf dem Belval einen zweiten Standort eröffnen und somit zusätzliche Erzieher ausbilden. Durch diese Ausbildungsoffensive wird die DP über die kommenden Jahre den Schlüssel an qualifiziertem Personal kontinuierlich erhöhen.

LUXEMBURGISCH-KURSE FÜR DEN KLEINKINDBEREICH

Um die Luxemburgischkenntnisse des Betreuungspersonals weiter zu verbessern, wird die DP in Zusammenarbeit mit dem INL und privaten Spracheninstituten eine große Sprachoffensive für die Kleinkindbetreuung starten. Sowohl für Anfänger, die ein Niveau A1 anvisieren, werden Kurse angeboten als auch für Fortgeschrittene für ein Niveau B2.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER MITARBEITER VERBESSERN (40 STUNDEN-VERTRÄGE)

Vor allem in den Maison-Relais arbeiten viele Mitarbeiter, die aus organisatorischen Gründen keinen Vollzeitvertrag erhalten. Die DP wird zusammen mit FEDAS und FELSEA eine Lösung für dieses Problem finden und den Mitarbeitern bessere Arbeitsbedingungen garantieren.

CHÈQUES SERVICE ACCUEIL REFORMIEREN

Das aktuelle System der Chèques Service Accueil wurde seit 2009 nicht reformiert

und stößt an seine Grenzen. Die DP wird das Finanzierungssystem zwischen konventionierten Anbietern und privaten Anbietern harmonisieren. Dabei sollen kommerzielle Gesichtspunkte sich nicht auf die Dienstleistungen, die bei den Kindern ankommen, auswirken.

GRUNDSCHULE

KOMPETENZEN DES 21. JAHRHUNDERTS

Die Digitalisierung prägt die Gesellschaft von heute und von morgen. Welche Möglichkeiten in der künstlichen Intelligenz liegen, haben Applikationen wie ChatGPT gezeigt. Dadurch stellt sich mehr denn je die Frage nach den Kompetenzen der Zukunft, welche die Schule vermitteln soll, damit die Kinder und Jugendlichen in einer digitalen Welt ein erfolgreiches und selbstbestimmtes Leben führen können. Diese Kompetenzen des 21. Jahrhunderts werden auch 4K-Kompetenzen genannt. Man versteht darunter Kreativität, Kritisches Denken, Kommunikation und Kollaboration. Als 5. Kompetenz wird oft noch das Kodieren genannt. Die DP hat im Bildungsministerium einen breiten Konsultationsprozess angestoßen über den Lehrplan der Zukunft. Bis 2025 wird die DP einen neuen Lehrplan für die Grundschule ausgearbeitet haben in denen die Zukunftskompetenzen im Mittelpunkt stehen. Bis 2028 werden die einzelnen Programme überarbeitet werden und anhand von pädagogischen Handreichungen konkretisiert werden.

MODELL DER ALTERNATIVEN ALPHABETISIERUNG VERALLGEMEINERN

Als eines der wichtigsten Projekte für die Grundschule wird die DP das Pilotprojekt der alternativen Alphabetisierung (deutsch und französisch) in allen Schulen umsetzen. Diese grundlegende Reform soll allen Kindern die bestmöglichen Bildungschancen garantieren. Bei Kindern mit Luxemburger Erstsprache hat sich die deutsche Alphabetisierung bewährt. Bei Kindern mit Migrationshintergrund haben die öffentlichen Europaschulen gezeigt, dass die französische Alphabetisierung zu sehr guten

ANGEBOT DIVERSIFIZIEREN

Die DP wird die Gesetzgebung über die „Mini-Crèches“ überarbeiten und attraktiver gestalten. Dadurch soll eine bessere Mischung zwischen kleineren und größeren Strukturen entstehen. Auch wird die DP für die Aktivität der Tageseltern weitere Perspektiven schaffen.

Resultaten führt. Das Projekt ist ausdrücklich so angelegt, dass eine Integration aller Kinder garantiert ist. Luxemburgisch bleibt eine wichtige Unterrichtssprache und die Schüler sind in den Nebenfächern gemischt.

Ziel des Projekts ist, dass im C4 alle Schüler zusammen unterrichtet werden können und eine Orientierung in das traditionelle Schulsystem möglich ist.

AKTIVITÄTEN ZUR FÖRDERUNG DES PHONOLOGISCHEN BEWUSSTSEINS IM C1 AUSWEITEN

Die DP hat in den vergangenen Jahren neue Materialien in die Grundschule gebracht zur Förderung des phonologischen Bewusstseins. Diese Aktivitäten sollen weiter ausgebaut werden, um die Kinder noch besser auf die Alphabetisierung im C2 vorzubereiten.

ZWEITE PERSON PUNKTUELL IM C1 EINSETZEN

Um das Lehrpersonal bei der Differenzierung und bei gezielten Aktivitäten zu unterstützen, wird die DP punktuell eine zweite Person als Intervenierender im C1 einführen.

INTERNATIONALE ANGEBOTE AUSBAUEN

Es bedarf auch weiterhin eines Ausbaus der internationalen Angebote in der Grundschule. Je nach Muttersprache erweist sich ein englischsprachiges Schulangebot als vorteilhaft. Aber auch für Schüler die erst spät (im C4) in die Luxemburger Schule eingeschult werden und ihre Schulkarriere in anderen Ländern und

in anderen Sprachen begonnen haben, ist die Beschulung in internationalen Klassen die bessere Option. Je nach Region und je nach Bedarf, wird die DP das Angebot internationaler öffentlicher Grundschulen ausweiten.

AUSBAU DES A-EBS (ASSISTANT POUR ENFANTS À BESOINS SPÉCIFIQUES)

Die DP hat seit 2017 in den vergangenen Jahren mehr als 750 zusätzliche Posten zur Unterstützung für Kinder mit spezifischen Bedürfnissen geschaffen. Dabei wurde der I-EBS (Instituteur Spécialisé pour Enfants à Besoins Spécifiques) direkt in den Schulen verankert. Neben diesem spezialisierten Lehrer wird die DP bis 2026 in allen Schulen einen Assistenten (A-EBS) auf DAP-Niveau einsetzen. Die ersten 50 Assistenten werden bereits zum Schulbeginn 2023/24 eingesetzt.

ZUSÄTZLICHE I-EBS (INSTITUTEUR SPÉCIALISÉ POUR ENFANTS À BESOINS SPÉCIFIQUES) FÜR BRENNPUNKTSCHULEN

Eine Studie des Observatoire National hat ergeben, dass soziale Ungleichheiten nicht dadurch behoben werden können, dass man lediglich mehr Lehrpersonal an die Schule über die sogenannte Kontingentberechnung vergibt. Deshalb setzt die DP auf spezialisierte Lehrkräfte, um Schulen mit großer Diversität in der Schulpopulation und niedrigem sozio-ökonomischem Index zu unterstützen. In diesen Schulen werden zusätzliche I-EBS zum Einsatz kommen, die in Zukunft auf Master-Niveau ausgebildet sein werden.

NEUE PERSPEKTIVEN FÜR DEN GRUNDSCHULLEHRER (FUNKTIONEN AUF MASTER-NIVEAU EINFÜHREN)

Die DP hat in einer Konvention mit der Universität Luxemburg die Schaffung von drei neuen Master-Studiengängen (Schul- und Unterrichtsentwicklung, Inklusion, Schulmanagement) mit 60 ECTS-Punkten

beschlossen. Zugelassen sind Personen, die ein 4-jähriges (240 ECTS) Bachelorstudium wie den BSCE abgeschlossen haben. Damit hat die DP erwirkt, dass das 4. Jahr der Lehrerausbildung implizit als erstes Jahr eines Masterstudiengangs gewertet wird. Diese Studiengänge werden auch berufsbegleitend angeboten werden, sodass der Weg zu einem Masterstudiengang für jeden Interessenten möglich sein wird. Bereits heute werden spezialisierte Lehrer (I-EBS, IDS und ICN) auf Master-Niveau eingestellt. In Zukunft werden sukzessiv neue Funktionen hinzukommen. Dazu werden unter anderem der Schulpräsident und der Coordinateur de Cycle gehören, wobei die Aufgabenfelder und die Zuständigkeit neu zu regeln sind.

EDUCATIONAL SCIENCE SCHOOL AN DER UNI.LU

Durch die Schaffung einer Educational School an der Universität Luxembourg, wird die DP sicherstellen, dass auch in Zukunft ausreichend Grundschullehrer ausgebildet werden und die dafür vorgesehenen Mittel für eine praxisnahe Ausbildung und Forschung eingesetzt werden.

BEFUGNISSE DER GEMEINDEN UND DES STAATES IM BILDUNGSBEREICH ADAPTIEREN

Nachdem 2009 das Lehrpersonal der Grundschulen von den Gemeinden zum Staat übergegangen ist, bestehen Inkohärenzen zwischen den Attributionen beider Partner im Bereich der Bildung. Die DP will diese Partnerschaft neu aufleben lassen, indem die Zuständigkeiten zwischen Staat und Gemeinden neu geregelt werden. Neben der Bereitstellung der Gebäude sollen die Gemeinden eine stärkere Rolle bei der Zieldefinition der Schulentwicklung erhalten, der Staat hingegen wird neben der pädagogischen Aufsicht, die Personalverwaltung vollständig übernehmen und an die Regionalen Direktionen des Bildungsministeriums delegieren. Eine solche Reform wird die DP gemeinsam mit den Gemeindevertretern ausarbeiten.

SEKUNDARSCHULE

LEHRPLAN 2025: MODERNISIERUNG DER PROGRAMME, INNOVATION IN DEN METHODEN

Nach dem Vorbild des „Lehrplans 2025“ in der Grundschule, wird die DP die Modernisierung der Programme in der Sekundarschule vorantreiben. Dabei sollen neben den 4K-Kompetenzen (Kritisches Denken, Kreativität, Kommunikation, Kollaboration) auch andere Methoden des Unterrichts und der Evaluation im Mittelpunkt stehen. So wird in der Zwischenzeit in vielen Sekundarschulen des Landes auf Projektunterricht gesetzt. Die DP wird die Schulen dabei unterstützen, neue pädagogische Wege zu gehen, um die Schüler besser auf die Zukunft vorzubereiten. Die Themenbereiche Bildung für nachhaltige Entwicklung, sexuelle und affektive Gesundheit, Drogenprävention und Finanzbildung werden verstärkt in die Lehrpläne eingearbeitet.

BILDUNGSANGEBOTE IN ALLEN REGIONEN AUSBAUEN

Die DP hat in den vergangenen Jahren viele neue Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen. Dazu gehören unter anderem die neuen Sektionen I und P im Lycée classique, aber auch weitere Abschlüsse in der Berufsausbildung. Die DP wird in den kommenden Jahren sicherstellen, dass diese Ausbildungen in allen Regionen des Landes verfügbar sind.

EUROPASCHULEN IM SÜDEN UND ZENTRUM DES LANDES WEITER AUSBAUEN

In den vergangenen Jahrzehnten hat die Diversität der Schulpopulation ständig zugenommen. Dies stellt unser Bildungssystem vor außerordentliche Herausforderungen. Eine Antwort war die Schaffung internationaler öffentlicher Schulen. Weiterhin besteht ein großer Bedarf an französisch- und englischsprachigen Schulangeboten, so dass die DP weitere akkreditierte Europaschulen im Süden und Zentrum des Landes eröffnen wird. In dem Großraum Esch/Schifflange und in Dudelange werden weitere Standorte entstehen. Neben der EIGT (Ecole Internationale Gaston Thorn)

die in den kommenden Jahren weiterwachsen wird, bedarf es noch einer zweiten agrierten Europaschule im Großraum der Stadt Luxemburg.

DIREKTIONEN AUSBAUEN

Ein Schlüssel für die Schulentwicklung und die Unterrichtsqualität liegt in breit aufgestellten Schuldirektionen. Die Gymnasien sind von der Personalgröße und den organisatorischen Herausforderungen anspruchsvoller als eine mittelgroße Firma. Dabei fallen pädagogische Gesichtspunkte leider oft unter den Tisch. Die DP wird deshalb mit dem Ausbau der Schuldirektionen in der Sekundarschule weitermachen. 2023 wurde bereits mit dem Einsetzen von Verantwortlichen für die Abteilung des psychosozialen Personals angefangen. Weitere Verantwortliche für das technische Personal und den Unterhalt des Gebäudes sowie für das administrative Personal werden folgen, damit die Schuldirektion sich verstärkt auf pädagogische Fragen konzentrieren kann.

SCHULPFLICHT BIS 18 JAHRE

Jedes Jahr verlassen rund 700 Schüler im Alter zwischen 16 und 18 Jahren das Luxemburger Schulsystem ohne Abschluss. Diese Schulabbrecher wünschen sich oftmals eine weitere Zukunft im Schulsystem. Doch es sind entweder gesundheitliche, psychische oder disziplinarische Probleme, die sie dazu bewegen, die Schule zu verlassen. Jugendliche und junge Erwachsene ohne Abschluss haben aber kaum bis keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Deshalb haben bereits viele Länder vor Luxemburg die Altersgrenze der Schulpflicht von 16 auf 18 Jahre angehoben. Die DP wird für diese Schüler neue Bildungsangebote schaffen, um ihnen eine neue Perspektive im Bildungssystem zu bieten. Ein wichtiges Element sind dabei die CISP (Centres d'Insertion Professionnelle) bei denen die Schüler sowohl psycho-sozial betreut werden als auch über konkrete Erfahrungen in Ateliers (Schreinerei, Schlosserei, Gärtnerei etc...) die Freude an einer Ausbildung wiedergewinnen. Die DP wird das Netz der CISP weiter ausbauen und mit den Sekundarschulen vernetzen.

INKLUSION IN DER SEKUNDARSCHULE AUSBAUEN

Kinder mit spezifischen Bedürfnissen haben ein Recht darauf, in der Regelschule beschult zu werden. Um dies zu ermöglichen, wird die DP die multidisziplinären Teams (Equipes de Soutien pour Enfants à Besoins spécifiques) in den Sekundarschulen weiter ausbauen.

CHILD PROTECTION OFFICER EINFÜHREN

Die DP hat gesetzlich festgelegt, dass jede Institution, die mit Kindern und Jugendlichen arbeitet, sich klare Prozeduren gibt, um Mobbing, Missbrauch und anderen Formen von Gewalt und Unterdrückung vorzubeugen. In den Sekundarschulen wird deshalb das Konzept des Child Protection Officers eingeführt. Dabei handelt es sich um geschulte Mitarbeiter, die den Schülern als Vertrauensperson zur Verfügung stehen und ihnen dabei helfen können, sich zu schützen und ihre Rechte geltend zu machen.

ERSTE-HILFE-KURSE FÜR ALLE SCHÜLER VORSEHEN

Die DP hat bereits die Kurse für die Reanimation bei Herzstillstand in den Sekundarschulen stark ausgeweitet. Auch für Kurse zur Erkennung von psychischen Leiden, wie z.B. Suizidgefährdung, wurden bereits 500 Personen ausgebildet. Die DP wird flächendeckend Erste-Hilfe-Kurse anbieten, wie auch Kurse zur Erkennung psychischer Leiden verallgemeinern.

SCHULISCHE UND BERUFLICHE ORIENTIERUNG FÜR JEDEN SCHÜLER

Die DP wird die Cellules d'Orientation in den Sekundarschulen weiter ausbauen und mit der Maison d'Orientation vernetzen. Um alle Schüler bei der Wahl ihrer Ausbildung und ihres späteren Berufs zu unterstützen, wird die DP geeignete Praktika in Betrieben anbieten und für alle Schüler verpflichtend machen.

KEIN ABSCHLUSS OHNE ANSCHLUSS

Die DP wird im Luxemburger Schulsystem ein ähnliches Programm für die schulische Orientierung wie in Nordrhein-Westfalen (Deutschland) implementieren. Dazu gehören gezielte Praktika in Betrieben, um verschiedene Berufsfelder zu erkunden und so eine bewusste Ausbildungs- oder Berufswahl treffen zu können. Um diese Aufgabe stemmen zu können, wird die DP die Cellules d'Orientation in den Sekundarschulen weiter ausbauen und mit der Maison d'Orientation vernetzen.

BEWEGTE SCHULE

Um dem Bewegungsmangel vieler Kinder entgegenzuwirken, will die DP, das Konzept "Bewegte Schule" weiter fördern. Das Hauptziel des Projekts besteht darin, in der regulären Schulzeit Bewegungszeit zu integrieren. Durch verschiedene Maßnahmen wie Auflockerungsphasen, bewegte Pausen, Bewegungsstationen im Klassenzimmer und bewegten Unterricht soll den Kindern Freude an Bewegung vermittelt werden und gleichzeitig ihre Konzentrations- und Lernfähigkeit gesteigert werden.

FINANZKENNTNISSE STÄRKEN

s. Kapitel Finanzplatz

LEBENSMITTELVERSCHWENDUNG REDUZIEREN

s. Kapitel Landwirtschaft

BEWUSSTSEIN FÜR KLIMASCHUTZ STÄRKEN

s. Kapitel Nachhaltigkeit

BERUFSAUSBILDUNG

AUSBILDUNGEN DIVERSIFIZIEREN UND MODERNISIEREN

Die DP hat die Berufsausbildung aus der Krise herausgeführt, in die sie nach der wenig zielführenden Reform von 2009 geraten war. Zusammen mit den Partnern der Berufsausbildung ist es der DP in den vergangenen Jahren gelungen, viele neue Ausbildungen zu schaffen und bestehende zu modernisieren. Auf dieser Basis wird die DP auch in der kommenden Legislaturperiode aufbauen und die Berufsausbildung den Entwicklungen der Gesellschaft und Wirtschaft anpassen. Vor allem in den Bereichen der großen gesellschaftlichen Transitionen: Green Technologies, Industrie 3.0 und Digitalisierung.

FRANZÖSISCH- UND ENGLISCH-SPRACHIGE ANGEBOTE AUSBAUEN

Um allen Schülern in Luxemburg die Möglichkeit zu geben, eine Berufsausbildung zu wählen, müssen die Angebote in französischer und auch punktuell in englischer Sprache ausgebaut werden. Die Auswahl der Ausbildungen wird zusammen mit den Partnern der Berufsausbildung getroffen werden.

1ÈRE DAP

Die DP hatte bereits vor der Pandemie ein Projekt gestartet, um Schülern die Möglichkeit zu geben, einen Sekundarschulabschluss mit Hochschulzugang zu erlangen und gleichzeitig eine Ausbildung auf DAP-Niveau abschließen zu können. Mit der DP wird das Projekt in der kommenden Legislaturperiode weitergeführt werden. Die entsprechenden Lerninhalte werden über ein zusätzliches Ausbildungsjahr nach der „Première“ gestreckt werden. Die Schüler werden anstelle der Optionskurse im „Cycle supérieur“ bereits Module der Berufsausbildung absolvieren und im Abschlussjahr nach der „Première“ die DAP-Ausbildung innerhalb eines Jahres abschließen.

SCHÜLERN DAS HANDWERK NAHEBRINGEN

Um den Schülern das Handwerk bereits früh nahe zu bringen, wird die DP ein Förderprogramm in

der Grundschule einführen nach dem Vorbild des Programms „Kulturama“. So wie die Lehrer bei diesem für pädagogische Projekte auf Künstler zurückgreifen können, wird die DP die Möglichkeit schaffen, Grundschulklassen im Rahmen von Projekten mit Handwerkern in Verbindung zu bringen. Die zur Verfügung stehenden Personen werden dafür entlohnt werden.

FOKUS AUF UP-SKILLING UND RE-SKILLING

Der technologische Fortschritt nimmt immer größeres Tempo auf, sodass sich viele Menschen während ihres Berufslebens kontinuierlich weiterbilden oder sogar umschulen müssen. Die Luxemburger Wirtschaft ist zudem darauf angewiesen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zusätzlich zu ihrer beruflichen Aktivität höhere Qualifikationen erreichen. Aus diesem Grund wird die DP im Bereich der beruflichen Weiterbildung große Anstrengungen vornehmen, um die Bildungs- und Weiterbildungsangebote für Erwachsene auszubauen. Im Rahmen der Tripartite-Verhandlungen hatte die DP den sogenannten Skills-Tisch eingesetzt. Die DP wird die daraus resultierende OECD-Studie mit ihren Empfehlungen umsetzen.

DIGITALE KOMPETENZEN DER ERWACHSENEN FÖRDERN

s. Kapitel Digitalisierung und Medien

ZWEI WEITERE CNFPC

Um die nötige Dynamik im Bereich der beruflichen Weiterentwicklung erreichen zu können, wird die DP zwei weitere CNFPC eröffnen. Die aktuelle Struktur des Munnerefer Lycée wird bei Fertigstellung des Neubaus zu einem CNFPC mit Schwerpunkt auf paramedizinischen und medizinischen Berufen umgewandelt werden und das aktuelle Gebäude des LTB (Lycée Technique de Bonnevoie) wird zu einem CNFPC mit Schwerpunkt in den Bereichen des Dienstleistungsgewerbes (Commerce) und

der Restauration liegen. Dieses Angebot ergänzt die aktuellen CNFPC in Esch/Alzette (Industrie

3.0) mit dem Digital Learning Hub sowie dem CNFPC in Ettelbrück (Green Technologies).

KINDER UND JUGENDHILFE

REFORM DES JUGENDSCHUTZES ABSCHLIESSEN

Mit der Reform des Jugendschutzgesetzes und der Einführung eines Jugendstrafgesetzes wird die DP eine Jahrhundertreform zum Abschluss bringen, die in der vergangenen Legislaturperiode ausgearbeitet wurde. Die Umsetzung dieser Reform wird im Fokus der kommenden Legislaturperiode stehen.

VERNETZUNG ZWISCHEN KINDER- UND JUGENDHILFE UND SCHULE

Die Kompetenzen und Möglichkeiten der Kinder- und Jugendhilfe sind in den Schulen noch nicht hinlänglich bekannt. Die DP wird die regionalen Strukturen des ONE mit den Cellules d'Inclusion

vernetzen, um zu garantieren, dass die Hilfe dort ankommt, wo sie gebraucht wird. Probleme und Interventionen in der Familie gehören in den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe, während die Schule sich auf den Bereich der schulischen Inklusion konzentrieren soll.

QUALITÄTSENTWICKLUNG ZUSAMMEN MIT DEN AKTEUREN VORANTREIBEN

Mit dem Social Lab hat die DP ein partizipatives Organ geschaffen, durch das die Akteure der Kinder- und Jugendhilfe in die Ausarbeitung eines Qualitätsrahmens eingebunden werden konnten. Die DP wird dieses Modell weiter nutzen, um die Dynamik weiter anzukurbeln und die Qualitätsentwicklung zu fördern.

JUGEND

JUGENDHÄUSER AUSBAUEN

Die DP wird zusammen mit den Gemeinden einen systematischen Ausbau der Jugendhäuser vorantreiben. Eine angemessene Finanzierung soll sicherstellen, dass jede Gemeinde entsprechend ihrer Einwohnerzahl über ein adäquates lokales oder regionales Angebot verfügt. Die Jugendhäuser sind ein wichtiger Akteur der non-formalen Bildung. Um den Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, ihre Interessen zu entfalten und wichtige Zukunftskompetenzen zu entwickeln, wird die DP die Angebote der Jugendhäuser ausbauen und diversifizieren. Die DP wird die Jugendhäuser ermutigen, folgende Angebote über die kommenden Jahre zu entwickeln: Ateliers, in denen die Jugendlichen handwerklich tätig werden können und gemeinsam Projekte realisieren können.

Makerspaces, in denen die Jugendlichen sich mit digitalen Technologien familiarisieren können. Musik- und Malerei-Ateliers in denen die Jugendlichen sich künstlerisch betätigen können. Partizipationsstrukturen wie der Jugend-Gemeinderat in denen die Jugendlichen sich einbringen können und lernen zusammen zu diskutieren. Gaming-Abende und E-Gaming-Wettbewerbe bei denen die Jugendlichen gegen- und miteinander spielen können.

KULTURELLEN AUSTAUSCH IN EUROPA FÖRDERN

s. Kapitel Europa- und Außenpolitik

E-SPORTS ANERKENNEN UND FÖRDERN

s. Kapitel Sport

7

ARBEITSRECHT BERUF UND PRIVATLEBEN BESSER IN EINKLANG BRINGEN

Unter der Führung von Premierminister Xavier Bettel hat die Regierung unser Land sicher durch die Pandemie und die Energie- und Inflationskrise manövriert. Gerade in Krisenzeiten hat die DP bewiesen, dass sie niemanden allein lässt. Wir haben mit entschlossenem Handeln und intelligenten Krisenmaßnahmen zehntausende Arbeitsplätze erhalten. Die DP steht auch in Zukunft für eine verantwortliche Wirtschafts- und Arbeitspolitik, die sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze und Wohlstand schafft, anstatt sie zu gefährden.

Die DP hat mit drei erfolgreich abgeschlossenen Tripartite-Verhandlungen den Sozialdialog als erprobtes Erfolgsmodell in Luxemburg gestärkt. Wir haben den Index-Mechanismus erhalten und mithilfe von sozial gestaffelten Direkthilfen und Steuerkrediten in Milliarden-Höhe die Kaufkraft der Menschen gestärkt, nachdem wir bereits vor der Pandemie den Mindestlohn um 100 Euro netto erhöht haben.

Die Demokratische Partei steht für ein modernes Arbeitsrecht, das sowohl den Bedürfnissen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber Rechnung trägt und auch der Selbstständigkeit wieder die nötige Wertschätzung entgegenbringt.

Die DP setzt sich für eine hohe Lebensqualität in allen Lebensphasen ein. Dazu gehört eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Durch die Schaffung flexibler Arbeitszeitmodelle wollen wir den Menschen mehr Zeit für Familie und Freizeit zur Verfügung stellen.

Die DP wird die staatlichen Renten absichern, die private Altersvorsorge stärker unterstützen und den freiwilligen Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand flexibler gestalten.

FÜR EIN MODERNES UND FREIHEITLICHES ARBEITSRECHT

Unser Arbeitsrecht bietet den Arbeitnehmern ein hohes Maß an Schutz. In mancherlei

Hinsicht ist es jedoch veraltet und nicht an die Anforderungen der heutigen Zeit und die Wünsche vieler Arbeitnehmer nach mehr Flexibilität angepasst. Einige arbeitsrechtliche Instrumente haben ihren gewünschten Zweck nicht erfüllt, führen zu einem hohen administrativen Aufwand, bleiben wirkungslos oder sind nicht im Interesse der Beschäftigten, wie die starren und unflexiblen Arbeitszeitregeln. Die DP wird das gesamte Arbeitsrecht auf seine Zielorientiertheit überprüfen und wenn nötig überarbeiten. Für die DP bedarf es zudem mehr Flexibilität bei innerbetrieblichen Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

MEHR ZEIT FÜR FAMILIE UND HOBBIES: LEBEN UND ARBEIT IN EINKLANG BRINGEN

Das Leben jedes Einzelnen ist unterschiedlich und verläuft in unterschiedlichen Phasen, in denen Menschen mal mehr, mal weniger arbeiten möchten. Die DP will dieser Individualität bestmöglich Rechnung tragen. Bereits in den zurückliegenden Legislaturperioden hat die DP mit der Reform des Elternurlaubs, der Aufwertung des Vaterschaftsurlaubs und der Einführung eines zusätzlichen Feiertags und Urlaubstages den Arbeitnehmern mehr Zeit für Familie und Hobbies ermöglicht.

Gleichzeitig lehnen wir wenig durchdachte Experimente ab, die Arbeitsplätze in Luxemburg gefährden. Die von der Regierung in Auftrag gegebene Studie über die Chancen und Gefahren einer allgemeinen Arbeitszeitreduzierung hat klar aufgezeigt, dass es unter den aktuellen Gegebenheiten mehr mögliche Gefahren durch eine Arbeitszeitverkürzung als erwiesene Chancen einer solchen gibt. Besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, wäre es unverantwortlich, Arbeitsplätze so aufs Spiel zu setzen. Die DP wird sich einer Diskussion

über moderne Arbeitszeitmodelle keineswegs verschließen und ist gewillt, Unternehmen dabei zu unterstützen, auf freiwilliger Basis Arbeitszeitverkürzungen testweise auszuprobieren.

ARBEITSZEITEN IM INTERESSE VON ARBEITNEHMERN UND ARBEITGEBERN FLEXIBEL GESTALTEN

Die DP wird es den Menschen ermöglichen, ihre Arbeit so zu organisieren, dass sie mehr Zeit mit ihrer Familie verbringen können. Wir streben weiterhin eine familienfreundliche Flexibilisierung der Arbeitszeit an, indem wir die aktuellen, starren Regelungen auflösen und eine Jahresarbeitszeit einführen (z.B. 1.800 Stunden). Dabei soll der Arbeitnehmerschutz, zum Beispiel in Form von weiterhin geltenden Höchstarbeitszeiten pro Tag und Woche gewährleistet werden. Nur in Ausnahmefällen sollen längere Arbeitszeiten, mit entsprechender finanzieller Kompensierung, erlaubt werden, damit Arbeitgeber – wie zum Beispiel Handwerksbetriebe - besser auf unvorhergesehene Umstände reagieren können.

Die entsprechenden Zuschläge für Sonntags- und Feiertagsarbeit gelten selbstverständlich weiterhin. Auch die digitale Verfügbarkeit von Arbeitnehmern muss für die DP klare Grenzen haben. Eine flexiblere Regelung der Arbeitszeit soll zudem den Unternehmen erlauben, sich an ein sich permanent wandelndes wirtschaftliches Umfeld anzupassen und zu einer Produktivitätssteigerung beitragen. Wir werden daher eine Reform der aktuellen europäischen Arbeitszeitrichtlinie anstreben.

Arbeitszeiten sollen in Zukunft individuell zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber ausgehandelt werden können, ohne unnötig von einem unflexiblen Arbeitsrecht eingeengt zu werden. Wir wollen dabei keineswegs die traditionelle 40-Stunden-Woche abschaffen, sondern denjenigen Menschen mehr Flexibilität ermöglichen, die nicht an einem 9-bis-17- Uhr-Job interessiert sind. Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die das nicht wollen, können sich weiter auf die bestehende Regelung berufen.

Vor allem junge Familien, die sich in der ‚Rush Hour des Lebens‘ befinden, werden die großen

Gewinner unserer Flexibilisierungsinitiative sein. Viele Eltern würden ihre Arbeitszeit gerne so einteilen, dass sie mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen können. Auch die Arbeitgeber werden von dieser Regelung profitieren, da sie ihre Arbeitskräfte effizienter und genau dann einsetzen können, wenn sie am meisten gebraucht werden. Die von uns angestrebte Flexibilisierung der Arbeitszeit soll mit der generellen Einführung von Arbeitszeitkonten und der stärkeren Nutzung von Home-Office kombiniert werden.

ARBEITSZEITKONTEN GENERELL EINFÜHREN

Arbeitszeitkonten sind ein Erfolgsmodell im öffentlichen Dienst und in verschiedenen Bereichen. Diese Zeitkonten erlauben es den Beschäftigten ihre Arbeitszeit und Freizeit flexibler einteilen zu können. Die DP wird dieses Instrument für jeden Arbeitnehmer per Gesetz zugänglich machen. Die Arbeitnehmer sollen Überstunden und Resturlaub auf ein persönliches Arbeitszeitkonto übertragen können. Die in arbeitsintensiven Zeiten angesparten Stunden können beispielsweise für Familienzeit, eine längere Urlaubsreise, eine Sabbatzeit oder Weiterbildung genutzt werden.

Die genauen Modalitäten der Arbeitskonten sollen mit den Sozialpartnern diskutiert werden, um ausgewogene Entscheidungen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu erreichen. Im Zusammenspiel mit der von der DP geplanten Flexibilisierung der Arbeitszeiten wird die Einführung von Arbeitszeitkonten dem Arbeitnehmer erheblich mehr Freiheit bei der Arbeits- und Freizeiteinteilung verschaffen.

TELEARBEIT FÖRDERN

Im Zuge der Digitalisierung wird die Arbeit im Homeoffice für viele Beschäftigte und Unternehmen zunehmend eine Alternative. Spätestens seit der Pandemie hat die Telearbeit ihre Vorteile unter Beweis gestellt: Lange Anfahrtswege ins Büro entfallen und Arbeitnehmer, die von zuhause aus arbeiten, haben mehr Zeit für ihre Familie und Hobbies. Die Regierung hat die Telearbeit-Regelungen im öffentlichen Dienst verbessert und bilaterale Abkommen mit unseren Nachbarländern abgeschlossen, damit

auch Grenzgänger ohne steuerliche Nachteile an mehreren Tagen im Jahr zuhause arbeiten können. Die DP wird mit den Sozialpartnern überprüfen, wie die Telearbeit innerhalb der Betriebe weiter gefördert werden kann.

REMOTE WORKING – ORTS-UNABHÄNGIGES ARBEITEN FÖRDERN

Neben der traditionellen Telearbeit, also dem Arbeiten von zu Hause aus, möchten wir den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zusätzliche Flexibilität bei der Auswahl des Arbeitsortes ermöglichen. So soll es möglich werden, zeitweise von einem anderen Ort als von zuhause aus zu arbeiten. Dies kann sowohl innerhalb Luxemburgs als auch zeitweilig im Ausland erfolgen. Dazu wollen wir einen gesetzlichen Rahmen für das remote working schaffen, um den Beschäftigten und Unternehmen die nötige Rechtssicherheit zu bieten. Arbeitgeber sollen durch Förderungen unterstützt werden.

TELEARBEIT DURCH EIN MODERNES STEUERRECHT FÖRDERN

s. Kapitel Steuerpolitik

RECHT AUF NICHTERREICHBARKEIT STÄRKEN

Die fortschreitende Digitalisierung der Arbeitswelt kann dazu führen, dass die Grenzen zwischen Arbeits- und Freizeit verschwimmen. Dadurch kann eine Kultur der permanenten Erreichbarkeit entstehen, die sich negativ auf das Wohlbefinden, die Gesundheit und die Work-Life-Balance der Arbeitnehmer auswirkt. Aus diesen Gründen wird die DP das Recht auf Nichterreichbarkeit stärken. In Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern werden wir uns dafür einsetzen, dass dieses Recht in allen Bereichen respektiert wird.

ÜBERBLICK ÜBER ZWECKGEBUNDENE SONDERURLAUBE AUF MYGUICHET

Es gibt zahlreiche spezielle Urlaubstage, die Arbeitnehmer im Rahmen von Weiterbildungen oder sportlichen und kulturellen Aktivitäten beantragen können. Die DP wird alle existierenden besonderen Sonderurlaube auf ihre Kohärenz überprüfen und gegebenenfalls

harmonisieren. Die Arbeitnehmer sollen diese zweckgebundenen Sonderurlaube zentralisiert über sein Arbeitszeitkonto beantragen können, damit sie zu jeder Zeit den Überblick über die noch verfügbaren Urlaubstage haben.

RE-SKILLING UND UP-SKILLING FÖRDERN

Re-skilling und Up-skilling spielen eine entscheidende Rolle, um Menschen dabei zu unterstützen, den Anforderungen einer sich verändernden Arbeitswelt gerecht zu werden. Die DP wird die vorhandenen Möglichkeiten und Angebote sorgfältig prüfen und bei Bedarf anpassen. In diesem Zusammenhang soll auch die Förderung der innerbetrieblichen beruflichen Weiterbildung analysiert werden.

DIGITALE KOMPETENZEN DER ERWACHSENEN FÖRDERN

s. Kapitel Digitalisierung und Medien

RECHT AUF TEILZEIT

s. Kapitel Familienpolitik

DEZENTRALE ARBEITSPLÄTZE FÖRDERN - REGIONALE CO-WORKING-SPACES SCHAFFEN

s. Kapitel Landesplanung

SONNTAGSARBEITSZEIT AN DIE BEDÜRFNISSE DER ARBEITNEHMER UND KONSUMENTEN ANPASSEN

Das Kaufverhalten hat sich in den letzten Jahren verändert und die Menschen wenden sich immer mehr dem Angebot des E-Commerce zu. Dieser ist 24/7 verfügbar, von zuhause aus per Mausklick erreichbar und lässt sich so einfach in den Alltag integrieren. Ziel sind mehr Flexibilität und ein Pragmatismus, der Unternehmen, Beschäftigten und Kunden entgegenkommt, setzt sich die DP daher für eine Reform der Sonntagsarbeitszeit ein. Damit der E-Commerce nicht zu einer unschlagbaren Konkurrenz des Einzelhandels wird, sondern sich auf komplementäre Weise ins System einfügt.

Zusätzlich zur Liberalisierung der Öffnungszeiten (siehe Kapitel Wirtschaft) wird die DP es jedem Arbeitnehmer ermöglichen, sonntags bis zu acht

Stunden zu arbeiten. Dabei wird selbstverständlich die gesetzlich vorgeschriebene erhöhte Vergütung beibehalten. Dieser Schritt würde insbesondere den Mitarbeitern, die längere Arbeitswege, vor allem als Grenzgänger, auf sich nehmen, zugutekommen. Darüber hinaus bedeutet die Öffnung der Geschäfte an Sonntagen für die Kunden eine höhere Flexibilität.

ÜBERSTUNDEN VON SOZIALBEITRÄGEN UND STEUERN BEFREIEN

s. Kapitel Steuerpolitik

URLAUB IM FALL EINER FEHLGEBURT, TOTGEBURT ODER FRÜHGEBURT MIT TODESFOLGE

Der Verlust eines Kindes ist eine traumatische Erfahrung, dies gilt auch für den Verlust eines ungeborenen Kindes. Um den Eltern Zeit zu geben, das schreckliche Erlebnis einer Fehl- oder Totgeburt zu verarbeiten, wird die DP den Sonderurlaub für Eltern im Falle des Todes eines minderjährigen Kindes auf den Tod eines ungeborenen Kindes ausweiten.

STUNDENWEISE EINSTELLUNG VON PERSONAL ERLEICHTERN

Belgien und Frankreich haben vor einigen Jahren Schecks eingeführt welche Privatpersonen für Dienstleistungen (Haushaltshilfe, Gartenarbeit, Kinderbetreuung, etc.) nutzen können. In Belgien werden diese Schecks vom Staat mitfinanziert. Eine Privatperson kauft sich für einem gewissen Betrag eine Arbeitsstunde eines Dienstleisters. Der Staat finanziert die restlichen Kosten der Arbeitsstunde. Zusätzlich kann die Privatperson von Steuerermäßigungen profitieren.

Die DP sieht in einem solchen System zunächst die Möglichkeit gegen Schwarzarbeit in Privathaushalten vorzugehen. Zum Zweiten wären solche Dienstleistungsschecks auch in einigen Arbeitsbereichen, etwa in der Gastronomie oder im Eventgewerbe von Vorteil, wo in arbeitsintensiven Zeiten spontan zusätzliches Personal für sehr kurze Dauer zur Aushilfe benötigt wird. Wo komplizierte Meldeprozeduren bei der Sozialversicherung die Arbeit der Unternehmen zurzeit erschweren, versprechen diese Schecks eine bedeutende Zeitersparnis.

AM INDEXMECHANISMUS FESTHALTEN

Die DP hat mit drei erfolgreich abgeschlossenen Tripartite-Verhandlungen den Sozialdialog als erprobtes Erfolgsmodell in Luxemburg gestärkt. Wir haben den Indexmechanismus auch in Krisenzeiten erhalten und die Kaufkraft der Menschen über zusätzliche steuerliche Maßnahmen und Direkthilfen gestärkt.

Um sicherzustellen, dass die Gehälter auch in Zukunft regelmäßig an die Inflation angepasst werden, wird die DP am aktuellen Indexsystem festhalten. Nur wenn die Sozialpartner sich auf eine Reform einigen, wie beispielsweise eine Anpassung des Warenkorb, um gesundheits- und klimaschädliche Produkte zu neutralisieren, ist die DP bereit, Änderungen am Indexsystem vorzunehmen.

MINDESTLOHNEMPFÄNGER GEZIELT UNTERSTÜTZEN OHNE ARBEITSPLÄTZE ZU GEFÄHRDEN

Die DP steht zu der vorgesehenen gesetzlichen Anpassung des Mindestlohns. Darüber hinaus sollten die Auswirkungen jeder Mindestlohnerhöhung auf die Wirtschaft und die Arbeitslosenquote überprüft werden. In der letzten Legislaturperiode hat die Regierung den Mindestlohn um 100 Euro netto erhöht, ohne dass diese Erhöhung völlig zu Lasten der Betriebe ging. Die DP wird auch in Zukunft verstärkt auf Leistungen und sozial angepasste Steuerkredite zugunsten der Niedrigverdiener setzen, die nicht auf Kosten der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe, insbesondere der kleinen und mittleren Betriebe gehen sollen.

SOZIALDIALOG IN DEN BETRIEBEN STÄRKEN

Der Sozialdialog gehört zu den großen Stärken unseres Landes. Sowohl bei Verhandlungen auf nationaler Ebene wie auch auf Unternehmensebene und im Öffentlichen Dienst, trägt der Sozialdialog zur konstruktiven Lösungsfindung bei. Die DP wird die Tradition des Sozialdialogs fortführen. Die DP ist der Überzeugung, dass Entscheidungen über Arbeitsorganisation verstärkt auf Betriebsebene getroffen werden sollten, da Arbeitgeber und Arbeitnehmer die spezifischen Bedürfnisse ihres Unternehmens am besten kennen. Die DP wird

deshalb die Personaldelegationen stärken und die Verhandlungsmöglichkeiten auf betrieblicher Ebene fördern und im Gegenzug allzu starre Regeln des Arbeitsrechts prüfen.

SELBSTSTÄNDIGKEIT WERTSCHÄTZEN UND GLEICHSTELLUNG MIT BESCHÄFTIGTEN HERSTELLEN

Die Corona-Krise hat uns Ungerechtigkeiten aufgezeigt, mit denen Selbstständige im Vergleich zu Arbeitnehmern konfrontiert sind. Die DP weiß die Arbeit von Freiberuflern und Selbstständigen zu schätzen und will Ungleichheiten in der Behandlung von Arbeitnehmern und Freiberuflern aus der Welt schaffen und so mehr junge Menschen zur Selbstständigkeit zu motivieren. Wir werden beispielsweise das Recht auf Kurzarbeit für Selbstständige einführen und Ungleichbehandlungen in Bezug auf die Kumulierung von Vorruhestandsrente mit einem Erwerbseinkommen oder die Beantragung der Vollarbeitslosigkeit abschaffen.

ARBEITSLOSENGELD FÜR ARBEITNEHMER ÖFFNEN, DIE GEKÜNDIGT HABEN

Im Moment können lediglich Arbeitnehmer vom Arbeitslosengeld profitieren, die von ihrem Arbeitgeber entlassen wurden. Die DP ist der Meinung, dass Beschäftigte nicht bestraft werden sollten, wenn sie sich in ihrem Beruf nicht mehr wohl fühlen und aus freien Stücken kündigen. Wir werden deshalb das Arbeitslosengeld auch für diese Personen zugänglich machen. Um Missbräuchen vorzubeugen, darf jeder Arbeitnehmer einmal in seiner beruflichen Laufbahn von diesem neuen Recht Gebrauch machen. Außerdem wird das Arbeitslosengeld der Person wieder entzogen, wenn sie nicht die nötigen Anstrengungen unternimmt, um eine neue Arbeitsstelle zu finden.

GESUNDHEIT UND WOHLBEFINDEN AM ARBEITSPLATZ VERBESSERN

Die körperliche und die mentale Gesundheit der Arbeitnehmer müssen jederzeit gewährleistet sein. Nach französischem Vorbild will die DP ein nationales Observatorium für die Lebensqualität

am Arbeitsplatz einführen, um so das Wohlbefinden am Arbeitsplatz zu fördern. Dazu gehören nicht nur gute Arbeitsbedingungen, sondern auch die Berücksichtigung des Privatlebens der Mitarbeiter.

DIE ARBEITSMEDIZIN MODERNISIEREN

Die DP wird die Qualifikation der Arbeitsmediziner klar definieren und ihnen erlauben in freien Arztpraxen zu arbeiten. Mediziner, die für die nationale Behörde für Arbeitsmedizin arbeiten, sollten die Erlaubnis erhalten, bei Vergehen – wie zum Beispiel der Missachtung von Fristen bei medizinischen Einstellungsuntersuchungen – Sanktionen auszusprechen.

Die DP wird Maßnahmen ergreifen, um die Dienststellen für Arbeitsmedizin deutlich zu entlasten, um die Gesundheitsvorsorge in der Arbeitswelt zu optimieren und den Mangel an Arbeitsmedizinern zu verringern.

Die DP wird Maßnahmen ergreifen, um das Monitoring der Verwaltung in Bezug auf Krankschreibungen zu optimieren, um somit Missbräuche vorzubeugen.

DAS NEUEINSTUFUNGSGESETZ („RECLASSEMENT“) REFORMIEREN

Viel zu häufig kommt es vor, dass die Verwaltungen der Arbeits- und der Kontrollmedizin widersprüchliche Einschätzungen der Arbeitsfähigkeit eines Arbeitnehmers abgeben. Versicherte riskieren in solchen Fällen nicht selten unverschuldet den Verlust der Arbeitsstelle oder des Krankengeldes. Die DP wird deshalb die Einführung einer obligatorischen gemeinsamen Einschätzung der Arbeitsfähigkeit eines Versicherten durch den Arbeits- und den Kontrollarzt überprüfen.

SICHERE UND GUTE RENTEN FÜR JEDEN

Unsere Rentenrücklagen sind aktuell noch gut gefüllt. Im Zeitraum 2013-2020 haben sich die Reserven um 88% erhöht. Um sichere Renten auch in Zukunft zu gewährleisten, werden wir die Einnahmen und Ausgaben kontinuierlich analysieren und, falls nötig, Anpassungen zur Absicherung des staatlichen Rentensystems und der Generationengerechtigkeit vornehmen.

BETRIEBLICHE UND PRIVATE ALTERSVORSORGE FÖRDERN

s. Kapitel Steuerpolitik

RENTENSPLITTING EINFÜHREN

Die DP wird die rechtlichen Hürden, die der Einführung des Rentensplittings im Weg stehen, überwinden und sicherstellen, dass Paare in Zukunft vom Rentensplitting profitieren können. Wir werden zudem die Einführung einer Versicherungspflicht während beruflicher Unterbrechungen überprüfen, um der Altersarmut, insbesondere bei Witwen und Witwern, vorzubeugen.

GRENZE FÜR „HINZUVERDIENST“ BEI DER VORGEZOGENEN ALTERSRENTE (UNTER 65 JAHREN) AUFHEBEN

Die DP wird sowohl Arbeitgebern als auch Arbeitnehmern dabei helfen, gemeinsame Lösungen für eine längere Erwerbstätigkeit im Alter zu finden, falls Letztere dies wünschen. In Luxemburg kann die reguläre Altersrente ab einem Alter von 65 Jahren in Anspruch genommen werden. Unter verschiedenen Bedingungen erhalten jedoch viele unserer Mitbürger bereits mit 57 oder 60 Jahren eine vorgezogene Altersrente (Pension de vieillesse anticipée). Die derzeitige Gesetzeslage begrenzt die Hinzuverdienstmöglichkeiten bei einer vorgezogenen Altersrente, in den meisten Fällen, auf ein Drittel des sozialen Mindestlohns. Wenn das Einkommen über dieser Grenze liegt, wird die Rente gekürzt oder sogar entzogen.

Als DP möchten wir den Rentnern die Möglichkeit geben, weiterhin berufstätig zu bleiben, wenn sie dies wünschen, und ihnen die Freiheit lassen, so viel zu verdienen, wie sie möchten. Diese zusätzlichen Einkünfte sollen sozialbeitrags- und steuerpflichtig sein und zu höheren Rentenansprüchen führen.

Neben dem Wunsch vieler Rentner, auch im Alter aktiv zu bleiben, ist eine längere Erwerbstätigkeit im Alter eine wichtige Maßnahme zur Übertragung von Wissen auf jüngere Mitarbeiter und hilft, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

BESSERE RENTENANSPRÜCHE FÜR MITARBEITENDE EHE-/LEBENSPARTNER („CONJOINT AIDANT“)

Der gesetzliche Rahmen des conjoint aidant ist veraltet und muss reformiert werden. Derzeit sieht das Gesetz vor, dass der Partner einer selbstständigen Person als conjoint aidant bei der Sozialversicherung affiliert sein muss, um sozialversichert zu sein. Das Konzept der Teilzeit existiert für den conjoint aidant bisher nicht. Die DP setzt sich dafür ein, dass solche Ungleichheiten abgeschafft werden und dass auch der conjoint aidant bis zum Fünffachen des Mindestlohns zur Rente beitragen kann. Darüber hinaus wollen wir für mehr Flexibilität sorgen, indem wir dem conjoint aidant die Wahl zwischen verschiedenen Beitragsvarianten ermöglichen. Abhängig von den Einnahmen aus dem Unternehmen oder einer selbstständigen Tätigkeit könnte der mitarbeitende Ehe- oder Lebenspartner z.B. das Doppelte, Dreifache oder Vierfache des Mindestlohns zur Rente beitragen.

NULL TOLERANZ GEGENÜBER MOBBING UND DISKRIMINIERUNG AM ARBEITSPLATZ

Die DP verurteilt jedwede Art von Mobbing oder Diskriminierung. Wir bekennen uns zum Anti-Mobbing-Gesetz, das in der letzten Legislaturperiode verabschiedet wurde. Wir werden eine Evaluierung des Gesetzes nach zwei Jahren durchführen, um die Auswirkungen zu analysieren und eventuelle Anpassungen vorzunehmen.

ARBEITSLOSIGKEIT UND FACHKRÄFTEMANGEL WEITER DURCH FORT- UND WEITERBILDUNG BEKÄMPFEN

Unsere Arbeitslosenquote liegt bei relativ niedrigen 4,9%. Um sowohl der Arbeitslosigkeit als auch dem Fachkräftemangel konsequent entgegenzuwirken, werden wir Weiterbildungsinitiativen fördern und die betriebliche Beteiligung daran finanziell unterstützen.

Ebenso wird die DP verstärkt den Bedarf auf dem Arbeitsmarkt analysieren, um Fachkräftemängel frühzeitig zu erkennen und entsprechende Maßnahmen schnell einleiten zu können.

NEUE IMPULSE GEGEN DEN FACHKRÄFTEMANGEL SETZEN

s. Kapitel Wirtschaftspolitik

GLEICHGEWICHT ZWISCHEN PRIVATER AUSBILDUNG UND ÖFFENTLICHER REKRUTIERUNG WAHREN

In vielen Fällen werden junge Fachkräfte im Privatsektor ausgebildet, um dann später in den öffentlichen Dienst, Gemeinden oder parastaatliche Organisationen zu wechseln. Dies kann zu einem Ungleichgewicht führen, da der Privatsektor möglicherweise nicht genügend qualifizierten Nachwuchs erhält, während der öffentliche Sektor von ausgebildeten Fachkräften profitiert. Die DP wird sicherstellen, dass ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Ausbildung von jungen Fachkräften im Privatsektor und ihrer Rekrutierung durch den Staat, Gemeinden und den Parastaat besteht. Die DP ist der Ansicht, dass die öffentliche Hand mindestens so viele Menschen ausbilden soll, wie sie vom Privatsektor abwerben.

WEITERBILDUNGSOFFENSIVE FÜR SCHWER VERMITTELBARE ARBEITSLOSE

Die DP wird eine Weiterbildungsoffensive für schwer vermittelbare Arbeitslose starten. Innerhalb von nur einem Monat nach Meldung einer Arbeitslosigkeit muss die ADEM dem Arbeitslosen einen Weiterbildungsplan vorlegen. Wir wollen außerdem die Arbeitssuchenden selbst in die Pflicht nehmen und Eigeninitiative einfordern. Wir werden auch die Zumutbarkeitsgrenzen neu definieren, um

zu verhindern, dass ein Arbeitssuchender ihm angebotene Stellen willkürlich ablehnt. Bei missbräuchlichem Verhalten wollen wir, dass die vorgesehenen finanziellen Strafen konsequent angewendet werden.

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ AKTIV BEGLEITEN

Die künstliche Intelligenz entwickelt sich im rasanten Tempo weiter und wird auf alle unsere Lebensbereiche Einfluss nehmen. Mit dieser Entwicklung sind Risiken aber auch Chancen für die Arbeitswelt verbunden. Monotone und zeitaufwendige Arbeiten werden in Zukunft nicht mehr in den Aufgabenbereich der Menschen fallen. Sie können ihre Zeit produktiver, kreativer und innovativer nutzen. Die Demokratische Partei wird die Weiterentwicklung der künstlichen Intelligenz im Auge behalten, notwendige Regulierungen zum Schutz des Menschen einführen und Arbeitnehmer und Arbeitgeber aktiv begleiten, um sich mit einem breiten Angebot an Weiterbildungsmöglichkeiten den neuen Gegebenheiten anzupassen.

SOZIALDUMPING KONSEQUENT BEKÄMPFEN

Die Opfer von sozialem Dumping, das auch in Luxemburg aufkommt, sind sowohl die betroffenen Arbeiter als auch die luxemburgischen Betriebe. Die DP wird die soziale Ausbeutung konsequent bekämpfen. Auch bei kleineren Verstößen gegen das geltende Recht sollen die verhängten Strafen der ITM stets angemessen und in einem fairen Verhältnis zu den begangenen Vergehen stehen.

8

FAMILIENPOLITIK FÜR EIN BESSERES ZUSAMMENLEBEN

Die DP steht für eine zeitgemäße Familienpolitik, die das Wohlbefinden der Kinder und Eltern in den Mittelpunkt stellt. Unter dem Impuls der DP wurde die Familienpolitik in den vergangenen Legislaturperioden tiefgreifend modernisiert. Dank der Flexibilisierung und einer besseren Vergütung des Elternurlaubs sowie der Aufwertung des Vaterschaftsurlaubs von zwei auf zehn Tage haben wir es allen Elternteilen ermöglicht, eine stärkere Rolle im gemeinsamen Familienleben einzunehmen. Den Familien wurde mehr Zeit füreinander geschenkt und somit die Bindung zu ihren Kindern gestärkt. Durch die Indexierung des Kindergeldes, die Einführung der gratis Maison Relais sowie dem kostenlosen Zugang zum Musikunterricht wurden die Familien auch finanziell entlastet. Durch die Einführung des REVIS („revenu d’inclusion sociale“) wurde insbesondere der Armut von Kindern und Alleinerziehenden entgegengewirkt.

Der Faktor „Zeit“ wird auch weiterhin im Vordergrund unseres Handelns stehen. Wir möchten den Eltern ermöglichen, Familienzeit und Arbeit noch flexibler und nach den eigenen Bedürfnissen einzuteilen. Wir werden deshalb weitere konkrete Maßnahmen ergreifen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

Für die DP soll jeder Mensch in jedem Lebensabschnitt frei und selbstbestimmt darüber entscheiden können, wo und wie er leben möchte. Dies trifft insbesondere auf unsere Senioren zu. Unter Federführung der DP wurde in diesem Zusammenhang eine tiefgreifende Reform betreffend die Qualität der Dienstleistungen für ältere Mitbürger auf den Weg gebracht. Sie stärkt die Rechte der älteren Menschen und sichert eine hohe Qualität der Dienstleistungen, die sie im Rahmen beispielsweise von Altenheimen oder Pflegediensten in Anspruch nehmen.

Daneben führt diese Reform endlich zu mehr Transparenz, was die Preise und angebotenen Dienstleistungen sowie deren Qualität anbelangt. Darüber hinaus will die DP dafür Sorge tragen, dass sich jeder Mensch unabhängig von den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln ein Zimmer in einem Alten- und Pflegeheim leisten kann. Deshalb wurde die dringend notwendige Reform des sogenannten „Accueil gérontologique“ auf den Instanzenweg gebracht. Sie wird den bedürftigen Menschen mehr Mittel zur Verfügung stellen, grundlegende Bedürfnisse finanziell abdecken und ein sogenanntes Taschengeld garantieren, das eine aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht.

Dank der Bemühungen der DP wurde die Bettenkapazität im Seniorenbereich deutlich erweitert. Aktuell gibt es in Luxemburg über 6.600 Betten in 53 verschiedenen Einrichtungen. Für die kommenden Jahre sind zusätzliche Betten in Planung, um dem steigenden Bedarf an Pflegebetten gerecht zu werden. Die DP wird sicherstellen, dass auch in Zukunft ausreichend Betten zur Verfügung stehen und ältere Menschen die Möglichkeit haben, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Mit dem neuen Gesetz über die Zugänglichkeit öffentlicher Räume, Straßen und Wohngebäude haben wir einen bedeutenden Beitrag zur Autonomie von Menschen mit Behinderungen geleistet. Zukünftig müssen alle öffentlich genutzten Orte, einschließlich der Gemeinschaftsbereiche privater Wohnungen, barrierefrei zugänglich sein. Wir stärken somit die freie Beweglichkeit und Selbstbestimmung von Personen mit Behinderungen. Auch die Zugänglichkeit von verschiedenen Produkten und Dienstleistungen haben wir mit der Umsetzung einer neuen EU-Richtlinie verbessert. Die Schaffung eines Beirats für Barrierefreiheit fördert außerdem die aktive Einbeziehung der Betroffenen.

Neben der Barrierefreiheit ist es uns auch ein Anliegen, den sozialen Zusammenhalt und den kulturellen Austausch auf lokaler Ebene zu stärken. Aus diesem Grund hat das DP-geführte Familienministerium im Jahr 2021 das Pilotprojekt „Pakt vom Zesummeliewen“ ins Leben gerufen, an dem mittlerweile über 30 Gemeinden teilnehmen. Durch dieses Projekt wird die Integration neuer Mitbürger, das friedliche Zusammenleben in der Gemeinde und die aktive Einbeziehung aller Bürger gestärkt. Das Pilotprojekt wird durch das künftige Gesetz über das interkulturelle Zusammenleben ersetzt und ausgebaut.

Die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ist ein weiterer wichtiger Schwerpunkt für die DP. In der aktuellen

Legislaturperiode haben wir zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um Menschen mit geringem Einkommen gezielt zu unterstützen. Unser zentrales Anliegen dabei war es, die Solidarität zum Leitprinzip zu erheben. Durch die regelmäßige Anpassung des Mindestlohns und des REVIS an die Lohn- und Preisentwicklung, die Einführung der Energieprämie und die Aufwertung der Teuerungszulage („Allocation de vie chère“) konnten die Auswirkungen der Energiekrise für einkommensschwächere Haushalte abgemildert werden. Um zukünftig eine noch bessere Unterstützung für die schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft zu gewährleisten, hat die Regierung außerdem eine Aufstockung des Personals in den Sozialämtern um 50% umgesetzt.

FAMILIE

ELTERNURLAUB AUSBAUEN UND FLEXIBLER GESTALTEN

Die Reform des Elternurlaubs hat sich als enormer Erfolg erwiesen. Die Flexibilisierung und die Einführung einer angemessenen finanziellen Unterstützung haben dazu geführt, dass deutlich mehr Familien den Elternurlaub in Anspruch genommen haben. Besonders erfreulich ist der sprunghafte Anstieg der Beteiligung von Vätern. Dies führte dazu, dass alle Elternteile eine stärkere Rolle im Familienleben einnehmen konnten und die elterliche Bindung zu den Kindern gestärkt werden konnte. Die DP will auch in Zukunft die Entscheidungsfreiheit der Eltern stärken, und wenn nötig die gesetzlichen Bestimmungen zum Elternurlaub noch besser an die individuellen Bedürfnisse des Familienlebens anpassen.

Darüber hinaus werden wir uns für einen Ausbau des Elternurlaubs einsetzen. Zusammen mit den Sozialpartnern werden wir Lösungen erarbeiten, mit dem Ziel, den Elternurlaub um bis zu drei Monate zu erweitern.

RECHT AUF TEILZEIT

Die DP will zusammen mit den Sozialpartnern ein zeitlich begrenztes Recht auf Teilzeit für alle Eltern,

die Kinder unter 13 Jahren haben, aushandeln. Die DP wird dabei prüfen, in welchem Maße diese Periode im Rahmen der Rentenversicherung finanziell ausgeglichen werden kann.

MUTTERSCHAFTSURLAUB FLEXIBILISIEREN

Die Umstände werdender Mütter können von Person zu Person stark variieren. Um den unterschiedlichen Bedürfnissen werdender Mütter gerecht zu werden, wollen wir Frauen die Freiheit geben, den Mutterschaftsurlaub entsprechend ihren persönlichen Umständen im Einvernehmen mit ihrem Arzt und ihrem Arbeitgeber für bis zu sechs Wochen flexibler zu gestalten.

VATERSCHAFTSURLAUB VON ZEHN AUF FÜNFZEHN TAGE ERWEITERN

Um die Bindung zwischen Neugeborenen und Vätern noch weiter zu stärken, will die DP den Vaterschaftsurlaub von zehn auf fünfzehn Tage bei vollem Lohnausgleich erweitern. Die Kosten werden größtenteils vom Staat übernommen. Die fünf zusätzlichen Urlaubstage sollen in Absprache mit dem Arbeitgeber innerhalb eines Zeitraums von drei Monaten nach der Geburt oder Adoption flexibel genommen

werden können. Selbstverständlich sollen auch gleichgeschlechtliche Paare diesen Urlaub in Anspruch nehmen können.

URLAUB FÜR PFLEGENDE ANGEHÖRIGE (CONGÉ D'AIDANT)

Im Rahmen der europäischen Richtlinie 2019/1158 wurde das Recht auf Urlaub für pflegende Angehörige während fünf Arbeitstagen pro Jahr verankert. Die DP will dieses Recht, das derzeit auf Personen, die im selben Haushalt leben, beschränkt ist, in bestimmten Fällen ausweiten. Besonders Haushalte, in denen beispielsweise eine oder mehrere Personen mit einer Behinderung oder Alleinerziehende leben, können nicht im vollen Umfang von dieser gut gemeinten Maßnahme Gebrauch machen. Deshalb will die DP dieses Urlaubsrecht unter gewissen Bedingungen auf Personen, die außerhalb des Haushalts leben, ausdehnen, wenn sie von den Betroffenen hierzu ermächtigt werden.

KINDERGELD ERHÖHEN

Die DP wird das Kindergeld auch in Zukunft regelmäßig indexieren. Darüber hinaus wird die DP gezielte Maßnahmen ergreifen, um die mit Kindern verbundenen Kosten für die Eltern abzufedern. Da eine vom Familienministerium in Auftrag gegebene Studie des STATEC gezeigt hat, dass eine Finanzierungslücke bei Kindern über 12 Jahren besteht, wird die DP die Kindergeldleistungen für diese Altersgruppe gezielt erhöhen.

SENIORENBEREICH

QUALITÄT SICHERN UND VERSTÄRKT KONTROLLEN DURCHFÜHREN

Die DP setzt sich dafür ein, dass die Qualität der Dienstleistungen für ältere Mitbürger etwa bei Alten- und Pflegeheimen sowie mobilen Pflegediensten, Tagesstätten, Essen auf Rädern, Telealarm sowie anderen Dienstleistungen für Senioren gesichert und kontrolliert wird. Der vorliegende Gesetzentwurf Nr. 7524 definiert sehr hohe Qualitätsstandards, schafft Preistransparenz und stärkt die Rechte der Senioren gegenüber den Dienstleistern. Die Reklamationsrechte werden verbessert, Ethikräte eingesetzt sowie ein ständiger Ausschuss geschaffen,

URLAUB IM FALL EINER FEHLGEBURT, TOTGEBURT ODER FRÜHGEBURT MIT TODESFOLGE

s. Kapitel Arbeit

ADOPTIONSRECHT AUSWEITEN

Die klassische Familie hat sich weiterentwickelt und über die letzten Jahrzehnte haben sich viele verschiedene Familienformen etabliert. Das Adoptionsgesetz soll dem Gesellschaftsbild von heute Rechnung tragen. Durch ein zeitgemäßes Gesetz und die Erleichterung von Adoptionen für unverheiratete Paare und Einzelpersonen, sollen Ungleichheiten abgeschafft, und das Wohl des Kindes in den Mittelpunkt gestellt werden.

AUTOMATISCHE ANERKENNUNG DES NICHT-LEIBLICHEN ELTERNTEILS

Lesbische Paare müssen aktuell eine langwierige Adoptionsprozedur auf sich nehmen, damit die nichtgeburtgebende Mutter das gemeinsame Kind adoptieren kann. Auch kann diese Prozedur frühestens drei Monate nach der Geburt des Kindes beginnen. Schwule Paare unterliegen im Fall einer Auslandsgeburt denselben Regeln. Für heterosexuelle Paare gelten nicht die gleichen Bedingungen. Um die Ungleichheit in der Behandlung zwischen hetero- und homosexuellen Paaren aufzuheben, setzt die DP sich für eine automatische Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Elternteilen ein.

um die Qualität zu sichern und weiter auszubauen. Wir werden dieses Gesetz in den kommenden Jahren konsequent umsetzen und nach drei Jahren auf seine Effizienz überprüfen, um zu gewährleisten, dass die Strukturen die objektiven Qualitätskriterien erfüllen, die für hochwertige Dienstleistungen nötig sind.

JEDER MENSCH SOLL SICH EIN ZIMMER IM ALTEN- ODER PFLEGEHEIM LEISTEN KÖNNEN

Die DP wird dafür sorgen, dass sich auch in Zukunft jeder Mensch ein Zimmer im Alten- oder Pflegeheim leisten kann. Deshalb hat die DP

kürzlich ein Gesetz im Parlament eingebracht, das die aktuellen Geldsätze des sogenannten „Accueil gérontologique“ deutlich verbessert, das sogenannte Taschengeld aufwertet und eine zusätzliche finanzielle Unterstützung einführt, um die Kosten für hygienische Basisprodukte, Hand- und Badetücher, Kleiderreinigung sowie für den Zugang zu Telekommunikationsdienstleistungen zu decken. Die DP wird dieses Gesetz schnell umsetzen.

Darüber hinaus verspricht sich die DP, dass die durch das neue Qualitätsgesetz geschaffene Preistransparenz dazu beiträgt, dass die Preise in den Alten- und Pflegeheimen stabilisiert werden können.

ZUVERLÄSSIGKEIT VON ADAPTO UND MOBIBUS SICHERSTELLEN

s. Kapitel Mobilität

PFLEGEVERSICHERUNG WEITER AUSBAUEN

Die Leistungen der Pflegeversicherung gelten erst ab einem Pflegebedarf von 3,5 Stunden pro Woche sowie einer voraussichtlichen Pflegedauer von mehr als sechs Monaten. Zudem werden verschiedene Dienstleistungen, wie etwa die Kosten der Medikamentenvorbereitung und -vergabe, nicht von der Pflegeversicherung übernommen. Diese Kosten werden derzeit von den Senioren selbst getragen. Die DP wird deshalb den Leistungskatalog der Pflegeversicherung in diesem Sinne überprüfen, neue Modelle erarbeiten und gegebenenfalls anpassen.

MEDIZINISCHE VERSORGUNG IN DEN ALTEN- UND PFLEGEHEIMEN GARANTIEREN

Die DP hat sich dafür eingesetzt, dass die medizinische Versorgung in den Alten- und Pflegeheimen auch während der Nacht, den Feiertagen und Wochenenden garantiert bleibt. Die DP wird diese Konvention auch in Zukunft mit den Ärzten fortführen.

MODERNE TECHNOLOGIEN IM ALTERS- UND PFLEGEBEREICH NUTZEN

Um die Qualität der Betreuung zu verbessern, will die DP, dass moderne Technologien einen stärkeren Einzug in den Alters- und Pflegebereich erhalten. Dazu gehören digitale Lösungen zur Überwachung der Gesundheit, Telemedizin und Telepflege sowie der Einsatz von Robotik. Wir erhoffen uns damit, die

Selbstständigkeit und das Wohlbefinden der Senioren zu fördern und gleichzeitig das Pflegepersonal zu entlasten. Zudem können hiermit in Zukunft unnötige, aufwendige und für die Bewohner belastende Transfers in die Krankenhäuser vermieden werden, was die Lebensqualität der Bewohner verbessert.

STRUKTUREN FÜR DIE ZEIT NACH EINEM KRANKENHAUSAUFENTHALT SCHAFFEN

Besonders ältere Menschen haben Schwierigkeiten nach einem Krankenhausaufenthalt wieder nach Hause zurückzukehren, da ihr Haus, ihre Wohnung oder ihr direktes familiäre Umfeld den neuen Gegebenheiten (Mobilitätseinschränkung, spezifische medizinische Versorgung...) nicht gerecht werden kann. Die DP will deshalb Strukturen für Menschen, die während einer gewissen Zeit Pflegeleistungen nach einem medizinischen Eingriff benötigen, schaffen. Dies wird die Krankenhäuser einerseits entlasten und den Menschen eine hochwertige Pflege in einem sicheren und betreuten Umfeld bieten.

ATTRAKTIVITÄT DER PFLEGEBERUFE STEIGERN

In dieser Legislatur haben wir neue Ausbildungsmöglichkeiten für Gesundheits- und Pflegepersonal geschaffen, darunter vier Bachelorstudiengänge in spezialisierten Pflegewissenschaften. Um die Attraktivität dieser Berufe weiter zu steigern, werden wir weitere Brücken zwischen den Bildungsangeboten schaffen und sicherstellen, dass Studierende sich von einem Bildungsniveau auf das nächste fortbilden können. Zudem werden wir eine eingehende Analyse und Überprüfung der Aufgabenverteilung zwischen Ärzten, Krankenpflegern und Hilfsfachkräften durchführen, um auch den weniger qualifizierten Fachkräften mehr Verantwortung zu übertragen. Auch die Attraktivität der Löhne und Arbeitsbedingungen werden wir weiter fördern.

PFLEGEBERUFE UND PFLEGENDE ANGEHÖRIGE (AIDANTS INFORMELS) AUF SPEZIFISCHE HERAUSFORDERUNGEN VORBEREITEN

Um die Pfleger auf spezifische Herausforderungen im Umgang mit älteren Menschen vorzubereiten,

wird die DP spezifische Zusatzausbildungen für einen Teil des Pflegepersonals verpflichtend anbieten. Dies gilt besonders für den Umgang mit an Demenz erkrankten Menschen oder Menschen, die eine Sterbebegleitung benötigen. Darüber hinaus werden wir Ausbildungsangebote bereitstellen und spezifisch Hilfestellung leisten für Menschen, die einen Angehörigen zuhause pflegen.

MODERNE STRUKTUREN SCHAFFEN

Die DP wird auch in Zukunft den Bau und die Modernisierung von Alten- und Pflegeheimen finanziell fördern. Neue Wohn- und Lebenskonzepte werden dabei besondere Beachtung finden gerade auch für Menschen, denen auf der einen Seite das eigene Haus zu groß geworden ist und die auf der anderen Seite allerdings noch nicht bereit sind, in ein Alten- oder Pflegeheim umzuziehen. Wir werden deshalb Projekte unterstützen, die diese Angebotslücke schließen und den älteren Mitbürgern ein sicheres und abwechslungsreiches Umfeld anbieten, das einen einfachen Zugang zu Ärzten sowie zu Pflegedienstleistungen oder anderen notwendigen Dienstleistungen gewährleistet.

GEGEN SOZIALE ISOLIERUNG DER ÄLTEREN MITBÜRGER UND FÜR EINE INKLUSIVE GESELLSCHAFT

Die Alten- und Pflegeheime, die sogenannten „clubs seniors“ und die Freiwilligendienste sollen

INKLUSION

NATIONALEN AKTIONSPLAN FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG KONSEQUENT UMSETZEN

Luxemburg hat die UN-Behindertenrechtskonvention am 30. März 2007 unterzeichnet. Sie ist die erste internationale Konvention, die spezifisch die Rechte von Menschen mit Behinderungen regelt. Auf ihrer Basis wurde für die Periode 2019-2024 ein nationaler Aktionsplan für Menschen mit Behinderung aufgestellt, den wir konsequent umsetzen und zusammen mit den Betroffenen evaluieren werden. Wie es im Vorwort heißt, ist das „Ziel dieses Aktionsplans die Ausarbeitung eines breiten Spektrums an Lösungen, die es allen

Menschen, ob jung oder alt, zusammenbringen und ihren Beitrag gegen soziale Isolierung und für eine inklusive Gesellschaft leisten. Wir wollen die Aktivitäten der „clubs seniors“ ausbauen und in fünf Jahren alle Gemeinden abdecken. Wir werden Initiativen für intergenerationelles Wohnen und intergenerationelle Aktivitäten fördern.

INFORMIEREN, SENSIBILISIEREN UND FORTBILDEN

Wir werden das Informationsangebot für ältere Menschen weiter verbessern, indem wir die unzähligen Angebote und Initiativen auf der Internetseite „LuxSenior“ bündeln und leicht zugänglich machen. Darüber hinaus wird die DP Informations- und Sensibilisierungskampagnen durchführen und Fortbildungsangebote schaffen, um den älteren Menschen selbst beziehungsweise den Personen in ihrem direkten Umfeld die notwendigen Hilfestellungen zu bieten, die sie je nach Lebenslage benötigen. Dies betrifft auch den Übergang der Menschen vom aktiven Berufsleben in die Rente. Des Weiteren wird die DP die Partner unterstützen, die die älteren Menschen fortbilden und das Ehrenamt älterer Menschen fördern.

Menschen ermöglichen, in einer inklusiven und für alle offenen Gesellschaft zu leben, die ihre Stärke aus ihrer Vielfalt schöpft.“ Wir werden die Zielsetzungen, die in diesem Aktionsplan formuliert sind, konsequent umsetzen. Dabei geht es um Bewusstseinsbildung, gleiche Anerkennung vor dem Recht, unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft, um das Recht der freien Meinungsäußerung, Meinungsfreiheit und Zugang zu Informationen, Bildung, Gesundheit, Arbeit und Beschäftigung sowie Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben.

BARRIEREFREIHEIT GARANTIEREN

Die Barrierefreiheit ist ein wesentliches Element für die Teilnahme von Menschen mit Behinderungen am sozialen und beruflichen Leben. Das Gesetz vom 7. Januar 2022 über die Zugänglichkeit von öffentlich zugänglichen Orten, öffentlichen Straßen und Mehrfamilienhäusern bedeutet einen Meilenstein im Bereich der Barrierefreiheit. Wir werden dieses Gesetz konsequent umsetzen und wenn nötig ausbauen. Es sieht in einer ersten Phase finanzielle Hilfen und in einer zweiten Phase hohe Strafen vor, damit die öffentlich zugänglichen Orte barrierefrei gestaltet oder nach Möglichkeit umgebaut werden.

SCHUTZMASSNAHMEN FÜR BEHINDERTE MENSCHEN ÜBERARBEITEN

Wir wollen, dass unter Schutzmaßnahmen stehende Volljährige bei ihren Entscheidungen und Tätigkeiten unterstützt werden, anstatt dass andere an ihrer Stelle entscheiden und handeln. Deshalb wollen wir die Rechtsvorschriften über den Schutz unterstützungsbedürftiger Erwachsener überarbeiten und die Rechte der Menschen mit Behinderungen stärken.

ZUGÄNGLICHE MEDIEN FÜR ALLE

Damit alle Menschen gleichberechtigt und selbstbestimmt am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben teilhaben können, müssen sie Zugang zu Informationen in einer für sie verständlichen Art und Weise haben. Für Menschen mit niedrigen Sprachkenntnissen oder kognitiven Beeinträchtigungen sind Nachrichtensendungen allerdings noch immer weitgehend unverständlich. Deshalb wollen wir in Zukunft eine wöchentliche Fernsehsendung mit den wichtigsten Neuigkeiten in einfacher Sprache und in Gebärdensprache organisieren. Diese Sendung soll durch eine Internetseite in leichter Sprache ergänzt werden und auch auf den sozialen Medien zur Verfügung stehen.

EINE ZENTRALE ANLAUFSTELLE FÜR „BARRIEREFREIE KOMMUNIKATION“

Das Ministerium für Familie und Integration hat kürzlich eine Anlaufstelle für „barrierefreie

Kommunikation“ geschaffen, die sich zurzeit im Aufbau befindet. Wir wollen diese Struktur weiter ausbauen und als zentrale Anlaufstelle für die Vermittlung von Gebärdensprache-Dolmetschern, der Schulung und Unterstützung von Arbeitgebern sowie der Sensibilisierung über „barrierefreie Kommunikation“ etablieren.

KOMMUNIKATION VON REGIERUNG, PARLAMENT, JUSTIZ UND ÖFFENTLICHEN VERWALTUNGEN BARRIEREFREI MACHEN

Die DP hat in den vergangenen Jahren die öffentliche staatliche Kommunikation für Menschen mit Behinderungen deutlich verbessert. Trotzdem ist das Resultat noch nicht zufriedenstellend. Deshalb werden wir die barrierefreie öffentliche Kommunikation im Staat verbessern und weiter ausbauen, damit alle Menschen einen freien Zugang zu öffentlichen Informationen haben.

MEHR GEBÄRDENSPRACHE-DOLMETSCHER AUSBILDEN

Die DP hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die Gebärdensprache offiziell in Luxemburg per Gesetz anerkannt wurde. Nichtsdestotrotz müssen wir in Luxemburg oft auf Dolmetscher aus dem Ausland zurückgreifen, da wir hierzulande nicht über genügend Fachpersonal verfügen. In Zukunft wollen wir den nationalen Pool an Gebärdensprache-Dolmetscher erweitern, indem wir mehr Möglichkeiten für das Lernen dieser Sprache anbieten und die Attraktivität dieses Berufs stärken. Auch die Pflegekräfte und Lehrer wollen wir dazu motivieren, einige Basiskenntnisse der Gebärdensprache zu erlernen.

EINFÜHRUNG EINES FREIZEITASSISTENTEN FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

Wir wollen einen „Freizeitassistenten“ einführen, der Menschen mit Behinderung bei verschiedenen Hobbies (Sport, Ausflüge, Konzert- und Kinobesuch, Vereinstermine, Feste) begleitet. Der Freizeitassistent unterstützt bei der Vorbereitung, Planung und Umsetzung der Aktivitäten. Die Kosten sollen zwischen dem Staat und dem Empfänger aufgeteilt werden.

ONE-STOP-SHOP FÜR DIE ERMITTLUNG EINER BEHINDERUNG

Aktuell gibt es keine klare Definition im Luxemburger Recht, was wir unter dem Begriff „Handicap“ verstehen und welche Kriterien für die Ermittlung einer körperlichen oder geistigen Behinderung benutzt werden müssen. Deshalb wollen wir ein neues System zur Ermittlung der besonderen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen schaffen. Diese zentrale Anlaufstelle soll die physischen und mentalen Beeinträchtigungen eines Menschen einer vollständigen Analyse und Evaluierung unterziehen und die spezifischen Bedürfnisse ermitteln.

Diese Struktur bringt den Vorteil, dass sich Menschen mit Behinderungen nicht mehr je nach Ministerium und je nach gebrauchter öffentlicher Dienstleistung an multiple Fachärzte wenden müssen, sondern ihre spezifischen Bedürfnisse an ein und derselben Stelle ermittelt werden. Außerdem können die Menschen hier einfach und schnell über das Angebot an Sozial- und Dienstleistungen für Menschen mit Behinderung informiert werden.

MEHR AUTONOMIE FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN: BUDGET FÜR PERSÖNLICHE ASSISTENZ

Menschen mit Behinderung sollen, im Rahmen des Möglichen, selbst bestimmen können, welche staatlichen oder privaten Dienstleistungen sie in Anspruch nehmen wollen. Heutzutage wird allerdings noch viel zu oft von oben herab entschieden, welche Dienste eine Person beziehen muss. Angelehnt an die UN-Behindertenrechtskonvention, will die DP deshalb nicht nur das Mitspracherecht, sondern vor allem das Recht auf Selbstbestimmung der Menschen mit Behinderungen stärken. Sie sollen deshalb nach Möglichkeit die Dienst- und Betreuungsleistungen selbstbestimmt einkaufen können, die sie für ein barrierefreies Leben benötigen und dafür eine finanzielle Unterstützung bekommen. Die DP wird eines den luxemburgischen Erfordernissen angepassten „Budget für persönliche Assistenz“ erarbeiten.

AUTONOMES UND SEMI-AUTONOMES WOHNEN FÖRDERN

Wir werden autonomes und semi-autonomes Wohnen von Menschen mit Behinderungen weiter fördern, damit sie ein selbstbestimmtes Leben führen können. Wir werden dabei sicherstellen, dass die eventuellen notwendigen Hilfe- und Betreuungsleistungen gewährleistet sind.

Darüber hinaus wollen wir inklusives Wohnen fördern etwa in einem partnerschaftlichen Miteinander von Menschen mit Behinderungen und Studierenden aber auch im Rahmen von neuen großen öffentlichen Wohnprojekten, wo wir in Stadt- oder Dorfkernen behindertengerechte Wohnungen in Mehrfamilienhäusern fördern wollen.

ZUGANG AUF ERSTEN UND ZWEITEN ARBEITSMARKT FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNG VERBESSERN

Wir werden das Gesetz aus dem Jahr 2003, das den Statut des sogenannten „salaré handicapé“ regelt, grundlegend überarbeiten und an die heutigen Bedürfnisse anpassen. Dies gilt insbesondere für die Evaluierung und Orientierung der Betroffenen sowie das Mindesteinkommen (RPGH) für Menschen mit Behinderung.

Neben dem Ausbau der bestehenden „Ateliers Protégés“, werden wir Menschen mit Behinderung noch gezielter bei der Eingliederung auf den ersten Arbeitsmarkt unterstützen. Privatwirtschaftliche Akteure wollen wir vermehrt über die „activité d’assistance à l’inclusion“ aufklären und sie somit für die Rekrutierung beziehungsweise die Weiterbeschäftigung von Menschen mit Handicap ermutigen.

KOMMUNIZIEREN, SENSIBILISIEREN UND INFORMIEREN

Wir werden weiter für eine barrierefreie Gesellschaft sensibilisieren und informieren. Darüber hinaus wollen wir die Stimme der Menschen mit Behinderung hören und einen regelmäßigen und aktiven Meinungsaustausch mit ihnen gewährleisten.

ARMUT UND OBdachLOSIGKEIT

REVIS-BEZIEHER STÄRKEN UND GELDLEISTUNGEN ANPASSEN

Das REVIS-Gesetz hat zum Ziel, die Menschen aufbauend auf ihren Kompetenzen zu stärken und ihnen eine Grundsicherung zu gewährleisten. Bei dieser Reform wurde sehr viel Wert daraufgelegt, den Menschen Zukunftsperspektiven zu bieten und sie nach Möglichkeit aktiv auf dem Weg aus der sozialen Bedürftigkeit zu stärken und zu begleiten. Wir werden die Leistungen weiter an die spezifischen Bedürfnisse der Betroffenen anpassen und zusätzliche Ausbildungs- und Arbeitsgelegenheiten je nach Kompetenzgrad der Betroffenen schaffen. Wir werden außerdem die REVIS-Beträge weiter an die Lohn- und Preisentwicklung anpassen. Die zeitlich begrenzte finanzielle Unterstützung zur Kompensierung eines Teils der Energiekosten in der Form des sogenannten „équivalent crédit impôt“ in Höhe von 84 € monatlich werden wir nach dem 31. Dezember 2024 in den REVIS-Grundbetrag einarbeiten.

TEUERUNGSZULAGE AN DIE PREISENTWICKLUNG ANPASSEN

Wir werden außerdem die Teuerungszulage (Allocation de vie chère) erhalten und regelmäßig an die Preisentwicklung anpassen.

SOZIALHILFEGESETZ ÜBERARBEITEN

Das Angebot an Sozialhilfemaßnahmen kann von Gemeinde zu Gemeinde stark variieren. Im Sinn der Gleichberechtigung und Chancengerechtigkeit, wird die DP das Sozialhilfegesetz auf Schwächen überprüfen und gegebenenfalls verbessern. Wir werden zusammen mit allen Akteuren der Sozialhilfe über die mögliche Einführung landesweit einheitlicher Kriterien und Maßnahmen im Bereich der Sozialhilfe diskutieren.

SOZIALHILFEBÜROS STÄRKEN UND EIN DIGITALES „OFFICE SOCIAL“ SCHAFFEN

Wir wollen die Sozialhilfebüros gezielt in ihrer Arbeit stärken und den Dialog untereinander fördern, damit landesweit eine bestmögliche

Sozialhilfe gewährleistet werden kann. Neben den traditionellen Sozialhilfebüros in den Gemeinden wollen wir außerdem ein „digitales Office Social“ einführen. Diese Plattform soll die Menschen über die verschiedenen Leistungen informieren.

DEZENTRALE STRUKTUREN FÜR OBdachLOSE

Wir werden das Angebot an „Housing First“-Strukturen für Obdachlose quer durchs Land neu aufarbeiten und eine neue Strategie erstellen, um die Ziele der Lissabonner Konvention zu erreichen. Bei diesem innovativen Konzept steht die Bereitstellung eines festen Wohnsitzes an erster Stelle und wird durch freiwillige Betreuungsangebote (zum Beispiel Hilfe bei Suchtproblematik) komplettiert.

Außerdem wollen wir die klassischen Strukturen an die Bedürfnisse spezifischer Profile anpassen, um eine individuellere Betreuung zu ermöglichen. Somit werden wir mehrere dezentrale und kleine Strukturen spezifisch für Frauen und ältere Menschen eröffnen.

EINEN NATIONALEN AKTIONSPLAN GEGEN ARMUT AUSARBEITEN

Der Kampf gegen die Armut beschränkt sich nicht auf einen Teilbereich der Gesellschaft, sondern er muss parallel und auf verschiedenen Ebenen geführt werden, um effizient wirken zu können. Viele Verwaltungen bieten bereits heute eine Reihe an Hilfestellungen und Unterstützungen an. Da die Abteilungen aber unabhängig voneinander funktionieren, ist die Arbeit teils unkoordiniert und kann ihren Zweck nicht in vollem Maße erfüllen.

Um den Kampf gegen die Armut konkret und integral anzugehen, will die DP einen nationalen Aktionsplan ausarbeiten, der eine interministerielle Zusammenarbeit fördert, effiziente Hilfe in Aussicht stellt und auch die Sozialpartner involviert, um das volle Potential des Aktionsplans auszuschöpfen.

MEHR NOTUNTERKÜNFTE, SOZIALER WOHNUNGSBAU UND HOUSING FIRST

Die Wohnungsproblematik im Land ist real, und für die DP ist klar, dass jede Gemeinde sich engagieren muss, um zur Lösung des Problems beizutragen. In diesem Sinne wird die DP weitere Notunterkünfte zusammen mit den Gemeinden

schaffen, den sozialen Wohnungsbau und Housing First in den Gemeinden weiter fördern. Zusätzlich wird die DP bei großen öffentlichen Wohnprojekten Wohnungen für besonders bedürftigen Menschen reservieren und zur Verfügung stellen.

FÜR EIN BESSERES ZUSAMMENLEBEN

INTERKULTURELLES ZUSAMMENLEBEN FÖRDERN

Wir wollen das friedliche Zusammenleben aller in Luxemburg lebenden und arbeitenden Menschen in Luxemburg unterstützen und dabei ihre aktive Beteiligung am gesellschaftlichen Leben fördern. Deshalb wurde unter Federführung der DP ein Gesetz betreffend das interkulturelle Zusammenleben geschaffen, das darauf abzielt, den Menschen ein breites Spektrum an Informationen und Formationen zu bieten, sie zusammenzubringen und den Austausch sowie das Zusammenleben in unserer Gesellschaft zu fördern.

Wir sehen die Gemeinden und die im Bereich des Zusammenlebens aktiven Vereine und Vereinigungen als wichtige Partner an. Wir werden sie mithilfe der neu eingeführten Instrumente „pacte citoyen“, „pacte communal“ und „commission communale“, sowie Beratern in Sachen interkulturelles Zusammenleben im Staatsdienst und einem lokal oder regional angesiedelten Koordinator aktiv und finanziell in ihren Bemühungen im Bereich des interkulturellen Zusammenlebens unterstützen. Der „Conseil supérieur“ ersetzt zukünftig den « Conseil national pour étrangers ». Kompetenzen und Repräsentanz werden damit neu definiert und ausgeweitet.

STRATEGIE GEGEN EINSAMKEIT

Nicht nur ältere Menschen, sondern auch Menschen, die sich durch ihre Lebenssituation zunehmend isolieren (aus Scham, aus Angst...) und vermehrt jüngere Leute leiden unter dem Gefühl der Einsamkeit. In einem breiten Beteiligungsprozess wollen wir das Thema der Einsamkeit stärker politisch und wissenschaftlich beleuchten. Wir werden eine

Strategie mit konkreten Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung der Einsamkeit erstellen sowie Forschungsprojekte in diesem Bereich unterstützen. Wir werden neue Zugangswege zu gefährdeten Gruppen schaffen und bestehende Leistungen und Dienste ausbauen, wie unter anderem persönliche Begleitungsdienste, Hausbesuche, Steigerung von Aktivität, Förderung von intergenerationellen Gemeinschaftsaktivitäten oder die Stärkung des freiwilligen Engagements in diesem Bereich..

REGIONALE „SAFE SPACES“ FÜR LGBTQI+ COMMUNITY SCHAFFEN

Kürzlich wurde das erste „Safe Space“ in Luxemburg-Stadt eingeweiht. Diese Orte sollen Menschen der LGBTQI+ Community ermöglichen, sich zu treffen und auszutauschen, ohne Furcht vor Vorurteilen oder Diskriminierung. Die DP wird das Angebot an solchen Zentren bei Bedarf auf regionaler Ebene ausbauen.

INTERKULTURELLE AKZEPTANZ FÖRDERN

Die DP wird weiterhin lokale Initiativen wie den „Pakt des Zusammenlebens“ unterstützen, welche den interkulturellen Austausch stärken und ein gegenseitiges Verständnis zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft fördern. Wir werden strikt gegen jegliche Form von Rassismus und Diskriminierung vorgehen den Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus ausarbeiten, und jegliche Form von Diskriminierung, gezielt bekämpfen.

EHRENAMT

EHRENAMT AUFWERTEN UND IN DEN MITTELPUNKT DER GESELLSCHAFT RÜCKEN

Eine Ende 2022 von TNS-Ilres im Auftrag des Ministeriums für Familie, Integration und die Großregion durchgeführte Studie über das Ehrenamt hat ergeben, dass das Potential des Ehrenamts in Luxemburg sehr groß ist, es aber nicht voll ausgeschöpft wird.

Andererseits suchen lokale Vereine, aber auch größere Organisationen, händeringend nach neuen freiwilligen Helfern. Auch in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, in denen sich seit Jahren der Mangel an Fachkräften bemerkbar macht, schaut man sich nach Alternativen um.

Das Ehrenamt kann hier eine wichtige Hilfestellung bieten, ist es doch das Rückgrat des gesellschaftlichen Zusammenhalts und richtungsweisend für die Gestaltung unseres Zusammenlebens.

Es braucht hierzu eine tiefgreifende Änderung sowohl in der politischen als auch in der gesellschaftlichen Auffassung des Ehrenamts. Die DP möchte die hierfür nötigen Rahmenbedingungen schaffen, damit Vereine, Verbände, aber auch Institutionen und Gemeinden das Potenzial der ehrenamtlichen Helfer für alle gewinnbringend nutzen können.

ANGEBOT DURCH VERTIEFTE ZUSAMMENARBEIT VERBESSERN

Ein interministerielles Gremium soll eine bessere Übersicht der bestehenden Programme für ehrenamtliche Helfer schaffen und über einen regelmäßigen Austausch mit der nationalen Freiwilligenagentur eine koordinierte Herangehensweise ermöglichen.

STATUT FÜR DAS EHRENAMT SCHAFFEN

Die DP wird ein Statut für den ehrenamtlichen Helfer schaffen. Es soll klären, wann und unter welchen Umständen jemand, der ehrenamtlich unterwegs ist, während seines Engagements

versichert ist, welche Rolle ihm neben professionellen Mitarbeitern zukommt, und was seine Rechte beziehungsweise seine Pflichten sind. Die Motivation, eine Verantwortung zu übernehmen, steigt, wenn es klare Regeln für das Ehrenamt gibt.

EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT WERTSCHÄTZEN

Ehrenamtlich engagierte Menschen schenken ihre Zeit anderen Menschen. Sie tun das freiwillig und verlangen dafür keine finanzielle oder materielle Gegenleistung. Trotzdem ist es wichtig, den Ehrenamtlichen Anerkennung für das Geleistete und ihr Engagement entgegenzubringen. Die DP möchte das Ehrenamt wertschätzen. Dies kann zum Beispiel über ein digitales „Badge“-System geschehen, bei dem der Ehrenamtliche eine Reihe von solchen „Badges“ für sein Engagement sammelt und anschließend dafür eine Belohnung, beziehungsweise eine Anerkennung erhält.

EHRENAMT IM SOZIALEN BEREICH STÄRKEN

Die DP möchte das Ehrenamt in verschiedenen sozialen Bereichen ausbauen (Senioren, Menschen mit einer Behinderung, sozial schwächere Menschen). So können kleine Spaziergänge, ein Ausflug in die Stadt, eine Kaffeestunde oder ein Theaterbesuch von Ehrenamtlichen übernommen werden, die für diese Aufgaben auch die dafür notwendige Fortbildung erhalten würden. Ausgebildete Pflegekräfte würden somit entlastet und könnten sich besser auf die Pflegearbeit konzentrieren.

EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT DER SENIOREN FÖRDERN

Die DP wird das ehrenamtliche Engagement von Senioren weiter fördern und ihnen Gelegenheiten zu bieten, ihre Fähigkeiten und Erfahrungen in der Gemeinschaft einzusetzen. Dazu soll das Angebot der Online-Plattform www.benevolat.lu, das sich speziell an Senioren wendet, erweitert werden, beispielsweise um Hausaufgabenhilfe,

Nähkurse, Gassi gehen, Kochkurse und vieles mehr. Um den Senioren den Zugang zu dieser Online-Plattform leichter zu machen, werden Einführungskurse auf lokaler oder regionaler Ebene angeboten.

ZUSÄTZLICHE ANREIZE FÜR EHRENAMTLICHE TÄTIGKEITEN SCHAFFEN

Die DP wird soziales Engagement in allen gesellschaftlichen Bereichen aktiv fördern. Wir werden die Möglichkeit einer staatlich finanzierten Unfallversicherung für Ehrenamtliche prüfen, welche die möglichen Risiken abdeckt, die im Zusammenhang mit ehrenamtlichen Tätigkeiten entstehen.

DIGITALES EHRENAMT FÖRDERN

Digitale Technologien bieten neue Möglichkeiten, um ehrenamtliche Tätigkeiten bequemer und flexibler auszuüben. Via Internet können Menschen sich heutzutage

zeit- und ortsunabhängig sozial einbringen. Digitale Beratung, Social Media und Webdesign, Nachhilfe und Sprachcoaching – den digitalen Formen des Ehrenamts sind keine Grenzen gesetzt. Wir wollen die bestehende Online-Plattform der nationalen Freiwilligenagentur zunehmend fördern, damit Vereine, soziale Organisationen, aber auch Gemeinden und Unternehmen, sowie Freiwillige systematisch auf diese Online-Plattform zurückgreifen, um das digitale Angebot zu erweitern, beziehungsweise um auf sämtliche Angebote des digitalen Ehrenamts zuzugreifen.

SPORT, KULTUR UND EHRENAMT STEUERLICH FÖRDERN

s. Kapitel Steuerpolitik

EHRENAMT FÖRDERN

s. Kapitel Innere Sicherheit, Rettungswesen und Armee

9

GESELLSCHAFTSPOLITIK GLEICHE RECHTE FÜR ALLE

Toleranz, Respekt und Offenheit sind die Grundpfeiler einer modernen, liberalen und inklusiven Gesellschaft. Die DP setzt sich für eine Politik ein, welche die Bedürfnisse aller Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft oder sexueller Orientierung berücksichtigt. Sei es in Fragen der Gleichstellung, der gesellschaftlichen Akzeptanz, der Gesundheit, im Arbeitsumfeld oder der körperlichen Selbstbestimmung. Mit 0,7% hat Luxemburg den niedrigsten Gender Pay Gap in der EU. In diesem Bereich wurden bereits viele Schritte unternommen. Ungleiche Bezahlung stellt aber nur einen Bruchteil der Benachteiligungen dar, denen verschiedene Menschen im Leben begegnen können.

Die DP ist engagiert, Ungleichheiten im Umgang mit den Menschen zu erfassen, und sich für eine gerechtere Gesellschaft einzusetzen.

EINEN UMFASSENDEREN TITEL FÜR DAS MINISTERIUM FÜR GLEICHSTELLUNG

Die klassische Zwei-Geschlechter-Kategorisierung zwischen Mann und Frau, sowie die ausschließliche Gleichstellung von Frauen und Männern ist für die DP nicht mehr zeitgemäß. Die DP ist deshalb der Meinung, dass das Ministerium für die Gleichstellung von Frauen und Männern mit seiner aktuellen Bezeichnung dieser Diversität nicht mehr gerecht wird. Die DP wird sich daher für eine Umbenennung des Ministeriums in beispielsweise „Ministerium für die Gleichstellung aller Menschen“ einsetzen.

STEREOTYPEN GESCHLECHTERROLLEN ENTGEGENWIRKEN

Um gegen die Stereotypisierung von Geschlechterrollen vorzugehen, wird die DP weiterhin die nötigen Mittel zur Verfügung stellen, um Sensibilisierungsinitiativen wie den Girls Day – Boys Day zu unterstützen. Im

Sinne der Genderneutralität sollte auch über eine andere Bezeichnung für dieses Projekt nachgedacht werden.

HOMOSEXUELLEN BLUTSPENDEN ERLAUBEN

s. Kapitel Gesundheit

EIN RECHTLICHER RAHMEN FÜR DIE KÜNSTLICHE BEFRUCHTUNG (IVF)

Die künstliche Befruchtung, auch In-Vitro-Fertilisation, wird derzeit in Luxemburg durch eine großherzogliche Verordnung geregelt. Die Medizin hat keinen klaren Rahmen für die IVF und es gibt auch verschiedene Einschränkungen in Bezug auf Behandlungen und Kostenerstattung. Die DP schlägt vor, eine gesetzliche Grundlage für die IVF zu schaffen, die das Verfahren sowohl für die Eltern als auch für Die Ärzte in diesen Fällen klar definiert.

LEIHMUTTERSCHAFT ERLAUBEN

Durch die Einführung der Leihmutterschaft in Luxemburg will die DP denjenigen Paaren, die aufgrund medizinischer Gründe oder anderer Umstände keine biologische Elternschaft erreichen können, die Möglichkeit bieten, ihre Familien zu gründen. Die Leihmutterschaft soll auf einem altruistischen Modell basieren, bei dem die Motivation der Leihmutter auf uneigennütziger Hilfe beruht. Dabei werden wir selbstverständlich den rechtlichen und ethischen Rahmen sorgfältig prüfen, um die Interessen und Rechte aller Beteiligten angemessen zu schützen. Die ausländische Leihmutterschaft soll in Luxemburg auch anerkannt werden.

VERBOT VON KONVERSIONSTHERAPIEN FÜR LGBTQ+-PERSONEN

Im ILGA-Rating ist Luxemburg generell gut platziert. Eine Bedingung, die in Luxemburg,

anders als beispielsweise in Frankreich, noch nicht erfüllt ist, ist, dass Konversionstherapien für Menschen aus dem LGBTQ+-Bereich gesetzlich nicht ausdrücklich verboten sind. Die DP setzt sich dafür ein, dass diese Therapien im Strafgesetzbuch als Teil der Bestimmung der körperlichen und mentalen Unversehrtheit gesetzlich verankert werden.

RECHTE VON INTERSEXUELLEN MENSCHEN STÄRKEN

Stellt sich bei einem Neugeborenen heraus, dass das Kind intergeschlechtlich ist, wird immer noch auf geschlechtszuweisende Operationen zurückgegriffen, die das Kind einem biologischen Geschlecht zuordnen sollen. Diese Operationen sind meist nicht überlebenswichtig und könnten auch auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden, zu dem das Kind diese Entscheidung selbst treffen kann. Viele intersexuelle Menschen leiden in ihrem späteren Leben unter den Folgen dieses Eingriffs. Die DP setzt sich daher dafür ein, dass diese Operationen verboten und Eltern besser über die Folgen einer solchen Entscheidung informiert werden.

STRASSENPROSTITUTION VERMEIDEN

Nachdem in der vergangenen Legislaturperiode bereits ein Gesetz zum besseren Schutz der Opfer von Zwangsprostitution verabschiedet wurde, wird die DP zusätzliche Anstrengungen unternehmen, um die Prostitution von den luxemburgischen Straßen zu verdrängen. Wir werden prüfen, ob eine Teillegalisierung der Prostitution in angemeldeten und staatlich kontrollierten Einrichtungen helfen kann, dieses Ziel zu erreichen.

ERWEITERUNG DER GESCHLECHTSANGABE IN OFFIZIELLEN DOKUMENTEN

Neben den Optionen Frau oder Mann, sollte nach Ansicht der DP eine dritte Option – sowie die Möglichkeit kein Geschlecht anzugeben – in allen offiziellen Dokumenten, Anträgen und Verträgen staatlicher und para-staatlicher Akteure möglich sein.

GENDER FINANCE FÖRDERN

s. Kapitel Finanzplatz

GLEICHBERECHTIGUNG UND GLEICHE VERTRETUNG IM ÖFFENTLICHEN DIENST FÖRDERN

s. Kapitel Öffentlicher Dienst

GLEICHSTELLUNG ZWISCHEN FRAUEN UND MÄNNERN IM SPORT WEITER VERBESSERN

s. Kapitel Sport

JUNGFRÄULICHKEITS-ZERTIFIKATE VERBIETEN

Durch das Verbot von Jungfräulichkeits-Zertifikaten senden wir eine deutliche Botschaft: Der weibliche Körper sollte weder öffentlich untersucht, bewertet noch kontrolliert werden. Dieses Verbot stärkt das grundlegende Recht einer Frau, selbstbestimmt über ihren Körper und ihre Sexualität zu entscheiden. Es hat außerdem das Ziel, die Würde von Frauen zu schützen und Geschlechterdiskriminierung zu bekämpfen.

10

GESUNDHEIT UND SOZIALVERSICHERUNG ZUVERLÄSSIGE MEDIZINISCHE VERSORGUNG IN ALLEN REGIONEN

Die DP setzt sich für ein innovatives, effizientes und zugängliches Gesundheitssystem mit nachhaltiger, transparenter Finanzierung ein.

Wir wollen jedem Menschen einen schnellen Zugang zu einer qualitativ hochwertigen und wohnortsnahen Versorgung ermöglichen. Wir brauchen dazu eine klare Vision für die zukünftige Entwicklung, mit definierten Objektivitäten und einer kohärenten Strategie.

Dank des medizinischen Fortschritts verbessert sich die ambulante Versorgung kontinuierlich. Ein Großteil der medizinischen Leistungen können heute außerhalb des Krankenhauses erbracht werden. Indem wir die ambulante Versorgung zu einer zentralen Säule unseres Gesundheitssystems ausbauen, setzen wir uns dafür ein, dass der Fortschritt konsequent den Patienten zugutekommt.

Die Corona-Pandemie hat uns vor Augen geführt, wie wertvoll ein solides Gesundheitswesen ist. Dank einer großen Welle an Solidarität und Hilfsbereitschaft, sowie dem aufopferungsvollen Einsatz des gesamten Gesundheitspersonals, konnte die Coronakrise verhältnismäßig gut bewältigt werden. Neben den Stärken unseres Gesundheitswesens wurden aber auch die altbekannten Schwachstellen unseres Systems schonungslos offengelegt: Akuter Fachkräftemangel, personelle und materielle Versorgungsabhängigkeit gegenüber dem Ausland, mangelnde Vernetzung und Zusammenarbeit der Akteure, notgedrungenes Aufschieben von wichtigen Vorsorgeuntersuchungen. Wir werden Lehren aus diesen Erfahrungen ziehen und die Widerstandsfähigkeit unseres Gesundheitssystems verbessern.

Die DP wird ein besonderes Augenmerk auf den Kampf gegen den Fachkräftemangel legen. Die demografische Entwicklung, insbesondere die zunehmende Lebenserwartung, wird unser Gesundheitssystem in den kommenden Jahren zunehmend beanspruchen. Die Knappheit an qualifizierten medizinischen Fachkräften ist jedoch schon heute für viele Patienten spürbar: Überarbeitetes Personal, vollbesetzte Warteräume in der Notaufnahme, lange Wartezeiten für ein Facharzttermin oder eine Bildgebung (IRM-Untersuchung, Mammographie), oder die vorübergehende Schließung der Geburtsklinik in Ettelbrück sind direkte Folgen dieser Entwicklung im Rahmen einer gescheiterten planwirtschaftlichen Gesundheitspolitik.

Prävention muss zu einem grundlegenden Prinzip in der Gesundheitspolitik werden. Dazu wollen wir den Wert der individuellen Gesundheitsförderung in allen Bereichen deutlich steigern. Unser Ziel besteht darin, dass eine größere Anzahl von Menschen möglichst lange gesund bleibt.

Um die Attraktivität unseres Gesundheitsstandorts zu steigern, wird die DP neue Rahmenbedingungen schaffen, die den Weg für eine innovative und bedarfsgerechte medizinische Versorgung ebnen werden. Dabei werden wir verstärkt auf die Möglichkeiten der Digitalisierung zurückgreifen. Gleichzeitig werden wir das Gesundheitswesen für alle Gesundheitsberufe aufwerten und die Ausbildungsmöglichkeiten ausbauen.

Zugleich wird die DP unser System der Sozialversicherung durch eine stabile und gerechte Finanzierung langfristig absichern.

PRÄVENTION

GESUNDHEITSPRÄVENTION UND -FRÜHERKENNUNG

Für die DP muss die Gesundheitsprävention zum Leitprinzip unseres Handelns werden. Wir werden einen Perspektivwechsel im Gesundheitssystem durchführen und Vorbeugung und Früherkennung auf das gleiche Niveau wie die kurative Medizin heben. In diesem Sinne unterstützen wir die Ausarbeitung und Umsetzung einer umfangreichen nationalen Präventionsstrategie. Wir werden in diesem Zusammenhang alle zurzeit existierenden nationalen Vorsorge- und Früherkennungsprogramme einer Qualitäts- und Effizienzprüfung unterziehen und gegebenenfalls an die neue Strategie anpassen. Es versteht sich, dass die Untersuchungskapazitäten für Prävention und Früherkennung dem Bedarf gerecht werden müssen, um Wartezeiten zu vermeiden.

ANREIZE FÜR VORSORGEUNTERSUCHUNGEN SCHAFFEN

Wir sind fest davon überzeugt, dass rechtzeitige Vorsorgeuntersuchungen und Früherkennung nicht nur das individuelle Gesundheitsrisiko reduzieren, sondern auch langfristig zu signifikanten Kosteneinsparungen im Gesundheitswesen führen können. Aus diesem Grund wird die DP eine Reihe von Anreizen schaffen, um die Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen zu erhöhen und somit die Chancen einer frühzeitigen Krankheitserkennung zu verbessern.

EINFÜHREN EINES GESUNDHEIT-CHECK-UPS

Die DP wird sich im Rahmen der Präventionsstrategie dafür einsetzen, dass ab dem 30. Lebensjahr regelmäßige und kostenfreie Gesundheits-Check-ups beim Hausarzt eingeführt werden. Das Ziel dieses Vorsorgeangebots ist es, potenzielle Risiken für verschiedene Erkrankungen wie Herzinfarkt, koronare Herzkrankheiten oder Diabetes Typ-2 frühzeitig zu erkennen. Dies erfolgt durch eine gründliche Anamnese und Laboruntersuchungen.

SCREENINGTESTS IN DER APOTHEKE ERWEITERN

Zurzeit bieten viele Apotheken hierzulande einen gratis Screeningtest für Diabetes an. Die DP wird das Angebot erweitern und z.B. Screeningtests für Darmkrebs oder Streptokokken anbieten.

EINFÜHRUNG KOSTENLOSER SELBSTTESTS AUF SEXUELL ÜBERTRAGBARE KRANKHEITEN

Um sich auf sexuell übertragbare Krankheiten testen zu lassen muss man sich in Luxemburg für eine ärztliche Untersuchung an einen bestimmten Ort begeben. Dies stellt für einige Betroffene – aus Scham oder Angst – eine potenzielle Hürde dar und kann dazu führen, dass sie sich nicht testen lassen. Selbsttests, welche von zuhause aus durchgeführt werden können, bauen bestehende Hürden des heutigen Systems ab. Je nach Test kann dies durch eine einfache Speichel-, Blut- oder Urinprobe erfolgen, die per Post an ein Labor geschickt wird. Die Ergebnisse werden anschließend digital per E-Mail oder SMS mitgeteilt. Des Weiteren soll ein Test-Abo eingeführt werden, mit dem man sich automatisch quartalsweise ein Testkit schicken lassen kann. Personen mit wechselnden Sexualkontakten sollen dazu ermutigt werden, sich regelmäßig testen zu lassen. Vereinfachte und regelmäßige Testmöglichkeiten liefern verlässliche Daten über potenzielle Ansteckungen. Diese wiederum schützen die gesamte Gesellschaft.

SCHULMEDIZIN

Wir legen weiterhin großen Wert auf den Ausbau schulmedizinischer Dienste, insbesondere kinderärztliche Voruntersuchungen, um Krankheitsrisiken oder psychische Probleme bei Kindern frühzeitig zu erkennen. Wir werden die Schulmedizin, im Sinne einer kohärenten Prävention und Früherkennung von der Geburt bis ins hohe Alter, in unsere Gesamtstrategie miteinbetten.

AMBULANTE VERSORGUNG

AMBULANTE VERSORGUNG ZU EINER ZENTRALEN SÄULE AUSBAUEN

Die DP strebt danach, das volle Potenzial der ambulanten Versorgung auszuschöpfen und ihren Stellenwert im Gesundheitswesen deutlich zu erhöhen. Mehr als 80% der medizinischen Leistungen können heutzutage außerhalb von Krankenhäusern erbracht werden. Wir setzen uns dafür ein, dass dieser medizinische Fortschritt den Patienten flächendeckend zugutekommt. Die Vorteile einer dezentralen Versorgung sind offensichtlich: die Patienten haben kürzere Anfahrtswege und geringere Wartezeiten, und somit einen besseren Zugang zur Medizin, insbesondere im ländlichen Raum. Gleichzeitig werden die Krankenhäuser entlastet und können sich auf ihre Kernaufgaben in der Versorgung von schweren Notfällen und komplexen Krankheitsbildern konzentrieren.

STÄRKUNG DER RECHTE JUNGER PATIENTEN UND PATIENTINNEN

Die Pandemie hat die Bewegung der Impfskepsis, welche die Impfung von minderjährigen Kindern gegen das Coronavirus ablehnt, auch in Luxemburg deutlich sichtbar gemacht. Aus diesem Grund begrüßen wir, dass Minderjährige ab 16 Jahren selbst entscheiden können, sich impfen zu lassen und dass es bei Kindern zwischen 12 und 15 Jahren lediglich die Zustimmung von einem Elternteil notwendig ist. Die medizinische Selbstbestimmung von Minderjährigen soll jedoch nicht nur für die Impfung gelten, sondern auch für andere medizinische Interventionen und Behandlungen.

MEDIZINISCHE GRUNDVERSORGUNG STÄRKEN

Arztpraxen bilden die Grundlage für eine flächendeckende und wohnortsnahe medizinische Versorgung. Die DP wird Maßnahmen ergreifen, um die Niederlassung von Haus- und Fachärzten in Praxen attraktiver zu gestalten und somit die medizinische Grundversorgung im Land auszubauen. Darüber

hinaus werden wir die diversen Anreize zur Förderung von Gemeinschaftspraxen verbessern.

KONZEPT DES REFERENZARZTES BEWERTEN

Der Referenzarzt („médecin référent“) sollte die Patienten am besten kennen und bei gesundheitlichen Problemen ihr erster Ansprechpartner sein. Bedauerlicherweise hat sich das Modell seit seiner Einführung vor knapp zwölf Jahren nicht wie erhofft durchgesetzt. Sowohl die Anzahl der Versicherten, die das Modell nutzen, als auch die Beteiligung der Ärzte daran sind eher enttäuschend. Die DP wird das Konzept des Referenzarztes auf seinen Nutzen hin überprüfen und gegebenenfalls anpassen.

ANGEBOT AN MAISONS MÉDICALES BEDARFSGERECHT AUSBAUEN

Die DP tritt weiterhin für die Eröffnung mindestens einer "Maison médicale" im Bezirk Osten ein. Angesichts des Bevölkerungswachstums werden wir die Anzahl dieser Bereitschaftshäuser für den allgemeinärztlichen Notdienst in den anderen Bezirken überprüfen und gegebenenfalls anpassen.

PÄDIATRISCHES ÄRZTEHAUS IM NORDEN (MAISON MÉDICALE FÜR KINDER)

Um Eltern und ihren Kindern im Ernstfall lange Fahrten in die Hauptstadt zu ersparen, plant die DP die Errichtung weiterer pädiatrischer Zentren, unter anderem im Nordbezirk. Durch den Ausbau dieser Zentren wird eine bessere regionale Verfügbarkeit von medizinischer Versorgung für Kinder gewährleistet. Dies ermöglicht es Eltern, bei Bedarf leichter auf spezialisierte pädiatrische Dienstleistungen zuzugreifen, ohne weite Strecken zurücklegen zu müssen.

HÄUSLICHE GESUNDHEITSVERSORGUNG FÖRDERN

Die Nachfrage nach einer häuslichen Gesundheitsversorgung wächst, insbesondere

bei Menschen mit chronischen Krankheiten oder Behinderungen. Wir möchten den Patienten ermöglichen so lange wie möglich in ihrem vertrauten Umfeld versorgt zu werden. Hierzu wird die DP einen "Out-of-hospital"-Aktionsplan ausarbeiten und umsetzen.

BLAULICHT FÜR HAUSÄRZTE

Die DP wird prüfen, ob Hausärzte im Rufbereitschaftsdienst bei medizinischen Notfällen von einem Blaulicht Gebrauch machen dürfen, um schnellstmöglich zum Einsatzort zu gelangen. Insbesondere Patienten in ländlicheren Gegenden, die weiter vom nächsten Krankenhaus entfernt leben, könnten von dieser Maßnahme profitieren.

DIGITALISIERUNG

DIGITALE PATIENTENAKTE

Die DP setzt sich für eine zügige Digitalisierung des Gesundheitssektors unter Berücksichtigung der Freiheitsrechte der Bürger und Patienten ein. Hierfür ist es elementar, dass der rechtliche und technische Rahmen höchsten Schutz und Sicherheit der Gesundheitsdaten garantiert. Wir werden die Standardisierung der Datenformate und die Interoperabilität der technischen Lösungen fördern und somit die Grundlage für ein reguliertes Ökosystem schaffen, in dem Patienten und Gesundheitsanbieter sicher miteinander kommunizieren können. Das DSP muss in diesem Sinne weiterentwickelt werden und kann zu einer wichtigen Plattform des Austausches werden. Indem Patienten über ein Standardformat an Daten, mit einer elektronischen Signatur durch den Gesundheitsanbieter validiert, verfügen, können sie ihre eigenen Patientenakten aufbauen, entweder im Rahmen des DSP, oder mit einem Anbieter ihrer Wahl, und dem jeweiligen Gesundheitsdienstleister teilweise oder vollständig zugänglich machen.

CHANCEN DER TELEMEDIZIN NUTZEN

Die DP erkennt das Potenzial der Telemedizin als wesentlichen Bestandteil des zukünftigen Gesundheitssystems an. Die Einsatzmöglichkeiten sind vielfältig, von der Ferndiagnostik mittels Übertragung medizinischer Bilder (Telepathologie)

GEBURTSHÄUSER ERRICHTEN

Die DP unterstützt die Errichtung von Geburtshäusern. Wir wollen gebärenden Frauen eine Alternative zur Entbindung in einer Klinik zu bieten, indem sie ihre Kinder in Begleitung ihrer Hebamme in einer intimeren und vertrauteren Umgebung gebären können. Das Geburtshaus sollte jedoch in der Nähe eines Krankenhauses liegen und mit diesem vernetzt sein, um im Notfall schnell medizinische Hilfe bereitstellen zu können.

bis hin zum Home-Monitoring von Patienten. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung in Zukunft stärker nutzen, um eine bessere, effizientere und flexiblere Versorgung der Patienten sicherzustellen.

DIGITALE HILFSMITTEL ZUR VERFÜGUNG STELLEN

Im Rahmen der stationären Patientenversorgung in Krankenhäusern, aber auch beim Monitoring kritischer Patienten in Pflegeheimen oder zu Hause, gedenken wir durch den konsequenten Einsatz digitaler Hilfsmittel und mobiler Geräte eine direkte Datenerfassung und Dokumentation „am Bett“ ermöglichen zu können. Dieser Teil der digitalen Transformation des Gesundheitswesens kann dazu beitragen, den bürokratischen Aufwand und die Arbeitsbelastung des Gesundheitspersonals deutlich zu verringern, und gleichzeitig eine effizientere Erfassung und Verwaltung von Patientendaten zu ermöglichen. Der Zeitgewinn durch die digitalen Hilfsmittel wird unmittelbar der Zuwendung der Patienten zugutekommen.

ELEKTRONISCHE ARZTREZEPTE EINFÜHREN

Ähnlich wie in anderen europäischen Ländern wollen wir auch in Luxemburg das digitale Arztrezept einführen. Die Rezepte sollen in Zukunft zusammen mit den Daten des Patienten,

den Resultaten und Analysen des Arztes in einem digitalen Dossier gespeichert werden, auf den der ganze Gesundheitssektor Zugriff hat. Nach dem Identifizieren des Patienten kann der Apotheker sofort auf das digitale Rezept zugreifen, das der Arzt im Vorfeld in dem Dossier abgespeichert hat. Der Patient soll außerdem die Möglichkeit bekommen, eine Wiederholung seines Medikaments digital anzufragen. Das E-Rezept bietet außerdem den Vorteil, dass mögliche Allergien automatisch mit den möglichen Nebenwirkungen eines Medikaments verglichen werden können, bevor das Medikament an den Patienten ausgegeben wird.

Mittel- und langfristig gesehen sollen die E-Rezepte auch EU-Länderübergreifend eingelöst werden können, so wie es im Moment schon zwischen Estland und Finnland der Fall ist.

Im Vorfeld werden wir dafür sorgen, dass sämtliche IT-Systeme der Ärzte, Krankenhäuser, Apotheken und anderer Gesundheitsakteure miteinander harmonisiert werden, um einen schnellen und sicheren Datenaustausch zu ermöglichen.

GESUNDHEITS-APPS AUF REZEPT

Die Vielfalt an Gesundheits-Apps auf dem Markt wächst stetig. In den App-Stores findet man eine breite Palette an Apps zur Bewegungs- und Gesundheitsförderung. Die DP wird die Möglichkeit der Rückerstattung von bestimmten, qualitätsgeprüften und vom Arzt verordneten Gesundheits-Apps prüfen und gegebenenfalls unterstützen.

HOTLINE FÜR VIDEOSPRECHSTUNDEN

Die DP will eine medizinische Video-Hotline für Fernkonsultationen einrichten, um nachts und

an Wochenenden mit einem Arzt in Kontakt treten zu können. Dadurch können eine schnelle Erstdiagnose und Überweisung gewährleistet werden, während gleichzeitig der Andrang in den Krankenhausnotaufnahmen reduziert wird.

CHANCEN DER PERSONALISIERTEN MEDIZIN NUTZEN

Die DP setzt sich dafür ein, das volle Potenzial der personalisierten Medizin auszuschöpfen und weiterhin die Forschungsarbeiten der Universität Luxemburg (Uni.lu) auf diesem vielversprechenden Gebiet zu fördern. Der Zugang zu präziseren Diagnosen und maßgeschneiderten Behandlungsansätzen wird einen entscheidenden Beitrag zur Verbesserung der medizinischen Betreuung der Patienten leisten.

INTEROPERABILITÄT DER INFORMATIK- UND INFORMATIONSSYSTEME GARANTIEREN

Momentan besteht in Luxemburg eine unzureichende Vernetzung und fehlende Interoperabilität zwischen Kliniken, Arztpraxen, Apotheken, Laboren und der Gesundheitskasse. Durch die Einführung eines einheitlichen Informationssystems können relevante Daten und Befunde der Patienten besser erfasst werden. Dies führt zu einer Steigerung der Kosten- und Zeiteffizienz im Gesundheitswesen. Zudem ermöglicht es die effiziente Verarbeitung versorgungswissenschaftlicher Daten und wirkt Missbräuchen entgegen. Die DP legt dabei höchsten Wert auf Datenschutz und Datensicherheit, die durch entsprechende gesetzliche und technische Maßnahmen gewährleistet werden.

VERSCHIEDENES

PANDEMIEGESETZ

Die DP will auf der Grundlage der Erfahrungen der vergangenen Jahre ein Pandemiegesetz verabschieden, das unser Land bestmöglich auf zukünftige Epidemien und Pandemien vorbereitet. Das Gesetz soll klare Leitlinien vorgeben, um im Falle eines Ausbruchs schnell und effektiv handeln

zu können, während es gleichzeitig genügend Flexibilität gewährleistet, um auf die spezifischen Bedingungen jeder Krise angemessen reagieren zu können. Wir unterstreichen als liberale Partei, dass der Geist eines derartigen Gesetzes in jedem Fall vereinbar mit den unveräußerlichen Freiheitsrechten jedes Einzelnen sein muss.

WOHNHEIME FÜR GESUNDHEITSBERUFE IM KRANKENHAUSSEKTOR

Die DP wird sich dafür einsetzen, dass jede Krankenhausgruppe ein Wohnheim für Gesundheitsberufler erhält. Dieses Wohnheim soll den Personen zugutekommen, die sich noch in Ausbildung befinden oder ein zeitlich begrenztes Praktikum in der Klinik absolvieren. Es soll auch berufstätigen Personen dienen, die zeitweilig größere oder ermüdende Verkehrsdistanzen zum Arbeitsplatz zurücklegen müssen. Des Weiteren soll das Wohnheim den Personen zur Verfügung stehen, die in der Nacht Bereitschaftsdienst leisten. Das Ziel dieser Maßnahme ist es, dem medizinischen Fachkräftemangel entgegenzuwirken und die Attraktivität sowohl der Ausbildung als auch der Berufsausübung im Gesundheitssektor zu steigern. Der ideale Standort des Wohnheims ist in der Nähe der Hauptklinik der jeweiligen Krankenhausgruppe, in der sich die Hauptnotfallaufnahme befindet.

FREIBERUFLICHE GESUNDHEITSBERUFE

Die DP wird sich für eine bessere Integration der freiberuflichen Gesundheitsberufe (z.B. Osteopathie, Chiropraktik, Kinésithérapie, Psychotherapie, etc.) in das nationale Gesundheitswesen einsetzen. Der Leistungskatalog der jeweiligen Gesundheitsberufe soll fortlaufend evaluiert und falls erforderlich ergänzt werden. Das Ziel besteht darin national ein Gesamtkonzept zu erstellen mit dem Ziel die größtmögliche Komplementarität und Zusammenarbeit zwischen allen Gesundheitsberufen herzustellen. Klare Qualitätskriterien werden dazu dienen ein optimales Behandlungsergebnis zu gewährleisten. Die Eigenständigkeit der freiberuflichen Gesundheitsberufe soll erhalten bleiben.

GRÖßERE NOTFALLAUFNAHMEN

Größere Notfallaufnahmen verfügen über die erforderliche diagnostische Ausstattung (Labor, Radiologie), personelle Ressourcen (Ärzte verschiedener Fachrichtungen, Krankenschwestern, Labor- und Radiologiepersonal) und Infrastruktur um im Notfall rasch die nötige Hilfeleistung zu erbringen. Derzeit gibt es vier größere Notfallaufnahmen in den Krankenhäusern. Die

DP wird sich dafür einsetzen, dass diese durch die Schaffung von drei zusätzlichen größeren Notfallaufnahmen ergänzt werden. Das Ziel besteht in der Einrichtung einer größeren Notfallaufnahme für ca. 100.000 Einwohner. Die drei zusätzlichen größeren Notfallaufnahmen werden in noch zu schaffenden neuen Strukturen außerhalb der Krankenhäuser eingerichtet werden und täglich von 6 bis ca. 23 Uhr geöffnet sein. Dabei wird gewährleistet sein, dass die behandelnden Ärzte keinem Verschreibungs- und Behandlungsdruck ausgesetzt sind. Das Pflegepersonal wird zu ähnlichen Bedingungen wie in den Krankenhäusern angestellt sein. Die Einrichtung und das Betreiben der Labor- und Radiologieinfrastrukturen werden jeweils durch private Trägerschaft übernommen. Damit ein ausreichendes Volumen an Aktivitäten gewährleistet ist, wird jede zu errichtende größere Notfallaufnahme an ein Ärztezentrum angegliedert werden.

KLINISCHE EXZELLENZZENTREN

Jeder Bürger unseres Landes hat ein Recht auf eine Gesundheitsversorgung die den höchsten Ansprüchen gerecht wird. Um dies zu gewährleisten wird die DP sich dafür einsetzen, dass für die großen klinischen Fachgebiete jeweils Exzellenzzentren geschaffen werden, welche einerseits die nationalen Minimalstandards in ihrem Fachbereich festlegen, andererseits nationale Datenbanken schaffen in denen die Behandlungsergebnisse bei allen Patienten in strukturierter Weise dokumentiert werden.

THERAPIE VON KOMPLEXEN INFESTIONSKRANKHEITEN

Komplexe Infektionskrankheiten treten in allen Fachgebieten der Medizin und Chirurgie auf. Werden diese Infektionskrankheiten nicht fachgerecht behandelt dann steht den betroffenen Patienten oftmals ein langer Leidensweg bevor. Die optimale Behandlung komplexer Infektionen verlangt ein fundiertes mikrobiologisch-internistisches Know-how wie es dem Facharzt für Infektiologie zu eigen ist. Das Behandlungskonzept wird im kollegialen Austausch des Facharztes für Infektiologie mit den behandelnden Ärzten festgelegt.

Die DP wird sich dafür einsetzen, dass jede Krankenhausgruppe einen eigenen Facharzt für Infektiologie erhält.

UNFALLCHIRURGIE

Bei Schwerverletzten entscheidet die Unfallchirurgie oft nicht nur über Leben und Tod, sondern im Fall des Überlebens auch darüber wie sich die Verletzungen längerfristig auf die Lebensqualität und Arbeitsfähigkeit des Unfallopfers auswirken. An die Unfallchirurgie und die Art wie sie organisiert ist sind daher die allerhöchsten Qualitätsansprüche zu stellen. Die DP wird sich dafür einsetzen, dass sowohl der Organisationsablauf als auch das qualitative Niveau der medizinischen Betreuung in der Unfallchirurgie künftig den höchsten Kriterien gerecht werden.

VORSCHLÄGE DES OECD-BERICHTS UMSETZEN

In ihrem Bericht über die Pandemiebewältigung, lobte die OECD eine „schnelle und agile Reaktion“ auf das unvorhergesehene Virus. So sei die Übersterblichkeit beispielsweise geringer ausgefallen als in anderen Ländern. Dennoch zeigte der Bericht der OECD auch die Herausforderungen auf, denen Luxemburg gegenübersteht. Die starke Abhängigkeit von den Nachbarländern und die geringe Ärztedichte wurden als strukturelle Schwachstellen des Gesundheitssystems benannt. Um in Zukunft besser auf eine Pandemie und ihre Auswirkungen vorbereitet zu sein, wird die DP die einzelnen Empfehlungen der OECD umsetzen.

INFEKTIONSPRÄVENTION FÖRDERN

Die DP wird Maßnahmen ergreifen, um das Risiko von nosokomialen Infektionen in Krankenhäusern zu mindern. Dabei liegt ein besonderer Fokus auf der Infektionsprävention. Es werden Richtlinien und Protokolle entwickelt und umgesetzt, um das Auftreten und die Verbreitung von nosokomialen Infektionen zu minimieren. Zudem wird die DP sicherstellen, dass spezialisierte Krankenpfleger geschult werden, um die Einhaltung der Vorgaben zur Infektionskontrolle zu überwachen und bewährte Praktiken in diesem Bereich zu implementieren. Zusätzlich soll jede Krankenhausgruppe einen eigenen Facharzt

für Infektionsprävention und -kontrolle erhalten. Durch diese Maßnahmen sollen nosokomiale Infektionen reduziert und die Sicherheit der Patienten in Krankenhäusern erhöht werden.

STANDORTE DER NOTFALLPOLIKLINIKEN ABSICHERN

Bei Notfällen sollten Patienten keine langen Anfahrtswege auf sich nehmen müssen. Die DP wird die Standorte der regionalen Notfall-Polikliniken in Wiltz, Niederkorn, Düdelingen und der Zithaklinik (HRS) langfristig absichern. Dies entlastet die größeren Notfallaufnahmen und trägt zu einer verbesserten Notfallversorgung sowohl in städtischen als auch ländlichen Gebieten bei.

ABTREIBUNGSRECHT REFORMIEREN

Alle Frauen haben das Recht auf körperliche Selbstbestimmung. Wir werden dieses Recht durch die Abschaffung der dreitägigen Frist nach dem obligatorischen Beratungsgespräch stärken. Darüber hinaus wollen wir eine breite Kampagne durchführen und das Wissen über die medikamentöse Abtreibung („Pille danach“) und deren Verfügbarkeit in alle Bevölkerungsschichten tragen, damit den betroffenen Frauen das Trauma einer operativen Abtreibung erspart bleibt.

SELTENE KRANKHEITEN

Die Auswirkungen seltener Erkrankungen auf das Leben Betroffener sind oft nicht ausreichend bekannt in der allgemeinen Gesellschaft. Dies führt oft zu Vorurteilen, unter denen Erkrankte zusätzlich leiden. Die DP wird die Bürger in Zusammenarbeit mit Akteuren aus dem Bereich über seltene Erkrankungen und ihre Auswirkungen sensibilisieren. Dazu gehört auch die Erneuerung des Nationalen Plans über seltene Krankheiten für den Zeitraum 2024-2029. In diesem Zusammenhang wird die DP auch analysieren, inwiefern die Früherkennung seltener Krankheiten bei Kindern ausgeweitet werden kann, ein Register für seltene Krankheiten erstellen und die Einführung eines Statuts für Langzeiterkrankungen untersuchen.

EINSATZ VON DROHNEN IM GESUNDHEITSBEREICH PRÜFEN

Drohnen können den Transport von Zellen, Organen oder Bluttransfusionen erleichtern. Defibrillatoren können mit Hilfe von Drohnen auch in ländlichere Gegenden geflogen werden, um im Notfall schneller eingreifen zu können. Die DP erkennt die großen Vorteile des technischen Fortschritts an und will die Einsatzgebiete und den Nutzen von Drohnen hierzulande prüfen.

EINFÜHRUNG EINES ENTSCHÄDIGUNGSFONDS FÜR BEHANDLUNGSRISIKEN

Die DP wird einen öffentlichen Fonds einrichten, der unerwartete Zwischenfälle, die nicht auf Fehlverhalten von Gesundheitsdienstleistern zurückzuführen sind (sogenannte „aléa thérapeutique“), entschädigt. Dadurch werden die Rechte der Patienten gestärkt. Der Fonds soll es ermöglichen, Patienten zu entschädigen, bei deren Behandlung ein Unfall aufgetreten ist, der nicht auf einen zivilrechtlichen Fehler zurückzuführen ist und somit nicht vor Gericht verhandelt werden kann. Da zurzeit das Rote Kreuz haftbar ist, sollten Probleme in Verbindung mit Blutspenden auftreten, wird dieser Entschädigungsfonds auch dazu beitragen, der Diskriminierung homosexueller Männer beim Blutspenden endlich ein Ende zu setzen – ein Anliegen, das der DP schon lange am Herzen liegt.

HOMOSEXUELLEN BLUTSPENDEN ERLAUBEN

Die DP fordert, der Diskriminierung von bi- und homosexuellen Menschen ein Ende zu setzen. Der Zugang zum Blutspenden sollte sich nach dem Prinzip des „individual risk assessment“ richten, also nach einer individuellen Risikobewertung, und unabhängig von der sexuellen Orientierung des Spenders.

ERSTE-HILFE-KURSE FÖRDERN

Um im Ernstfall richtig reagieren zu können, sollte jeder die Grundlagen der Ersten Hilfe beherrschen. Die DP schlägt vor, das Angebot an Erste-Hilfe-Kursen auszubauen.

OBLIGATORISCHE UND KONTINUIERLICHE WEITERBILDUNG

Für Ärzte und andere Gesundheitsberufe ist die Teilnahme an Weiterbildungen zwar obligatorisch, jedoch besteht kein anerkanntes System, das es ermöglicht, den Nachweis der durchgeführten Weiterbildungen zu erbringen. Wir werden uns dafür einsetzen, ein international anerkanntes System von „Credit points“ im Rahmen der Weiterbildung einzuführen.

ALTERSMEDIZIN (GERIATRIE) STÄRKEN

Damit aus der längeren Lebenserwartung auch ein Mehr an erfüllten und aktiven Lebensjahren wird, kommt es für die DP vor allem darauf an, gesund zu bleiben oder im Krankheitsfall möglichst schnell wieder zu genesen. Die DP setzt in diesem Zusammenhang auf eine Stärkung der altersspezifischen Diagnose- und Behandlungsangebote. Darüber hinaus wollen wir Fachkrankenpfleger für die klinische Geriatrie ausbilden.

LIBERALISIERUNG DER APOTHEKEN

Die DP wird den aktuell streng regulierten Apotheken-Sektor liberalisieren, um den Zugang zu rezeptpflichtigen Medikamenten zu verbessern. Die DP wird sich in diesem Zusammenhang an den diesbezüglichen Vorschlägen der nationalen Konkurrenzbehörde orientieren. So sollen beispielsweise die Regelungen bezüglich der Niederlassung weniger restriktiv gestaltet werden. Daneben soll auch die Möglichkeit geschaffen werden, nicht verschreibungspflichtige Medikamente außerhalb von Apotheken, wie zum Beispiel in Supermärkten, frei zu verkaufen.

VERFÜGBARKEIT VON MEDIKAMENTEN VERBESSERN

Im europäischen Vergleich liegt Luxemburg nur im Mittelfeld, was die Verfügbarkeit von Medikamenten für Patienten betrifft. Die DP wird sich intensiv mit dem Zulassungsprozess von Arzneimitteln in Luxemburg auseinandersetzen, um die Verfügbarkeit von Medikamenten für Patienten zu verbessern. Wir werden uns auch dafür einsetzen, dass der Einsatz von Generika verstärkt wird, um Engpässe bei der Medikamentenversorgung zu minimieren. Wir setzen uns auch auf europäischer Ebene für eine bessere Versorgungssicherheit von Medikamenten ein.

ARZNEIMITTELÜBERWACHUNG FÖRDERN

Um die Überwachung von Arzneimitteln zu verbessern, wird die DP die Zusammenarbeit mit Apothekern intensivieren und die Einrichtung einer Medikamentenagentur in Luxemburg vorantreiben.

ERWEITERUNG DES RECHTS AUF VERGESSENWERDEN

Seit Januar 2020 regelt eine Vereinbarung zwischen dem Gesundheitsministerium und dem Verband der Versicherungsunternehmen das Recht auf Vergessenwerden. Dadurch ist unter anderem die Lebensversicherung für Menschen, die eine Krebserkrankung überlebt haben, zugänglicher geworden. Die DP wird die Auswirkungen dieser Vereinbarung bewerten und prüfen, ob eine Ausweitung auf andere Krankheitsbilder in Betracht gezogen werden sollte.

DAS RECHT AUF GESUNDHEIT AUSWEITEN

Zurzeit läuft ein Pilotprojekt zur universellen Gesundheitsversorgung. Die DP wird die Analyse des Pilotprojektes abwarten und bei positiver Bewertung eine gesetzliche Grundlage für eine universelle Gesundheitsversorgung vorsehen.

NEUE KRITERIEN FÜR DEN BEZUG DER VORGEBURTLICHEN ZULAGE

Seit 2022 haben Frauen in Luxemburg die Möglichkeit, die Schwangerschaftsvorsorge bei einer Hebamme durchzuführen. Allerdings ist die staatliche Vorgeburtzulage derzeit noch an die Wahrnehmung mehrerer ärztlicher Untersuchungen beim Gynäkologen gebunden. Um werdende Müttern bei ihrer Entscheidung für eine Schwangerschaftsvorsorge durch eine Hebamme zu unterstützen, wird die DP die Auszahlung der vorgeburtlichen Zulage auch Frauen ermöglichen, die sich ausschließlich von einer Hebamme versorgen lassen.

PALLIATIVE VERSORGUNG VERBESSERN

Jeder Mensch mit einer lebensbegrenzenden Erkrankung benötigt eine wertschätzende und

fachgerechte medizinische Begleitung. Die Lebensqualität wird durch physische, psychische und soziale Aspekte stark beeinflusst.

Die DP macht es sich zur Aufgabe den hilfebedürftigen Menschen in dieser Not beizustehen und durch Fachpersonal zu unterstützen. Sei es in vertrauter häuslicher Umgebung oder in einer fachgerechten Einrichtung.

Es liegt der DP am Herzen, dass die Menschen intensiver für eine Patientenverfügung sowie der Ernennung einer Vertrauensperson informiert werden. Die DP wird sich für eine verbesserte und umfangreichere Palliativversorgung einsetzen, die den Bedürfnissen der Betroffenen gerecht zu werden.

PALLIATIVE STRUKTUREN FÜR KINDER SCHAFFEN

Um den letzten Lebensweg schwerkranker Kinder so liebevoll wie möglich zu gestalten, will die DP prüfen, inwieweit eine Anpassung der bestehenden palliativen Strukturen an die Bedürfnisse der Kinder möglich ist. Wir werden zudem entsprechende Aus- und Fortbildungen fördern.

INFORMATION UND ZUGANG ZUR STERBEHILFE VERBESSERN

Seit 2009 ist Sterbehilfe in Luxemburg legal. Die DP wird sich dafür einsetzen, den Zugang zu Informationen zu verbessern. Dies umfasst die Stärkung des Sekretariats der nationalen Kontroll- und Bewertungskommission sowie die Einrichtung von Anlaufstellen in Krankenhäusern und im Gesundheitsministerium. Zudem werden Ärzte, die Sterbehilfe verweigern, verpflichtet, Patienten an diese Anlaufstellen zu verweisen. Auf diese Weise möchten wir sicherstellen, dass Betroffene und ihre Familien umfassende und klare Informationen erhalten und eine angemessene Unterstützung bei Entscheidungen zum Lebensende erfahren.

BACHELOR-AUSBILDUNG

Das Hochschulministerium hat mehrere Studiengänge in der Krankenpflege an der Universität Luxemburg eingeführt. Dazu

zählen unter anderem ein Bachelor in allgemeiner Krankenpflege, vier Bachelor in spezialisierter Krankenpflege, ein Bachelor für Hebammenwesen, sowie ein Bachelor „Medizinisch-technischer Assistent für Radiologie“. Damit trägt Luxemburg seinen Beitrag zur Gesundheitsausbildung in der Großregion bei.

Da diese Bachelor zu unterschiedlichen akademischen Jahren starten (der erste hat 2022/2023 begonnen) wird die Demokratische

Partei den Verlauf dieser neuen Studiengänge analysieren und gegebenenfalls Anpassungen vornehmen.

MEDIZINAUSBILDUNG AN DER UNIVERSITÄT LUXEMBURG AUSBAUEN

S. Kapitel Hochschule und Forschung

SCHAFFEN EINES MILITÄRHOSPITALS

S. Kapitel Armee

MENTALE GESUNDHEIT

STELLENWERT DER MENTALEN GESUNDHEIT ERHÖHEN

Die DP sieht in der mentalen Gesundheit einen grundlegenden Pfeiler eines erfüllten und gesunden Lebens. Im Zuge der COVID-19-Pandemie wurde die psychische Gesundheit der Bevölkerung auf eine harte Probe gestellt. Die Versorgungslage bekam eine besondere Aufmerksamkeit. Luxemburg weist mehrere Versorgungslücken im Bereich der psychischen Gesundheit auf. So sind z.B. infrastrukturelle und konzeptuelle Defizite sowie ein Mangel an spezialisiertem Personal und Fachärzten klar sichtbar geworden. Herausforderungen wie Stigmatisierung, Vorurteile und mangelndes Bewusstsein für psychische Gesundheit, riskieren die Defizite in Zukunft noch zu verschärfen.

Wir werden den Stellenwert der mentalen Gesundheit erhöhen und eine Ausweitung der psychosozialen Versorgung vornehmen. Nach Vorstellung des Nationalen Planes für psychische Gesundheit, sollte es eine klare politische Priorisierung der vorgeschlagenen Maßnahmen geben.

PRÄVENTION VON PSYCHISCHER UND SOZIALER GESUNDHEIT

Die psychische und soziale Gesundheit ist ein wichtiger Teil des allgemeinen Gesundheitsaspekts, was nach der COVID-Situation deutlich sichtbar wurde. Der aktuelle, globale und wirtschaftliche Kontext kann zu Unwohlsein führen und die Entwicklung von psychischen und sozialen Beeinträchtigungen

führen. Die DP wird an einer Präventionsstrategie für die mentale und soziale Gesundheit arbeiten.

MENTALE GESUNDHEIT DES PERSONALS FÖRDERN

Die DP setzt sich für die psychische Gesundheit und das Wohlbefinden von Ärzten und Pflegekräften ein, die täglich mit anspruchsvollen und belastenden Situationen konfrontiert sind. In diesem Zusammenhang möchten wir ihnen das Recht auf Fortbildungen im Bereich der psychischen Gesundheit und individuelle psychologische Beratungen zugänglich machen, um ihre eigene psychische Gesundheit zu fördern. Wir sind fest davon überzeugt, dass diese Maßnahmen nicht nur den Fachkräften selbst zugutekommen, sondern auch die Qualität der Versorgung für die Patienten spürbar verbessern werden.

ERSTE-HILFE-KURSE FÜR PSYCHISCHE GESUNDHEIT

Die DP will verstärkt auf präventive Maßnahmen zurückgreifen. Seit ihrer Einführung im Oktober 2020 haben die Erste-Hilfe-Kurse für psychische Gesundheit eine positive Resonanz erfahren und einen bedeutenden Erfolg verzeichnet. Wir werden deshalb die nötigen Mittel bereitstellen, um dieses Kursangebot bedarfsgerecht auszuweiten.

WEITERBILDUNGSKURSE FÜR MEDIZINISCHES FACHPERSONAL ANBIETEN

Die DP will das Weiterbildungsprogramm für medizinisches Fachpersonal erweitern.

Dadurch soll die Fähigkeit geschärft werden, Warnsignale von Depressionen und Suizidgefahr bei Patientinnen und Patienten frühzeitig wahrzunehmen und adäquat zu reagieren.

SENSIBILISIERUNGSKAMPAGNE ZUM THEMA „POSTNATALE DEPRESSION“ INITIIEREN

Die DP will eine umfassende Aufklärungskampagne zum Thema „Postnatale Depression“ ins Leben rufen. Dabei wollen wir nicht nur Mütter, sondern ausdrücklich auch Väter einbeziehen. Unser Ziel ist es, tiefgehende Information und Unterstützung bereitzustellen, um das Bewusstsein und Verständnis für diese wichtige Thematik zu fördern und zu vertiefen.

ZUGANG ZUR PSYCHIATRISCHEN VERSORGUNG VERBESSERN

Die psychiatrischen Notaufnahmen sind überfüllt und es gibt kaum genügend Krankenhausbetten für alle Patienten. Um diese Situation zu verbessern, will die DP eine Analyse der Notaufnahmen und deren Bedarfes durchführen. Krisen-Zentren mit spezialisiertem Personal und angemessener Infrastruktur sollten implementiert werden. Mögliche regionale/nationale Synergien sollten gefördert werden. Zudem wollen wir das Angebot an Krankenhausbetten sowohl im Akut- als auch im Rehabilitation-Bereich bedarfsgerecht ausbauen. Dabei werden wir die demografische Entwicklung und auch die Bedürfnisse von besonders vulnerablen Menschen stärker berücksichtigen. Der ambulante konventionierte Bereich sollte ausgebaut werden und attraktive Arbeitsbedingungen für spezialisiertes Personal und Ärzte bieten.

AMBULANTE KINDER- UND JUGENDPSYCHIATRIE SCHAFFEN

Neben den existierenden stationären Angeboten und ambulanten kinder- und jugendpsychiatrischen/psychotherapeutischen Praxen, setzt die DP sich auch dafür ein, regionale, außerklinische, multidisziplinäre Beratungsstellen zu schaffen. Mit diesem Ansatz möchten wir eine ganzheitliche, bedarfsgerechte und zeitnahe Versorgung sicherstellen und eine umfassende Unterstützung in der vertrauten Umgebung der jungen Patienten und deren Familien oder Umfeld ermöglichen. Besondere Bedürfnisse sollten auch bedarfsgerecht gedeckt werden z.B. Transitionspsychiatrie.

DAS GESETZ ZUR REGLEMENTIERUNG DES BERUFES DES PSYCHOTHERAPEUTEN ANALYSIEREN

2015 wurde das Gesetz zur Reglementierung des Berufes des Psychotherapeuten vom Parlament verabschiedet. Die DP plant in Kooperation mit allen beteiligten Parteien eine Überprüfung, um festzustellen, ob das Gesetz seine Ziele erreicht hat oder ob gezielte Anpassungen erforderlich sind.

DEN BERUF DES PSYCHOLOGEN REGLEMENTIEREN

Luxemburg gehört zu den letzten Ländern der EU, in denen der Beruf des Psychologen nicht reglementiert ist. Die DP will eine qualitativ hochwertige psychologische Betreuung gewährleisten und so die Bürger vor unzureichend ausgebildeten „Pseudopsychologen“ schützen. Wir werden uns daher für eine Reglementierung des Berufstandes einsetzen.

SOZIALVERSICHERUNG

NOMENKLATUR MODERNISIEREN

Die DP wird die langwierigen Verfahren der Nomenklatur-Kommission vereinfachen und die Liste der medizinischen, zahnmedizinischen und technisch-medizinischen Behandlungen häufiger an die aktuellen Entwicklungen in der Medizin anpassen.

KRANKENHAUSFINANZIERUNG TRANSPARENTER GESTALTEN

Die Krankenhäuser in Luxemburg werden mit einem Jahresbudget von über einer Milliarde Euro finanziert, was etwa 50 % der Gesundheitsausgaben der CNS entspricht. Leider ist der aktuelle Haushaltsrahmen

nicht transparent genug. Um dies zu ändern, plant die DP eine Überarbeitung der Krankenhausfinanzierung, um eine transparentere Budgetierung zu gewährleisten. Zusätzlich wird erwogen, ob eine aktivitätsbezogene Finanzierung, wie sie in den freien Gesundheitsberufen praktiziert wird, langfristig nachhaltiger für unser Gesundheitssystem wäre.

ÜBERWACHUNG DES MEDIZINISCHEN MATERIALS VERBESSERN

Im Falle einer Rückrufaktion eines medizinischen Gerätes, müssen die betroffenen Patienten umgehend informiert werden, um gesundheitsgefährdende Risiken zu vermeiden. Die DP wird die Verfahren der Überwachung des medizinischen Materials verbessern und transparenter gestalten. Absolut notwendige Daten müssen in solchen Situationen verfügbar sein. Die Datenschutzverordnung darf im Fall gesundheitsgefährdender Umstände nicht zu einer unüberwindbaren Hürde werden.

KOMMUNIKATION MIT DEN VERSICHERTEN VERBESSERN

Die DP setzt sich dafür ein, die Kommunikation mit allen Verwaltungen der Sozialversicherung zu verbessern. Hierbei wird insbesondere darauf geachtet, dass die Mitteilungen mehrsprachig und leicht verständlich formuliert sind, um unnötige Rückfragen und den Verlust personeller Ressourcen zu vermeiden. Denn allzu oft sind die Mitteilungen der Sozialversicherungen sehr kompliziert und verwirrend, was zu Verzögerungen im Bearbeitungsprozess und somit zu unnötigen Kosten führt.

ANPASSUNGEN DES 78-WOCHEN-KRANKENSCHEINS

Die Demokratische Partei macht sich dafür stark im Falle eines therapeutischen Urlaubs auf Halbzeitbasis den Zählstand des 78-Wochen-Krankenscheins auszusetzen, da die Bemühung einer progressiven Wiederaufnahme der Arbeit nicht bestraft werden sollte.

Verschiedene Krankheiten – allen voran Krebs – bedürfen nicht nur einer langen Genesungsphase, sondern werden unglücklicherweise

immer wieder von Rückfällen begleitet. Krebspatienten sehen sich daher verstärkt der Gefahr ausgesetzt die maximale Grenze von 78-Wochen-Krankenschreibung innerhalb einer Zweijahresperiode zu überschreiten, was zum Verlust der Sozialversicherung führt. Die DP will Sonderregeln festlegen, die Patienten bei einem Rückfall schützt und den Verlust der Sozialversicherung verhindert.

ANERKENNUNG DER MUSIKTHERAPIE UND DER ZOOTHERAPIE

Musik- und Zootherapie finden Anwendung bei psychischen Störungen sowie bei Menschen mit Demenz, Autismus oder spezifischen körperlichen Erkrankungen. Die Musiktherapie ist bereits in acht europäischen Ländern gesetzlich anerkannt. Die DP wird die Anerkennung der Musik- und Zootherapie in Luxemburg vorantreiben.

SICHERE UND GUTE RENTEN FÜR JEDEN

s. Kapitel Arbeit

RENTENSPLITTING EINFÜHREN

s. Kapitel Arbeit

GRENZE FÜR „HINZUVERDIENST“ BEI DER VORGEZOGENEN ALTERSRENTE (UNTER 65 JAHREN) AUFHEBEN

s. Kapitel Arbeit

BESSERE RENTENANSPRÜCHE FÜR MITARBEITENDE EHE-/LEBENSPARTNERS („CONJOINT AIDANT“)

s. Kapitel Arbeit

BETRIEBLICHE UND PRIVATE ALTERSVORSORGE FÖRDERN

s. Kapitel Steuerpolitik

11

SPORT GESUND DURCH BEWEGUNG

Sport nimmt in den Augen der DP eine wesentliche gesellschaftliche Rolle ein. Regelmäßige Bewegung ist nicht nur wichtig für unsere Gesundheit und unser mentales Wohlbefinden. Sport stärkt auch den sozialen Zusammenhalt, indem er wichtige Werte wie Toleranz und Fairness vermittelt, Menschen aus verschiedenen Kulturen und Hintergründen zusammenführt und so die Inklusion, besonders unter jungen Menschen, stärkt.

Die DP ist überzeugt, dass Sport die Grundlage für ein gesundes Leben darstellt. Deshalb ist für uns klar: Jeder Euro, den wir in den Sport investieren, dient der Förderung der Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Wir unterstützen und fördern den Breiten- und Behindertensport und die damit verbundene Freiwilligenarbeit, da sie fundamentale Pfeiler sind, die den Sport vorantreiben und die Gemeinschaft stärken. Gleichzeitig wollen wir den Leistungssport als Aushängeschild unseres Landes weiter professionalisieren, die bestmöglichen Sportinfrastrukturen und Rahmenbedingungen bieten sowie aufstrebende Spitzensportler noch gezielter fördern.

SPORTVERBÄNDE ADMINISTRATIV ENTLASTEN UND DIE PROFESSIONALISIERUNG VORANTREIBEN

Die luxemburgischen Sportverbände stehen vor wachsenden administrativen Herausforderungen. Oft sind es kleine Teams, die die jeweiligen Verbände ehrenamtlich und ohne professionelle Strukturen am Laufen halten. Als DP sind wir der Meinung, dass die Sportstrukturen im Land nicht ausschließlich auf freiwilliger Arbeit basieren können. In diesem Zusammenhang wäre ein staatlicher Zuschuss, der es jedem Verband ermöglicht, eine Person für administrative und organisatorischen Arbeiten einzustellen, eine interessante Option.

DAS SPORTBUDGET AUF EIN PROZENT DES STAATSBUDGETS ERHÖHEN

Um den Sport in der Gesellschaft richtig zu fördern und professionelle Strukturen auszubauen, bedarf es hinreichender finanzieller Mittel. Daher setzt sich die DP dafür ein, das Budget des Sportministeriums schrittweise auf ein Prozent des Staatsbudgets zu erhöhen.

„SUBSIDE QUALITÉ+“ BILANZIEREN

In den letzten Jahren hat die finanzielle Unterstützung für die Jugendarbeit der Vereine, insbesondere durch den „Subside qualité+“, deutlich zugenommen. Dieses Programm knüpft die Zuschüsse an klare Ausbildungskriterien der Trainer und setzt auf eine hochwertige Betreuung der jungen Sportler. Die DP wird eine Bilanz des „Subside qualité+“ ziehen, gegebenenfalls die Subventionen erhöhen sowie die Erweiterung der Förderung auf Bereiche wie Betreuung und soziale Verantwortung des Vereins unterstützen.

SUBVENTIONSPOLITIK FÜR SPORTINFRASTRUKTUREN ÜBERARBEITEN

Moderne Infrastrukturen sind im Sport unverzichtbar. Um dem Bevölkerungswachstum der letzten Jahre Rechnung zu tragen, setzt die DP sich dafür ein, dass die unterschiedlichen sportsbezogenen Infrastrukturen ausgebaut werden. Um die Gemeinden bei der Finanzierung von Sporteinrichtungen zu unterstützen, schlagen wir vor, neben den herkömmlichen Zuschüssen auch die Möglichkeit finanzieller Anreize für die Zusammenarbeit bei Fragen bezüglich Räumen, Umkleidekabinen oder Kleingastronomie zu prüfen.

LEISTUNGSSPORT FÖRDERN

Der Leistungssport ist ein exzellenter Botschafter für unser Land im Ausland. Er stellt eine Herausforderung für Einzelpersonen dar, und spiegelt den Leistungswillen und die

Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft wider. Als DP treten wir für die Idee der Doppelkarriere („Dual Career“) ein, bei der Sportler Hochleistungssport und Ausbildung miteinander vereinbaren können. Zudem wollen wir Anreize schaffen, um Privatunternehmen verstärkt zur Förderung von Hochleistungssportlern zu ermutigen.

ANPASSUNG DES ARBEITSGESETZES FÜR DEN SPORT

Da Leistungssport (Wettkämpfe, Sportreisen, Trainingslager...) häufig an Wochenenden oder Feiertagen stattfindet, setzt die DP sich dafür ein, dass das Arbeitsrecht künftig den spezifischen Bedürfnissen der Sportler Rechnung trägt. Hierfür könnten die gesetzlichen Bestimmungen angepasst oder eine Tarifvereinbarung für Fachkräfte im Sportsektor getroffen werden, um mehr Flexibilität zu gewährleisten. Sportler hätten so die Möglichkeit, in bestimmten Monaten mehr Zeit für ihren Sport aufzuwenden, während sie in anderen Monaten wieder vermehrt ihrer Arbeit nachgehen könnten. Eine solche Flexibilisierung würde eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Leistungssport ermöglichen.

UNTERSTÜTZUNG VON ATHLETEN AUF IHREM KARRIEREWEG

Die DP engagiert sich dafür, Sportler während ihrer gesamten Karriere mit hochqualitativen Dienstleistungen zu unterstützen. Dies gilt für vielversprechende Nachwuchstalente und Spitzensportler, bis hin zu Sportlern, die ihre aktive Laufbahn beendet haben. Durch öffentliche Leistungen wie Sportwissenschaft, Sportpsychologie, Ernährung, Sportphysiotherapie und Sportmedizin, wollen wir unsere Sportler bestmöglich unterstützen.

BEGLEITSTRUKTUREN FÜR HOCHLEISTUNGSSPORTLER OPTIMIEREN

Die Gründung des LIHPS, der SportFabrik und des HPTRC hat die Betreuung unserer besten Athleten und Nachwuchstalente professionalisiert und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit gesteigert. Als DP beabsichtigen wir, diesen Weg fortzusetzen und bestehende Institutionen mit den erforderlichen Ressourcen auszustatten, um das volle Potenzial der Athleten auszuschöpfen.

EINFÜHRUNG EINER ZIVILEN KARRIERE FÜR ELITESPORTLER

Die DP befürwortet, neben der Elite-Sportabteilung der Armee eine zivile Karriere für Sportler, die nach alternativen Lebensprojekten streben, zu schaffen.

„CONGÉ SPORTIF“ AUSBAUEN

Als DP setzen wir uns dafür ein, dass freiwilliges Engagement im Sport angemessen anerkannt und gefördert wird. Dafür bedarf es neuer Impulse. Der „Congé sportif“ ist eine wichtige Maßnahme, um die Bedeutung des Sports zu unterstreichen. Unser Ziel ist es, die Förderung des „Congé sportif“ beizubehalten und ihn an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen. Wir möchten auch sicherstellen, dass neben Spitzensportlern, unverzichtbarem Betreuungspersonal, Kampf- und Schiedsrichtern, künftig auch Ehrenamtliche Zugang zum „Congé sportif“ erhalten.

SPORT ALS GESELLSCHAFTLICHE VORBILDFUNKTION

Sport kann in vielen Bereichen eine Vorbildfunktion einnehmen. Die DP setzt sich für einen sauberen, dopingfreien Spitzen- und Breitensport ein. Der Kampf gegen Doping in allen Sportarten soll auch in Zukunft weitergeführt werden. Wir halten als DP an der Null-Toleranz-Politik fest und weisen Rassismus, Hass und Homophobie im Sport entschieden zurück.

„SAFEGUARDING IN SPORTS“

Die DP wird eine unabhängige Einrichtung schaffen, deren Hauptaufgabe darin besteht, Wohlergehen und Integrität im Sport zu sichern, insbesondere Belästigungen und Missbrauch im Umfeld des Sports zu verhindern und Opfer zu unterstützen. Zusätzlich soll diese in enger Zusammenarbeit mit öffentlichen und privaten Institutionen auch den Kampf gegen Manipulationen und für die Vermittlung ethischer Werte im Sport in ihre Arbeit integrieren.

INKLUSION DURCH SPORT FÖRDERN

Die DP engagiert sich bewusst für eine inklusive Teilhabe von Menschen mit Behinderungen

im Sport und fördert aktiv deren Akzeptanz in der Gesellschaft. Wir unterstützen inklusive Sportangebote in verschiedenen Sportarten, um Menschen mit Behinderungen gleiche Möglichkeiten zur sportlichen Teilnahme und Entfaltung ihrer Leidenschaft zu ermöglichen. Wir sind fest davon überzeugt, dass der Sport Menschen zusammenbringt und ein gutes Beispiel für Inklusion ist. Deshalb fordern wir für die Zukunft eine verstärkte Unterstützung des „Luxembourg Paralympic Committee“ und der „Luxembourg Special Olympics“.

GLEICHSTELLUNG ZWISCHEN FRAUEN UND MÄNNERN IM SPORT WEITER VERBESSERN

Als DP setzen wir uns kontinuierlich für eine verbesserte Gleichstellungspolitik im Sport ein. Frauen sind nach wie vor in allen Bereichen des Sports unterrepräsentiert und oft benachteiligt; sei es bei der finanziellen Unterstützung, der Medienberichterstattung oder den Karrierechancen im Trainer- und Funktionärsbereich. Es sind weitere Anstrengungen erforderlich, um diese Ungleichheit zu beseitigen und sicherzustellen, dass Frauen die gleichen Möglichkeiten und die gleiche Anerkennung im Sport erhalten.

BEWEGTE SCHULE FÖRDERN

s. Kapitel Bildung

ÖFFENTLICHER RAUM ALS FÖRDERER FÜR SPORT UND BEWEGUNG

Um Sport und Bewegung im Alltag zu fördern, setzt sich die DP dafür ein, den öffentlichen Raum verstärkt mit Bewegungsmöglichkeiten auszustatten. Die DP befürwortet die Errichtung von innovativen multifunktionalen Sportanlagen, die allen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich sind.

UMSETZUNG DER SPORTSATELLITENKONTEN 2021-2025

Als wichtiger Wirtschaftsfaktor schafft Sport Beschäftigung und Konsum. Durch Sportsatellitenkonten kann auf der Grundlage von Daten, seine volkswirtschaftliche Bedeutung für das Land festgestellt werden. Die Analysen von 2016-2020 haben uns jährlich ermöglicht,

die Auswirkungen des Sports auf die nationale Wirtschaft zu quantifizieren. Es ist deutlich, dass der Sport sich zu einem dynamisch wachsenden Wirtschaftsbereich entwickelt hat, der auch zum Staatshaushalt beiträgt. Daher unterstützt die DP die Umsetzung einer angepassten neuen Version des Satellitenkontos für den Zeitraum 2021-2025 um diese Entwicklung nachverfolgen zu können.

PROGRAMM „PRO SPORT“ EINFÜHREN

Die DP setzt sich dafür ein, das Programm „ProSport“ umzusetzen, das derzeit in Entwicklung ist. Unser Hauptziel ist es, Vereine zu unterstützen, die aktuell nicht über ausgebildete Trainer verfügen. Mit „ProSport“ möchten wir diesen Vereinen die Möglichkeit bieten, auf einen Pool talentierter Trainer und kompetenter Fachkräfte zurückzugreifen, um ihr Sportangebot weiter zu verbessern. Gleichzeitig werten wir den Beruf des Trainers entsprechend auf. Durch die Umsetzung von „ProSport“ möchten wir die Sportlandschaft in Luxemburg weiter stärken.

DIE FUNKTION DES SPORTKOORDINATORS WEITER AUSBAUEN

Die DP begrüßt ausdrücklich die Einführung eines Sportkoordinators und erkennt seine bedeutende Rolle bei der Förderung sportlicher Aktivitäten und der Steigerung der Teilnahme an Sportevents an. Als DP wollen wir die Förderung des Sportkoordinators vorantreiben, um den Kommunen und Syndikaten eine verbesserte und langfristige Unterstützung zu ermöglichen. Dies beinhaltet, dass das Sportministerium die Personalkosten des Sportkoordinators über einen Zeitraum von mehr als drei Jahren übernimmt.

COSL BESTMÖGLICH UNTERSTÜTZEN

Die DP schätzt das COSL als wichtigen Partner, um eine umfassende Sportpolitik umzusetzen, die die Entwicklung des Sports auf allen Ebenen unterstützt. Das Sportförderkonzept des COSL bietet weiterhin eine wichtige Gesamtstrategie für die Förderung der luxemburgischen Sportlandschaft. Um den vielfältigen Aufgaben und Herausforderungen auch zukünftig gerecht zu werden, setzt sich die DP dafür ein, das COSL stärker finanziell zu fördern.

E-SPORTS ANERKENNEN UND FÖRDERN

Die DP erkennt den Stellenwert an, den digitale Spiele für Kinder und Jugendliche heute haben. Mit allen Vor- und Nachteilen. Eine Verteufelung der Computerspiele geht dabei an der Realität vorbei. Die DP wird deshalb eine nuancierte Herangehensweise wählen. Zum einen wird die DP ein Kompetenzzentrum für Computerspiele schaffen, welches als Anlaufstelle für Lehrer und Erzieher, aber auch für Eltern, Kinder und Jugendliche funktionieren soll. Es soll über die Gefahren von Spielsucht, Radikalisierung, Gewalt und Stereotypen in Computerspielen sensibilisieren.

Zum anderen erkennt die DP aber auch die kognitiven, motorischen, und sozialen Kompetenzen an, die durch Computerspiele genauso gefördert werden wie durch klassische Spiele.

Aus diesem Grund wird die DP die sogenannten E-Sports (elektronischen Sportarten) mit den klassischen Sportarten gleichsetzen und entsprechende Trainings- und Sportstrukturen, genau wie die finanzielle Unterstützung von Sportlern und Verbänden fördern. Die DP wird sich darüber hinaus dafür einsetzen, dass der E-Sport eine olympische Perspektive erhält.

12

WIRTSCHAFTSPOLITIK ATTRAKTIVES UMFELD FÜR INNOVATIVE UND WETTBEWERBSFÄHIGE UNTERNEHMEN

In den letzten 5 Jahren wurde die konjunkturelle Entwicklung von den Folgen der Pandemie und des Ukrainekriegs geprägt. Luxemburg ist wirtschaftlich bislang vergleichsweise gut durch beide Krisen gekommen. Dies ist nicht zuletzt einem resoluten Handeln der DP-geführten Regierung zu verdanken. Die staatlichen Coronahilfen für Unternehmen in Höhe von rund 1,5 Milliarden (Kurzarbeit, Direkthilfen und rückerstattbare Hilfen) waren beispiellos und zeigten den gewünschten Effekt: die Unternehmensinsolvenzen waren im Zeitraum der Pandemie rückläufig, ehe sie sich nach Beendigung der Coronahilfen wieder auf einem Vorkrisenniveau einpendelten. Die Arbeitslosenquote ist aufgrund der Kurzarbeitmaßnahmen zur Sicherung der Arbeitsplätze nur mäßig angestiegen, ehe sie sich sogar auf einem niedrigeren Niveau als vor Corona einpendelte (5% im Mai 2023).

Seit dem Frühjahr 2021 hat die aus dem Angriffskrieg von Russland resultierende Inflations- und Energiekrise unser Land vor neue Herausforderungen gestellt. Die Beschlüsse aus drei erfolgreichen Tripartite-Sitzungen haben gezeigt, dass der Sozialdialog in Krisenzeiten funktioniert. Die beschlossenen Maßnahmen, wie der Energiepreisdeckel und die Senkung der TVA, wirken zudem unmittelbar auf die Inflationsquote ein. In der Tat hat Luxemburg in der Zwischenzeit die niedrigste Inflation unter den Euroländern (3,6 % im Mai 2023). Direkte Staatshilfen federn zudem die Energiepreiserhöhung für besonders stark betroffene Unternehmen ab.

Ohne Zweifel haben die zahlreichen Krisen der Politik in der aktuellen Legislaturperiode ihren Stempel aufgedrückt. Dennoch wurden

in dieser Zeit wichtige Reformen und Projekte besonders für mittelständische Unternehmen umgesetzt, beispielsweise die Modernisierung des Niederlassungsrechts für Unternehmen, die Schaffung des „Observatoire national des PME“ oder die Ausarbeitung des 5. „Plan d'action PME“.

Anhaltende Unsicherheiten belasten nach wie vor die wirtschaftliche Lage weltweit. Die konsequente Anhebung des Leitzinses zur Inflationsbekämpfung durch die EZB hat europaweit einen starken Einfluss auf den Immobilienmarkt und die Baubranche. Auch in Luxemburg hat die Zinspolitik der EZB eine Verlangsamung der Bauaktivitäten zur Folge. Gleichmaßen hat das Vertrauen der Konsumenten abgenommen. Dies hat einen direkten Einfluss auf das Kaufverhalten zur Folge. Die Industriebranche ist nach wie vor mit hohen Energiepreisen konfrontiert und die Finanzindustrie bekommt ebenfalls die Unsicherheiten der Märkte zu spüren.

In diesen herausfordernden Zeiten ist es Aufgabe der Politik, die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen, um die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft zu stärken. Die DP wird auch in Zukunft die Weichen für eine starke Wirtschaft stellen, um Arbeitsplätze und Wohlstand unseres Landes zu sichern.

Für die DP dürfen die aktuell herausfordernden Zeiten nicht dazu führen, dass die großen Themen unserer Zeit in den Hintergrund geraten. Das Erreichen der Klimaneutralität bis 2050 und des Emissionsreduktionsziels von 55% bis 2030 verlangen große Anstrengungen von Wirtschaft und Gesellschaft. Die DP ist davon überzeugt, dass das Erreichen dieser Ziele unabdingbar

ist, um den kommenden Generationen eine lebenswerte Lebensgrundlage zu sichern. Die DP setzt alles daran, die notwendige Transition hin zur CO₂-Neutralität mit einer Stärkung der Wirtschaft und Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu verbinden.

Das zweite große Thema unserer Zeit ist die digitale Revolution, die Wirtschaft und Gesellschaft fundamental verändern wird. Wie wir mit digitalen Technologien, besonders der künstlichen Intelligenz, umgehen, wird entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität unserer Wirtschaft von morgen. Die DP wird daher den Unternehmen aktiv dabei helfen, sich die digitalen Technologien zu Nutze zu machen und insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, die nötigen Hilfestellungen bieten, um auf den digitalen Zug aufzuspringen.

MINISTERIUM FÜR MITTELSTAND, FREIBERUFLER UND UNTERNEHMERTUM SCHAFFEN

Kleine und mittlere Unternehmen bilden das Rückgrat unserer Wirtschaft. Gleichmaßen sind Menschen, die sich trauen, neue Wege zu gehen, eine Idee in die Tat umzusetzen und ein eigenes Unternehmen zu gründen, unverzichtbar für unser Land. Die DP möchte den Unternehmergeist zusätzlich fördern und den Stellenwert der Freiberufler deutlich stärken. Zu diesem Zweck soll die zurzeit im Wirtschaftsministerium angesiedelte Generaldirektion "Mittelstand" zu einem eigenen Ministerium ausgeweitet werden, welches ebenfalls die Bereiche Freiberufler und Unternehmertum umfasst.

FÜR EIN SOZIALLIBERALES UND KLIMANEUTRALES WIRTSCHAFTSMODELL

Die DP bekennt sich zu einem sozialliberalen und klimaneutralen Wirtschaftsmodell. Um Klimaneutralität zu erreichen, müssen die Prinzipien der Kreislaufwirtschaft fest in der Wirtschaft verankert werden. Gleichzeitig hat die DP Vertrauen in die Innovationsfähigkeit der Unternehmen und steht für eine gezielte Förderung von neuen Technologien, die dazu beitragen, das Ziel der Klimaneutralität zu

erreichen. Für die DP heißt Klimaneutralität nicht automatisch Verzicht. Stattdessen plädiert die DP für ein klimaneutrales Wirtschaftswachstum, das den Ressourcenverbrauch von der wirtschaftlichen Entwicklung entkoppelt und somit Ökologie und Ökonomie miteinander verbindet. Gleichzeitig wird klimaneutrales Wachstum zum Wohlstand der Bürger unseres Landes beitragen und den Sozialstaat absichern.

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT UND PRODUKTIVITÄT STEIGERN

Das wirtschaftliche Erfolgsmodell Luxemburgs basiert auf hoher Produktivität. Laut dem IMD Competitiveness Index liegt Luxemburg 2023 auf dem 20. Rang weltweit. Die Arbeitsproduktivität stagniert allerdings seit Jahren, wenn auch auf sehr hohem Niveau. Produktivitätssteigerung ist ein wichtiges Instrument, um unser Wachstumsmodell qualitativ statt rein quantitativ zu gestalten. Für die DP dürfen Produktivitätszuwächse nicht auf Kosten sozialer Errungenschaften gehen, wie beispielsweise dem Indexmechanismus, sondern müssen durch das Ergreifen neuer Chancen entstehen. Diese bestehen vor allem aus einer zunehmenden Digitalisierung, dem Nutzen von künstlicher Intelligenz, einer stärkeren bürokratischen Vereinfachung und der Flexibilisierung von Arbeitszeiten im Sinne von Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Um die Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu stärken, gilt es Faktoren, die ausschlaggebend sind für die Attraktivität unseres Landes, stetig zu evaluieren und proaktiv zu begünstigen. Die DP wird daher komplementär zum Observatoire de la compétitivité eine Taskforce zur Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit einsetzen.

Das Triple-A-Rating Luxemburgs ist zentral für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und gilt es aufrechtzuerhalten.

Eine wettbewerbsfähige Unternehmensbesteuerung ist Kernelement der Wirtschaftspolitik der DP.

UNTERNEHMEN STEUERLICH ENTLASTEN

s. Kapitel Steuerpolitik

VERMÖGENSSTEUER FÜR UNTERNEHMEN REDUZIEREN

s. Kapitel Steuerpolitik

WIRTSCHAFTLICHE DIVERSIFIZIERUNG VORANTREIBEN

Der Finanzplatz erwirtschaftet in Luxemburg direkt rund 30% des BIPs. Indirekte Effekte sind hier nicht inbegriffen. Die DP steht klar hinter einer starken Finanzindustrie. Gleichzeitig gilt es die wirtschaftliche Diversifizierung unseres Landes voranzutreiben, um unsere Abhängigkeit von einem einzigen Wirtschaftszweig zu reduzieren. Die DP wird die Bemühungen, ganzheitliche Ökosysteme in prioritären Wirtschaftssektoren zu schaffen, weiter verstärken. Diese Bereiche sind unter anderem Logistik, Gesundheitstechnologie, Weltraumtechnologie oder auch die Datenwirtschaft. Zudem wird die DP unser Land als Wirtschaftsstandort für Unternehmen, die im Bereich künstliche Intelligenz tätig sind, etablieren. Zur wirtschaftlichen Diversifikation gehört auch Luxemburg als Industriestandort zu erhalten und zu stärken.

SOZIALDIALOG ALS TEIL DES LUXEMBURGISCHEN ERFOLGSMODELLS

Die erfolgreich abgeschlossenen Tripartiteabkommen der aktuellen Legislaturperiode belegen die Bedeutung des Luxemburger Sozialmodells in Krisenzeiten, um einvernehmliche Lösungen mit den Sozialpartnern zu finden. Für die DP ist die Tripartite ein fester Bestandteil des Erfolgsmodell Luxemburg.

Für die DP ist es unabdingbar, die Sozialpartner bei der Ausarbeitung von Gesetzprojekten im Vorfeld zu konsultieren, sollten diese davon unmittelbar betroffen sein.

AM INDEXMECHANISMUS FESTHALTEN

s. Kapitel Arbeitsrecht

MITTELSTÄNDISCHE UNTERNEHMEN UNTERSTÜTZEN

Kleine und mittlere Unternehmen generieren rund zweit Drittel der Wertschöpfung unseres Landes und beschäftigen 68% der Arbeitskräfte. Die DP wird die mittelständischen Unternehmen als wirtschaftliche Leistungsträger spürbar unterstützen und das Gesetz über staatliche Hilfen für KMUs

überarbeiten. Den 5. Nationalen Plan für KMUs, der in dieser Legislaturperiode in enger Zusammenarbeit mit der Branche ausgearbeitet wurde, wird die DP zügig umsetzen. Für die DP bedeutet eine gute Mittelstandspolitik, dass Regelungen an die Bedürfnisse kleinerer und mittlerer Unternehmen angepasst sein müssen. Die DP wird bei der Gesetzgebung systematisch das Prinzip „think small first“ anwenden und falls möglich KMU-Ausnahmen vorsehen. Bei den wichtigen Zukunftsthemen Energietransition und Digitalisierung wird die DP sich für praktische KMU-freundliche Lösungen einsetzen und die staatlichen Begleitmaßnahmen verstärken. Mittelständische Unternehmen zu fördern, heißt für die DP auch die öffentlichen Ausschreibungen KMU-freundlich zu gestalten und spezifische Weiterbildungen diesbezüglich anzubieten.

INDUSTRIE 4.0: NICHT NUR DIGITALISIERT, SONDERN AUCH KLIMAFREUNDLICH

Die Coronapandemie hat Europa vor Augen geführt, wie wichtig eine eigene Industrieproduktion in zentralen Bereichen ist, um Lieferengpässe in Krisensituationen zu vermeiden. Die DP wird Luxemburg als Industriestandort stärken. Für die DP ist die Industrie von morgen weitestgehend digitalisiert und energieeffizient. Eine hochmoderne Industrieproduktion soll neue Möglichkeiten für Luxemburg als Industriestandort eröffnen.

Eine klare und nachvollziehbare Standortpolitik ist unabdingbar, um ausländischen Investoren Planungssicherheit zu geben. Um in Zukunft Negativbeispiele, wie die gescheiterten Industrieprojekte von Fage und Knauf zu verhindern, wird die DP in einer ambitionierten Industriestrategie klare Kriterien für das Anwerben von neuen Industrieaktivitäten festlegen.

Mir der DP wird Luxemburg sich auf europäischer Ebene für eine europäische Industriestrategie einsetzen, die die Wettbewerbsfähigkeit Europas stärkt und wichtige industrielle Zukunftsfelder wie künstliche Intelligenz oder Blockchain fördert.

GENEHMIGUNGSVERFAHREN BESCHLEUNIGEN

Genehmigungsverfahren dauern in unserem Land schlichtweg zu lang. Die DP setzt sich das

Ziel, diese spürbar zu beschleunigen. Daher wird binnen eines Jahres nach Regierungsantritt eine detaillierte Analyse eventueller Blockaden in den Abläufen ausgearbeitet und daraus die notwendigen Schlussfolgerungen gezogen. Die DP wird Genehmigungsverfahren besser koordinieren und ein digitales Tracking der Verfahren ermöglichen. Bei jedem einzelnen Schritt wird geprüft, ob das Prinzip „silence vaut accord“ umsetzbar ist. Durch einen parallelen Ablauf verschiedener Verfahren soll zudem deutlich Zeit gewonnen werden.

Zudem wird die DP die Möglichkeit „vorläufiger Vorabgenehmigungen“ prüfen, wie dies in Deutschland bereits der Fall ist. Mit solchen Genehmigungen kann der Bauherr auf eigene Gefahr mit dem Bau beginnen, noch ehe die endgültigen Genehmigungen vorliegen.

BÜROKRATIE ABBAUEN

Viele Unternehmen klagen über die stetig zunehmende bürokratische Belastung. Zahlreiche Initiativen aus der Vergangenheit brachten jedoch oftmals nicht die gewünschte Entlastung. Um dem in Zukunft Abhilfe zu schaffen, wird die DP systematisch im Rahmen der Ausarbeitung von Gesetzesprojekten, die Verhältnismäßigkeit und Praktikabilität für Unternehmen im Vorfeld prüfen. Ein KMU-Check soll sicherstellen, dass gesetzliche Anforderungen KMUs nicht überproportional belasten.

Die bestehende Gesetzgebung soll zudem systematisch hinsichtlich ihrer Belastung für KMUs evaluiert und ggf. angepasst werden, beispielsweise durch eine Mittelstandsklausel, die die Anforderungen für kleinere Betriebe reduziert. Klare Bearbeitungsfristen, einen automatischen Informationsaustausch zwischen Verwaltungen sowie eine möglichst komplette digitale Bearbeitung in den Verwaltungen sollen gleichermaßen zur Entlastung der Betriebe beitragen.

STAATLICHE FÖRDERPROGRAMME FÜR UNTERNEHMEN AUSWEITEN

Die DP wird die kürzlich entschiedene Lockerung der europäischen Staatshilferegeln konsequent ausnutzen, um vor allem die energetische

Transition und Digitalisierung der Unternehmen voranzutreiben. Daher wird die DP die staatlichen Förderprogramme für Unternehmen ausweiten.

„GUICHET UNIQUE“ FÜR BETRIEBE AUSBAUEN

Die Regierung hat im Rahmen der Förderhilfen in der laufenden Legislaturperiode die Digitalisierung und den automatischen Informationsaustausch stark vorangetrieben und somit nicht nur die Bearbeitung der Förderanträge deutlich beschleunigt, sondern auch den Aufwand für Unternehmen reduziert. Ohne dies wäre die Auszahlung von 80.000 Anträgen an Coronahilfen an Unternehmen nicht möglich gewesen.

Die DP wird das Guichet unique für Betriebe ausbauen, so dass Betriebe in Echtzeit über den Bearbeitungszustand ihres Antrags informiert werden, sowie einen kompletten Überblick, in etwa über genehmigte Fördermittel und Niederlassungsgenehmigungen erhalten. Auch mit Hilfe künstlicher Intelligenz wird das Guichet unique zu einer realen Beratungsstelle.

NEUE IMPULSE GEGEN DEN FACHKRÄFTEMANGEL SETZEN

Die aktuell unsichere wirtschaftliche Situation, vor allem im Baugewerbe, hat bereits zu einer Verlangsamung des Arbeitskräftezuwachs in vereinzelt Branchen geführt. Diese Situation darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass mittelfristig weiterhin ein hoher Bedarf an Fachkräften besteht. Die zahlenmäßig starken Geburtenjahrgänge der Babyboom-Generation, die im Laufe der 2020er Jahre in Rente gehen, verstärken das Phänomen. Die DP ist überzeugt, dass die Zuwanderung von Arbeitskräften allein das Problem nicht lösen kann, besonders die Chancen von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz müssen ergänzend genutzt werden.

Die DP wird die „Talent attraction“-Strategie der Regierung durch branchenspezifische Fachkräftestrategien komplettieren, beispielsweise im Baugewerbe oder Gesundheitsbereich. Die DP setzt dabei auf darauf ausgerichtete Wirtschaftsmissionen und eine modernere Einwanderungsgesetzgebung.

Arbeitsgenehmigungs- und Visaprozeduren für benötigte Fachkräfte aus Drittstaaten sollen beschleunigt und transparenter gestalten werden. Zudem wird der Zugang vereinfacht, beispielsweise durch temporäre Genehmigungen und zusätzliche „Work and Travel Visa Agreements“ mit Drittstaaten, die beispielsweise bereits mit Kanada und Australien abgeschlossen wurden. Ein Onlineportal soll sämtliche Informationen für mögliche Bewerber sowie interessierte Unternehmen bündeln.

Das „Régime d'impatrié“ und die „Prime Participative“, die in der vergangenen Legislaturperiode eingeführt wurden, sind wichtige steuerliche Instrumente zur Anziehung von Talenten. Die DP wird diese beiden Maßnahmen in Zukunft noch attraktiver gestalten.

„PRIME PARTICIPATIVE“ WEITER STÄRKEN

s. Kapitel Steuerpolitik

ATTRAKTIVITÄT DES „RÉGIME D'IMPATRIÉ“ SICHERSTELLEN

s. Kapitel Steuerpolitik

STAATLICHE KOFINANZIERUNG DER WEITERBILDUNG IN UNTERNEHMEN STÄRKER UNTERSTÜTZEN

Die betriebliche Weiterbildung ist ein zentraler Eckpfeiler, um die Innovationskraft und Zukunftsfähigkeit Luxemburgs zu sichern. Die DP wird die betriebliche Weiterbildung in zukunftssträchtigen Bereichen, wie Digitalisierung und Nachhaltigkeit, zu einem höheren Prozentsatz staatlich kofinanzieren.

VON DER START-UP ZUR SCALE-UP

Ein positives Umfeld für Start-ups ist eine wichtige Voraussetzung, um Unternehmensgeist zu fördern. Aber nicht nur die Gründerphase stellt Jungunternehmer vor große Herausforderungen, auch die richtige Weichenstellung bei der Weiterentwicklung des Unternehmens („Scale-up“) entscheidet über Erfolg oder Misserfolg. In der laufenden Legislaturperiode wurde eine Roadmap zur Förderung des Start-up-Ökosystems von der Regierung ausgearbeitet.

Die DP wird diese Roadmap umsetzen, um Luxemburg als Start-up-Standort weiter zu stärken. Zudem wird die DP, ähnlich wie in Belgien, ein sogenanntes „Tax Shelter“-System einführen, um mittels steuerlicher Anreize für Investoren, Investitionen in Start-ups und Scale-ups zu fördern.

Um Start-ups, die im Bereich künstliche Intelligenz tätig sind, dabei zu unterstützen neue Produkte und Dienstleistungen anzubieten, werden eventuelle reglementarische Blockaden analysiert. Ein strenger Datenschutz muss hierbei stetig gewährleistet sein.

GENERATIONSWECHSEL IN UNTERNEHMEN BEGLEITEN

Zahlreiche Unternehmer der geburtenstarken Babyboomergeneration gehen in den kommenden Jahren in Rente. Dies wird zahlreiche Betriebe vor die Herausforderung einer adäquaten Nachfolgeregelung stellen. Um die Betriebe in der Vorbereitung einer Übergabe zu unterstützen, wird die DP ein spezifisches Förderprogramm (SME Package Transmission d'entreprise) auferlegen. Zudem wird die DP einen öffentlichen Investmentfonds auflegen, um Unternehmensnachfolgen besser zu begleiten. Ziel eines solchen Fonds ist es, die Zukunft mittelständischer Unternehmen zu sichern und diesen zu ermöglichen, mittel- bis langfristig ihre finanzielle Autonomie zurückzugewinnen. Ein solcher Fonds soll über mehrere Mechanismen intervenieren können: Teilhabe am Kapital, Gewinnbeteiligung oder eine Garantie. Parallel dazu soll die SNCI neue Produkte entwickeln, um die Unternehmensübergabe besser zu begleiten.

PRINZIP DER ZWEITEN CHANCE FÜR UNTERNEHMER STÄRKEN

Im neuen Niederlassungsrecht wurde erstmals das Anrecht auf eine zweite Chance für Unternehmer, die bereits einmal Insolvenz anmelden mussten, verankert. Auch der im Moment in der Abgeordnetenkommission diskutierte Gesetzesentwurf über das Konkursrecht wird dazu beitragen, Unternehmern, die nochmals neu starten wollen, eine neue Chance zu geben. Die DP wird die Entwicklung dieser beiden

wichtigen Neuerungen genau verfolgen, und gegebenenfalls die Gesetzgebung weiter anpassen.

NEUE TECHNOLOGIEN, FORSCHUNG UND INNOVATION FÖRDERN

Die DP sieht den Staat als Innovationstreiber und wird daher Innovation und den Einsatz modernster Technologien fördern. Die Potenziale der Digitalisierung, vor allem auch die vielfältigen Möglichkeiten der künstlichen Intelligenz, sollen konsequent genutzt werden.

Luxemburg braucht auch weiterhin eine gezielte Förderung der Forschung durch die öffentliche Hand. Die Ausrichtung der öffentlichen Forschung muss dabei mit den Zielen der Diversifikationspolitik unseres Landes übereinander stimmen. Die Reform des Gesetzes bezüglich der Innovationsförderhilfen hat den Zugang für kleinere und mittelgroße Unternehmen zu diesen Beihilfen deutlich vereinfacht. Um die Kluft zwischen privaten und öffentlichen Forschungsinvestitionen weiter zu verringern, müssen Innovationen besonders in KMUs konsequent unterstützt werden.

Die DP wird daher steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten für Investitionen in Nachhaltigkeit und Digitalisierung einführen. Die DP wird zudem den Staat als bedeutenden Abnehmer von Produkten und Dienstleistungen im Rahmen von Auftragsvergaben stärker in die Pflicht nehmen. Die öffentliche Beschaffung wird so ausgerichtet werden, dass sie vornehmlich auf Innovation, Kreislaufwirtschaft und klimafreundliche Nachhaltigkeit setzt.

ZUSÄTZLICHE ANREIZE FÜR INVESTITIONEN IN NACHHALTIGKEIT UND FORSCHUNG

s. Kapitel Steuerpolitik

ELEKTRONISCHE RECHNUNGEN FÜR B2B UND B2C

s. Kapitel Digitalisierung und Medien

DEKARBONISIERUNG DER WIRTSCHAFT VORANTREIBEN

Die europäische Union hat sich dazu verpflichtet,

die CO₂-Emissionen bis 2030 gegenüber 2005 um 55% zu senken, mit dem Ziel 2050 die Klimaneutralität zu erreichen. Gerade kleine und mittelständische Unternehmen bedürfen im Rahmen der ökologischen und energetischen Transition Begleitmaßnahmen, um sich auf die neuen Rahmenbedingungen einzustellen und ihre Wettbewerbsfähigkeit international sicherzustellen.

Neben einer Anreizpolitik für klimafreundliche Investitionen mittels gezielter staatlicher Förderprogramme, benötigen Unternehmen eine konkrete Hilfestellung im Alltag. Der neu geschaffene Klimapakt für Betriebe ist hierbei ein wichtiger Akteur. Die DP wird im Rahmen des Klimapakts für Betriebe konkrete sektorielle Aktionspläne mit den Klimapaktpartnern ausarbeiten und ein personalisiertes Beratungsangebot für KMUs schaffen.

Die DP wird zudem ein Observatorium zur technologischen Marktbeobachtung schaffen, um denen verschiedenen Branchen einen Überblick über die neusten Standards in ihrem Aktivitätsfeld zu geben. Zudem werden „Testlabore“ entstehen, in denen die Unternehmen neue umweltfreundliche und digitale Technologien nach dem Prinzip „Test before you invest“ austesten können.

Wohn- und Gewerbegebäude sind für einen hohen Anteil der CO₂-Emissionen verantwortlich. Die DP wird Unternehmen durch Förderprogramme gezielt bei der energetischen Sanierung ihres Gebäudebestands unterstützen. Die neuen Möglichkeiten, die das europäische Staatshilferecht für klimafreundliche Investitionen gibt, wird die DP konsequent nutzen. Förderprogramme im Bereich der Energieeffizienz, Forschung und Umweltschutz werden neu aufgebaut oder erweitert. Die Förderprogramme zur Elektrifizierung des Fuhrparks sowie der Installation von elektrischen Ladestationen wird die DP weiterführen.

Die DP wird zudem die Dekarbonisierung der Industrie in enger Absprache mit der Industriebranche weitertreiben.

Bei öffentlichen Ausschreibungen wird die DP Nachhaltigkeitskriterien fest verankern. Gleichzeitig werden Begleitangebote für KMUs

geschaffen, damit sie sich auf diese neuen Anforderungen einstellen können.

CARBON CAPTURE STORAGE AND USE (CCSU)

s. Kapitel Nachhaltigkeit

RESSOURCEN SCHONEN, KREISLAUFWIRTSCHAFT FÖRDERN

s. Kapitel Nachhaltigkeit

DIGITALISIERUNG IM MITTELSTAND VORANTREIBEN

Mittelständische Unternehmen sind häufig derart mit ihrem Betriebsalltag beschäftigt, dass sie nicht die nötige Zeit finden, um sich genügend mit dem Thema Digitalisierung auseinanderzusetzen. Wichtige Initiativen, beispielsweise Letzshop, DigitalHandwerk oder das Förderprogramm SME Package Digitalisierung, tragen bereits ihre Früchte. Um die KMUs von den Vorteilen einer realen Datenwirtschaft und den vielfältigen Möglichkeiten der künstlichen Intelligenz profitieren zu lassen, müssen die Anstrengungen verstärkt werden. Die DP wird daher im Haut Comité PME eine Digitalisierungsstrategie für den Mittelstand erarbeiten.

Das Thema Cybersicherheit ist bei vielen Unternehmen ein bislang unterschätztes Thema, dabei sind Cyberattacken ein reales Risiko. Besonders anfällig sind KMUs. Die DP wird daher ein neues Förderprogramm SME Package Cyber Security auferlegen, um kleine und mittlere Betriebe bei Maßnahmen zu Cybersicherheit zu unterstützen.

LUXEMBURGER ONLINE-HANDEL STÄRKEN

s. Kapitel Digitalisierung und Medien

AKTIVITÄTSSZONEN ERSCHLIESSEN UND SCHLÜSSELFERTIGE GWERBEGBIETE ANBIETEN

Gerade mittelständische Unternehmen beklagen zunehmend den Mangel an Gewerbeflächen, um ihre Aktivitäten weiterzuentwickeln. 2021 wurde der sektorielle Plan „Aktivitätszonen“ angenommen, um die verfügbaren Flächen zu

erweitern. Die DP wird eine Kommission damit beauftragen, die dafür notwendigen Grundstücke schnell zu erwerben und die notwendigen Genehmigungsverfahren und Impactstudien rasch zu durchlaufen. Zudem wird die DP eine Verdichtung der bestehenden Aktivitätszonen anstreben und stärker auf eine Bündelung von Einrichtungen (beispielsweise Parkraum) setzen, um die Zonen möglichst effizient zu organisieren. Die DP wird zudem einen Kataster von allen Aktivitätszonen erstellen, um einen zentralen Überblick über die Verfügbarkeit von Flächen zu erhalten. Das Konzept der Kreislaufwirtschaft soll systematisch auf Aktivitätszonen appliziert werden.

Die DP will ein Angebot an quasi schlüsselfertigen Grundstücken für unterschiedliche Aktivitäten (Handel, Handwerk, Industrie) in den Gewerbegebieten schaffen. Für diese Grundstücke sollen gemeinsam mit den Gemeinden im Vorfeld verschiedene Prozeduren durchgeführt werden, die unabhängig von den spezifischen Merkmalen des potenziell anzusiedelnden Unternehmens sind. Dies spart den Unternehmen wertvolle Zeit.

Der Idee von grenzüberschreitenden Aktivitätszonen steht die DP offen gegenüber.

SELBSTSTÄNDIGKEIT WERTSCHÄTZEN UND GLEICHSTELLUNG MIT BESCHÄFTIGTEN HERSTELLEN

s. Kapitel Arbeit

ARBEITSZEITEN IM INTERESSE VON ARBEITNEHMERN UND ARBEITGEBERN FLEXIBEL GESTALTEN

s. Kapitel Arbeit

DEZENTRALE ARBEITSPLÄTZE FÖRDERN - REGIONALE CO-WORKING-SPACES SCHAFFEN

s. Kapitel Landesplanung

ÖFFNUNGSZEITEN DES EINZELHANDELS LIBERALISIEREN

Die DP wird die Öffnungszeiten im Einzelhandel liberalisieren und eine generelle Sonntagsöffnung ermöglichen, ohne dass diese über eine Ausnahmeregel angefragt werden muss.

FREIE ZULIEFERERWAHL FÜR DEN HANDEL DURCHSETZEN

Die DP wird sich weiterhin auf EU-Ebene für eine freie Zuliefererwahl für den Handel einsetzen. Die vertragliche Verpflichtung, Produkte über bestimmte Zwischenhändler zu beziehen, führt zu Preissteigerungen auf dem luxemburgischen Markt und verstößt gegen das Prinzip eines gut funktionierenden EU-Binnenmarktes.

SITUATION IN DER BAUBRANCHE VERFOLGEN UND NOTFALLS WEITERE MASSNAHMEN ERGREIFEN

Die Zinspolitik der europäischen Zentralbank zur Bekämpfung der Inflation hat indirekt eine deutliche Verlangsamung der Bauaktivitäten insbesondere im Wohnimmobilienmarkt zur Folge. In der Baubranche sind rund 3.700 Unternehmen mit über 55.000 Beschäftigten tätig. Die Regierung hat einen Maßnahmenkatalog verabschiedet, um Arbeitslosigkeit zu verhindern und Bauaktivitäten aufrechtzuerhalten.

Für die DP ist eine Stütze der Baubranche zentral, um sicherzustellen, dass dringend benötigter Wohnraum geschaffen wird und künftig genügend Fachkräfte vorhanden sind um Klimamaßnahmen, wie der Bau von Photovoltaikanlagen und Altbausanierung, umzusetzen. Die DP wird die Lage der Baubranche genau beobachten und falls nötig binnen kürzester Zeit neue Maßnahmen treffen.

HANDWERKERHOF SCHAFFEN

Erschwingliche und geeignete Gewerbeflächen sind insbesondere für Junghandwerker schwer zu finden. Die DP wird daher einen Handwerkerhof schaffen, der es Handwerksbetrieben ermöglicht in Mehrzweckhallen gemeinschaftlich tätig zu sein und von Synergien zu profitieren.

SOZIALE VERANTWORTUNG VON UNTERNEHMEN (CSR) FÖRDERN

Eine nachhaltige Entwicklung eines Unternehmens ist unabdingbar, um einen

langfristigen unternehmerischen Erfolg zu sichern. Laut einer Studie der luxemburgischen Handelskammer haben lediglich 12% der Unternehmen eine eigene CSR-Strategie, auch wenn viele Unternehmen dieses Ziel verfolgen (23% sind in der Umsetzungsphase, 39% bei der Planung). Bereits in der aktuellen Legislaturperiode wurden spezifische Förderprogramme in diesem Bereich eingeführt. Die DP wird, in enger Zusammenarbeit mit dem von den Berufskammern neu gegründeten House of Sustainability, die Begleitung von Unternehmen im Bereich CSR verstärken.

SOZIAL- UND SOLIDARWIRTSCHAFT ALS ALTERNATIVE ZUR ASBL FÖRDERN

Die Sozial- und Solidarwirtschaft hat mittlerweile einen festen Platz in der Unternehmenslandschaft. Die Rechtsform der SIS (société d'impact social) hat sich etabliert. Gegenwärtig sind noch viele Akteure der Sozial- und Solidarwirtschaft unter der Rechtsform einer Vereinigung ohne Gewinnzweck (ASBL) tätig. Diese Rechtsform ist allerdings häufig nicht angemessen für die ausgeübten Aktivitäten und birgt ein hohes persönliches Haftungsrisiko für Verwaltungsratsmitglieder. Die DP wird eine Sensibilisierungskampagne starten, um die betroffenen Akteure von den Vorteilen einer SIS zu überzeugen und eine konkrete Begleitung anbieten im Fall einer Änderung der Rechtsform.

LANGFRISTIGE WIRTSCHAFTS- STRATEGIEN KOHÄRENTER GESTALTEN

In der Vergangenheit wurden immer wieder Initiativen gestartet, um langfristige Wirtschaftsstrategien auszuarbeiten. Um in Zukunft zu verhindern, dass in jeder Legislaturperiode ein neuer Anlauf unternommen wird, wird die DP in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsvertretern die Ausarbeitung und die Begleitung dieser Zukunftsstrategien vom Wirtschaftsministerium in eine unabhängige Institution auslagern.

Die Bedeutung des Tourismus geht weit über die wirtschaftliche Aktivität der Tourismusindustrie hinaus. So ist der Tourismus ein zentraler Treiber für Regionen, die lokale Wirtschaft und die Menschen vor Ort. Aus diesen Gründen ist eine zielorientierte Tourismuspolitik wichtig, die die positiven Aspekte des Tourismus unterstützt und den Tourismusakteuren hilft, die Herausforderungen der Zukunft anzugehen. Die DP setzt auf eine Tourismuspolitik, die einerseits den Qualitätstourismus fördert und andererseits einen klaren Mehrwert für die Bevölkerung, die Regionen und die einheimische Wirtschaft bringt. Dabei werden ganz bewusst, die thematischen Stärken weiter ausgebaut, wie Gedenktourismus, Önotourismus, Aktivtourismus (Wandern- und Radfahren), Kulturtourismus oder Kulinarik. Dabei soll das Thema Nachhaltigkeit in sämtlichen Bereichen als durchgängiger Faden stets mitgedacht werden.

Die Professionalisierung der Tourismuspolitik wurde in der laufenden Legislaturperiode deutlich vorangetrieben, in etwa durch die Ausarbeitung einer Freizeit- und Businessstrategie. Gleichzeitig wurden konkrete Projekte angestoßen, wie etwa den Kauf und die Instandsetzung des historischen Schiffs „MS Marie-Astrid“ – berühmt als Ort an dem die Schengener Verträge unterzeichnet wurden, der Erstellung eines Architektenentwurfs von „Glamping Cabins“ („Tiermchen“), die als ausgefallenes Übernachtungskonzept von sämtlichen AkteurInnen quer im Land genutzt werden können oder den Start der „Visit Luxembourg“-App, die sämtliche touristische Angebote im Land bündelt.

FREIZEIT- UND BUSINESSSTOURISMUSSTRATEGIE KONSEQUENT UMSETZEN

In der laufenden Legislaturperiode wurde erstmalig detaillierte partizipativ ausgearbeitete Tourismusstrategien mit konkreten Handlungsmaßnahmen entwickelt. Die DP wird

diese konsequent umsetzen, um Luxemburg als nachhaltige und qualitativ hochwertige Tourismusdestination weiterzuentwickeln, die auch einen Mehrwert für die Menschen vor Ort schafft.

QUALITÄT STATT MASSE

Die Tourismuspolitik der DP steht für Qualität und peilt keinen Massentourismus an. In der laufenden Legislaturperiode wurde der Fokus der hiesigen Tourismuspolitik deutlich stärker auf Nahmärkte, wie die Niederlande, Deutschland, Frankreich und Belgien gelegt. Diese Zielgruppen sind nicht nur im Sinne eines nachhaltigen Inlandtourismus interessant, sondern ihre Verweildauer ist auch deutlich länger als beispielsweise diejenige von Ferntouristen, die oftmals nur wenige Stunden im Land verbleiben. In den Fernmärkten soll auch in Zukunft nur sehr gezielt, Touristen angeworben werden, beispielsweise im nordamerikanischen Raum die Promotion des Gedenktourismus zur Erinnerung an den 2. Weltkrieg.

NACHHALTIGKEIT ALS DURCHGÄNGIGEN FADEN

Mit den Nachhaltigkeitslabels „Ecolabel“ und „Green Business Events“ setzt Luxemburg klar auf das Thema Nachhaltigkeit. Auch verschiedene prioritäre touristische Schwerpunkte, wie beispielsweise der Aktivtourismus, spiegeln die Priorisierung von Nachhaltigkeit in der Tourismuspolitik wider. Für die DP ist allerdings klar, dass das Thema Nachhaltigkeit sich durchgehend durch die gesamte Tourismusstrategie ziehen muss, das gilt von den anvisierten Zielgruppen (Nah- vs. Fernmärkte), zur Förderung des einheimischen Tourismus bis hin zu einem respektvollen Umgang mit der Natur. Die DP wird daher für Luxemburg als globale Destination eine Nachhaltigkeitszertifizierung anstreben.

REGIONEN STÄRKEN

Die Hauptstadt ist ohne Zweifel ein starker touristischer Magnet. Die einzelnen Regionen mit ihren jeweiligen Besonderheiten haben allerdings touristisch genauso viel zu bieten. Die DP will die Regionen touristisch stärken und ihre Individualität hervorstreichen. Um dies zu tun, sollen eine stärkere Vernetzung und touristische Angebote, die Regionen miteinander verknüpfen, gefördert werden. Zudem wird die DP, ähnlich dem erfolgreichen Vorbild des ORT Éislek, den regionalen Tourismusverbänden eine bessere Einbindung in das GIE Luxembourg for Tourism anbieten. Dies wird es den Tourismusverbänden erlauben, von zahlreichen Synergien zu profitieren, ohne allerdings ihre Autonomie und Gestaltungsfreiheit zu verlieren.

GEDENKTOURISMUS ALS REISE IN DIE VERGANGENHEIT FÖRDERN

Die DP wird gedenktouristische Produkte weiterentwickeln und verstärkt für neue Generationen erlebbar machen. Die Grundpfeiler des luxemburgischen Gedenktourismus sind die Erinnerung an den 2. Weltkrieg, die Konstruktion der europäischen Union als Friedensprojekt sowie die Industrialisierung des Landes mit der Eisen- und Stahlindustrie. Wichtige Projekte wurden in dieser Legislaturperiode begonnen: beispielsweise die internationale „Liberation Road“, welche europäische Gedenkstätte an den 2. Weltkrieg miteinander verbindet, oder der Kauf und die historische Restaurierung der „MS Marie-Astrid“ als Ort, an dem die Schengener Verträge unterzeichnet wurden. Die DP wird diese Projekte weiterführen und die notwendigen Mittel dafür zur Verfügung stellen. Die „MS Marie-Astrid“ wird ihren festen Ankerplatz in Schengen erhalten und zu einer führenden Attraktion im Osten des Landes werden.

KONSEQUENT IN DEN TOURISMUS INVESTIEREN

Um die Lebens- und Aufenthaltsqualität zu stärken, bedarf es einer starken Investitionspolitik im Tourismus. Im 11. Fünfjahresinfrastrukturplan, der kürzlich von der Abgeordnetenkammer verabschiedet wurde, wurden die finanziellen Mittel von 60 Millionen Euro auf 70 Millionen

Euro erhöht. Die DP bekennt sich zu einer starken Investitionspolitik im Tourismus, die zur Stärkung der Regionen beiträgt.

NACHHALTIGES HOTELPROJEKT IN LULTZHAUSEN REALISIEREN

Für die DP sind Wasser- und Umweltschutz einerseits, und Tourismus andererseits vereinbar. Deshalb wurde in der laufenden Legislaturperiode eine Machbarkeitsstudie für ein Hotelprojekt in Lultzhausen in Stauseenähe in Auftrag gegeben. Die DP wird ein solches Hotelprojekt mit klaren Umweltauflagen ausschreiben, um so ein Vorzeigemodell für umweltfreundliche Übernachtungsstrukturen mit einem Akzent auf sogenannten „Slow Tourism“ zu schaffen.

ANGEBOT VON „RENT A BIKE“ BESSER KOORDINIEREN UND AUSBAUEN

Soziale Beschäftigungsinitiativen leisten eine herausragende Arbeit, um ein gutes „Rent a Bike“-System in den Regionen anzubieten. Die DP wird den Initiativen die nötigen Mittel zur Verfügung stellen, um die unterschiedlichen regionale Angebote besser aufeinander abzustimmen und ein flächendeckendes Angebot anzubieten. Eine Onlinebuchbarkeit wird in enger Zusammenarbeit mit den Initiativen angestrebt.

AKTIVTOURISMUS WEITERENTWICKELN

Der Aktivtourismus ist ein Pfeiler der nationalen Tourismusstrategie. Große Fortschritte wurden in der vergangenen Legislaturperiode gemacht, um die Erlebnisqualität im Aktivtourismus zu erhöhen. Die Region Ösling ist beispielsweise die erste europäische Wanderregion die das Prädikat „Leading Quality Region – Best of Europe“ von der europäischen Wandervereinigung erhalten hat. Die DP wird das nationale Wandernetz weiter verbessern und auch den Unterhalt (beispielsweise Freischneiden und Mähen) der Qualitätswanderwege sicherstellen. Auch das Wegemanagement (Markierung und Beschilderung) muss ausgebaut und bei Bedarf verbessert werden.

Die Entwicklung des Radtourismus hat in der laufenden Legislaturperiode Fahrt aufgenommen.

Initiativen wie der Vélosommer tragen dazu bei, Luxemburg als Fahrradland zu positionieren. Die DP wird sich für eine konsequente Weiterentwicklung des Radtourismus einsetzen und ein gutes ganzheitliches Tourenangebot für Radfahrer schaffen. Zudem werden die Gemeinden dabei unterstützt, Anbindungen an das nationale Radwegnetz zu bauen sowie für Radfahrer wichtige Infrastrukturen anzubieten, beispielsweise Gepäckaufbewahrung oder Fahrradaufpumpstationen.

EINHEIMISCHE UND GRENZGÄNGER ALS ZIELGRUPPE FÜR TOURISMUS ETABLIEREN

Der Übernachtungsgutschein, den die Regierung in der Coronapandemie, Einheimischen und Grenzgängern angeboten hat, um Beherbergungsbetriebe zu unterstützen, hat dem Inlandstourismus einen regelrechten Aufschwung beschert. Die DP wird durch gezielte Aktionen auch in Zukunft auf einen Inlandstourismus setzen, der den Menschen, die hier leben und arbeiten, das Land und seine Kultur näherbringen.

WEINREGION ERLEBBAR MACHEN

Die Moselgegend ist weit über die Landesgrenzen hinaus als exzellente Weinregion bekannt. Zahlreiche Events tragen bereits zur Vermarktung der hiesigen Weine bei. Die DP wird in Zukunft in enger Zusammenarbeit mit den Winzervereinigungen die Kellereien und auch die Winzer stärker in den touristischen Fokus rücken und so authentische Erlebnisse für Touristen schaffen, die gleichzeitig einen realen Mehrwert für die Weinkultur mit sich bringt.

So werden wir einerseits einen klaren legalen Rahmen für die „Wäistuff“ sowie die „salle de dégustation“ beim Winzer schaffen. Andererseits werden wir prüfen, inwiefern die Einrichtung von „Chambres d’hôte“ unter genauen Bedingungen ermöglicht werden kann.

ANGEBOT VON BARRIEREFREIEM TOURISMUS ERWEITERN

Das Eurewelcome-Label ist ein wichtiges Instrument, um barrierefreie Angebote zu

fördern. Die DP wird sich dafür einsetzen, dass ein möglichst breites barrierefreies touristisches Angebot besteht, das den unterschiedlichen Bedürfnissen der Menschen entspricht. Für die DP ist Barrierefreiheit ein Qualitätsmerkmal und wird das Thema bei der touristischen Weiterentwicklung in allen Bereichen mitdenken.

Touristische Sehenswürdigkeiten welche nicht barrierefrei gestaltet werden können, sollen über Digitalangebote besuchbar gemacht werden. Bei wichtigen Denkmälern sollen Tast-Modelle für Sehbehinderte aufgestellt werden.

BUSINESSTOURISMUS ALS TREIBER FÜR DEN WIRTSCHAFTSSTANDORT

Der Businessstourismus kann durch eine proaktive Gestaltungspolitik dazu beitragen, prioritäre Wirtschaftskluster zu entwickeln und den Wirtschaftsstandort Luxemburg zu stärken. Die Gründung des GIE „Luxembourg Convention Bureau“ in der laufenden Legislaturperiode war eine wichtige Etappe, um die Entwicklung des Businessstourismus in Luxemburg strategisch und systematisch anzugehen. Diese Politik zeigt erste Früchte: Innerhalb von drei Jahren hat Luxemburg 20 Plätze im ICCA-Ranking gut gemacht und befindet sich damit auf Rang 54 der wichtigsten Kongressstandorte weltweit (2021).

Die DP ist davon überzeugt, dass der Businessstourismus zu einem realen Motor der Diversifizierung und der Stärkung prioritärer Wirtschaftsbranchen weiterentwickelt werden muss. Internationale Veranstaltungen können nämlich sowohl zur Vermittlung von Knowhow und Innovation als auch zur Standortentwicklung beitragen. Die DP wird daher, konsequent internationale Veranstaltungen fördern, die einen Mehrwert für die Wirtschaft schaffen.

Gleichzeitig stärkt der Businessstourismus die lokale Tourismusindustrie, insbesondere die Horeca-Branche. In der Tat gibt ein internationaler Teilnehmer an einem Business Event im Schnitt 594 Euro am Tag aus. Zudem werden durch den Businessstourismus jährlich 332.000 Übernachtungen generiert (2021). Demnach ist die Bedeutung des Businessstourismus eine doppelte: Stärkung der strategischen Wirtschaftsentwicklung

unseres Landes und Stärkung der lokalen Tourismusindustrie. Aus diesen Gründen wird die DP einen nachhaltigen und qualitativ hochwertigen Businessstourismus fördern, der einen realen Mehrwert schafft.

GREEN BUSINESS EVENTS ALS NEUE NORMALITÄT ETABLIEREN

In der laufenden Legislaturperiode wurde das Logo „Green Business Events“ ausgearbeitet, um Businessveranstaltungen möglichst umweltfreundlich zu gestalten, von der Anreise bis hin zum Catering. Die DP wird sich dafür einsetzen, dass nachhaltige Veranstaltungen in Zukunft zur Normalität werden sowie die Zertifizierung von Veranstaltungsorten mit Nachhaltigkeitslabeln unterstützen.

BLEISURE – BUSINESS UND FREIZEIT MITEINANDER VERBINDEN

Die Wortzusammensetzung Bleisure (Business und Leisure) steht für die Kombination aus Business- und Freizeitaufenthalt. Die DP wird aktiv fördern, dass Angebote für Businessstouristen geschaffen werden, um ihren Aufenthalt zu verlängern und in diesem Konzept besonders auch die Regionen des Landes eingebunden werden. Dies fördert die lokale Tourismusindustrie insbesondere im ländlichen Raum.

AKTEURE REGELMÄSSIG ZUSAMMENBRINGEN

Luxemburg als Businessdestination weiterzubringen, ist nur möglich, wenn alle Akteure an einem Strang ziehen. Die DP wird daher ein jährliches Businessstourismusforum organisieren, um neue Ideen zu entwickeln und das Networking zwischen Partnern zu fördern. Diese Foren sollen auch für Weiterbildung genutzt werden.

GESCHÄFTSTOURISMUS IN SEKTORIELLE WIRTSCHAFTSSTRATEGIEN INTEGRIEREN

In vielen Wirtschaftsbereichen werden kontinuierlich neue Strategien entwickelt. Die DP

wird dafür Sorge tragen, dass diese Strategien den Geschäftstourismus systematisch mitdenken und damit eine ganzheitliche Standortpolitik verfolgen.

ZUGANG ZU NEUEN TECHNOLOGIEN ERMÖGLICHEN

Veranstaltungsorte müssen zunehmen in Digitalisierung und neue Technologien investieren, um neuen Entwicklungen Rechnung zu tragen. Die DP wird mittels des LCB (Luxembourg Convention Bureau), den Veranstaltern Zugang zu neuesten Entwicklungen und Trends im Bereich digitaler Innovationen geben. Zudem sollen Investitionen in digitale Infrastrukturen gezielt gefördert werden.

NEUES NATIONALES KONGRESSZENTRUM (LUXEXPO) IN KIRCHBERG BAUEN

Die Bedürfnisse an internationale Kongresszentren haben sich in den vergangenen Jahren deutlich gewandelt. Die aktuellen Luxexpohallen tragen dem internationalen Trend von Confex-Aktivitäten (Kombination aus Konferenzen und Ausstellungen) nur beschränkt Rechnung. Die DP wird ein neues nationales Kongresszentrum errichten, das nicht nur den internationalen Standards entspricht, sondern auch eine Hotelstruktur, eine Konzerthalle sowie angrenzende Geschäfte entstehen lassen, um einen lebendigen Ort des Austauschs und Begegnens schaffen.

OBSERVATORIUM FÜR BUSINESS EVENTS GRÜNDEN

Um konkret den Nutzen von Business Events zu evaluieren und sicherzustellen, dass die richtigen strategischen Weichen gestellt werden, wird die DP gemeinsam mit den Akteuren aus der Branche ein Observatorium für Business Events gründen. Die Hauptmission wird sein, die Entwicklung der Branche kritisch zu begleiten, und sowohl quantitativ als auch qualitativ die Fortschritte der Businessstourismusstrategie zu erfassen und zu evaluieren.

14

HOCHSCHULE UND FORSCHUNG INNOVATIONSTANDORT LUXEMBURG AUSBAUENUNTERNEHMEN

Die DP wird die luxemburgische Hochschullandschaft qualitativ weiterentwickeln und der öffentlichen Forschung weiterhin einen finanziellen, gesetzlichen und infrastrukturellen Rahmen bieten, um internationale Exzellenz, wie auch der Nutzen für unsere Gesellschaft sicherzustellen.

„SCHOOLS“ FÜR DIE AUSBILDUNG ZUKÜNFTIGER FACHKRÄFTE

Die Universität Luxemburg feiert 2023 ihr 20-jähriges Bestehen und kann auf eine erfolgreiche Entwicklung zurückblicken. Um auch weiterhin allen gesellschaftlichen Ansprüchen gerecht zu werden und internationalen Qualitätsstandards zu entsprechen, wird die DP die Struktur der Universität weiterentwickeln. Um in wichtigen Bereichen ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte (zum Beispiel Medizin und Gesundheitsberufe, Lehrer und Sozialpädagogen) auszubilden, schlägt die DP die Schaffung von universitätsinternen „Schools“ vor (Medical-School, Educational School).

ANGEBOT AN FORSCHUNGSZENTREN AUSBAUEN

Weitere universitätsinterne Forschungszentren „Centre interdisciplinaire“ werden geschaffen, so zum Beispiel in den Themenbereichen der nachhaltigen Entwicklung und des europäischen Rechts. Die DP wird den Campus auf Belval weiter ausbauen, um dem Bedarf an Infrastrukturen der Universität sowie der unterschiedlichen Forschungszentren gerecht zu werden. Auch auf Kirchberg wird ein moderner Campus entstehen, um die in Luxemburg Stadt verbleibenden Abteilungen der Universität zu beherbergen.

LUXEMBOURG UNIVERSITY COMPETENCE CENTER

Das Luxembourg University Competence Center wird als Anbieter universitärer Weiterbildungskurse ausgebaut. In dem Kontext wird ein gesetzlicher Rahmen für sogenannte „Micro-credentials“ geschaffen. Neben den akademisch ausgerichteten BTS-Formationen wird die DP in Absprache mit den Berufskammern eine weiterführende Berufsausbildung schaffen.

TRANSFER-AGENTUR FÜR START-UPS UND SPIN-OFFS SCHAFFEN

Um den Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in die praktische Anwendung zu fördern, wird die DP eine Transfer-Agentur schaffen, welche Spinn-offs und Start-ups berät und begleitet. Auf dem Campus in Belval entstehen weitere Räumlichkeiten junge Unternehmen, welche die Nähe zur Forschung nutzen. Um ein attraktives Umfeld für Start-ups zu schaffen, wird die DP die Beteiligung der Universität im Kapital von Start-ups ermöglichen. Auch wird eine steuerliche Begünstigung für Investitionen in Start-ups geschaffen.

NATIONALE DATENAUSTAUSCH- PLATTFORM AUSBAUEN

Daten sind im 21ten Jahrhundert eine Ressource, die sehr unterschiedlich genutzt werden kann. Die DP wird die Nationale Datenaustauschplattform (PNED) weiter ausbauen, um die wissenschaftliche und wirtschaftliche Nutzung von Daten zu fördern, welche konform zu den nationalen und internationalen Datenschutzrichtlinien sind.

MEDIZINAUSBILDUNG AN DER UNIVERSITÄT LUXEMBURG AUSBAUEN

Die DP wird die Mediziner Ausbildung an der Universität Luxemburg schrittweise ausbauen. Nach Evaluierung der Bachelorausbildung in Medizin, wird die Universität ein entsprechendes Masterprogramm in enger Zusammenarbeit mit dem Gesundheitssektor anbieten. Auch weitere Spezialisierungen im Bereich der Medizin werden

nach Absprache mit dem Gesundheitsektor entwickelt.

CHANCEN DER PERSONALISIERTEN MEDIZIN NUTZEN

s. Kapitel Gesundheit

EIN KI-KOMPETENZZENTRUM GRÜNDEN

s. Kapitel Digitalisierung und Medien

15

DIGITALISIERUNG UND MEDIEN NEUE TECHNOLOGIEN IN DEN DIENST DER MENSCHEN STELLEN UND MEDIEN- PLURALISMUS BEWAHREN

Die DP sieht die Digitalisierung als große Chance für unsere Gesellschaft. Wir wollen die fortschreitende Digitalisierung in allen Lebensbereichen nutzen und den digitalen Wandel zu Gunsten der Menschen ausrichten. Die Vorteile der Digitalisierung sollen für jeden zugänglich sein. Deshalb wird die DP weitere Maßnahmen für die digitale Inklusion ergreifen.

Unter Federführung der DP, wurde die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltungen maßgeblich vorangetrieben, der ICT-Sektor weiterentwickelt, die Konnektivität der Bürger verbessert und wichtige Fortschritte im Bereich der Vermittlung von Medienkompetenzen erzielt. Insbesondere die Fortschritte bei der Digitalisierung der Behördengänge sind international auf große Anerkennung gestoßen. So verbesserte Luxemburg sich in der „eGovernment Benchmark“ der Europäischen Kommission innerhalb von zwei Jahren von Platz elf auf einen hervorragenden dritten Platz. Diese Anerkennung spornt uns an, möglichst schnell möglichst viele Behördengänge im Rahmen einer administrativen Vereinfachung für Bürgerinnen und Bürger zu digitalisieren.

Ein schneller und flächendeckender Internet-Zugang, eine offene und transparente

Datenpolitik und eine umfassende Cybersicherheitsstrategie schaffen heute attraktive Rahmenbedingungen für nationale und internationale Firmen. Diesen Wettbewerbsvorteil werden wir konsequent weiter ausbauen.

Medienpluralismus und Pressefreiheit sind unverzichtbare Elemente einer freien Demokratie. Die DP versteht die Bedeutung freier journalistischer Arbeit, sowie einer objektiven und transparenten Berichterstattung und hat in den letzten Jahren mehrere Reformen auf den Weg gebracht, um den Medienpluralismus zu erhalten. So werden zum Beispiel mit dem neuen Pressehilfegesetz Redaktionen der Print- und Online-Publikationen noch stärker unterstützt. Neue mehrjährige Konventionen mit RTL, dem öffentlich-rechtlichen Radio 100,7 und dem Community Radio ARA sorgen dafür, dass auch die audiovisuellen Medien in Luxemburg die nötige finanzielle Planungssicherheit für die nächsten Jahre haben.

Der große Erfolg verschiedener luxemburgischer Film-Produktionen, auch international, ist der Beweis dafür, dass die hiesige Kreativindustrie lebendig ist und sich permanent weiterentwickelt. Als DP wollen wir unser Land als audiovisuelle Produktionsstätte auch in Zukunft stärken.

DIGITALISIERUNG

GRATIS WIFI-ZUGANG IM ÖFFENTLICHEN RAUM FÜR ALLE BÜRGER UND BÜRGERINNEN

Die DP tritt für ein leistungsstarkes und frei verfügbares WiFi im öffentlichen Raum ein.

Wir wollen den Menschen ermöglichen, sich in Fußgängerzonen, Parks und anderen öffentlichen Plätzen aufzuhalten und gleichzeitig online zu kommunizieren, zu arbeiten oder auf allgemeine Informationen zuzugreifen.

GRATIS-WIFI IN ZÜGEN, BUSSEN UND DER TRAM

Die DP will den öffentlichen Personennahverkehr für die Fahrgäste so angenehm und attraktiv wie möglich gestalten. Daher werden wir auf allen nationalen Bahnstrecken und Bahnhöfen, in Bussen, der Tram und an den Haltestellen kostenloses Internet ermöglichen.

E-WALLET: DIGITALE BÜRGERKARTE EINFÜHREN

Wir wollen eine digitale Bürgerkarte einführen, die sowohl online wie offline als alternatives Identifizierungsmittel dienen soll. Auf dieser digitalen Bürgerkarte können offizielle Ausweisdokumente wie Personalausweis, Führerschein, usw. zusammengestellt werden. Diese können dann von staatlichen oder kommunalen Behörden abgerufen und kontrolliert werden. Die Zeiten überfüllter Brieftaschen sollen damit der Vergangenheit angehören.

EINFÜHRUNG DES „ONCE-ONLY“-PRINZIPS

Die DP will das „once-only“-Prinzip konsequent ausbauen. Bürgerinnen und Bürger sollen in Zukunft bestimmte personenrelevante Daten der staatlichen und kommunalen Verwaltung nur einmal angeben müssen, anstatt sie für jede einzelne Behörde separat zu übermitteln.

DIGITALISIERUNG INKLUSIV GESTALTEN

Auf Initiative des Digitalisierungsministeriums wurde 2021 der erste nationale Aktionsplan für digitale Inklusion erstellt. Dieser besteht aus 40 konkreten Initiativen, von denen eine ganze Reihe für ältere Mitbürger bestimmt ist. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der nationale Aktionsplan über das Jahr 2024 hinaus weitergeführt wird. Wir werden dafür sorgen, dass auch in Zukunft genügend Mittel zur Verfügung gestellt werden, um eine digitale Gesellschaft für alle zu fördern.

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ IM DIENST DER BÜRGER

Der Gebrauch von künstlicher Intelligenz bietet viele neue Möglichkeiten, um unsere Wirtschaft zu stärken und den Alltag der Bürgerinnen und

Bürger zu vereinfachen. Die DP wird weiter in die Forschung und in die Kommerzialisierung neuer KI-Anwendungen investieren. Ethische Fragen werden wir im Vorfeld abklären und auch die nötigen Maßnahmen ergreifen, um sämtliche Formen von Datenmissbrauch und Diskriminierung („implicit bias“) zu verhindern, die durch den Einsatz von künstlicher Intelligenz entstehen könnten.

Auch auf europäischer Ebene werden wir uns für die Durchführung des Europäischen „AI Act“ einsetzen, der den Gebrauch von künstlicher Intelligenz („Artificial Intelligence“) reguliert, und so die Sicherheit und Konkurrenzfähigkeit des digitalen EU-Binnenmarkts garantiert.

TELEARBEIT FÖRDERN

s. Kapitel Arbeit

REMOTE WORKING – ORTSUNABHÄNGIGES ARBEITEN FÖRDERN

s. Kapitel Arbeit

TELEARBEIT DURCH EIN MODERNES STEUERRECHT FÖRDERN

s. Kapitel Steuerpolitik

RECHT AUF NICHTERREICHBARKEIT STÄRKEN

s. Kapitel Arbeit

QUICK FREEZE – EIN KOMPROMISS ZWISCHEN EFFIZIENTER STRAFVERFOLGUNG UND DIGITALEN GRUNDRECHTEN

Der Europäische Gerichtshof hat sich gegen eine allgemeine „Vorratsdatenspeicherung“ entschieden, also gegen die Möglichkeit, dass der Staat elektronische Kommunikationen privater Personen (E-Mails, Anrufe, ...) präventiv und ohne triftigen Grund für eine gewisse Zeit speichert. Für die Strafverfolgung stellen diese Daten aber manchmal die einzige Quelle an Beweismaterial dar. Deshalb setzen wir bei schweren Straftaten, wie Kindesmissbrauch oder Terrorismus, auf eine Ausnahmeregelung innerhalb des EU-Verbots der „Vorratsdatenspeicherung“. Das Quick

Freeze-Modell wird so für einen ausgewogenen Schutz privater Daten und eine wirksame Kriminalitätsbekämpfung sorgen.

DIGITALE KOMPETENZEN DER ERWACHSENEN FÖRDERN

Die Nachfrage nach digitalen Kompetenzen auf dem Arbeitsmarkt ist höher denn je. Kinder werden heutzutage frühzeitig an neue Technologien herangeführt, sei es in der Schule oder im privaten Umfeld. Allerdings besteht nach wie vor eine große Kluft zwischen der digitalen Affinität junger Generationen und vielen Arbeitnehmern, die in ihrer Schulzeit keine umfassende Ausbildung in diesem Bereich erhalten haben. Um sicherzustellen, dass diese Personen den Anforderungen am Arbeitsplatz gerecht werden können, ist es unser Ziel, ihnen digitale Kompetenzen zu vermitteln. Aus diesem Grund unterstützen wir umfassende Weiterbildungsmaßnahmen.

Wir werden die Möglichkeit einer Weiterbildungsfinanzierung, ähnlich dem Modell der Weiterbildungsgutscheine in den Niederlanden, eingehend prüfen und analysieren. Um das Re-skilling und Up-skilling zu fördern, soll diese finanzielle Unterstützung nicht nur für Aus- und Weiterbildungen gelten, sondern auch für alle digitalen Kurse.

UNSERE ORTSCHAFTEN ZU „SMART CITIES“ ENTWICKELN

Die DP wird gezielt die Gemeinden dabei unterstützen, ihre Ortschaften mithilfe der Digitalisierung effizienter, fortschrittlicher, umweltfreundlicher und sozial inklusiver zu gestalten. Wir werden dazu finanzielle Anreize schaffen und innovative Projekte mitfinanzieren.

NEUE GESETZE EINEM DIGITALISIERUNGS-CHECK UNTERZIEHEN

Neue Gesetzesprojekte sollen noch vor dem Inkrafttreten auf ihre digitale Tauglichkeit geprüft werden, um eventuelle Schwachstellen bei der praktischen Umsetzung zu identifizieren und zu verbessern. Auf diese Art verhindern wir Kosten und mühsame Änderungsverfahren. Mit dem Ziel einer effizienten E-Government-Strategie wollen wir unsere Gesetze digital nutzerfreundlich

machen und unnötige Bürokratie abbauen.

MEHR DATENSICHERHEIT DURCH SECURITY-BY-DESIGN

Wir werden weiter in die Sicherheit der staatlichen IT-Infrastrukturen investieren. Darüber hinaus wollen wir Daten von Privatpersonen noch besser gegen Hackerangriffe schützen. Nach dem Prinzip „security by design“ müssen Sicherheitsfragen von Anfang an bei der Entwicklung neuer Software gelöst werden.

SOVEREIGN CLOUD

Die DP wird sich dafür einsetzen, dass Bürger, Unternehmer und öffentliche Instanzen nachvollziehen können, was mit den Daten passiert, bei denen sie auf Cloud-Dienste zurückgreifen möchten. Die Bestrebungen im Bereich einer souveränen Cloud Infrastruktur in Luxemburg sollen unterstützt werden. Es wird dabei einen Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen europäischen Standorten geschaffen und der ICT-Standort Luxembourg weiter gestärkt.

DIGITALES EHRENAMT FÖRDERN

s. Kapitel Familienpolitik

LUXEMBURGER ONLINE-HANDEL STÄRKEN

Die DP wird den Luxemburger Online-Handel stärken, indem wir bestehende Hindernisse aus dem Weg räumen. Besonders kleinen und mittleren Betrieben und jungen Unternehmern werden wir dabei helfen, sich im Online-Handel zu etablieren und sich so ein zweites Standbein auf dem digitalen Markt zu sichern.

LUXEMBURG ALS EUROPÄISCHER BLOCKCHAIN HUB

2019 hat Luxemburg als erstes Land weltweit eine Blockchain im öffentlichen Dienst eingeführt. Die IT-Prozesse des Staats sind dadurch zuverlässiger, transparenter und sicherer geworden. Außerdem haben wir die Rechtssicherheit der Blockchain-Technologie im Finanzsektor gestärkt. In Zukunft werden wir die Forschung, Entwicklung und Bildung in diesem Bereich weiter fördern, um Luxemburg als europäischen Blockchain Hub zu positionieren.

GEOBLOCKING VERHINDERN

Seit 2018 braucht man bei Reisen innerhalb der EU nicht mehr auf Online-Dienste zu verzichten, für die man in seinem Heimatland bezahlt hat. Manche Angebote und geschützte Inhalte sind allerdings von dieser neuen Regelung ausgeschlossen. Bis heute können EU-Bürger in ihrem Land nicht automatisch auf Inhalte aus einem anderen Mitgliedstaat zurückgreifen.

Diese Barrieren wollen wir aus dem Weg schaffen und fordern ein europaweites Verbot des Geoblocking. Außerdem wollen wir das Urheberrecht im audiovisuellen Bereich nicht mehr auf nationalem, sondern auf europäischem Niveau regeln.

SYNERGIEN ZWISCHEN DEN STAATLICHEN UND KOMMUNALEN IT-BETREIBERN SCHAFFEN

Zwischen den Informatikdienstleistern der Öffentlichen Hand besteht ein großes Potenzial, um Synergien zu schaffen, die sowohl den Arbeitsfluss innerhalb der Verwaltungen als auch die Kommunikation zwischen den einzelnen Stellen vereinfachen könnten. Zwischen dem SIGI, dem Datenverarbeitungssyndikat der Gemeinden, und dem staatlichen IT-Betreiber CTIE könnten weitere Synergien geschaffen werden, bis hin zu einer institutionalisierten Zusammenarbeit unter einer gemeinsamen Leitung. Wir setzen uns für eine viel engere Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungen ein. Nur so sichern wir die Effizienz des E-Governments. Wichtige Dossiers, die die Kompetenzen von mehreren Verwaltungen betreffen, könnten so effizienter verarbeitet werden.

ELEKTRONISCHE ARZTREZEPTE EINFÜHREN

s. Kapitel Gesundheit

MYGUICHET KONTINUIERLICH WEITERENTWICKELN

In den letzten Jahren wurde die Plattform MyGuichet.lu kontinuierlich weiterentwickelt und verbessert. Im Jahr 2021 wurde zudem die MyGuichet-App eingeführt, die es den Bürgern ermöglicht, Verwaltungsgänge bequem über ihr Tablet oder Smartphone zu erledigen. Wir

verpflichten uns die Benutzerfreundlichkeit von MyGuichet.lu weiterhin zu verbessern und das Angebot der Verwaltungsverfahren auf der Plattform kontinuierlich zu erweitern.

Gleichzeitig ist es uns wichtig, die Beibehaltung einer physischen Anlaufstelle zu gewährleisten. Wir werden auch die Möglichkeit von zusätzlichen regionalen Guichet-Außenstellen prüfen.

DIGITALE GERICHTSVERFAHREN ERMÖGLICHEN

Die Verfahrensregeln und Prozessordnung für mündliche Gerichtsverfahren mit einem geringen Streitwert bei strafrechtlichen sowie Zivil- und Handelssachen, soll in Zukunft Verhandlungen via Videokonferenz ermöglichen, so wie es momentan schon in Deutschland der Fall ist. Damit entlasten wir nicht nur die Gerichte und beschleunigen die Verfahren, sondern verringern auch Kosten und Stress der Betroffenen.

ELEKTRONISCHE RECHNUNGEN FÜR B2B UND B2C

Seit 2019 wurde etappenweise die elektronische Rechnung für Transaktionen zwischen Betrieben und dem Staat (B2G) eingeführt. Mit dem Ziel einer späteren Anwendung in den Bereichen B2B (Business to Business) und B2C (Business to Consumer), werden wir Firmen über die Vorteile dieses Rechnungssystems informieren und sie bei der praktischen Umsetzung begleiten.

NACHHALTIGE DATENZENTREN

Wir wollen unsere Datenzentren mit Hilfe energieschonender Technologien und Software so nachhaltig wie möglich gestalten. Wir werden prüfen, inwiefern wir den Wasserverbrauch reduzieren, die produzierte Abwärme auffangen und Abfälle noch besser wiederverwerten können. Darüber hinaus werden wir verstärkt in die Entwicklung nachhaltiger Informations- und Kommunikationstechnologien investieren.

ELEKTRONISCHE UNTERSCHRIFT IN DEN GEMEINDEN EINFÜHREN

Auf Initiative des Digitalisierungsministeriums wurde 2022 eine Gesetzgebung für die elektronische Unterschrift in Verwaltungsangelegenheiten auf den

Instanzenweg gebracht. Genau wie beim Staat soll die elektronische Unterschrift auch auf Gemeindeebene benutzt werden können. Dies erleichtert die Arbeit der Gemeindeverwaltungen und wird zu einer administrativen Vereinfachung beitragen.

FLÄCHENDECKENDES 5G-NETZ UND GLASFASERAUSBAU (FIBER TO THE HOME)

Luxemburg hat die letzten Jahre erhebliche Investitionen in seine mobilen und festen digitalen Infrastrukturen getätigt. Die DP wird die Investitionen in diesem Bereich weiter hochhalten. Wir setzen uns für den flächendeckenden Ausbau der 5G-Technologie und des Glasfasernetzes ein.

EIN KI-KOMPETENZZENTRUM GRÜNDEN

Künstliche Intelligenz gewinnt zunehmend an Einfluss und Bedeutung. Die DP will diese Entwicklung eng begleiten. Durch die Einführung eines KI-Kompetenzzentrums will die DP Akteure aus der Wirtschaft, der Bildung und des akademischen Lebens zusammenführen, um zu analysieren wie wir als Gesellschaft den besten Nutzen aus den neuen Technologien schöpfen können.

EUROPÄISCHE INITIATIVEN UND PROGRAMME UNTERSTÜTZEN

Im Kontext der Digitalen Dekade hat Europa sich bis 2030 ein Politikprogramm mit digitalen Zielen und Objektivien gesetzt, um den digitalen Wandel in Europa fortzuführen. Luxemburg bereitet sich bereits jetzt auf einige Initiativen vor. Die DP setzt sich dafür ein die digitale Transformation in und für Luxemburg weiterhin konsequent zu unterstützen.

LUXCHAT4GOV FÜR DIE GESAMTE BEVÖLKERUNG ZUGÄNGLICH MACHEN

Nachdem die Mitarbeiter im öffentlichen

Dienst seit Mitte des Jahres Zugriff auf die Chat-Anwendung LuxGov4Chat haben, will die DP dieses Kommunikationsmittel auch für Unternehmen und die gesamte Bevölkerung zugänglich machen.

SATELLITENINDUSTRIE IN LUXEMBURG WEITERENTWICKELN

Die Entwicklung der Satellitenindustrie in Luxemburg hat in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen. Neben den großen Akteuren wie SES haben sich auch viele neue und interessante Start-Ups in Luxemburg etabliert. Dieser Wirtschaftszweig wächst zudem zu einem langfristigen geopolitisch, ökonomisch sowie strategisch wichtigem Marktelement sowie Wissenschafts- und Forschungsbereich heran, der Erfolgs- und Zukunftsgarantien für den Standort Luxemburg in Sachen Satellitendienstleistungen bringt.

Die DP setzt sich deshalb dafür ein, dass sich die luxemburgische Satellitenindustrie und der zugehörige Dienstleistungssektor weiter stark entwickeln, und diesbezügliche Talente anzieht, ausbildet und fördert. Die Industrie- sowie Investitionspolitik der Regierung wird auf hohem Niveau gehalten, die staatlichen Investitionen als zielgerechte Unterstützung der hiesigen Industrie dienen. Letzteres mit Hilfe zielführender und nachhaltiger Aktivitäten staatlicher Förderprogrammen von Luxinnovation, der Luxembourg Space Agency (LSA), der Universität Luxemburg sowie anderer Institutionen. Diese verstärkte Cluster-Bildung in Luxemburg von Luft- und Raumfahrt geht nicht ohne eine verstärkte Einbeziehung des Verteidigungssektors in dieses Wirtschaftssegment, der Luxemburg eine zunehmende Schlüsselrolle in der Entwicklung und Positionierung des Landes im Weltraum ermöglicht. Eine zentrale Koordinationsfunktion zwischen Wirtschaftsinteressen und Verteidigungsanforderungen wird diese Zusammenarbeit verstärken und ausbauen.

MEDIEN

EIN ERWEITERTER INFORMATIONEN-ZUGANG FÜR DIE PRESSE

Die DP setzt sich für eine offene und transparente Kommunikation zwischen staatlichen Verwaltungen und Journalisten ein. Die ‚Circulaire

Bettel‘ wurde überarbeitet, um den Zugang der Presse zu Informationen seitens der Behörden und Verwaltungen zu verbessern. Die DP wird analysieren, inwiefern der Informationszugang für die Presse nach internationalem Vorbild gesetzlich verankert werden kann.

PROFESSIONELLEN JOURNALISMUS DEFINIEREN UND AUFWERTEN

Die Pressearbeit wurde über die Reform des Pressehilfegesetzes neu valorisiert. Der Beruf des Journalisten soll in einem weiteren Schritt klar definiert werden. Die DP setzt sich deshalb dafür ein, den Berufsstand der Journalisten sowie die Rahmenbedingungen ihrer Aktivitäten in einem Gesetz festzulegen.

PRESSE UND MEDIEN BESSER SCHÜTZEN & ‚SLAPP SUITS‘ VERHINDERN

Die DP wird die Journalisten besser vor vermehrt auftretender physischer Gewalt und Einschüchterungsversuchen schützen, indem wir sogenannte ‚SLAPP-Suits‘ (rechtsmissbräuchliche Form von Klagen gegen Medien) unterbinden. Die DP macht sich dafür stark, dass körperliche und moralische Gewalt sowie sonstige strafrechtliche Vergehen an Pressevertretern in Zukunft auch weiterhin konsequent verfolgt werden.

PRESSEHILFE AUF EINEM HOHEN NIVEAU HALTEN

Seit Anfang des Jahrs bis Mitte 2023 lagen die Ausgaben für die Pressehilfe mit 6,7 Millionen Euro 43% höher als im Vorjahr. Durch die Verlagerung des Schwerpunkts auf die journalistische Arbeit wird die Pressearbeit neu bewertet. Zudem wurde die Anzahl der Publikationen, die auf diese finanzielle Unterstützung zurückgreifen können, erhöht, so dass nun insgesamt 18 Publikationen von 14 verschiedenen Herausgebern von der Pressehilfe profitieren. Die DP wird die Unterstützung professioneller journalistischer Arbeit auch in Zukunft auf einem hohen Niveau halten und den Medienpluralismus in Luxemburg erhalten. Nach einer eingehenden Evaluation des neuen Pressehilfegesetzes, soll dieses in Zusammenarbeit mit den Betroffenen gegebenenfalls angepasst werden.

DAB+ AUSBAUEN

Die DP setzt sich dafür ein, die vom Medienminister eingeleitete flächendeckende Einführung des Übertragungssystems DAB+ konsequent fortzusetzen. DAB+ soll eine größere

geographische Reichweite ermöglichen, eine flächendeckende Abdeckung bei besserer Tonqualität gewährleisten und somit das Hörfunkangebot in Luxemburg bereichern. Um Lokalsender bei der Umstellung finanziell zu entlasten, wird die DP diese bei der Finanzierung ihrer Angebote über DAB+ unterstützen.

ELEKTRONISCHE MEDIEN NEU REGELN

Die Europäische Union strebt nach einem digitalen Jahrzehnt. Der digitale Wandel ist unverkennbar und schreitet mit großen Schritten voran. Der Digital Services Act (DSA) und das Medienfreiheitsgesetz sind Regelwerke, die die digitale Welt und Medien in Zukunft regulieren. Die DP setzt sich dafür ein nicht nur auf europäischer Ebene mitzubestimmen, sondern bereits jetzt auch die nötigen Schritte einzuleiten, um den Weg für das neue Zeitalter zu bereiten. In diesem Kontext sollen auch die elektronischen Medien und die Kompetenzen der nationalen Medienaufsicht ‚Autorité Luxembourgeoise Indépendante de l’Audiovisuel‘ (ALIA) überprüft und reformiert werden.

MEDIEN UND INFORMATIONEN FÜR JEDEN IN VERSTÄNDLICHER WEISE ZUGÄNGLICH MACHEN

In Europa sind etwa 80 Millionen Menschen im Seh- oder Hörvermögen beeinträchtigt. Dies entspricht in etwa zehn Prozent der gesamten europäischen Bevölkerung. Luxemburg hat die Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit einer Behinderung ratifiziert. So engagiert sich u.a. das nationale Informations- und Presseamt seine Internet-Seite barrierefrei zugänglich zu gestalten. Die DP setzt sich dafür ein, jedem Menschen den Zugang zu Medien und Informationen zu ermöglichen. Auch das Medienverständnis soll für jede Bürgerin und jeden Bürger gewährleistet sein. Zu diesem Zweck sehen auch die Konventionen mit RTL und dem öffentlich-rechtlichen Radio 100,7 Zugänglichkeitskriterien vor, die den Ansprüchen der Web Accessibility Initiative (WAI) und des World Wide Web Consortium (W3C) gerecht werden.

ILLEGALE INHALTE IM INTERNET WEITER BEKÄMPFEN

Als dezentrales und grenzüberschreitendes Medium ermöglicht das Internet eine rapide

Verbreitung falscher Informationen und illegaler Inhalte. Mit der BEE Secure Helpline und Stopline gibt es in Luxemburg bereits Möglichkeiten gegen falsche, illegale oder gefährliche Inhalte vorzugehen. Die DP will das Internet zu einem sichereren Ort machen. Ein besonderer Fokus liegt auf Kindern und Jugendlichen deren Schutz auch im Internet von höchster Priorität ist. Auch auf europäischem und internationalem Niveau will die DP helfen konkrete Maßnahmen auszuarbeiten, und die Kooperation zwischen den Ländern im Kampf gegen illegale Inhalte und Falschinformationen weiter unterstützen.

DEN STANDORT LUXEMBURG IM MEDIEN- UND FILMBEREICH WEITER FÖRDERN UND AUSBAUEN

Preisgekrönte Co-Produktionen und luxemburgische Serienerfolge haben dazu beigetragen, dass die luxemburgische Filmindustrie über die letzten Jahre an Ansehen gewonnen hat. Tatsächlich ist der Bekanntheitsgrad der luxemburgischen Kreativindustrie kontinuierlich gewachsen. Die DP erkennt das große Potential des Filmstandorts Luxemburg an. Neben bilateralen Abkommen mit verschiedenen Ländern, setzt die DP sich

dafür ein das Momentum zu nutzen, um den luxemburgischen Filmsektor, mit nationalen und internationalen Co-Produktionen, zu unterstützen und die luxemburgische Medien- und Kulturlandschaft weiter zu fördern.

Die DP wird den gesetzlichen Rahmen des ‚Film Fund Luxembourg‘ entsprechend den Vorschlägen des Rechnungshofes ändern, damit die Strukturen und Verfahren innerhalb des Film Funds klar und transparent geregelt sind.

TEILNAHME AM EUROVISION SONG CONTEST

Einst geschaffen, um den Zusammenhalt zwischen den Nationen zu fördern, ist der Eurovision Song Contest heute ein internationaler Wettbewerb, der Jahr für Jahr Musiker, Künstler und Kulturschaffende auf internationalem Parkett vereint. Der ESC gewinnt zunehmend an Popularität und ist über die Jahre zu einem Symbol internationaler Verständigung und kulturellen Zusammenkommens geworden. Unser Land hat sowohl auf kultureller als auch auf künstlerischer Ebene sehr viel zu bieten. Die DP unterstützt deshalb das Vorhaben der Regierung, Luxemburg nach über 30 Jahren Pause wieder am Eurovision Song Contest teilnehmen zu lassen.

16

KULTURPOLITIK KULTURSCHAFFENDE IM MITTELPUNKT

Kultur bringt die Menschen zusammen. Gerade während der Covid-19-Pandemie ist vielen Bürgerinnen und Bürgern bewusst geworden, wie wichtig soziale Kontakte und gute Gesellschaft sind. Dies betrifft in erster Linie die Kultur. Die DP fördert seit Jahren die kulturelle Vielfalt und wird dies auch in Zukunft als eine Priorität betrachten. Dazu gehören nicht nur Museen, Theater, Filmproduktionen usw., sondern auch die Wertschätzung aller Kulturschaffenden und ihrer Arbeit.

Kultur ist für alle da. Für die DP ist es vorrangig, dass auch die jungen Menschen frühzeitig mit der Kultur in Kontakt kommen. So hat die DP in der laufenden Legislaturperiode unter anderem den kostenlosen Musikunterricht eingeführt und verschiedene Kulturprojekte in den Schulen initiiert.

Ebenso wurde in dieser Zeit das neue Denkmalschutzgesetz verabschiedet, das unter Federführung eines DP-Ministers ausgearbeitet wurde. Auf diese Weise haben wir in Luxemburg endlich klare und transparente Regelungen zum Schutz unseres kulturellen Erbes; sei es architektonisches, archäologisches, mobiles oder immaterielles Kulturgut.

Der Kulturentwicklungsplan (KEP) spielt in diesem Kontext eine herausragende Rolle und steht für Dialog und permanenten Austausch. Vor allem durch die assises culturelles soll eine ständige Kommunikation zwischen dem Kulturministerium und den Kulturschaffenden gewährleistet sein. Der Kulturentwicklungsplan muss deshalb ständig weiterentwickelt werden – nur so kann er seine Rolle erfüllen.

Kulturpolitik ist auch Standortpolitik. Die DP wird Luxemburgs Stellung auf der Weltkarte mit einem noch breiteren, kulturellen Angebot stärken. Mit „Esch2022“ hat Luxemburg sein Image über die Grenzen hinaus verstärkt. Kulturelle Vereinigungen, müssen aber auch die nötigen Mittel erhalten, um im Ausland für sich werben zu können.

KULTURSTÄTTEN AUFWERTEN

Klassische Kulturorte, die unsere Landesgeschichte maßgeblich geprägt haben, müssen ihre Infrastruktur aufwerten, um ihre Attraktivität zu erhalten oder zu verbessern. In enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden muss eine Strategie ausgearbeitet werden, die diesen Orten langfristige kulturelle Perspektiven sichert und sie weiterhin zu Magneten des sanften Tourismus macht.

ARCHÄOLOGISCHE KULTURSTÄTTEN BEKANNTER MACHEN

Antike, ausgegrabene Kulturstätten gehören zur Identität Luxemburgs. Wir setzen uns dafür ein, dass diese miteinander vernetzt und auf der Landkarte des Kulturtourismus sichtbarer werden. Digitale Medien sollen hierbei behilflich sein und die wesentlichen Informationen auch in leichter Sprache liefern. In Zusammenarbeit mit dem Tourismusministerium sollten römische Straßen und Villen in Luxemburg und in der Großregion für ein breites Publikum bekannter, und für jeden so weit wie möglich zugänglich gemacht werden.

HISTORISCHE UND ZEITGENÖSSISCHE GARTENKULTUR PROMOTEN

Historische Gärten stehen oftmals in Verbindung mit geschützten Gebäuden. Die Charta von Florenz regelt ihren Schutz. Wir wollen ihre Pflege unterstützen. Ein nationaler Preis soll jene Menschen und Institutionen auszeichnen, die sich der Bewahrung und dem fachmännischen Unterhalt historischer Gartenanlagen widmen.

Darüber hinaus wollen wir in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Naturparks die Initiative der Rendez-vous aux jardins ausbauen. Hierbei geht es darum, zeitgenössische Kunst und Gartenkultur im Rahmen alter und moderner Architektur zu vereinen.

SCHAFFUNG EINER NATIONALGALERIE

Wir engagieren uns für die Schaffung einer Nationalgalerie, die Werke anerkannter Luxemburger Künstler ausstellen und aufbewahren soll. So soll die Kunstgeschichte unseres Landes den Menschen nähergebracht, und das künstlerische Wesen des Großherzogtums ausgestellt und bewahrt werden.

LEXIKON DER LUXEMBURGER MALER, ZEICHNER UND BILDHAUER

Ein digitales Lexikon der Luxemburger Kunstszene und des einheimischen Kunsthandwerks sollte unter der Verantwortung des Kulturministeriums und in Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Akteuren erstellt werden, um den jüngeren Generationen die Schaffenskraft unserer Kunstszene näher zu bringen.

HAUS DER TANZKUNST

Wir setzen uns dafür ein, dass die professionellen Akteure der Luxemburger Tanzszene bald über geeignete Räumlichkeiten verfügen. Als kulturelle Botschafter Luxemburgs benötigen sie angemessene Bedingungen, um ihre Kunst bestmöglich entfalten zu können.

DIGITALES KULTURPORTAL FÜR ALLE KULTURELLEN VERANSTALTUNGEN

Wir wollen das kulturelle Angebot sichtbarer und übersichtlicher gestalten, da viele Bürger angesichts der Fülle an Informationen den Überblick zu verlieren drohen.

In Partnerschaft mit den professionellen Akteuren, sowie den nationalen und regionalen Kulturinstitutionen werden wir deshalb das Internetportal www.echo.lu weiter entwickeln. Die Nutzer sollen die Einstellungen des Portals auf ihre persönlichen Vorlieben hin einstellen können.

KREATIVWIRTSCHAFT STÄRKEN

Kunsthandwerker, Designer, Grafiker und andere Personen aus der Kreativbranche finden ihr Publikum zunehmend in Pop-up-stores, in sonstigen kleinen Läden und auf Hobbymärkten im ganzen Land. Nachhaltigkeit spielt dabei eine wichtige Rolle. Deshalb will sich die DP

verstärkt dafür einsetzen, dass Künstler Ateliers, Verkaufsflächen und Plattformen erhalten. Das 1535° in Differdingen ist bisher das einzige Kreativzentrum in Luxemburg. Die DP wird dafür sorgen, dass dieses Konzept auch an anderen Standorten im Land entstehen kann.

KREATIVITÄTSSTANDORTE SCHAFFEN

Kultur LX wird in die Villa Louvigny im Herzen der Stadt Luxemburg einziehen. Trotzdem besteht ein Bedarf an weiteren solcher Standorte. In Mersch gibt es beispielsweise das Zentrum für die luxemburgische Sprache. Zusätzliche nationale Kulturprojekte könnten anderswo im Land angesiedelt werden.

Auch Freilichtevents gewinnen zunehmend an Bedeutung. Die Kultur muss zu den Menschen kommen. Sie gehört in die Mitte unserer Gesellschaft.

Kunst im öffentlichen Raum soll einen größeren Stellenwert bekommen. So wie bereits jetzt bei öffentlichen Projekten und Gebäuden 1% des assoziierten Budgets für Kunst benutzt werden soll, so soll auch jeder öffentlich zugängliche Platz einen kulturellen Ansatz bekommen.

NUTZUNG VON SCHLÖSSERN UND VON ENTWEIHTEN KIRCHEN

Die Zahl entweihter Kirchen und Pfarrhäuser steigt. Gebäude die der Gemeinde gehören oder den Gemeinden vom Kirchenfonds zur Verfügung gestellt werden, können sinnvoll zu neuen kulturellen und gesellschaftlichen Zwecken genutzt werden. Die DP unterstützt diese alternative Nutzung und wird sich dort wo es Sinn ergibt weiterhin dafür einsetzen diese Gebäude zusammen mit ihrem mobilen Kulturerbe als nationale Denkmäler zu schützen.

Die Verwaltung von Schlössern und Burgen wird oft von freiwilligen Helfern übernommen. Die DP will diese auch weiterhin in ihren ehrenamtlichen Ämtern unterstützen.

WOHNUNGEN UND ATELIERS FÜR KÜNSTLERISCHE NACHWUCHSTALENTE

Wir werden zusätzlichen Wohnraum für junge, freischaffende Künstlerinnen und Künstler schaffen, sowohl im städtischen als auch im ländlichen Raum.

In Absprache mit den Gemeinden und Eigentümern werden wir geschützte historische Gebäude, die zeitweise leer stehen, mieten, um sie Kreativschaffenden für ihre Arbeit zur Verfügung zu stellen. Besitzer von Immobilien, die sich dazu verpflichten, Kunstschaffende für eine gewisse Zeit aufzunehmen, sollen steuerlich entlastet werden.

Des Weiteren wollen wir in größeren Ortschaften zusätzliche Künstlerresidenzen schaffen, in denen junge Nachwuchstalente für eine bestimmte Zeit in Wohngemeinschaften leben und sich austauschen können. Dies stärkt die Diversität der lokalen Gemeinschaft, unterstützt die Kunstszene und sorgt für Belebung in den Innenstädten. Ebenso werden wir in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Eigentümern leerstehende Geschäftsflächen nutzen, in denen Künstlerinnen und Künstler ein Atelier einrichten können.

FÖRDERUNG DER LUXEMBURGISCHEN SPRACHE UND LUXEMBURGER TRADITIONEN

Nicht umsonst hat die UNESCO die Sprache als ersten Baustein des kulturellen Erbes benannt. Sprache und Sprachgebrauch sind die Grundpfeiler einer jeden Tradition. Auch die luxemburgischen Traditionen sind eng mit unserer Muttersprache verknüpft.

In diesem Sinne hat der DP-Bildungsminister eine Reihe von Initiativen auf den Weg gebracht.

Die UNI Luxemburg spielt eine wichtige Rolle bei der Erforschung und Dokumentation der luxemburgischen Sprache, unserer Traditionen und Bräuche. Unter anderem wurde ein neuer Bachelor-Studiengang geschaffen. Neben dem bereits zuvor eingeführten Masterstudiengang, können die Studierenden nun unmittelbar nach dem Abitur Luxemburgisch-Wissenschaften studieren.

Über die Sprache hinaus trägt das immaterielle Erbe zur Förderung des sozialen Zusammenhalts bei. Dies erfordert jedoch, dass diese Themen auch in der Schule behandelt werden. Kinder und Jugendliche müssen den Sinn und Ursprung einer Tradition verstehen, damit diese von Generation zu Generation weitergereicht werden kann.

Zum zweiten Mal fand im Juni 2022 die Aktionswoche Lëtzebuerg (er)liewen statt. Dabei geht es um junge Menschen, Schüler und Schulen, die die Welt der luxemburgischen Musik, des Theaters, der Literatur oder des kulturellen Erbes aufleben lassen. Die zu diesem Anlass entwickelte Webseite mit Unterrichtsmaterial für Lehrer und Kinder soll weiter ausgebaut werden. Die DP erachtet Kultur als wichtigen Baustein der gesellschaftlichen Integration.

DAS DENKMALSCHUTZGESETZ WEITER ANPASSEN

Mit dem neuen Denkmalschutzgesetz wurden zeitgemäße Weichen gestellt. Der Bedarf nach punktuellen Anpassungen ist jedoch nicht abgeschlossen. Die DP wird die Umsetzung des Gesetzes prüfen lassen, um herauszufinden, ob weitere Präzisionen oder Ausführungen bei den Prozeduren und Aufnahmekriterien nötig sind. Einem Denkmalschutzantrag sollen Anregungen für neue Nutzungsmöglichkeiten des Schutzobjektes hinzugefügt werden.

Darüber hinaus wird die DP über eine Gleichstellung von Gemeinde und Staat beim Schutz von Gebäuden nachdenken. Aktuell gibt es den nationalen Schutz, und den Schutz über den Allgemeinen Bebauungsplan in den Gemeinden. Ein ständiger Dialog zwischen dem INPA und den Gemeinden ist notwendig, um historische Bauten verantwortungsvoll zu schützen.

Anlässlich des Kulturjahres „Esch2022“ wurde von der Universität Luxemburg und in ständigem Austausch mit der Bevölkerung ein Projekt zur Aufarbeitung des lokalen Kulturerbes durchgeführt. Solche Projekte sollen auf Landesebene ausgeweitet werden.

ENERGETISCHE SANIERUNG DENKMALGESCHÜTZTER GEBÄUDE

Die energetische Sanierung aller Gebäude ist eine Notwendigkeit. Alte, geschützte Gebäude im Einklang mit dem Denkmalschutz, und gemäß der nachhaltigen Energiepolitik zu sanieren, ist ohne Kompromisse nur schwer umzusetzen. Zusammen mit den Besitzern müssen zukunftsorientierte, individuelle Lösungen gefunden werden.

WEITERBILDUNG IN ALTER HANDWERKSKUNST

In Luxemburg fehlen Handwerker, die die traditionelle Handwerkskunst beherrschen. Aus diesem Grund wird die DP dafür sorgen, dass am Institut für sektorielle Ausbildung im Bauwesen eine Zusatzausbildung in den traditionellen Handwerken angeboten wird.

GRÜNDUNG EINES INSTITUTS FÜR IMMATERIELLES KULTURERBE

Im Rahmen des neuen Gesetzes über das kulturelle Erbe wurde eine Reihe neuer Institute geschaffen. Das immaterielle Erbe wurde indes nicht berücksichtigt. Damit liegt die Verantwortung seines Erhalts bei den Traditionsträgern, die derzeit noch nicht ausreichend unterstützt werden. Des Weiteren wird das Wissen über die unterschiedlichen Traditionen seltener, da die Personen die mit ihnen vertraut sind mit der Zeit weniger werden.

Die Bräuche die noch bestehen und gelebt werden, müssen gezielt erfasst, geschützt und unterstützt werden. Die Traditionen müssen dokumentiert, und im Institut für das immaterielle Kulturerbe digital archiviert werden. Die DP wird sich dafür einsetzen, eine interministerielle Arbeitsgruppe zu schaffen, und in einem weiteren Schritt das Gesetz entsprechend anzupassen, um künftig auch für diesen Bereich ein Institut zu schaffen.

BIBLIOTHEKEN STÄRKEN, MEDIATHEKEN FÖRDERN

Die Gemeinden müssen dazu ermutigt werden, moderne und zukunftsfähige Gemeindebibliotheken einzurichten. Für die DP ist es vorrangig, die öffentlichen Vereinsbibliotheken zu subventionieren, um sie in dauerhafte Bibliotheken umzuwandeln, und die Anzahl der Gemeindebibliotheken schneller zu erhöhen. Der Staat als Partner übernimmt eine Anreizfunktion; die Entscheidungen werden jedoch auf lokaler Ebene unter Wahrung der kommunalen Autonomie getroffen.

Das Gesetz vom 24. Juni 2010 über öffentliche Bibliotheken gilt aktuell als das autoritärste Gesetz in der Europäischen Union. Infolgedessen

wird das Gesetz für die Zukunft in Teilen angepasst werden müssen.

In diesem Kontext fordert die DP, dass die Öffnungszeiten sowie das Angebot an Dienstleistungen der Bibliotheken erweitert werden, um eine flexible Nutzung unabhängig des Jobs und des Tagesablaufs zu ermöglichen. Ein einheitlicher Bibliothekenausweis, der online beantragt werden kann, wird eingeführt, mit dem man ohne Voranmeldung Bücher in allen Bibliotheken des Landes ausleihen kann. Zusätzlich soll ein nationaler Lieferservice eingeführt werden, der es ermöglicht Bücher von verschiedenen Bibliotheken zu anderen liefern zu lassen. Dieser Service soll mit einem digitalen Pick-Up System funktionieren.

SCHÜLERN DEN BEZUG ZUR KUNST ERLEICHTERN

Der Kunstunterricht an den Schulen orientiert sich vorwiegend an der Vergangenheit. Junge Menschen begeistern sich aber eher für moderne Inhalte. Die DP ist der Meinung, dass unsere Schüler Kontakt zu zeitgenössischen Künstlern haben sollten. Ein direkter Austausch kann beide Seiten inspirieren.

KUNST DURCH DIGITALISIERUNG FÜR ALLE ZUGÄNGLICH MACHEN

Als DP sind wir der Meinung, dass der Zugang zu Kunst und Kultur, als Gegenstand der Allgemeinbildung, barrierefrei und für jeden zugänglich sein muss. Ausstellungen und unzugängliche oder nicht barrierefreie Kulturstätten sollen digital erreichbar gemacht werden. Auch das Angebot an digitalen Gästeführungen sollte ausgebaut werden. Die Digitalisierung der Projekte sollte ebenfalls einen interaktiven Austausch mit Künstlern oder Forschern ermöglichen. Auch die digitale Aufarbeitung unserer wertvollen Bücher soll verstärkt werden.

Luxemburg hat zahlreiche renommierte Künstler und sollte eine digitale Galerie für luxemburgische Kunst schaffen. Der Künstler soll nahbar sein, und von sich und seinen Werken erzählen. Das Ziel ist, dass die digitalen Besucher den Künstler und sein Werk nahezu real erleben können.

Die Nuit de la culture in Esch sollte noch stärker digitalisiert werden. Mit Esch2022 wurden bereits neue digitale Wege genutzt, so zum Beispiel bei der digitalen Kunstaustellung in der früheren Möllerei in Belval.

KULTURAKTEURE UND REGIONALE KULTURFESTIVALS

Angesichts schwindender Zahlen an Freiwilligen wollen wir die regionalen Kulturakteure auf personeller Ebene unterstützen, damit sie ihre organisatorische Arbeit professioneller und vor allem leichter umsetzen können, ohne an Entscheidungsgewalt einzubüßen. Gerade regionale Festivals sind auf den Rat und die Hilfe professioneller Mitarbeiter angewiesen, die ehrenamtliche Helfer in Punkto Öffentlichkeitsarbeit unterstützen können.

Die DP möchte sich für eine verstärkte Wahrnehmung der kulturbezogenen Berufsperspektiven einsetzen. Die DP denkt beispielsweise über die Einführung eines Kulturdelegierten an Schulen nach, der den Schülern die Kultur als solches näher bringt und ihnen die Berufsmöglichkeiten im Kulturbereich erläutert.

KULTUR ALS WIRTSCHAFTSFAKTOR

Studien im Ausland haben gezeigt, dass Kultur einen nicht unwesentlichen Beitrag an der nationalen Wirtschaft ausmacht. Die DP möchte eine solche Studie in Auftrag geben und je nach Ergebnis die Branche weiter fördern.

SCHAFFUNG EINES KULTUROBSERVATORIUMS

Durch die Schaffung eines Kulturobservatoriums können ein permanentes Monitoring und eine kontinuierliche Forschung gewährleistet werden. Nur so kann festgestellt werden, wie Kultur in Luxemburg funktioniert, wo zusätzliche Anstrengungen erforderlich sind, und wie die kulturelle Entwicklung des Landes bestmöglich gefördert werden kann.

DAS KULTURBUDGET ERHÖHEN

Das Kulturministerium braucht die nötigen finanziellen Mittel um seiner Mission gerecht zu werden, die luxemburgische Kunst- und Kulturszene zu unterstützen und zu fördern.

Die Regierung ist seit Jahren bemüht, das Budget zu erhöhen. Die DP wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, ein Kulturbudget von mindestens einem Prozent des Staatsbudgets zu gewährleisten.

MÄZENATENTUM FÖRDERN

Partnerschaften zwischen Wirtschaft und Kultur gehen über das Prinzip einer Investition hinaus. Durch die Unterstützung der Kultur leisten Unternehmen einen umfassenden Beitrag zur Gesellschaft. Auch Initiativen, die Menschen zusammenbringen um eine neue Gemeinschaft zu schaffen, gehören dazu.

Damit die Wirtschaft auch in Zukunft als Partner der Kultur ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachkommen kann, soll ein starkes Mäzenatentum (Kultursponsoring) gepflegt werden. Finanzielle Mittel und Sachleistungen stärken nicht nur langfristig das Kulturbudget, sondern tragen auch dazu bei, dass der Wirtschaftszweig Kultur unabhängig vom Staat funktionieren kann, und als Garant für sozio-ökonomische Entwicklung erhalten bleibt.

Um diese Beziehungen zu fördern, soll eine Plattform künftig Begegnungen zwischen Wirtschaft und Kultur erleichtern und den Aufbau von Netzwerken in beiderseitigem Interesse ermöglichen.

GREEN CULTURE: SELBST-VERPFLICHTUNG FÜR EINE INNOVATIVE UND NACHHALTIGE KULTUR

Kultur leistet ihren Beitrag zur Unterstützung der Sustainable Development Goals (SDGs), wenn sie innovativ, demokratisch, partizipativ, nachhaltig und nicht zuletzt klimaneutral ist. Durch wirksame und sinnvolle Maßnahmen, sollen Kulturschaffende, Strukturen, Institutionen und Vereine bei ihren Projekten begleitet werden, um so eine nachhaltige Kulturpraxis zu fördern.

17

MOBILITÄT INFRASTRUKTUREN DEN BEDÜRFNISSEN ANPASSEN

Für die DP sollen die Bürger und Bürgerinnen bequem, zuverlässig und schnell von A nach B gelangen, egal ob mit dem öffentlichen Transport, per Fahrrad, mit dem Auto oder einer Kombination verschiedener Verkehrsmittel. Damit dies gelingen kann, muss ein attraktives Angebot bei Bus und Bahn landesweit sichergestellt sein, das dem der individuellen Mobilität ebenbürtig ist.

In Luxemburg hat sich über Jahre hinweg ein großer Nachholbedarf bezüglich der Transportinfrastrukturen angestaut, den erst die DP-geführten Regierungen ernsthaft in Angriff genommen haben. Durch die massiven Investitionen in den Ausbau des Zug- und Tramnetzes, die Vergrößerung und Neugestaltung vieler Bahnhöfe samt Schaffung von zusätzlichen Parkflächen, unter anderem in Luxemburg-Stadt, Ettelbrück, Rodingen, Mersch und Wasserbillig, und der Einführung des kostenlosen öffentlichen Transports hat die Regierung wichtige Weichen gestellt, um den Menschen eine echte Alternative zum Auto zu bieten.

Dennoch sind weiterhin große Anstrengungen nötig, um die Zeit, die Bürgerinnen und Bürger täglich im Stau verbringen, deutlich zu verringern. Die DP wird die Investitionsoffensive der vergangenen Jahre konsequent weiterführen. Die relevanten Verkehrsinfrastrukturen sollen so ausgebaut werden, dass sie der künftigen Entwicklung des Landes und des Mobilitätsbedarfes vorgreifen. Anstatt vergangene Versäumnisse aufzuholen, wird die DP bereits heute zukunftsweisende Projekte für die nächsten 30 Jahre auf den Weg bringen.

Dabei wird die DP eine ganzheitliche Herangehensweise verfolgen. Neben einer konsequenten Dezentralisierung der Arbeitsplätze und der Förderung von Telearbeit und Co-working Spaces, wird die DP bestehende Bahnlinien ausbauen und neue schaffen; das

Tramnetz erweitern, insbesondere bereits in den nächsten Jahren eine schnelle Tramverbindung zwischen der Stadt Luxemburg und Esch/Alzette umsetzen; landesweit ein zusammenhängendes Netz von sicheren Fahrradwegen zeitnah verwirklichen; die Parkmöglichkeiten für Pendler in der Grenzregion deutlich ausbauen; und weiter in die Straßeninfrastruktur investieren.

FREIE WAHL BEI DER MOBILITÄT GARANTIEREN

Ob Bus, Tram, Zug, Auto oder Fahrrad, jedes Verkehrsmittel hat in den Augen der DP seine Funktion und seinen Platz. Die DP wird dafür sorgen, dass die Bürger und Bürgerinnen auch in Zukunft frei entscheiden können, welches Fortbewegungsmittel ihren Bedürfnissen am ehesten entspricht und auf welche Art und Weise sie sich fortbewegen möchten. So wird die DP bei allen größeren Projekten die sanfte Mobilität und den Anschluss an den öffentlichen Transport berücksichtigen und die Multimodalität fördern.

Gleichzeitig wird die fließende Verknüpfung unterschiedlicher Fortbewegungsmittel einen zentralen Platz in der Mobilität der Zukunft einnehmen. Die Schaffung sogenannter „Pôles d'échange“ unter anderem in Ettelbrück und auf Howald trägt dieser Entwicklung Rechnung und wird in Zukunft vorangetrieben werden.

MASSIVE INVESTITIONEN IN DIE VERKEHRSINFRASTRUKTUREN

Die DP-geführte Regierung hat in den vergangenen Jahren Rekordsummen in den Ausbau des öffentlichen Transportes, in das Schienen- und Straßennetz investiert und somit einen Teil des historischen Rückstandes aufholen können. Allerdings bleibt noch viel zu tun, um den Bürgern und Bürgerinnen ein optimales Mobilitätsangebot bieten zu können. Die DP wird bereits heute die Probleme von morgen angehen, indem wir

unverzüglich große Mobilitätsprojekte, wie zum Beispiel zusätzliche Bahn- und Tramtrassen planen und umsetzen werden. So werden wir weiterhin massiv in den Ausbau des öffentlichen Transportes investieren, große Bauvorhaben in die Wege leiten und dafür sorgen, dass diese schnellstmöglich realisiert werden.

Zusätzlich zu den geplanten Haushaltsmitteln wird die DP alternative Finanzierungsmodelle in Kooperation mit der europäischen Investitionsbank sowie privaten Partnern in Betracht ziehen, um die nötigen Mittel für eine regelrechte Investitionsoffensive zu mobilisieren.

SCHIENENNNetz VORAUSSCHAUEND AUSBAUEN

Für die DP ist die Eisenbahn das Transportmittel der Zukunft, sei es im Berufsverkehr als Alternative zum Auto oder im Bereich des Warentransports. Die DP wird das Schienennetz weiter ausbauen und die Kapazitäten erhöhen, sodass wir nicht nur heute, sondern auch in den nächsten Jahrzehnten ein attraktives und zuverlässiges Angebot beim Schienenverkehr gewährleisten können. Jede Strecke soll landesweit mindestens zweigleisig ausgebaut werden, um Takt, Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit zu verbessern und die Attraktivität des Zugverkehrs zu erhöhen. Unser Ziel ist es, dass die Bürger und Bürgerinnen mittelfristig auf den Hauptlinien im 10-Minuten-Takt eine Verbindung in die Hauptstadt haben.

Konkret wird die DP über die nächsten Jahre eine komplette Zweigleisigkeit der Nordstrecke in die Wege leiten und ebenfalls das Teilstück zwischen Sandweiler-Contern und Oetringen auf zwei Gleise erweitern, um diesen Flaschenhals aufzulösen. In diesem Zusammenhang sollen auch neue Bahnhöfe auf diesem Teilstück geplant werden.

Des Weiteren wird die DP sich dafür einsetzen, dass die Direktverbindung zwischen Ettelbrück, Diekirch und der Hauptstadt in einem deutlich höheren Takt funktioniert und gegebenenfalls die nötigen Infrastrukturen ausbauen, um dies zu ermöglichen.

BAU NEUER ZUGSTRECKEN PRÜFEN

Die DP wird den Bau neuer Zugstrecken prüfen, um eine schnelle und regelmäßige Verbindung

vor allem in die Hauptstadt, aber auch in die Ballungsgebiete in den jeweiligen Regionen zu garantieren, beispielsweise zwischen Redingen/Attert und Ettelbrück. Zudem werden wir den Einsatz von parallelen S-Bahn-Linien zu dem bereits existierenden Schienennetz prüfen, um die nationalen Verbindungen in Richtung Hauptstadt mit Hilfe eines eng getakteten, regionalen Angebots zu erweitern. Diese S-Bahn-Linien sollen auf einem separaten Schienennetz verkehren, um Direktverbindungen und sogenannte Bummelbahnen voneinander zu trennen und die Zuverlässigkeit aller Verbindungen zu verbessern.

ATTRAKTIVE INTERNATIONALE ZUGVERBINDUNGEN GARANTIEREN

Der Schienenverkehr wird auch in Bezug auf den innereuropäischen und internationalen Reiseverkehr in den kommenden Jahren einen zentralen Stellenwert einnehmen und ausschlaggebend für die Attraktivität Luxemburgs sein. Für die DP ist es deshalb wesentlich, einen guten und schnellen Anschluss an die wichtigsten europäischen Großstädte in der Region sicherzustellen.

Die DP wird sich für eine Schnellverbindung nach Brüssel, Amsterdam, Köln, Koblenz, Saarbrücken und Frankfurt einsetzen. Insbesondere bezüglich der Verbindung zwischen Luxemburg und Brüssel wird die DP dafür sorgen, dass die beiden europäischen Hauptstädte per Schnellzug miteinander verbunden werden. Falls nötig, soll der luxemburgische Staat einen wesentlichen Teil dieser Verbindung aus Eigenmitteln co-finanzieren.

Die DP wird sich ebenfalls dafür einsetzen, dass Luxemburg optimal an das deutsche Bahnnetz angebunden und bei allen anstehenden Investitionen der Bundesregierung in das Schienennetz in der Region mitberücksichtigt wird. Auch hier soll der Staat sich, falls nötig, finanziell beteiligen. Die Nordstrecke soll eine Zubringerfunktion zu den TGV-Zügen im Lüttich-Aachener Raum erhalten.

Die DP wird sicherstellen, dass Luxemburg über einen optimalen Anschluss an die Fernreisenetze unserer drei Nachbarländer verfügt. Durch diesen Anschluss stellen wir zudem sicher, dass Luxemburg gut an das europaweite Netz von Nachtzügen angebunden wird.

Trotzdem wird die DP sich auch im Bereich des Flugverkehrs für weitere Direktflüge zwischen Luxemburg und internationalen Wirtschaftszentren einsetzen. Auch dies ist ein Standortfaktor.

TRAMNETZ AUSBAUEN

Die Tram hat sich als öffentliches Transportmittel im urbanen Raum mehr als bewährt. Die DP setzt sich für ein performantes und flächendeckendes Tramnetz im urbanen Raum ein und wird die geplanten zusätzlichen Tramlinien schnell umsetzen. Dazu zählen unter anderem die Verlängerung des Trams in Richtung Flughafen, Cloche d'Or, Strassen, Hollerich, Merl und Zessingen. Wir werden außerdem die Planung zusätzlicher Tramlinien in den Ballungsgebieten der anderen Regionen, wie zum Beispiel in den Nordstadt-Gemeinden, überprüfen.

Auch der geplante Bau eines schnellen Trams zwischen der Stadt Luxemburg und Esch/Alzette soll so schnell wie möglich umgesetzt werden. Daneben wird die DP prüfen, inwiefern weitere Schnelltramverbindungen unter anderem auf der N11 in Richtung Junglinster sinnvoll sind.

SICHERE UND ZUSAMMENHÄNGENDE FAHRRADWEGE BAUEN

Die DP wird das im Gesetz vorgesehene nationale Fahrradwegnetz schnell und in seiner Gesamtheit umsetzen. Zurzeit sind lediglich rund 700 km der insgesamt geplanten fast 1.100 km fertig. Um schneller voranzukommen, wird die DP mit den betroffenen Gemeinden Synergien schaffen und sie in die Umsetzung einbinden. Zudem wird die DP weitere Unterstützungen für die Schaffung kommunaler Fahrradwege und die Anbindung an nationale Fahrradwege einführen. Die Realisierung von kommunalen Fahrradwegen soll nicht durch zu hohe staatliche Anforderungen, insbesondere was die geforderte Breite angeht, ausgebremst werden. Die DP wird ebenfalls Fahrradschnellwege entlang der Hauptachsen schaffen, welche Fahrrädern und S-Pedelecs vorbehalten sind.

Wichtig für die DP ist in diesem Zusammenhang, dass die Fahrradwege übersichtlich gekennzeichnet sowie gut beschildert werden und

getrennt vom motorisierten Verkehr verlaufen, einen gut befahrbaren Untergrund besitzen und nicht plötzlich im Nirgendwo aufhören. In diesem Sinne möchte die DP ebenfalls eine digitale Plattform ausarbeiten, inklusive interaktiver Fahrradkarte mit eingetragenen nationalen und kommunalen Radwegen, Fahrradstationen, touristischen Sehenswürdigkeiten sowie einer „Report-it“ Funktion.

NUTZUNG VON FAHRRADWEGEN FÜR SPEED-PEDELECS

S-Pedelecs soll die Nutzung von Fahrradwegen bis zu einer Geschwindigkeit von unter 50km/h erlaubt werden. Enge und zugleich vielbefahrene Fahrradwege sollten allerdings von dieser Regelung ausgenommen werden. Dazu soll, wie in Belgien, im Code de la route eine separate Kategorie für S-Pedelecs eingeführt werden, damit diese nicht länger mit Mopeds gleichgesetzt werden. Um die Sicherheit aller weiterhin zu garantieren, sollen Führerschein-, Helm-, Zulassungs- und Versicherungspflicht für S-Pedelecs bestehen bleiben. Als Helm soll jedoch lediglich ein normaler Fahrradhelm vorgeschrieben sein. Zusammen mit einem ausgebauten Radwegenetz würde dies die Nutzung des Fahrrads attraktiver machen.

VERKEHRSBERUHIGUNG INNERHALB DER DÖRFER UND VIERTEL VORANTREIBEN

Die DP setzt sich dafür ein, die Lebensqualität der Menschen durch die Umsetzung konkreter Verkehrsberuhigungsmaßnahmen innerhalb der Ortschaften zu verbessern und wird den Gemeinden genehmigen, diese ebenfalls auf staatlichen Straßen umzusetzen. Anstelle von Autos, die das Bild unserer Dörfer und Wohnviertel beherrschen, soll der öffentliche Raum verstärkt den Menschen vorbehalten sein. An einigen Orten im Land ist die Umsetzung einer Umgehungsstraße Grundvoraussetzung für eine Beruhigung des Durchgangverkehrs, weshalb die DP diese rasch und zusammenhängend umsetzen wird. In anderen Gemeinden hingegen besteht bereits heute die Möglichkeit, durch eine intelligente Aufteilung des öffentlichen Raums Fußgängern und Radfahrern mehr Platz einzuräumen. Die DP wird die Gemeinden

dahingehend unterstützen, Tempo-30-Zonen beziehungsweise Tempo 20-Zonen, sogenannte „shared spaces“ dort umzusetzen, wo es Sinn ergibt, und diese ebenfalls auf staatlichen Straßen genehmigen. Neue Viertel sollen dabei von vornherein verkehrsberuhigt geplant werden und ausreichend Platz für Fußgänger und die sanfte Mobilität vorgesehen werden.

UMGEHUNGSSTRASSEN SCHNELL UND ZUSAMMENHÄNGEND UMSETZEN

Ständiger Durchgangsverkehr belastet in vielen Gemeinden die Gesundheit und das Wohlbefinden der Einwohner. Die DP wird geplante Umgehungen konsequent umsetzen, damit verkehrsberuhigende Maßnahmen innerorts durchgeführt und die Lebensqualität der Einwohner verbessert werden kann. Die DP wird Projekte für miteinander verbundene Umgehungsstraßen (wie in Niederkerschen und Dippach) schnell umsetzen, damit nicht eine der Gemeinden unter der Verkehrsberuhigung in der anderen leiden muss.

ATTRAKTIVE PARKMÖGLICHKEITEN FÜR PENDLER SCHAFFEN

Die DP wird zusätzliche regionale und grenznahe Auffangparkplätze schaffen, die gut an den öffentlichen Transport angebunden sind, um Pendler stärker zu ermutigen, auf Bus oder Zug umzusteigen. Die DP wird eine mobile Applikation für alle landesweiten Auffangparkflächen einführen, über die der Benutzer einen Parkplatz für eine begrenzte Zeit im Voraus buchen kann, sein Fahrzeug zwecks schnellen und kontaktlosen Ein- und Ausfahrens registrieren kann und etwaige Parkgebühren begleichen kann. Für Pendler, die ihre Fahrt mit dem öffentlichen Transport oder per aktiver Mobilität fortsetzen, soll das Parken auf allen Auffangparkflächen für 24 Stunden kostenfrei sein.

DIE FAHRPLÄNE VON BUS UND BAHN BESSER AUF EINANDER ABSTIMMEN

Die DP wird die Fahrpläne im öffentlichen Verkehr überarbeiten, um die Bus- und Bahnverbindungen besser aufeinander abzustimmen. Insbesondere die Fahrpläne und die Frequenz der Regionallinien, die die Bahnhöfe bedienen, müssen verbessert werden.

ZUSÄTZLICHE BUSSPUREN SCHAFFEN

Um den öffentlichen Straßentransport im Vergleich zum Individualverkehr attraktiver zu gestalten, wird die DP an möglichst vielen Orten zusätzliche Busspuren schaffen. Besonders Expressbuslinien sollen in der Lage sein, ihre Kunden so schnell wie möglich an ihr Ziel zu bringen, anstatt dass diese wie alle anderen Fahrzeuge im Stau zu stehen.

In diesem Zusammenhang wird die DP auch untersuchen, an welchen Orten bidirektionale Busspuren eingerichtet werden können. Dieses Modell, bei dem der Bus morgens in die eine Richtung und abends auf der gleichen Spur in die andere fährt, kann an vielen Stellen, an denen bereits eine dritte Spur vorhanden ist, vergleichsweise schnell in die Tat umgesetzt werden und den Verkehr entlasten.

REFORM DES RGTR-NETZES BEGUTACHTEN

Mit der Reform des RGTR-Netzes wurde während der vergangenen Legislaturperiode der Bustransport über Land grundlegend neu organisiert. So wurde vor allem das Busnetz flächendeckend ausgebaut, Expressbuslinien und regionale Verbindungen eingeführt und die Fahrzeiten morgens, abends und am Wochenende verlängert. Die DP wird die Reform einer tiefgreifenden Prüfung unterziehen und, falls nötig, gemeinsam mit den Gemeinden und Bürgern und Bürgerinnen anpassen.

ZUVERLÄSSIGKEIT VON ADAPTO UND MOBIBUS SICHERSTELLEN

Die DP wird die spezifischen öffentlichen Transportdienste, wie Adapto und Mobibus, einer umfassenden Prüfung unterziehen und die Ursachen für die wiederholt auftretenden Probleme beheben. Wir werden dafür sorgen, dass die jeweiligen Dienste zuverlässig funktionieren und die Menschen schnell und bequem an ihr Ziel bringen.

GRATIS-WIFI IN ZÜGEN, BUSSEN UND DER TRAM

s. Kapitel Digitalisierung und Medien

SICHERHEIT IM ÖFFENTLICHEN TRANSPORT GARANTIEREN

Die DP wird sicherstellen, dass sich die Passagiere unbehelligt im Bus, Zug und Tram fortbewegen können und das Personal seiner Arbeit in Sicherheit nachgehen kann. Aus diesem Grund wird die DP das Sicherheitspersonal aufstocken.

FAHRRADFREUNDLICHE INFRASTRUKTUREN

Um die sanfte Mobilität verstärkt zu fördern, wird die DP in allen öffentlichen Gebäuden, wie zum Beispiel Schulen und Verwaltungen, Fahrradstellplätze, Duschen und Schließfächer vorsehen. Die DP wird ebenfalls weitere gesicherte Fahrradstellplätze (mBox) an sinnvollen Orten errichten, wie beispielsweise in der Nähe von regionalen Auffangparkplätzen.

Zudem wird die DP in Zusammenarbeit mit den Gemeinden an viel befahrenen Orten ein Netz von Fahrradstationen errichten, samt Luftpumpen, Auflade-Möglichkeiten fürs E-bikes, Waschstraße, Reparaturgeschirr und Ersatzteilen.

MOBILITÄTSKONZEPTE FÜR UNTERNEHMEN FÖRDERN

Unternehmen tragen eine große Verantwortung für das Mobilitätsmanagement ihrer Mitarbeiter. Die DP wird jene Unternehmen unterstützen, die Mobilitätskonzepte für ihre Mitarbeiter umsetzen. Sogenannte „Mobilitätsmanager“ sollen Unternehmen bei der Entwicklung und Umsetzung dieser Konzepte unterstützen.

SUBVENTIONEN FÜR AKTIVE MOBILITÄT WEITERFÜHREN

Die DP möchte die Menschen weiterhin darin bestärken, sich für aktive Formen der Mobilität zu entscheiden. Die bestehenden staatlichen Zuschüsse sollen deswegen weitergeführt und auf Lastenräder ausgeweitet werden.

ERHÖHUNG DER KAPAZITÄT DER STRASSEN DURCH EINE FLEXIBLE NUTZUNG DER FAHRBAHNEN UND SEITENSTREIFEN

Die DP will intelligente Systeme einsetzen, die je nach Verkehrsaufkommen die Anzahl der

Fahrbahnen in die eine Richtung erhöhen und in die andere verringern können. So könnten morgens mehr Fahrspuren in Richtung Stadt Luxemburg zur Verfügung gestellt werden und abends in die entgegengesetzte Richtung. Die DP wird außerdem prüfen, ob ein mobiles Leitplankensystem auf unseren Autobahnen und Landstraßen machbar ist, um die Kapazität in der Hauptverkehrszeit zu erhöhen. Die DP wird auch die Möglichkeit prüfen, die Seitenstreifen auf den Autobahnen während der Hauptverkehrszeiten als zusätzliche Fahrspur zu nutzen. Auf diese Weise könnte der Standstreifen bei starkem Verkehr als zusätzliche Fahrbahn genutzt werden, wie dies bereits an manchen Stellen im Ausland der Fall ist.

INTELLIGENTE INFRASTRUKTUR UND DIGITALE VERKEHRSLAISYSTEME AUSBAUEN

Die DP wird intelligente Verkehrsinformations- und Verkehrsmanagementsysteme auf Autobahnen und stark befahrenen Straßen einsetzen. Diese Technik wird die Straßenkapazität durch intelligente Systemtechnik und Verkehrsmanagement erhöhen. In Echtzeit können solche Daten zur Belastung der Straßen erfasst und mit den Daten der Autofahrer in einem intelligenten Verkehrsmanagement verbunden werden. Mit der Schaffung eines „Observatoire digital de la mobilité“ wurde in der vergangenen Legislaturperiode der Grundstein für eine moderne, evidenzbasierte Mobilitätsplanung des 21. Jahrhunderts gelegt. Die DP wird die Erfassung mobilitätsbezogener Daten weiter ausbauen, um künftige Verkehrsprojekte noch gezielter planen zu können.

Darüber hinaus wird die DP die roten Verkehrsampeln intelligent steuern und auch das Prinzip der grünen Welle so weit wie möglich ausbauen.

Als Vorbereitung auf das teil- bis komplettautonome Fahren wird die DP ebenfalls die Schaffung einer intelligenten Infrastruktur an zentralen Verkehrsachsen vorantreiben, welche die Kommunikation von Fahrzeug-zu-Infrastruktur (V2I) ermöglicht.

MOBILITÄTS-APP AUSBAUEN UND VERBESSERN

Die DP möchte die Mobilitäts-App erweitern und alle relevanten Informationen und Funktionen an einer Stelle zentralisieren, damit Benutzer und Benutzerinnen in einer einzigen App alles finden, was sie für ihre Mobilität brauchen. So sollen zum Beispiel Bus- und Zugfahrzeiten in Echtzeit samt Geolokalisation angezeigt werden und es soll die Möglichkeit geschaffen werden, ein Fahrrad oder anderes Fahrzeug auszuleihen, oder ein Taxi zu bestellen und zu bezahlen. Die DP wird deshalb mit allen Beteiligten zusammenarbeiten, um ihre Dienste auf einer einzigen Plattform zu vereinen.

VORAUSSETZUNGEN FÜR AUTONOMES FAHREN SCHAFFEN

Die DP wird nicht nur den gesetzlichen Rahmen schaffen, um teil- oder komplettautonomes Fahren auf unseren Straßen und dem Schienennetz zuzulassen, sondern auch in intelligente Infrastrukturen investieren, welche diese Form der Fortbewegung erst technisch möglich machen.

EINSATZ VON DROHNEN ERMÖGLICHEN

Die DP wird eine gesetzliche Grundlage schaffen, welche den Einsatz von Drohnen zu unterschiedlichen Zwecken über den Freizeitgebrauch hinaus erlaubt. Ein klarer reglementarischer Rahmen soll den Einsatz von Drohnen zum Beispiel bei Rettungseinsätzen, zu Aufklärungszwecken oder als Zulieferdienst ganz einfach machen.

TAXIMARKT REFORMIEREN

Die DP wird die geplante Reform des Taxigesetzes zu Ende bringen und den Markt liberalisieren, mit dem Ziel, die hohen Taxipreise zu reduzieren. So sollen nicht nur die verschiedenen Zonen, sondern auch die Obergrenze für Lizenzen abgeschafft werden. Die DP wird außerdem Uber und ähnliche Dienste in Luxemburg zulassen,

unter der Bedingung, dass die Fahrer eine Lizenz beantragen und arbeitsrechtlich und sozial abgesichert sind. Auf der nationalen Mobilitäts-App soll jeder Fahrer die Möglichkeit haben, seine Taxi-Dienste anzubieten.

VERKEHRSSICHERHEIT VERBESSERN

Die DP hält weiter an der „Vision Zero“ fest, das heißt am Ziel von null Toten und null Schwerverletzten auf unseren Straßen. Die Umsetzung von straßenbaulichen Maßnahmen, wie der Entschärfung gefährlicher Strecken oder der Installation von Ampeln, die bei zu schnellem Fahren auf Rot schalten, auf Staatsstraßen, die Sensibilisierung der Verkehrsteilnehmer und der Einsatz von Radargeräten, welche ebenfalls das Benutzen des Handys am Steuer feststellen können, sind nur einige der Maßnahmen, welche die DP umsetzen möchte.

Ein besonderes Augenmerk muss jedoch der Sicherheit von Fußgängern, Fahrradfahrern und Motorradfahrern gelten, da sie das schwächste Glied im Straßenverkehr sind. So steht das Schaffen einer sicheren Infrastruktur für die DP an oberster Stelle. Daneben wollen wir ein Gesamtkonzept entwickeln, das gerade in der kalten Jahreszeit die Sicherheit und Sichtbarkeit der Fußgänger gewährleistet. Das bedeutet z.B. eine gleichmäßige und wirksame Beleuchtung der Zebrastreifen und der häufig genutzten Gehwege.

PERSONALISIERTE AUTOKENNZEICHEN ZULASSEN

Die DP plant die Einführung einer neuen Regelung, die es den Fahrzeughaltern gegen eine Gebühr ermöglicht, ihre Autokennzeichen nach Belieben individuell anzupassen, ähnlich wie es bereits in Belgien praktiziert wird. Diese Regelung beinhaltet jedoch keinerlei Akzeptanz oder Toleranz für Verstöße gegen Gesetze, fremdenfeindliches Verhalten oder andere unangemessene Inhalte.

18

LANDESPLANUNG UNSER LAND NACHHALTIG PLANEN

Viele der Probleme, mit denen unser Land heute konfrontiert ist, sind auf eine verfehlte Landesplanung zurückzuführen. Hat die beachtliche wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte großen Wohlstand geschaffen und einen starken Sozialstaat ermöglicht, so hat sich durch mangelnde politische Begleitung und Steuerung des Wachstums gleichzeitig ein chronischer Nachholbedarf in vielen Bereichen angestaut, sei es bei den öffentlichen Infrastrukturen, der Mobilität oder der Schaffung von Wohnraum.

Erst die DP-geführte Regierung hat den Stau bei der Landesplanung aufgelöst und begonnen, den Rückstand durch massive Investitionen, zum Beispiel in den öffentlichen Transport, aufzuholen. Durch eine kohärente und nachhaltige Landesplanung wird die DP den Bedarf an neuen Infrastrukturen gezielt lenken und künftigen Entwicklungen vorgehen.

Die DP möchte Arbeit, Freizeit und Wohnen näher beieinander bringen, die täglichen Fahrwege reduzieren und die Gemeinden im ländlichen Raum neu beleben, um den Menschen eine bessere Lebensqualität zu bieten. Anstatt wie bisher den Großteil der Aktivität auf das Landeszentrum zu konzentrieren, gilt es, die Dezentralisierung voranzutreiben und die regionalen Entwicklungszentren (CDA) zu stärken.

Dabei gilt es, unser Land im Einklang mit einem nachhaltigen Ressourcenverbrauch und Umweltschutz weiterzuentwickeln. Die DP wird mittels kohärenter Landesplanung der Landschaftszersiedlung entgegenwirken und die Bodenversiegelung reduzieren. Zudem werden wir die nötigen Weichen stellen, um ein qualitatives Wirtschaftswachstum sicherzustellen, welches nicht allein auf einem linearen Ressourcenverbrauch und mehr Arbeitskräften basiert.

LUXEMBURG NACHHALTIG ENTWICKELN

Die DP-geführte Regierung hat in der vergangenen Legislaturperiode dafür gesorgt, dass die vier sektoriellen Pläne in Kraft treten konnten und nach 20 Jahren endlich einen neuen „Programme directeur de l'aménagement du territoire“ (PDAT) vorgelegt. Die DP wird eine nachhaltige und kohärente Entwicklung Luxemburgs durch die Umsetzung der sektoriellen Pläne und des PDAT sicherstellen.

GEMEINDEN DURCH ZUSÄTZLICHE FINANZIELLE MITTEL UNTERSTÜTZEN

Die DP setzt sich dafür ein, den Gemeinden die erforderlichen finanziellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, um qualitativ hochwertige Dienstleistungen und Infrastrukturen anbieten zu können, die den Bedürfnissen ihrer Bürger und den Zielen der Landesplanung gerecht werden. Die DP ist der Überzeugung, dass der Staat den Gemeinden zusätzliche finanzielle Mittel bereitstellen muss, um ihre wachsenden Verpflichtungen gegenüber den Bürgern zu erfüllen. Daher werden wir sowohl den städtischen als auch den ländlichen Gemeinden einen größeren finanziellen Spielraum gewähren.

DEZENTRALE ARBEITSPLÄTZE FÖRDERN - REGIONALE CO-WORKING-SPACES SCHAFFEN

Die DP spricht sich für eine wirtschaftliche Dezentralisierung nach landesplanerischen Kriterien aus. Um verstärkt die Arbeitsplätze zu den Menschen zu bringen und nicht umgekehrt, wird die DP Gewerbegebiete in Grenznähe ausbauen. Die Schaffung weiterer regionaler Antennen des House of Entrepreneurship soll zudem eine regionale Unternehmensansiedlung weiter begünstigen.

Darüber hinaus soll der Bau weiterer Co-Working-Space-Infrastrukturen in Grenznähe zu den Nachbarländern gefördert werden.

AKTIVITÄTSZONEN ERSCHLIESSEN UND SCHLÜSSELFERTIGE GEWERBEGEBIETE ANBIETEN

s. Kapitel Wirtschaftspolitik

FUSIONEN UND REGIONALE-INTERKOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT UNTERSTÜTZEN

s. Kapitel Gemeinden

19

LANDWIRTSCHAFT HOCHWERTIGE LEBENSMITTEL LOKAL UND NACHHALTIG PRODUZIEREN

Der landwirtschaftliche Sektor, zu dem Landwirtschaft, Weinbau, Obst- und Gemüseanbau zählen, versorgt die Menschen zuverlässig mit hochwertigen Lebensmitteln aus lokaler Herstellung. Die Coronakrise und der Ukrainekrieg haben vielen Bürgern und Bürgerinnen den Wert und die Bedeutung der heimischen Lebensmittelproduktion vor Augen geführt. Insbesondere im Hinblick auf die Ernährungssicherheit spielt die Landwirtschaft eine wesentliche Rolle. Die DP möchte deshalb den Stellenwert der Landwirtschaft weiter stärken, dem Sektor bei der Digitalisierung und dem Einsatz modernster Technologien zur Seite stehen und dem Verbraucher eine noch größere Vielfalt an hochwertigen Erzeugnissen aus Luxemburger Produktion anbieten.

Der Landwirtschaft kommt zudem beim Umweltschutz, dem Erhalt der Artenvielfalt und dem Kampf gegen den Klimawandel eine tragende Rolle zu. Dabei geht es nicht nur um die Reduktion der eigenen Emissionen, sondern auch um eine Flächenbewirtschaftung, die die Resilienz der natürlichen Lebensräume stärkt und dazu beiträgt, verstärkt Kohlenstoff zu binden. Für die DP sind Bauern und Winzer wichtige Partner, die es beim Übergang hin zu einer möglichst umweltfreundlichen und ressourcenschonenden Produktion nach Kräften zu unterstützen gilt.

Die DP wird sich in den kommenden Jahren weiter dafür einsetzen, den landwirtschaftlichen Betrieben ein angemessenes Einkommen zu sichern, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, insbesondere Familienbetriebe und Nischen-Segmente zu unterstützen und die landwirtschaftliche Produktion zu diversifizieren. Wir werden aktiv den Generationenwechsel in der Landwirtschaft unterstützen, sowohl bei der Übernahme als auch bei der Gründung eines landwirtschaftlichen Betriebes.

Die DP-geführte Regierung hat in der letzten Legislaturperiode die Weichen für eine zukunftsorientierte Landwirtschaft gestellt, u.a. mit dem Nationalen Strategieplan (PSN) für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) von 2023 bis 2027, dem neuen Agrargesetz, dem Aktionsplan PAN Bio 2025, und dem aktualisierten Energie- und Klimaplan. Darauf aufbauend wird die DP ein Leitbild für die Landwirtschaft nach dem Jahr 2027 erstellen.

Die DP legt großen Wert darauf, dass sich Regierung und Landwirtschaft regelmäßig im Rahmen eines Zukunftstisches austauschen und gemeinsam Antworten auf die großen Herausforderungen finden. Wir werden dabei die Situation des Sektors genau verfolgen und künftigen Entwicklungen bestmöglich vorgehen.

EIN MINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT, WEINBAU UND LÄNDLICHE ENTWICKLUNG SCHAFFEN

Ernährung und Landwirtschaft sind zwei Seiten derselben Medaille. Die DP wird die Kompetenzen des Landwirtschaftsministeriums um sämtliche ernährungsbezogene Aspekte erweitern. In diesem Zusammenhang soll vor allem die Sensibilisierung bezüglich einer gesunden Ernährung und die Wertschätzung lokaler und saisonaler Lebensmittel weiter gefördert werden. Zwecks verbesserter Beratung und häufigeren Kontrollen wird die DP den Kompetenzbereich der Luxemburger Veterinär- und Lebensmittelverwaltung (ALVA) erweitern und ihr zusätzliches Personal zu Verfügung stellen.

JUNGLANDWIRTE WEITER PRIORITÄR FÖRDERN

Für die DP ist es von großer Bedeutung, die nachfolgenden Generationen in der Landwirtschaft zu unterstützen und die Zukunft des Sektors abzusichern. Aufbauend auf das neue

Agrargesetz, mit dem bereits neue und verstärkte Hilfen geschaffen wurden, um die Gründung bzw. Übernahme eines Betriebes zu vereinfachen, sollen die Jungbauern verstärkt unterstützt werden, so viel Know-how wie möglich aufzubauen, um ihren Betrieb bestmöglich zu führen. Die DP wird zudem die Beratung bei der Gründung eines landwirtschaftlichen Unternehmens ausbauen.

MODERNE AUS- UND WEITERBILDUNG DER LANDWIRTE GEWÄHRLEISTEN

Die DP wird sich dafür einsetzen, dass die Lernprogramme des Lycée Technique Agricole (LTA) weiter modernisiert und erweitert werden. Die neuen Technologien spielen eine zunehmend wichtige Rolle im landwirtschaftlichen Alltag, daher sollen angehende Landwirte von vornherein mit ihnen vertraut gemacht werden und die nötigen Kompetenzen erwerben.

Zudem wird die DP ebenfalls das Angebot an Beratung und Weiterbildungsmöglichkeiten in diesem Bereich erweitern, um erfahrenen Landwirten die Möglichkeit zu bieten, auf dem neusten Wissens- und Technikstand zu bleiben.

LANDWIRTSCHAFTLICHE PRODUKTION DIVERSIFIZIEREN

Die Landwirtschaft ist in Luxemburg noch immer stark von der Milch- und Fleischproduktion geprägt, andere Bereiche, wie zum Beispiel der Anbau von Obst und Gemüse oder die Geflügelzucht, spielen hingegen eine weniger große Rolle. Die DP wird die landwirtschaftliche Diversifizierung konsequent vorantreiben und auch Nischenprodukte, wie Hanf, Quinoa oder Soja, stärker fördern. Da der Umstieg auf alternative Erzeugnisse trotz etlichen Bemühungen in den vergangenen Jahren nur schleppend vorangeschritten ist, wird die DP die Gründe hierfür untersuchen, die Rahmenbedingungen anpassen und gegebenenfalls zusätzliche finanzielle Anreize schaffen.

So wird die DP beispielsweise die Genehmigungsprozedur für den Bau von Gewächshäusern vereinfachen, da der Obst- und Gemüseanbau hierzulande oftmals nur in

diesen stattfinden kann. Idealerweise sollten Gewächshäuser klimaneutral und energieeffizient funktionieren, beispielsweise durch eine Ankoppelung an eine Biogasanlage.

Angesichts der zunehmend spürbaren Auswirkungen der Erderwärmung gilt es, vor allem den sich verändernden klimatischen Bedingungen angepasste und trockenheitsresistentere Kulturen zu fördern, wodurch ebenfalls das Risiko von Ertrags- und Qualitätsverlusten gemindert wird. Zudem soll, anstelle von Monokulturen, verstärkt auf die Rotation von unterschiedlichen Pflanzenarten gesetzt werden.

PATENTFREIES SAATGUT JEDEM ZUGÄNGLICH MACHEN

Der Saatgutmarkt wird heute von großen Agrarkonzernen dominiert, welche sich die kostspieligen Tests und Nachweise zur Registrierung ihres Saatgutes im europäischen Sortenkatalog leisten können. Da es sich jedoch bei industriellem Saatgut oftmals um nichtreproduzierbares Hybridsaatgut handelt, sind Landwirte abhängig von der Produktpalette einiger weniger Agrarkonzerne. Die DP möchte die Verwendung von bäuerlichem Saatgut wieder stärker in den Vordergrund rücken, denn durch die Aussaat der geernteten Samen entstehen über die Jahre sehr robuste, an das lokale Klima und den lokalen Boden angepasste Samen.

Die DP wird deshalb den Saatgut-Markt in Luxemburg liberalisieren. Einheimische Landwirte und Privatpersonen sollen die Möglichkeit erhalten, lokale Sorten zu kaufen bzw. verkaufen und zu vermehren, auch wenn diese nicht im EU-Sortenkatalog bzw. im Nationalen Sortenkatalog eingetragen sind. Traditionelles, bäuerliches Saatgut kann einen wichtigen Beitrag zur Anpassung der Landwirtschaft an den Klimawandel, der Stärkung der Artenvielfalt und einem besseren Umweltschutz leisten, da resiliente Kulturen den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln reduzieren können.

REGENWASSER STÄRKER NUTZEN

s. Kapitel Nachhaltigkeit

NACHHALTIGES TRINKWASSERMANAGEMENT SICHERSTELLEN

s. Kapitel Nachhaltigkeit

QUELLENSCHUTZ AUSBAUEN

s. Kapitel Nachhaltigkeit

REGIONALE PRODUKTE FÖRDERN, HEIMISCHE PRODUZENTEN UNTERSTÜTZEN

Die luxemburgische Agrarproduktion ist in den Augen der DP gleichbedeutend mit lokalen Erzeugnissen in höchster Qualität, die aufgrund der kürzeren Transportwege in der Regel auch umweltschonender sind. Die DP setzt sich dafür ein, dass vermehrt lokale und regionale Produkte Verwendung finden, vor allem in Schulen, Maisons Relais, Kindertagesstätten, Spitälern und Alters- und Pflegeheimen.

Des Weiteren unterstützt die DP die Vermarktung der Erzeugnisse heimischer Produzenten und wird die diesbezüglichen Initiativen und Strukturen weiter fördern und ausbauen. In diesem Zusammenhang spielen Labels eine wichtige Rolle. Die DP wird das in der vergangenen Legislaturperiode ins Leben gerufene nationale Qualitäts- und Zertifizierungssystem für landwirtschaftliche Erzeugnisse einer Evaluierung unterziehen und gegebenenfalls anpassen.

BIOLANDWIRTSCHAFT FÖRDERN

Die Biolandwirtschaft spielt nicht nur im Kontext der landwirtschaftlichen Diversifizierung eine wichtige Rolle, sie liefert auch Antworten zu Themen des Naturschutzes, des Wasserschutzes, der Biodiversität, und generell einer schonenden und langfristigen Nutzung der natürlichen Ressourcen. Einerseits stagniert aktuell die Nachfrage nach lokalen Bioprodukten, andererseits liegt Luxemburg auf dem 3. Platz in der EU, was den Konsum solcher Produkte angeht.

Die DP wird die gegenwärtige Lage der Biolandwirtschaftsbranche zusammen mit ihren Vertretern analysieren und gegebenenfalls zusätzliche Maßnahmen ergreifen, um diese

verstärkt zu unterstützen. Die Zielsetzung muss ambitioniert, aber dennoch realistisch sein. Die diesbezüglichen Mittel müssen zielgerichtet zur Verfügung gestellt werden. Ebenso wichtig ist eine gute Begleitung und Beratung der Landwirte, die sich auf die Biolandwirtschaft umstellen wollen. Die DP wird überprüfen, inwieweit der PAN-Bio 2025 Aktionsplan noch praxisorientierter gestaltet werden kann, sowohl was die Produktion als auch die Vermarktung angeht.

AKTIVE ROLLE DER LANDWIRTSCHAFT BEIM KLIMASCHUTZ STÄRKEN

Die Landwirtschaft spielt eine wesentliche Rolle im Kampf gegen den Klimawandel. Einerseits gilt es, die eigenen Emissionsreduktionsziele zu erreichen, andererseits trägt eine nachhaltige Flächenbewirtschaftung zum Erhalt der Artenvielfalt sowie zur organischen Speicherung von Kohlenstoff bei.

So wird die DP die Landwirte bei der Reduzierung der Ammoniakemissionen in der Rindviehhaltung gezielt unterstützen, indem die Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen und der Umstieg auf emissionsmindernde Verfahren über das Agrargesetz bezuschusst werden sollen, wie beispielsweise Maßnahmen betreffend der Stallhaltung der Tiere, die Reduktion des Einsatzes von Gülle, Mist und synthetischem Stickstoffdünger sowie eine ausgewogene Tierfütterung ohne Proteinüberschuss.

Zusätzlich wird die DP die bestehenden Klima- und Umweltprogramme mit entsprechenden Fördermitteln weiter ausbauen. Auf Basis der Erfahrungen mit dem aktuellen Prämiensystem wird überprüft, ob und inwiefern die verschiedenen Regelungen mit ihrem entsprechenden Finanzrahmen angepasst werden müssen.

Angesichts der zunehmend spürbaren Auswirkungen der Erderwärmung gilt es, die Resilienz der Landwirtschaft angesichts der Auswirkungen des Klimawandels zu stärken. Konkret werden wir die Agroforstwirtschaft über zusätzliche Beihilfen fördern. Die Kombination von Bäumen und Ackerkulturen hilft, Trockenheit besser zu überstehen, schützt die Böden vor Erosion und stärkt die Artenvielfalt durch die

Schaffung neuer Lebensräume.

Zudem werden wir den sich verändernden klimatischen Bedingungen angepasste und trockenheitsresistentere Kulturen sowie die Rotation von unterschiedlichen Pflanzenarten anstelle von Monokulturen fördern. Die DP unterstützt schließlich die regenerative Landwirtschaft, die auf eine klimaresiliente, aufbauende und langfristig wirtschaftliche Landnutzung abzielt, ebenso wie Initiativen im Bereich der Solidarlandwirtschaft.

NATURKATASTROPHEN VORBEUGEN

Der Klimawandel stellt eine globale Herausforderung mit lokalen Auswirkungen, wie Stürmen, Überschwemmungen und Dürren, dar. Die DP setzt sich dafür ein, dass die Mehrgefahrenversicherung attraktiver gestaltet wird. In diesem Kontext sollen auch die meteorologischen Stationen der Verwaltung für technische Dienste der Landwirtschaft (ASTA) weiter ausgebaut und die betreffenden Informationen weiterhin allen Landwirten zur Verfügung gestellt werden.

BODENSCHUTZ STÄRKEN

s. Kapitel Nachhaltigkeit

LÄNDLICHE FLÄCHEN NACHHALTIG NUTZEN

s. Kapitel Nachhaltigkeit

PFLANZENSCHUTZ NACHHALTIGER GESTALTEN

Die DP setzt sich für einen nachhaltigen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ein, um den Erhalt der Artenvielfalt und den Schutz unserer Oberflächengewässer und Quellen zu gewährleisten. Demgemäß sieht der Strategieplan für die GAP 2023 bis 2027 eine Reihe von Maßnahmen zur Verringerung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln vor, welche den Landwirten, Winzern und Gemüsebauern ab 2023 zur Verfügung stehen werden.

Die DP wird dafür sorgen, dass eventuelle Mehrkosten durch den Verzicht auf Pflanzenschutzmittel mit Beihilfen ausgeglichen werden. Zudem werden wir die Aus- und

Weiterbildung im Rahmen der Reduktion von Pflanzenschutzmitteln ausbauen und die Sensibilisierung diesbezüglich stärken.

Die DP wird sich auch weiterhin für ein Ausstieg aus der Nutzung von Glyphosat einsetzen und prüfen, auf welchem Wege sich ein nationales Verbot durchsetzen lässt. Parallel dazu unterstützt die DP den freiwilligen Verzicht auf Glyphosat durch dementsprechende Beihilfen. Auf EU-Ebene werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Zulassung von Glyphosat Ende 2023 nicht verlängert wird.

STARKEN TIERSCHUTZ IN DER PRAXIS GEWÄHRLEISTEN

Unter Federführung des damaligen DP-Landwirtschaftsministers wurde 2018 in Luxemburg das modernste Tierschutzgesetz Europas verabschiedet. Die DP wird weiterhin auf eine genaue Umsetzung des Gesetzes achten und verstärkt Kontrollen durchführen. Verstöße gegen das Tierschutzgesetz sollen konsequent verfolgt werden, sowohl bei Nutz- als auch bei Haustieren. Die DP wird in diesem Zusammenhang eine Anlaufstelle in Form einer Ombudsperson schaffen, bei der Bürger und Bürgerinnen Verstöße gegen das Tierschutzgesetz melden können.

Zudem wird die DP sich auf europäischer Ebene für einen stärkeren Tierschutz einsetzen. Wir werden uns insbesondere für ein Verbot von Pelzfarmen, für schärfere Vorschriften bezüglich Tiertransporten einsetzen und für ein Exportverbot von lebenden Tieren in nicht-EU Schlachthöfe stark machen.

Schließlich setzt sich die DP dafür ein, dass Tierversuche in der EU verpflichtend am ethischen Prinzip der „3R“ (Replace, Reduce, Refine) ausgerichtet werden. Konkret bedeutet dies, dass Tierversuche auf ein striktes Minimum begrenzt werden und durch andere Methoden ersetzt werden sollen. Nur in denen Fällen, in denen Tierversuche sich als unumgänglich erweisen, sollen sie unter strikten Auflagen zugelassen sein, und die Anzahl an Versuchen und die Belastung, der die Tiere ausgesetzt werden, so gering wie möglich gehalten werden.

KITZRETTUNG FÖRDERN

Die DP wird zusätzliche Maßnahmen, um Rehkitze während der Mahd zu schützen, unterstützen und bestehende Pilotprojekte ausbauen. So soll die Rehkitzrettung per Drohne, welche aktuell im Rahmen eines Pilotprojektes im Westen des Landes betrieben wird, auf das ganze Land ausgedehnt werden.

FORSCHUNG, INNOVATION UND EINSATZ MODERNER TECHNOLOGIEN FÖRDERN

Auch im Agrarsektor bietet die Digitalisierung große Chancen: Drohnen zur Datenerhebung, Robotik, Internet der Dinge (IoT) - modernste Technologien ermöglichen beispielsweise einen präziseren Einsatz von Dünger und Pflanzenschutzmitteln und tragen somit nicht nur zu einer Effizienzsteigerung in der Produktion bei, sondern führen auch zu einer klima- und umweltfreundlicheren Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen.

Die DP wird deshalb eine Strategie zur Digitalisierung der Landwirtschaft ausarbeiten. Durch konkrete Maßnahmen und staatliche Zuschüsse soll die Präzisionslandwirtschaft gefördert und in die Praxis umgesetzt werden sollen. Die DP wird zudem die Forschung in diesem Bereich stärken und innovative Projekte fördern, um neue Lösungsansätze für die Herausforderungen der Landwirtschaft zu entwickeln, wie zum Beispiel die vertikale Landwirtschaft („vertical farming“).

DIE 4% FLÄCHENSTILLEGUNG ÜBERDENKEN

Der EU-Beschluss zur Flächenstilllegung von 4% der betrieblichen Ackerfläche eines Betriebes wird häufig als nicht zielführend kritisiert, da dies zu einer Minderung der Nahrungsmittelproduktion führt und auch nicht gewusst ist, wie stark diese Maßnahme zur Biodiversität beiträgt. Wir befürworten daher eine kritische Analyse dieser Maßnahme.

LEBENSMITTELVERSCHWENDUNG REDUZIEREN

Jedes Jahr landen im Durchschnitt 88,5 kg Lebensmittel pro Einwohner im Abfall, wovon ein großer Teil vermieden werden könnte. Die

DP möchte die Lebensmittelverschwendung auf ein absolutes Minimum reduzieren und wird zu diesem Zweck die Bemühungen der vergangenen Jahre konsequent weiterführen und ausbauen.

So werden wir regelmäßige Sensibilisierungs- und Informationskampagnen organisieren, um das Bewusstsein der Bürger und Bürgerinnen zu stärken. Auch werden wir unterschiedliche Initiativen und Projekte, wie „Antigaspi“-Kühlschränke oder den Verkauf von Lebensmitteln, die nicht den Normen entsprechen, unterstützen sowie die Zusammenarbeit mit allen Akteuren der Produktions- und Verwertungskette vertiefen.

Bereits heute spenden viele Supermärkte unverkaufte, jedoch weiterhin genießbare Lebensmittel an wohltätige Organisationen. Die DP wird prüfen, inwiefern die Schaffung eines legalen Rahmens sinnvoll ist, welcher die Entsorgung von genießbaren Lebensmitteln durch unter anderem Unternehmen und Kantinen untersagt.

Insbesondere bei staatlichen Kantinen wird die DP dafür sorgen, dass die Lebensmittelverschwendung auf ein absolutes Minimum reduziert wird. Um eine bessere Planungssicherheit zu gewährleisten, wird die DP deshalb Eltern, die ihre Kinder nicht in der Kantine abmelden, das Mittagessen künftig in Rechnung stellen.

LANDWIRTSCHAFTSTISCH REGELMÄSSIG ORGANISIEREN

Der vom DP-Landwirtschaftsminister eingeführte Landwirtschaftstisch, bestehend aus Regierung und Vertretern des Ernährungs- und Landwirtschaftssektors, spielt eine wichtige Rolle, um einvernehmliche Antworten auf wichtige Fragen des Sektors zu finden. Die DP wird dafür sorgen, dass der Landwirtschaftstisch auch in Zukunft regelmäßig einberufen, bei allen wichtigen Entscheidungen eingebunden und gezielt bei der Ausarbeitung des neuen Nationalen Strategieplans (PSN) beteiligt wird.

BIOGASANLAGEN NACHHALTIG BETREIBEN

Durch die energetische Verwertung von Gülle, Mist, Essenresten und sonstigem organischen

Abfall können Biogasanlagen einen wichtigen Beitrag zur Kreislaufwirtschaft leisten. Die DP wird weiterhin die Energieproduktion mittels Biogasanlage über eine attraktive Einspeisevergütung unterstützen. Um eine nachhaltige Bewirtschaftung sicherzustellen, werden wir jedoch die energetische Verwertung von eigens zu diesem Zweck angepflanzten Kulturen reduzieren.

PRAGMATISCHE UND NACHVOLLZIEHBARE REGELN FÜR EINEN STARKEN NATURSCHUTZ GARANTIEREN

s. Kapitel Nachhaltigkeit

WEINBAU

Der Weinbau hat eine lange Tradition in Luxemburg und besitzt eine herausragende kulturelle Bedeutung für unser Land. Zudem ist er ein wichtiger Faktor für die Tourismusbranche sowie das Bild Luxemburgs in der Welt. Die DP wird die Bemühungen der vergangenen Jahre konsequent weiterführen und die Zukunft des Weinbaus absichern. Auch in diesem Bereich sind die Auswirkungen des Klimawandels zunehmend zu spüren, weshalb eine nachhaltigere Bewirtschaftung, welche sich den veränderten klimatischen Bedingungen anpasst, unerlässlich ist. Die DP wird die Winzer hierbei tatkräftig durch Beratung und Zuschüsse unterstützen.

Zudem wird die DP verhindern, dass immer mehr Flächen innerhalb des Weinbauperimeters ungenutzt bleiben. Aus diesem Grund werden wir Instrumente schaffen, welche eine weitere Produktion auf diesen Flächen ermöglichen.

Auch haben die Winzer besonders im Einsatz

ANSTELLUNG VON SAISONARBEITERN ERLEICHTERN

Viele Betriebe sind zur Erntezeit auf ausländische Saisonarbeiter und -arbeiterinnen angewiesen, zunehmend auch aus Drittstaaten, da nicht genügend Arbeitskräfte innerhalb der EU vorhanden sind. Die DP setzt sich dafür ein, dass die Prozeduren und arbeitsrechtlichen Bestimmungen zur Anstellung von Saisonarbeitskräften vereinfacht werden.

von Pflanzenschutzmitteln schon erhebliche Anstrengungen getan. Für die Pilzkrankheiten bleibt allerdings deren gezielter Einsatz bislang ohne wirkliche Alternative. Von daher sollte die Forschung im Kontext der Bekämpfung der pflanzlichen Krankheiten unterstützt werden, um Alternativen zu den heutigen Pflanzenschutzmitteln zu bringen, schrittweise Kontrolle über die Krankheiten zu gewinnen und den Pflanzenschutzmitteleinsatz so weit wie möglich zu reduzieren. Ebenso sollte die Nutzung von pilzwiderstandsfähigen Rebsorten (Piwi's) weiter erforscht und gefördert werden.

Die DP wird ebenfalls die Vermarktung des hiesigen Weines sowohl in Luxemburg als auch im Ausland weiter ausbauen, und prüfen, wie diese zusätzlich verbessert werden kann.

WEINREGION ERLEBBAR MACHEN

s. Kapitel Wirtschaftspolitik

20

KONSUMENTENSCHUTZ RECHTE DER VERBRAUCHER STÄRKEN

Die DP setzt sich für einen starken Konsumentenschutz ein. Der Verbraucher soll vor einer Kaufentscheidung, auch im Sinne der Nachhaltigkeit, bestmöglich informiert sein. Besonders in den Bereichen der allgemeinen Produktsicherheit (Haushaltsgeräte, Spielwaren, Lebensmittel...) wollen wir die Kontrollen verschärfen und die Transparenz bei Dienstleistungsangeboten (Konsumkredite, Reiseverträge, Mietverträge...) erhöhen. Die Aufgaben- und Zuständigkeitsbereiche des Verbraucherschutzministeriums wollen wir dementsprechend erweitern und eine länderübergreifende Zusammenarbeit im Sinne des Verbraucherschutzes stärken.

Neue technologische Entwicklungen, wie zum Beispiel Künstliche Intelligenz, stellen den Verbraucherschutz vor neue Herausforderungen. Als DP werden wir uns diesen sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene stellen.

In der letzten Legislaturperiode wurde bereits eine Reihe von Maßnahmen für einen stärkeren Verbraucherschutz getroffen. Hierzu gehören unter anderem die Umsetzung der EU-Richtlinien über die Einführung einer gesetzlichen Konformitätsgarantie für digitale Inhalte und Dienstleistungen, die Umsetzung der Omnibus-Richtlinie, die unter anderem verstärkte Sanktionsmöglichkeiten und obligatorische Angabe eines Referenzpreises bei Preisreduktionen vorsieht, sowie die Einführung der Charta "Chèques-cadeaux".

LEBENSMITTEL- UND PRODUKTSICHERHEIT

Lebensmittelsicherheit und der Kampf gegen Lebensmittelbetrug gehören zu den obersten Prioritäten eines neutralen Verbraucherschutzes. Die 2022 gegründete Veterinär- und Lebensmittelverwaltung ALVA vereint einen Großteil der Kontrollorgane der

Lebensmittelkette in einer einzigen Behörde. Im Sinne einer erweiterten Effizienz sollen auch andere Abteilungen wie bsp. die Laboratorien zentralisiert werden.

Produkte im allgemeinen, aber besonders auch Spielzeugwaren und Elektrogeräte aus Drittländern brauchen eine zunehmend strenge Kontrolle (unter anderem Erfüllung der CE-Norm). Das ILNAS (Institut luxembourgeois de la normalisation, de l'accréditation, de la sécurité et qualité des produits et services) soll gestärkt werden und Überwachungskampagnen die Verbraucherrechte verbessern.

DIE ERWARTUNGEN VON VERBRAUCHERN UND PRODUZENTEN ANPASSEN

Ein „Observatoire de la consommation“ soll durch die Auswertung anonymisierter Verbraucherdaten (unter anderem im Lebensmittelbereich) für mehr Klarheit und Transparenz sorgen. Darauf basierend soll eine größere Kohärenz zwischen den tatsächlichen Erwartungen der Verbraucher und den Kontingenten der Unternehmer geschaffen werden. Die DP verpflichtet sich so, einen nachhaltigen Konsum zu fördern.

GEGEN VERSTECKTE PREISERHÖHUNGEN UND „SHRINKFLATION“ VORGEHEN

Um die Produktionskosten der Waren (bsp. Lebensmittel) bei gleichem Weiterverkaufspreis zu senken, haben Produzenten in der Vergangenheit vermehrt die Mengen der Ware in den gleichen Verpackungen reduziert. Die DP will zusammen mit den Verbraucherzentralen analysieren, welche Gegenmaßnahmen ergriffen werden können, um solche Vorgehensweisen sowohl national als auch auf europäischer Ebene zu vermeiden.

RECHT AUF REPARATUR

Die Europäische Kommission hat dieses Jahr einen Vorschlag für gemeinsame Vorschriften zur Förderung der Reparatur von Waren angenommen. Dies soll zu Einsparungen für die Verbraucher führen, und die Ziele des europäischen Green Deal unter anderem durch die Verringerung des Abfallaufkommens unterstützen. Die DP wird alle Initiativen fördern, welche die Haltbarkeit von Waren unterstützt. Mit einfachen Reparaturen soll der Wegwerfgesellschaft entgegengewirkt werden.

Wir wollen deshalb auch prüfen, inwiefern ein finanzieller Anreiz bei Reparaturen auf nationaler Basis Sinn ergibt. Die Kosten einer Reparatur werden durch einen von der öffentlichen Hand gewährten Reparaturbonus gesenkt. Mit diesem Instrument werden wir reelle Reparaturanreize schaffen, lokale und regionale Betriebe fördern und im Sinne einer nachhaltigen und ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft agieren.

SAMMELKLAGEN

Die neuen Regelungen der EU-Richtlinie über Verbandsklagen zum Schutz der kollektiven Interessen der Verbraucher müssen ab dem 25. Juni 2023 angewandt werden. Die DP setzt sich dafür ein, dass Verbraucher künftig durch Sammelklagen einfacher zu ihrem Recht kommen sollen. Sammelklagen sollen vorangetrieben und einfacher werden, wobei ein besonderes Augenmerk auf die Schlichtung gesetzt werden soll, um gütliche Einigungen zu erleichtern.

AUTOMATISCHE ENTSCHÄDIGUNG VON VERBRAUCHERN MITHILFE VON SMART CONTRACTS

Wir wollen die Durchsetzung von Verbraucherrechten vereinfachen, z.B. durch Smart Contracts, die u.a. eine automatische Entschädigung von Verbrauchern bei verspäteten Lieferungen vorsehen. Basierend auf der Blockchain-Technologie stärkt dies die Rechte der Kunden.

EINFÜHRUNG EINES WIDERRUFSBUTTONS BEI FERNABSATZ- UND INTERNETVERTRÄGEN

Die Europäische Kommission hat die Einführung

eines Widerrufsbuttons bei Fernabsatzverträgen vorgeschlagen. Damit soll sogenannten „dark patterns“ vorgebeugt, und der Widerruf so simpel wie der Vertragsabschluss werden. Der Verbraucher soll bei Online-Einkäufen auch leichter von seinem 14-tägigen Widerrufsrecht Gebrauch machen können. Die DP wird sich an den europäischen Vorgaben orientieren, und die Einführung vom elektronischen Widerrufsbutton fördern. Außerdem soll nach der Kündigung eines Vertrages über diesen Button unmittelbar eine Eingangsbestätigung an den Kunden verschickt werden, um zu vermeiden, dass Anbieter Kunden länger als nötig an sich binden können.

Allgemein will die DP analysieren, inwiefern verkürzte Kündigungsfristen bei stillschweigenden Vertragsverlängerungen realisierbar sind.

PASSAGIERRECHTE STÄRKEN

Beschwerden bei Ferienreisen haben in den letzten Jahren zugenommen (z.B. bei Flugannullierungen und Verspätungen). Passagiere sollen ihre Entschädigungsansprüche in jedem Fall geltend machen können. Wir wollen uns weiterhin für die Rechte der Passagiere einsetzen, und uns für eine effiziente Handhabung der Dossiers bei Beschwerdefällen stark machen.

VERBRAUCHERSCHUTZ-ORGANISATIONEN

Die DP wird die Verbraucherschutzorganisationen (z.B. die ULC und die CEC) im Sinne eines modernen Verbraucherschutzes unterstützen.

WICHTIGE VERBRAUCHERBILDUNG

Für die DP ist es wichtig, den Verbraucher besser zu informieren, bsp. zum Thema Überschuldung. Hierbei geht es auch darum, Kindern und Jugendlichen ein ökonomisches Bewusstsein zu vermitteln: z.B. in Bereichen wie Finanzen, dem nachhaltigen Konsum oder dem Verbraucherrecht.

21

INSTITUTIONEN UND JUSTIZ RECHTSTAATLICHKEIT UND GERECHTIGKEIT FÜR EINE STARKE DEMOKRATIE

Eine starke Demokratie benötigt starke und zuverlässige Institutionen. Die DP bemüht sich stets darum, unsere Institutionen zu stärken und effizienter zu gestalten, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Demokratie zu stärken und die soziale und politische Stabilität unseres Landes zu gewährleisten.

Die Verteidigung demokratischer Werte ist fest in unserer DNA verankert. Nach jahrzehntelanger Vorarbeit ist im Juli dieses Jahres die Verfassungsreform in Kraft getreten. Das luxemburgische Grundgesetz wurde an die politischen und gesellschaftlichen Realitäten des 21. Jahrhunderts angepasst. Das Parlament wurde

in seiner Funktion gestärkt, die Judikative als dritte Gewalt fest verankert, und die Grundrechte und Freiheiten der Bevölkerung erweitert.

Wir haben mithilfe mehrerer Gesetzesänderungen die Wahlbeteiligung für viele Menschen vereinfacht. Wir werden in den nächsten Monaten eine Debatte über die Notwendigkeit einer großen Reform des Wahlgesetzes anstoßen. Mit der Einsetzung des Klima-Bürgerrats haben wir neue Maßstäbe in Sachen Bürgerbeteiligung gesetzt. Es ist unser Wille, die Bürger noch stärker an politischen Entscheidungsprozessen teilhaben zu lassen und die staatliche Arbeit noch transparenter zu gestalten.

INSTITUTIONEN

DEBATTE ÜBER REFORM DES WAHLSYSTEMS ANSTOSSEN

Nach Inkrafttreten der neuen Verfassung im Juli und nach den Wahlen im Oktober dieses Jahres wird die DP eine Debatte über eine allgemeine Reform des Wahlsystems im Parlament anstoßen, mit dem Ziel einen parteiübergreifenden Konsens über ein gerechteres und moderneres Wahlrecht auszuarbeiten. Die DP kann sich vorstellen, eventuelle parteiübergreifenden Vorschläge einem Referendum zu unterziehen.

MEHR BÜRGERBETEILIGUNG WAGEN

Die DP hat mit dem vom Premierminister eingesetzten Klima-Bürgerrat neue Maßstäbe für die Bürgerbeteiligung in Luxemburg gesetzt. Mit Inkrafttreten der neuen Verfassung bekommen die Bürgerinnen und Bürger mit der sogenannten „Bürger-Initiative“ ein neues partizipatives Instrument, mit dem sie selbst

Gesetzesvorschläge in das Parlament einbringen können, wenn ihre Initiative genug Unterstützung aus der Bevölkerung erhält.

Die DP wird den Schlussfolgerungen der von der Regierung bei der Universität Luxemburg in Auftrag gegebene Studie zum Klima-Bürgerrat Rechnung tragen. Es ist uns wichtig, Bilanz dieses Projektes zu ziehen und die Organisation künftiger derartiger Projekte weiter zu verbessern. Die DP wird den von der Regierung ausgearbeiteten Gesetzesvorschlag für eine Stärkung der Bürgerbeteiligung auf lokaler Ebene schnell umsetzen, damit die neuen Gemeinderäte ihre Bürger besser in die Entscheidungsprozesse einbinden können.

EINFÜHRUNG DES E-VOTINGS ÜBERPRÜFEN

Die DP wird sich dafür einsetzen, dass die Möglichkeit einer elektronischen Stimmabgabe

den Wahlprozess sowohl für die Wähler als auch für die zuständigen Behörden einfacher gestalten kann, ohne die Sicherheit der Wahlen zu gefährden. Eine digitale Wahl könnte zahlreiche Hindernisse und Probleme vermeiden, wie zum Beispiel ungewollte ungültige Stimmzettel oder Fristüberschreitungen bei der Briefwahl. Auch die Auszählung der Stimmen könnte dank technischer Hilfsmittel schneller erfolgen.

ERST VOLLZEITBÜRGERMEISTER EINFÜHREN UND DANN DOPPELMANDATE ABSCHAFFEN

Die DP wird die gesetzliche Basis für einen hauptamtlichen Bürgermeister in den Gemeinden schaffen. Die finanziellen Rahmenbedingungen und sozialen Absicherung werden überarbeitet. Erst im Anschluss kann eine Entscheidung mit den anderen Parteien über eine Regelung der Doppelmandate getroffen werden.

FUSIONEN UND REGIONALE- INTERKOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT UNTERSTÜTZEN

s. Kapitel Gemeinden

„ACCORD TACITE“ (STILLSCHWEIGENDE GENEHMIGUNG) DER VERWALTUNG EINFÜHREN

s. Kapitel Wohnungsbau

JUSTIZ

„E-JUSTICE“ KONSEQUENT AUSBAUEN

Die DP beabsichtigt, die Vorteile der Digitalisierung verstärkt im Justizwesen zu nutzen. Der Einsatz elektronischer Systeme ermöglicht eine schnellere und effizientere Abwicklung von Gerichtsverfahren. Dies umfasst die elektronische Einreichung von Dokumenten, den elektronischen Austausch von Informationen zwischen den Parteien und Gerichten sowie die Nutzung elektronischer Verwaltungsverfahren. Dadurch werden die Verfahren beschleunigt und der administrative Aufwand reduziert. Die DP wird sich aktiv dafür einsetzen, diese Bemühungen zu intensivieren und sicherstellen,

GENEHMIGUNGSVERFAHREN BESCHLEUNIGEN

s. Kapitel Wirtschaftspolitik

TRANSPARENZGESETZ REFORMIEREN UND OPEN DATA FÖRDERN

Die DP-geführte Regierung hat mit dem sogenannten Transparenzgesetz das Zugangsrecht aller Bürger zu staatlichen Dokumenten gesetzlich verankert. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben manches Verbesserungspotenzial aufgezeigt, die wir mit einer Überarbeitung des Gesetzes nutzen werden, um die staatlichen Institutionen noch transparenter zu machen.

Die DP wird zudem das Prinzip des „Open Data“ konsequent umsetzen und staatliche Informationen und Daten in einem ersten Schritt digitalisieren und anschließend der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. Forscher, Verbände, Unternehmen und normale Bürger können mit diesen Informationen im Interesse der Allgemeinheit arbeiten.

STANDORTE FÜR ZIVILE HOCHZEITEN ERWEITERN

s. Kapitel Gemeinden

dass der Einsatz von Faxgeräten bald der Vergangenheit angehört.

„COMPARUTION IMMÉDIATE“ EINFÜHREN

Nachdem bereits eine „procédure accélérée“ (beschleunigtes Verfahren) eingeführt wurde, fordert die DP zusätzlich die zügige Einführung der Möglichkeit einer „comparution immédiate“ (sofortiges Erscheinen vor Gericht) für Täter, die auf frischer Tat ertappt wurden oder gegen die erdrückende Beweise vorliegen. So sollen Täter schnellstmöglich vor Gericht gestellt werden, was zu einer erheblichen Entlastung der Gerichte führen wird. Selbstverständlich werden auch bei

einer „comparution immédiate“ die allgemeinen Rechte des Angeklagten respektiert.

EINFÜHRUNG VON FACHGERICHTEN UND FACHRICHTERN PRÜFEN

Die Komplexität der Gerichtsverfahren wächst kontinuierlich. Um dieser Entwicklung gerecht zu werden und in Anlehnung an die Einführung des „Familienrichters“, prüft die DP die Möglichkeit der Einführung weiterer spezifischer Fachgerichte. Im Rahmen eines Pilotprojektes sollte die Einstellung spezialisierter Magistrate, beispielsweise für Verfahren im Zusammenhang mit Finanzkriminalität, vorgesehen werden.

„JUGEMENT SUR ACCORD“ FÖRDERN

Im Jahr 2015 wurde die Möglichkeit des „Jugement sur accord“ (Urteil nach Absprache) eingeführt, um gerichtliche Verfahren zu verkürzen und somit die Justiz zu entlasten. Allerdings geben Strafverteidiger an, dass das von der Staatsanwaltschaft vorgeschlagene Strafmaß nur selten verhältnismäßig ist. Die DP wird die Anwendung des ‚Jugement sur accord‘ auf ihre Effizienz hin überprüfen und sich dafür einsetzen, dieses Verfahren stärker zu nutzen.

HASS IM NETZ KONSEQUENT VERFOLGEN

Die DP spricht sich für die konsequente Verfolgung und Eindämmung von Hass im Internet aus. Wir werden gezielte Maßnahmen ergreifen, um die rechtlichen Instrumente gegen Hassreden, Diskriminierung und andere Formen des Online-Mobbings zu stärken. Durch die Aufstockung von Ermittlungs-Ressourcen und die enge Zusammenarbeit mit den relevanten Akteuren werden wir sicherstellen, dass „Hass im Netz“ effektiv geahndet wird und Opfer angemessen geschützt werden. Somit wollen wir ein sicheres und respektvolles digitales Umfeld für alle Nutzer, insbesondere für Jugendliche, schaffen.

PLATZVERWEIS LIGHT ÜBERARBEITEN

Die DP setzt sich dafür ein, den derzeit geltenden „Platzverweis light“ einer gründlichen Analyse zu unterziehen. Unser Ziel ist es, eine ergebnisoffene Diskussion zu führen und herauszufinden, ob diese Maßnahme tatsächlich einen Mehrwert

bietet. Wir wollen alle relevanten Aspekte und Erfahrungen sammeln, um eine fundierte Entscheidung treffen zu können, ob der Platzverweis light ausreicht oder ob wir einen umfassenderen Platzverweis einführen sollen. Dieser „echte“ Platzverweis ist für die DP kein Tabuthema.

Der Vorteil eines Platzverweises besteht darin, dass er schnell und effektiv zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung beiträgt. Durch die Möglichkeit, Personen, die sich wiederholt regelwidrig verhalten zeigen, von einem bestimmten Ort zu verbannen, können potenzielle Konflikte und Störungen verhindert werden. Ein Platzverweis ermöglicht es den Behörden, schnell und angemessen auf akute Situationen zu reagieren, um das Wohlergehen und die Sicherheit aller Beteiligten zu gewährleisten.

STRAFVOLLZUG UND ALTERNATIVE STRAFFORMEN

Die DP wird den derzeitigen Strafkatalog einer gründlichen Überprüfung unterziehen und bei Bedarf an die aktuellen Gegebenheiten anpassen. Nach der Einführung der Strafvollzugskammer werden wir in diesem Zusammenhang auch prüfen, ob die Einführung eines Richters für den Strafvollzug („Juge pour l’application des peines“) sinnvoll ist.

Darüber hinaus wollen wir die elektronische Überwachung durch eine Fußfessel („bracelet électronique“) auch in der Untersuchungshaft zulassen.

MEDIATION IN ZIVILRECHTLICHEN FRAGEN FÖRDERN

Viele Zivilprozesse könnten durch eine Mediation (gesteuerte Vermittlung) vermieden werden. Die DP wird diese Form der Konfliktlösung deshalb weiter fördern.

SCHUTZ DES ANWALTSGEHEIMNISSES

Das Berufsgeheimnis der Anwälte ist eng mit dem Recht auf Verteidigung verbunden und dient in erster Linie dem Schutz der Klienten. Es ermöglicht den Mandanten, ihrem Anwalt alle relevanten Informationen zur Verfügung zu stellen, auch solche, die möglicherweise belastend sein könnten. Die DP wird sicherstellen, dass das Berufsgeheimnis nicht eingeschränkt

wird, es sei denn, es besteht eine zwingende Notwendigkeit zur Bekämpfung von Terrorismus und Geldwäsche. Dabei wird darauf geachtet werden, dass solche Eingriffe das Grundrecht auf Verteidigung nicht unverhältnismäßig beeinträchtigt wird.

STATUT DES INHAFTIERTEN ARBEITERNEHMERS PRÜFEN

Die DP wird den Status des inhaftierten Arbeitnehmers im Hinblick auf dessen Sozialversicherungsbeiträge eingehend analysieren. Wir werden untersuchen, welche rechtlichen Bestimmungen und Vorschriften für Gefangene gelten und ob es Hindernisse oder Einschränkungen gibt, die ihre Fähigkeit zur Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen behindern. Darüber hinaus werden wir die Auswirkungen der Regelung auf die Resozialisierung der Gefangenen und deren langfristige Wiedereingliederung in die Gesellschaft untersuchen.

EINE QUALITATIVE BEWERTUNG DES NEUEN WAFFENGESETZES

2022 trat in Luxemburg ein neues Waffengesetz in Kraft. Die Abgeordnetenkammer hat sich verpflichtet, nach drei Jahren eine qualitative Evaluation dieses Gesetzes durchzuführen. Die DP nimmt diese Verpflichtung ernst und beabsichtigt, die Anwendung des Gesetzes nach Ablauf von drei Jahre zu analysieren und gegebenenfalls notwendige Anpassungen vorzunehmen.

NOTARBERUF MODERNISIEREN UND LIBERALISIEREN

Das Notariat gehört zu den am stärksten regulierten Berufszweigen in Luxemburg. Da der gesetzliche Rahmen jedoch seit geraumer Zeit nicht angepasst worden ist, die Aufgabenstellung stetig komplexer wird und auch die Anzahl der Notare über die letzten Jahrzehnte nicht mit der generellen Bevölkerungsentwicklung Schritt gehalten hat, besteht ein deutliches Modernisierungsbedürfnis, um den Beruf des Notars den Anforderungen des 21. Jahrhunderts anzupassen. Die DP wird deshalb den gesetzlichen Rahmen einer tiefgreifenden Analyse unterziehen und von Grund auf

modernisieren. In diesem Zusammenhang wird die DP eine Liberalisierung des Berufsstands nach französischem Vorbild prüfen. Bei diesem Modell wird eine regionale Mindestabdeckung festgelegt, damit die Bürgerinnen und Bürger in allen Regionen des Landes Zugang zu den Dienstleistungen eines Notars haben.

CANNABIS KONTROLLIERT FREIGEBEN

Eine repressive Drogenpolitik hat sich erfahrungsgemäß in den letzten Jahrzehnten als nicht zielführend erwiesen. In einem ersten Schritt hat die DP-geführte Regierung deshalb den Cannabis-Anbau für den Eigenbedarf unter strikten Bestimmungen freigegeben.

In einem zweiten Schritt soll auch die Abgabe von Cannabisprodukten an Erwachsene in staatlich kontrollierten Verkaufsstellen erfolgen, wobei gleichzeitig der Drogentourismus unterbunden werden soll. Dies wäre ein bedeutender Schlag gegen den illegalen Drogenhandel, das Kerngeschäft vieler krimineller Organisationen. Ein Pilotprojekt soll anfänglich erste Einschätzungen ermöglichen, um künftig den Weg für einen kontrollierten staatlichen Verkauf von Cannabis in Luxemburg zu ebnen.

Die Einnahmen, die durch den staatlichen Verkauf erzielt werden, sollen in die Präventions- und Informationsarbeit entsprechender Initiativen und Beratungszentren im Rahmen der Drogenhilfe und -beratung fließen. Eine Enttabuisierung des Cannabis-Konsums sollte jedoch auf keinen Fall zu einer Verharmlosung des Drogenkonsums führen.

DIGITALE GERICHTSVERFAHREN ERMÖGLICHEN

s. Kapitel Digitalisierung und Medien

JURISTISCHE VERFOLGUNG VON WIRTSCHAFTS- UND FINANZKRIMINALITÄT STÄRKEN

s. Kapitel Finanzplatz

22

STAAT UND ÖFFENTLICHER DIENST

PERFORMANTEN DIENST AM BÜRGER SICHERSTELLEN

Das Luxemburger Modell zeichnet sich seit jeher durch einen modernen und effizienten öffentlichen Dienst aus. Kompetente und motivierte Beamte sind dabei eine tragende Säule. Dies wurde der Gesellschaft während der Corona-Pandemie nochmal eindrucksvoll vor Augen geführt. Die DP setzt sich weiter für die Modernisierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes ein. Dabei legen wir großen Wert auf Bürgernähe, Transparenz und Effizienz. Unser Ziel besteht darin, dass Luxemburg über die modernste und digitalste Verwaltung in Europa verfügt.

Die Beamtenreform von 2015 brachte große Veränderungen in Bereichen wie Gehälter und Karrieren, Rekrutierung und Führung. Karrierewege wurden an Diplomen und Abschlusszeugnissen ausgerichtet, neue Karrierewege entstanden, andere wurden in einer gemeinsamen Gehaltstabelle zusammengeführt. In den letzten Jahren wurden in dem DP-geführten Ministerium weitere Reformen unternommen, um die Attraktivität des öffentlichen Dienstes weiter zu steigern. Mit spezifischen Image-Kampagnen wurde auf die Vielfältigkeit der Karrieren hingewiesen. Zudem wurde die Dauer des Praktikums verkürzt, die Gehälter angepasst, die Aus- und Fortbildung der Staatsbediensteten modernisiert, die unteren Laufbahnen für Beamte und Angestellten harmonisiert. Auch die Erfahrungen aus der Privatwirtschaft werden nun stärker berücksichtigt.

Unter Federführung des DP-Ministeriums für den öffentlichen Dienst, konnte die Regierung in den Jahren 2021 und 2022 jeweils ein neues, verantwortungsvolles Gehälterabkommen mit der Staatsbeamten Gewerkschaft CGFP unterzeichnen. Letzteres, das eine Vertragsdauer von zwei Jahren beinhaltet, sieht für das Jahr 2023 eine Erhöhung von fünf Prozent für die ersten 100 Gehaltspunkte vor. Dies entspricht momentan einem Betrag von 111 Euro pro Monat. Insbesondere Staatsbediensteten mit niedrigeren Einkommen,

die am stärksten unter dem inflationsbedingten Kaufkraftverlust leiden, kommt die 5-prozentige Erhöhung zugute. Ab 2024 folgt eine generelle Punktwertenerhöhung von 1,95 Prozent.

SOZIALDIALOG IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Der Sozialdialog ist ein wichtiger Faktor des luxemburgischen Erfolgsmodells, auch im öffentlichen Dienst. Unser öffentlicher Dienst hat in der Covid-Krise einmal mehr seine Systemrelevanz bewiesen und einen großen Anteil daran getragen, dass unser Land verhältnismäßig gut durch die Pandemie gekommen ist. Deshalb sollen auch in Zukunft – wenn die Staatsfinanzen dies erlauben – korrekte Tarifverträge für Staatsbeamte, Angestellte und Arbeiter verhandelt werden.

TELEARBEIT REGELN UND FLEXIBILITÄT FÖRDERN

Die Telearbeit für die öffentliche Verwaltung soll gesetzlich geregelt werden. Deshalb soll auch das Abkommen, das zwischen der Regierung und den Sozialpartnern beschlossen wurde, zügig umgesetzt werden. Die DP vertritt die Auffassung, dass auch Regelungen für Grenzgänger gesetzlich verankert werden sollten. Die Rahmenbedingungen rund um das Sozialversicherungs- und Steuerrecht, insbesondere die Aussetzung der Doppelbesteuerungsverordnung, sollen ausgearbeitet und gesetzlich verankert werden.

FLEXIBILITÄT BEIM WOHNORT FÜR TELEARBEIT

Die DP steht für Innovation und Flexibilität. Sinn und Zweck der Telearbeit ist es, den Menschen mehr Flexibilität in ihrer Arbeitsorganisation und in ihrer Alltagsgestaltung zu bieten. Die Regeln für das Homeoffice sollen gesetzlich festgelegt werden und

auch klare Rahmenbedingungen für das Arbeiten von zu Hause aus definieren. Dies gilt besonders für Familien, die nicht im selben Haushalt leben.

WORK-LIFE-BALANCE UND DAS RECHT AUF NICHTERREICHBARKEIT

Gerade im Homeoffice laufen Mitarbeiter oft Gefahr, unregelmäßig oder länger zu arbeiten. Aufgrund der Erreichbarkeit zu Hause besteht ein erhöhtes Risiko, auch in der Freizeit wegen arbeitsbezogenen Fragen kontaktiert zu werden. Die DP steht klar hinter dem Recht auf Nichterreichbarkeit.

GLEICHBERECHTIGUNG UND GLEICHE VERTRETUNG IM ÖFFENTLICHEN DIENST FÖRDERN

Frauen in hochrangigen Stellen sind im öffentlichen Dienst noch immer unterrepräsentiert. Die DP wird untersuchen, auf was diese Unterschiede zurückzuführen sind, und eine gleichberechtigte Vertretung in den staatlichen Verwaltungen fördern und unterstützen.

DIGITALISIERUNG IM ÖFFENTLICHEN DIENST VORANTREIBEN

Die Digitalisierung hat in den letzten Jahren – bedingt durch die Pandemie – enorm an Wert gewonnen und ist auch aus dem öffentlichen Dienst nicht wegzudenken. Durch neue Technologien, bessere Ausbildung und Fortbildung der Staatsbeamten, die Schaffung einer Digital Academy und eines GovTechLab wurde viel erreicht. Dies haben die internationalen Gremien Luxemburg bescheinigt und unser Land belegt im Benchmark von eGovernment aktuell den dritten Platz unter 35 europäischen Ländern.

Die DP setzt sich dafür ein, dass künftig alle Verwaltungsprozesse im Land auf digitalem Weg möglich werden – sowohl für Bürgerinnen und Bürger als auch für Unternehmen. Diese Verfahren sollten einfach und verständlich gestaltet sein, damit auch Menschen ohne digitale Kenntnisse maximal davon profitieren können.

Die Künstliche Intelligenz (KI) wird immer wichtiger und auch der Staat hat mit Pilotprojekten erste Erfahrungen gesammelt. Dabei ist wichtig, dass

der angemessene Rahmen hierfür geschaffen und diese Initiativen fachmännisch begleitet werden. Besonders bei sogenannten Chatbots, die den Bürgern Erklärungen und Informationen liefern, versprechen die neuen Technologien eine wertvolle Unterstützung.

Die Arbeit in den Verwaltungen soll noch besser vernetzt werden. Unter den Bedingungen des Datenschutzes soll es möglich sein, Dokumente zwischen den einzelnen Verwaltungen zu teilen, und so unnötige Behördengänge zu vermeiden. Follow-up – Referenznummern für Verwaltungsverfahren sollen Bürgern und Unternehmen helfen, den Status ihrer Anträge jederzeit zu verfolgen.

Um all dies zu erreichen, sollen die Investitionen in die Infrastrukturen erhöht werden. Auch die technischen Fähigkeiten der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst sollen weiter ausgebaut werden. Mit der fortschreitenden Digitalisierung ist auch die Weiterbildung ein wichtiger Eckpfeiler, um diese Entwicklung zu unterstützen. Die DP setzt sich daher dafür ein, die fachlichen Fähigkeiten des Personals aus dem öffentlichen Dienst weiterzuentwickeln und sie mit den notwendigen Mitteln auszustatten, um ihre Arbeit im Dienst der Allgemeinheit erledigen zu können.

EINFÜHRUNG DES „ONCE-ONLY“-PRINZIPS

s. Kapitel Digitalisierung und Medien

MYGUICHET KONTINUIERLICH WEITERENTWICKELN

s. Kapitel Digitalisierung und Medien

ANALOGE ANLAUFSTELLEN IN ALLEN REGIONEN

Analoge Anlaufstellen sollen auch in Zukunft bestehen bleiben. Solche Guichets, welche die Bürger in ihren Verwaltungsvorgängen unterstützen, sollen in allen Regionen des Landes angesiedelt werden.

STEUERBEFREIUNG VON ÜBERSTUNDEN

Die DP wird die Steuerbefreiung von Überstunden, wie sie in der Privatwirtschaft gilt, auch im öffentlichen Dienst einführen.

23

GEMEINDEN HAND IN HAND MIT DEN BÜRGERINNEN UND BÜRGERN

AUFWERTUNG DER GEMEINDEMANDATE

Die DP ist entschlossen, die Attraktivität der Gemeindefmandate zu steigern, um kompetente und engagierte Bürger dafür zu gewinnen. Hierfür sollen sowohl der politische Urlaub als auch die finanziellen Rahmenbedingungen aufgewertet und den heutigen Anforderungen an Komplexität und Zeitaufwand angepasst werden.

Erst anschließend können wir zusammen mit anderen Parteien eine gemeinsame Entscheidung anstreben, die einen breiten Konsens über die Regelung von Doppelfmandaten erreicht.

Darüber hinaus setzen wir uns mit Nachdruck für die Einführung des Statuts des „élu local“ ein, um den kommunalen Politikern einen arbeits- und sozialrechtlichen Schutz zu bieten. Unser Ziel ist es, die Rechte der gewählten Lokalpolitiker zu stärken und zu erweitern, um ihnen eine uneingeschränkte Ausübung ihres Mandats zu ermöglichen, ohne von privatem oder beruflichem Druck beeinflusst zu werden.

UNVEREINBARKEITEN MIT DEM MANDAT DES GEMEINDERATSMITGLIEDS ABSCHAFFEN

Die DP setzt sich dafür ein, die Unvereinbarkeiten mit dem Mandat des Gemeinderatsmitglieds abzuschaffen. Wir sind überzeugt, dass engagierten Bürgern, die sich für die Stärkung der lokalen Demokratie einsetzen und der Allgemeinheit dienen wollen, keine unnötigen Hürden in den Weg gelegt werden sollten. Wir schätzen ihr Engagement und möchten, dass sie ihre Ideen und ihr Wissen zum Wohl der Gemeinschaft einsetzen können. Etwaige Interessenkonflikte würden durch den Artikel 20 des Gemeindeggesetzes geregelt, durch den befangene Gemeinderatsmitglieder von bestimmten Abstimmungen ausgeschlossen werden.

ERST VOLLZEITBÜRGERMEISTER EINFÜHREN UND DANN DOPPELMANDATE ABSCHAFFEN

s. Kapitel Institutionen und Justiz

FUSIONEN UND REGIONALE- INTERKOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT UNTERSTÜTZEN

Als DP unterstützen wir weiterhin die freiwilligen Fusionen von Gemeinden. Fusionen erfolgen ausschließlich nach Zustimmung der betroffenen Bürger über ein Referendum, wobei es von großer Bedeutung ist, die Ideen, Anliegen und Bedenken der Einwohner angemessen zu berücksichtigen. Diesbezüglich setzen wir uns dafür ein, die staatliche finanzielle Unterstützung für Fusionsprozesse anzuheben.

Darüber hinaus unterstützen wir eine verstärkte regionale und interkommunale Zusammenarbeit, um Synergien zu schaffen, ein breites Spektrum an Infrastrukturen und Dienstleistungen bereitzustellen und gemeinsam übergeordnete Aufgaben und Herausforderungen anzugehen. Diese Zusammenarbeit ermöglicht eine intelligente und nachhaltige Verwendung öffentlicher Finanzmittel.

BEFUGNISSE DER GEMEINDEN UND DES STAATES IM BILDUNGSBEREICH ADAPTIEREN

s. Kapitel Bildung

GEMEINDEN DURCH ZUSÄTZLICHE FINANZIELLE MITTEL UNTERSTÜTZEN

Die DP setzt sich dafür ein, den Gemeinden die erforderlichen finanziellen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, um qualitativ hochwertige Dienstleistungen und Infrastrukturen anbieten zu

können, die den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger und den Zielen der Landesplanung gerecht werden. Die DP ist der Überzeugung, dass der Staat den Gemeinden zusätzliche finanzielle Mittel bereitstellen muss, um ihre wachsenden Verpflichtungen gegenüber den Bürgern zu erfüllen. Daher werden wir sowohl den städtischen als auch den ländlichen Gemeinden einen größeren finanziellen Spielraum gewähren.

GEMEINDEN AN LEERSTANDSSTEUER BETEILIGEN

Die DP setzt sich dafür ein, dass die Gemeinden für den Arbeitsaufwand bei der Erstellung des nationalen Wohnungsregisters angemessen finanziell entschädigt und zumindest indirekt an den Einnahmen aus der Leerstandssteuer beteiligt werden. Neben der regelmäßigen Aktualisierung dieser Informationen stellt ein fehlendes "cadastre vertical" bei vielen Gebäuden eine zusätzliche Herausforderung dar, die von den Gemeinden bewältigt werden muss. Dies führt zu einem erheblichen Arbeitsaufwand.

REGELMÄSSIGE FINANZWIRTSCHAFTLICHE PRÜFUNGEN IN DEN GEMEINDEN

Die DP setzt sich dafür ein, dass in jeder Gemeinde regelmäßig eine finanzwirtschaftliche Prüfung durch einen Unternehmensrevisor durchgeführt wird. Es ist wichtig, dass die Ergebnisse dieser Prüfung transparent einsehbar sind, und veröffentlicht werden.

DEN TECHNISCHEN DIENST ALS DRITTEN PFEILER IM NEUEN GEMEINDEGESETZ VERANKERN

Als DP engagieren wir uns entschieden dafür, den technischen Dienst als dritten Pfeiler im neuen Gemeindegesetz festzulegen. Neben dem Sekretariat und der Finanzverwaltung spielt der technische Dienst eine essentielle Rolle bei der effizienten Verwaltung unserer Gemeinden. Der technische Dienst hat über die letzten Jahrzehnte enorm an Bedeutung gewonnen, da sich die Aufgabenstellung der Gemeinde erheblich entwickelt hat, und somit auch die Anforderungen an den Dienst gestiegen sind.

Die Verankerung des technischen Dienstes im Gemeindegesetz soll seiner Bedeutung und seinem wertvollen Beitrag angemessen sein.

PROPORZWahl ERST AB 6.000 EINWOHNERN

Die DP spricht sich dafür aus, den gesetzlichen Rahmen für den Übergang vom Majorz- zum Proporzwahlssystem erst ab einer Einwohnerzahl von 6.000 anstelle der bisherigen Schwelle von 3.000 Einwohnern festzulegen. Durch diese Anpassung würde das passive Wahlrecht erheblich gestärkt, da es derzeit eine Herausforderung darstellt, genügend Kandidaten für Gemeindewahlen zu finden. In der Zusammenarbeit mit dem Syvicol, werden wir einen parteiübergreifenden Konsens suche.

EINFÜHRUNG DES E-VOTING ÜBERPRÜFEN

s. Kapitel Institutionen und Justiz

OBLIGATORISCHE KONSULTATION DES SYVICOL EINFÜHREN

Die DP befürwortet die gesetzliche Verankerung der obligatorischen Konsultation des Syvicol bei allen Gesetzesprojekten und Regelungen, die die Gemeinden betreffen. Es ist wichtig, dass die Interessen und Bedürfnisse der Gemeinden angemessen berücksichtigt werden. Durch die Einbindung des Syvicol können die Gemeinden ihre Expertise und eigene Perspektiven in den Gesetzgebungsprozess einfließen lassen.

AUSWEITUNG DER ONLINE-PLATTFORM „EMINT“ AUF ALLE MINISTERIEN

Die DP unterstützt die Ausweitung der Online-Plattform eMINT auf alle Ministerien. Diese Plattform wurde vom Innenministerium entwickelt, um die Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Ministerien zu erleichtern, sowie administrative Prozesse zu optimieren. Durch die Nutzung von eMINT können die umfassenden Vorteile der Digitalisierung genutzt werden, so beispielsweise eine transparente und leicht nachverfolgbare Übertragung von Informationen, und eine beschleunigte Abwicklung von kommunalen Verfahren. Dadurch wird die Zusammenarbeit der

Gemeinden mit anderen Verwaltungen deutlich vereinfacht. Unser vorrangiges Ziel besteht darin, dass zukünftig sämtliche Verfahren ausschließlich digital abgewickelt werden können.

SYNERGIEN ZWISCHEN DEN STAATLICHEN UND KOMMUNALEN IT-BETREIBERN SCHAFFEN

s.Kapitel Digitalisierung und Medien

UNSERE ORTSCHAFTEN ZU „SMART CITIES“ ENTWICKELN

s.Kapitel Digitalisierung und Medien

EINFÜHRUNG DER ELEKTRONISCHEN UNTERSCHRIFT

s.Kapitel Digitalisierung und Medien

STANDORTE FÜR ZIVILE HOCHZEITEN ERWEITERN

Seit 2022 können zivile Hochzeiten auch außerhalb des Gemeindehauses gefeiert werden. Um den Bürgerinnen und Bürgern eine noch persönlichere Feier zu ermöglichen, will die DP die Auswahl möglicher Standorte für Trauungen erweitern. Gemeinden sollen selbst entscheiden können ob nur vorgeschriebene Plätze akzeptiert werden, oder ob Paare auch Standorte abseits des Üblichen auswählen können.

24

INNERE SICHERHEIT, RETTUNGSWESEN UND VERTEIDIGUNG FÜR DEN SCHUTZ UND DAS WOHLERGEHEN DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER

INNERE SICHERHEIT

EINE MODERNE UND EFFIZIENTE POLIZEI GEWÄHRLEISTEN

Die DP ist davon überzeugt, dass die Polizei effizient und modern aufgestellt sein muss, um den gegenwärtigen und zukünftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen bestmöglich gerecht zu werden. Wir befürworten daher Maßnahmen zur optimalen personellen, materiellen und infrastrukturellen Ausstattung.

DIE ZOLLVERWALTUNG WEITER STÄRKEN

Neben ihren Aufgaben als Steuerbehörde spielt die Zoll- und Verbrauchssteuerverwaltung eine wichtige Rolle bei der Kriminalitätsbekämpfung, insbesondere im Kampf gegen illegalen Drogenhandel, gefälschte Produkte und Schmuggelware. Um ihren vielfältigen Aufgaben auch in Zukunft bestmöglich gerecht zu werden, soll die Verwaltung weiter gestärkt werden, dies sowohl was ihre gebäudlichen Infrastrukturen, wie auch ihre Personaldecke und materielle Ausstattung angeht, sowie verstärkt auf Digitalisation setzen.

PRÄVENTION FÖRDERN

Gute Präventionsarbeit ist die effektivste Methode, um im Alltag Verbrechen zu verhindern. Die DP ist fest davon überzeugt, dass eine umfassende Erweiterung der polizeilichen Präventionsaufgaben unerlässlich ist, um eine Entlastung der Polizei im Alltag

zu erreichen. Vor diesem Hintergrund setzen wir uns nachdrücklich für die Einrichtung eines nationalen Präventionskoordinators ein, der in den verschiedenen Regionen koordinierte und effektive Maßnahmen von nationaler Bedeutung umsetzt. Darüber hinaus streben wir eine deutliche Aufwertung des „Comité de Prévention“ an, um dessen volles Potenzial vollständig zu nutzen.

„POLICE MUNICIPALE“ EINFÜHREN

Die DP legt großen Wert auf eine verstärkte Präsenz der Polizei in Dörfern und Viertel, um die Sicherheit der Bürger effizient zu gewährleisten. Die DP wird kommunale Polizeieinheiten einführen, die von der nationalen Polizei den Gemeinden zu Verfügung gestellt werden und somit dem Weisungsrecht des Bürgermeisters unterstehen. In tiefgreifender Zusammenarbeit mit den lokalen „Agents municipaux“ soll die „Police municipale“, unter der Leitung des jeweiligen Bürgermeisters, für die Sicherheit in den Gemeinden sorgen.

POLIZISTEN ENTLASTEN

Im Rahmen der umfangreichen Polizeireform wurden die Möglichkeiten erweitert, nicht-polizeiliche Stellen verstärkt mit zivilen Mitarbeitern zu besetzen. Mit dem Ziel, Polizisten effizienter und insbesondere häufiger vor Ort einzusetzen, will die DP eine verstärkte Entlastung der Polizisten durch den vermehrten Einsatz

von zivilem Personal im administrativen Bereich prüfen. Darüber hinaus wird die DP prüfen, ob der Gefangenentransport zukünftig – ähnlich wie in Deutschland – von Justizvollzugsbeamten statt von Polizisten durchgeführt werden kann.

„COMPARUTION IMMÉDIATE“ EINFÜHREN

S. Kapitel Justiz

EINFÜHRUNG DER BODYCAM

Die DP befürwortet die Einführung von Bodycams als deeskalierendes Werkzeug, das sowohl den Polizeibeamten als auch den Bürgern durch angemessene Gesetzgebung zugutekommt, ohne die Handlungsfreiheit der Polizisten einzuschränken. Dabei ist umfangreiches Training essenziell, um in Stresssituationen einen sicheren Umgang mit den Bodycams zu gewährleisten. Zudem ist die Datensicherung und der angemessene Zugang zu den aufgezeichneten Daten von großer Bedeutung. Unser Ziel ist es, eine ausgewogene Balance zwischen dem Schutz der Bürgerrechte und der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit zu finden.

DASHCAMS IN DEN POLIZEIFAHRZEUGEN EINFÜHREN

Die DP setzt sich für die Integration von Dashcams in Polizeifahrzeugen ein, um eine objektive Erfassung von Vorfällen zu gewährleisten und potenzielle Missverständnisse oder Fehlinformationen effektiv aufzuklären. Dabei legen wir großen Wert darauf, dass die gesetzlichen Bestimmungen und Richtlinien für den Einsatz von Dashcams klar und präzise definiert werden, um die Privatsphäre der Bürger angemessen zu schützen.

PLATZVERWEIS LIGHT ÜBERARBEITEN

S. Kapitel Justiz

PERSONALREKRUTIERUNG KONSEQUENT WEITERFÜHREN

Als DP sind wir uns der Wichtigkeit der aktuellen umfangreichen Personalrekrutierung bewusst und unterstützen diese nachdrücklich. Es ist von entscheidender Bedeutung, kontinuierlich sowohl Polizeibeamte als auch Zivilisten einzustellen,

um den zunehmend komplexen und vielfältigen alltäglichen Herausforderungen gerecht zu werden.

EFFEKTIVE RESSOURCEN ZUR BEKÄMPFUNG VON CYBERKRIMINALITÄT

Die DP tritt dafür ein, der Polizei die erforderlichen technischen Mittel und qualifiziertes Personal zur Bekämpfung der zunehmenden Cyberkriminalität bereitzustellen. Eine gut ausgestattete Polizei mit Fachkenntnissen in der Cyberkriminalität ist entscheidend für die Aufklärung von Straftaten, die Verfolgung von Tätern und die Gewährleistung der Sicherheit.

BESCHLEUNIGUNG DER DISZIPLINARVERFAHREN

Seitdem die IGP für die Durchführung der Disziplinarverfahren zuständig ist, wurde eine Verbesserung der Objektivität und Neutralität erzielt. Bedauerlicherweise sind jedoch die Disziplinarverfahren gegen Mitglieder der Polizei derzeit immer noch zu langwierig. Als DP setzen wir uns nachdrücklich dafür ein, die genannten Disziplinarverfahren zu beschleunigen, indem wir die Möglichkeit prüfen, das Verfahren zu vereinfachen und/oder das Personal der Abteilung aufzustocken. Unser Ziel ist es, effiziente und zeitnahe Disziplinarverfahren zu gewährleisten.

STÄRKUNG DES RECHTLICHEN SCHUTZES FÜR POLIZEIBEAMTE

Als DP ist es uns wichtig, die rechtliche Unterstützung für Polizisten, die während ihres Dienstes in Unfälle verwickelt sind oder Disziplinarverfahren ausgesetzt sind, zu verbessern und zu beschleunigen. Wir engagieren uns für den Schutz und die Unterstützung dieser Polizisten, indem wir sicherstellen, dass ihnen umgehend angemessene rechtliche Unterstützung zur Verfügung gestellt wird. Auf diese Weise möchten wir gewährleisten, dass sie gerecht behandelt werden und ihre Rechte sowie Interessen gewahrt bleiben.

MEHR EFFIZIENZ UND HANDLUNGSFREIHEIT FÜR POLIZISTEN

Die DP setzt sich dafür ein, die Effizienz der Polizisten durch mehr Handlungsfreiheit zu

steigern. Hierfür streben wir eine Vereinfachung und Beschleunigung der bestehenden Prozedur gemäß Artikel 10 des aktuellen Polizeigesetzes an. Diese Prozedur ermöglicht es Polizeibeamten, Gebäude, Fahrzeuge und unbebaute Gebiete zu betreten, wenn eine unmittelbare Gefahr für Leben oder körperliche Unversehrtheit besteht. Unser Ziel ist es, dass Polizisten in solchen Situationen eigenständige Entscheidungen treffen können, um schnell handlungsfähig zu sein, ohne auf die Zustimmung des Bürgermeister oder Ministers warten zu müssen.

DIGITALISIERUNG INNERHALB DER POLIZEI KONSEQUENT VORANTREIBEN

Die DP wird den Digitalisierungsprozess innerhalb der Polizei voranzutreiben. Ein besonderes Augenmerk liegt darauf, die Abkehr von manuellen Akten und inkompatiblen IT-Programmen durch eine umfassende Digitalisierung umgehend zu erreichen. Das Ziel besteht darin, eine effizientere, zeitsparende und produktivere Arbeitsweise zu ermöglichen. Die DP fordert eine proaktive und schnellere Integration der verschiedenen Datenträger in ein einheitliches digitales Programm.

Des Weiteren sind Investitionen in moderne Tablets unerlässlich, um die Effizienz der administrativen Arbeit vor Ort zu verbessern.

RETTUNGSWESEN

EINFÜHRUNG EINER ZWÖLFSTUNDEN-SCHICHT FÜR BERUFSFEUERWEHRKRÄFTE

Als DP setzen wir uns dafür ein, die Schichten der hauptberuflichen Feuerwehrleute von acht auf zwölf Stunden zu verlängern. Diese Veränderung verbessert nicht nur die Arbeitsbedingungen und die Produktivität, sondern entspricht auch besser den örtlichen Anforderungen. Sie ermöglicht eine effizientere Bewältigung der täglichen Aufgaben und reduziert gleichzeitig den Bedarf an Überstunden. Zudem ist dies ein bedeutsamer Schritt, um eine Kluft zwischen den Beschäftigten zu vermeiden, da bereits die hauptberufliche Feuerwehr CIS Lützelburg, die Einsatzzentrale am

Polizeibeamte können mit diesen Tablets in Echtzeit Informationen abrufen, Daten eingeben und Berichte verfassen. Elektronische Formulare, Datenbankzugriff, Bild- und Videoaufnahmen sowie digitale Berichts- und Notizverwaltung reduzieren Zeit- und Papieraufwand.

POLIZEIARBEIT 2.0

Im Zeitalter des technologischen Fortschritts eröffnet der Einsatz moderner Technologien der Polizei neue Möglichkeiten, effizienter zu arbeiten und Straftäter effektiver zu verfolgen. Durch die Nutzung moderner Technik, wie beispielsweise der automatischen Nummernschilderkennung, können gestohlene Fahrzeuge schneller aufgespürt, Fahndungen beschleunigt und Verdächtige schneller gefunden werden. Dies führt zu einer verbesserten Effizienz bei der Strafverfolgung und ermöglicht den Beamten, ihre Ressourcen effizienter einzusetzen. Dennoch ist es wichtig, dass der Einsatz dieser Technologien im Einklang mit rechtlichen und ethischen Standards erfolgt, um die Privatsphäre zu schützen. Die Verbindung von moderner Technik und polizeilicher Arbeit verspricht eine schnellere Identifizierung und Verantwortlichkeit von Straftätern und trägt somit zur Sicherheit, Recht und Ordnung unserer Gesellschaft bei.

Findel und die Zentrale des 112 die 12-Stunden-Schicht erfolgreich praktizieren.

SAMU-RETTUNGSDIENST AUF DEN PRÜFSTAND STELLEN

Die DP will eine flächendeckende und zeitnahe Notfallversorgung gewährleisten. Wir werden dazu den SAMU-Rettungsdienst auf seine Effizienz prüfen und gegebenenfalls zusätzliche SAMU-Einheiten in den ländlichen Gebieten einrichten.

REFORM DES RETTUNGSWESENS ANALYSIEREN

Die DP engagiert sich für eine gründliche Analyse der im Jahr 2018 verabschiedeten Reform des

Rettungswesens, um gegebenenfalls erforderliche Anpassungen vorzunehmen. Zu diesem Zweck werden wir die grundlegenden Säulen der Dienstorganisation, die verstärkte Unterstützung für die Freiwilligenarbeit, die Evaluierung der Schaffung neuer Räumlichkeiten sowie die Finanzierung des CGDIS sorgfältig prüfen.

EHRENAMT FÖRDERN

Die DP erkennt die immense Bedeutung der Freiwilligenarbeit für die Rettungsdienste an und würdigt den wertvollen Beitrag sowie die selbstlose Einsatzbereitschaft der ehrenamtlichen Helfer. Wir setzen uns dafür ein, die Freiwilligenarbeit zu stärken und zu fördern. Dazu wollen wir bestehende Maßnahmen regelmäßig evaluieren und neue Projekte initiieren. Die Freiwilligenarbeit wollen wir fördern, indem wir die Rahmenbedingungen durch finanzielle und steuerliche Anreize, eine angemessene Ausstattung sowie attraktive und flexible Schulungs- und Fortbildungsmöglichkeiten verbessern.

VERTEIDIGUNG

EINE MODERNE UND EFFIZIENTE ARMEE GEWÄHRLEISTEN

Die DP ist davon überzeugt, dass die Luxemburger Armee effizient und modern aufgestellt sein muss, um den gegenwärtigen und zukünftigen sicherheitspolitischen und geopolitischen Herausforderungen bestmöglich gerecht zu werden. Wir befürworten daher Maßnahmen zur optimalen personellen, materiellen und infrastrukturellen Ausstattung.

INVESTITIONEN IN DIE LUXEMBURGER ARMEE STÄRKEN

Als DP unterstützen wir eine Stärkung der Investitionen in die Luxemburger Armee. Wir sind davon überzeugt, dass es langfristig erforderlich ist, mindestens 1% des BIP für die Verteidigungspolitik aufzuwenden, um den aktuellen und zukünftigen sicherheitspolitischen und geopolitischen Herausforderungen, sowie unseren Verpflichtungen gegenüber der NATO, bestmöglich gerecht zu werden.

„LEBENSRETTER“ APP EINFÜHREN

Die DP setzt sich für die Einführung einer „Lebensretter“ App ein. Diese App benachrichtigt registrierte Mitglieder und geschulte Ersthelfer (First Responder) unverzüglich über einen Notfall, wenn sie sich in der Nähe des Unglücksortes befinden. Sobald der Freiwillige seine Verfügbarkeit bestätigt, wird der Einsatz gestartet und die App führt den Helfer zum Standort der hilfsbedürftigen Person. Der Einsatz der Freiwilligen endet, sobald die professionellen Rettungsdienste eintreffen. Durch dieses System können wertvolle Minuten eingespart werden, da der Ersthelfer schneller bereits vor dem Krankenwagen vor Ort Hilfe leisten kann.

ERSTE-HILFE-KURSE FÖRDERN

s. Kapitel Gesundheit

ERSTE-HILFE-KURSE FÜR ALLE SCHÜLER VORSEHEN

s. Kapitel Bildung

SYNERGIEN MIT DER WIRTSCHAFT SCHAFFEN

Die DP will unseren internationalen Verpflichtungen gerecht werden und gleichzeitig wirtschaftliche Vorteile für unser Land schaffen. Wir werden dazu verstärkt Synergien zwischen der Armee und der Wirtschaft schaffen. Dies soll zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen und die Forschung und Entwicklung in spezifischen Bereichen fördern.

EINFÜHRUNG EINES WEHRBEAUFTRAGTEN

Die DP engagiert sich für die Einführung eines Wehrbeauftragten, der als Ansprechpartner für Beschwerden, Anregungen und Vorschläge der Soldaten fungiert und sie bei Problemen und Konflikten unterstützt. In seiner Rolle als unabhängiger Beauftragter kann er als Bindeglied zwischen der Armee, dem Parlament und der Regierung dienen.

MODERNISIERUNG DER ARMEE VORANTREIBEN

Die DP unterstützt die fortlaufende Investition in die Modernisierung der Leistungsfähigkeit der Armee, insbesondere in ihren Spezialbereichen wie dem ISR-Bereich (Intelligence, Surveillance and Reconnaissance), der medizinischen Evakuierung, der Observation und dem Transport. Die DP befürwortet auch den Ausbau und die Weiterentwicklung der Cyberkapazitäten sowie der Kapazität der Armee für Drohnen und setzt sich dafür ein, dass die Verteidigungsstrategie für das Weltall aufrechterhalten wird.

SCHAFFEN EINES MILITÄRHOSPITALS

Die DP befürwortet grundsätzlich die Einrichtung eines Militärkrankenhauses, um den medizinischen Dienst der Armee zu stärken und einen Mehrwert für die Bevölkerung zu schaffen.

EINFÜHRUNG EINES UNABHÄNGIGEN UND DEZENTRALISIERTEN PSYCHOLOGISCHEN DIENSTES

Um eine größere Diskretion des Militärpersonals zu gewährleisten, setzt sich die DP für die Einführung eines zweiten unabhängigen und dezentralisierten psychologischen Dienstes ein, ähnlich wie bei der Polizei, der außerhalb des Armeestützpunkts Härebierg

angesiedelt ist. Dabei könnten Weiterbildungen, Berufsberatungen und Einschätzungen in Personalfragen weiterhin am Armeestützpunkt stattfinden. Die Behandlung persönlicher traumatischer Erfahrungen, privater Probleme und familiärer Konflikte hingegen soll diskret erfolgen und in die Verantwortung des unabhängigen und dezentralisierten psychologischen Dienstes fallen.

MANGEL AN MILITÄRÄRZTEN ENTGEGENWIRKEN

Die DP engagiert sich aktiv für die Bewältigung des Mangels an Militärärzten. Unser Ziel ist es, konstruktive Diskussionen mit allen relevanten Beteiligten zu führen, um kontinuierliche Verbesserungen der bestehenden Regelungen und Gesetzgebungen für Militärärzte zu erreichen. Dabei legen wir besonderen Wert darauf, attraktive Anreize und Vergünstigungen zu schaffen, um diese Position für Ärzte ansprechender zu gestalten. Im Gegensatz zu Allgemeinmediziner*innen, die derzeit tätig sind, bieten Militärärzte die Möglichkeit, an Auslandseinsätzen teilzunehmen und verfügen aufgrund ihrer spezifischen Ausbildung über ein besseres Verständnis für die besonderen Anforderungen und Herausforderungen, mit denen Soldaten konfrontiert sind.

25

EUROPA- UND AUSSENPOLITIK LUXEMBURG ALS VERLÄSSLICHER PARTNER IN DER EU UND DER WELT

Weltweite Krisen und Bedrohungen werden immer komplexer. Der internationale Zusammenhalt von Staaten wird deshalb immer wichtiger. Als Gründungsmitglied der Europäischen Union, der Vereinten Nationen, der NATO, der OSZE und des Europarats ist Luxemburg Teil einer großen Staatengemeinschaft, die sich als Ziel gesetzt haben, die Zusammenarbeit und den Frieden in der Welt zu pflegen, und auch in Krisenzeiten zusammenzustehen. Das ist nicht für alle Länder selbstverständlich. Vereinzelt werden Krisen, wie die Covid-Pandemie, der Krieg in der Ukraine oder Flüchtlingsströme für populistische und nationalistische Zwecke instrumentalisiert. Die letzten Jahre haben aber mehrfach gezeigt, dass gerade in schwierigen Zeiten Multilateralismus mehr bringt als Alleingänge. Besonders kleine Staaten wie Luxemburg können die Herausforderungen der Zukunft am besten in einem Staatenverbund meistern.

EUROPÄISCHE EINHEIT STÄRKEN

Die DP unterstützt die europäische Integration. Luxemburg hat sich von Anfang an zum europäischen Projekt bekannt. Die Europäische Union hat es uns in den letzten Jahrzehnten nicht nur ermöglicht, gemeinsame Projekte zu verwirklichen, sondern sie bietet uns auch eine Plattform, um nationale Interessen zu verteidigen. Eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union birgt viele Rechte und Pflichten. Für die DP ist klar, dass jeder Mitgliedsstaat sich an die geltenden Regeln halten muss, und ein Cherrypicking für Mitgliederländer keine Option sein darf. Des Weiteren ist es der DP wichtig, Luxemburg als europäische Hauptstadt zu erhalten und zu stärken.

EUROPÄISCHE WERTE STÄRKEN UND VERTEIDIGEN

Werte wie Frieden, Freiheit und Demokratie sind tief im Herzen unserer Nation verwurzelt. Für die DP ist klar, dass Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit geachtet und verteidigt werden müssen. Nationalistische Tendenzen und mehr oder weniger latent populistische und protektionistische Bewegungen führen leider zu einer Aushöhlung des Rechtsstaats. Die DP steht für eine europäische Politik, in der rechtsstaatliche Prinzipien und Menschenrechte gewahrt bleiben. Konkret fordert die DP, dass der Rechtsstaatsmechanismus auf EU-Ebene konsequent gestärkt wird.

DIE RESILIENZ DES EUROPÄISCHEN BINNENMARKTS STÄRKEN

Wir verdanken das Luxemburger Erfolgsmodell zu einem Großteil dem europäischen Binnenmarkt. Die Pandemie und der Krieg in der Ukraine haben gezeigt, dass die EU in höchstem Maße vom Ausland abhängig ist. Es ist nicht möglich, den europäischen Binnenmarkt in einer globalisierten Welt unabhängig zu gestalten. Die DP unterstützt bewusst Initiativen, um die europäische Wirtschaft und besonders auch unsere Energieversorgung - unabhängiger von Drittstaaten zu gestalten.

BILATERALE BEZIEHUNGEN

Die Auslandsvertretung Luxemburgs soll der Größe unseres Landes entsprechen und gemeinsame Werte und nationale Interessen vertreten. Falls erforderlich, befürwortet die DP die Umwandlung von Handelsbüros in Botschaften oder sogar die Einrichtung neuer

Botschaften. Auf bilateraler Ebene müssen unsere Handelsbeziehungen und unser Netz an bilateralen Steuerabkommen ausgebaut werden.

BEZIEHUNGEN ZUM VEREINIGTEN KÖNIGREICH

Auch nach dem Brexit sind stabile und produktive Beziehungen zum Vereinigten Königreich wichtig. Die DP ist bestrebt, diese im Rahmen einer gesamteuropäischen Politik zu pflegen. Das Brexit-Abkommen muss von beiden Seiten strikt eingehalten werden. Gerade im Hinblick auf die Regulierung des Finanzplatzes ist ein solides Fundament entscheidend.

EINE KOHÄRENTE EU-AUSSENPOLITIK

Generell ist es wichtig, dass die Europäische Union in der Außenpolitik einheitliche Positionen vertritt. Nur geschlossen kann die Gemeinschaft auf dem internationalen Parkett für ihre Interessen und Werte eintreten. Die DP verpflichtet sich, dass Luxemburg seine Rolle in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik mit der nötigen Seriosität erfüllt.

EINE KOHÄRENTE EUROPÄISCHE SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine hat die europäische Sicherheitsarchitektur erschüttert und uns die Abhängigkeit Europas vom amerikanischen Bündnispartner sowie die Notwendigkeit einer kohärenten europäischen Sicherheitspolitik vor Augen geführt. Die Demokratische Partei setzt sich für die Stärkung der Interoperabilität der Armeen in der EU aber auch mit Drittstaaten ein. Auch der Schaffung einer Europäischen Armee steht die DP offen gegenüber. Um den Ausbau der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik weiter zu fördern, sollen Investitionen in die Verteidigung fortgesetzt werden. Grenzkonflikte, Cyberangriffe und Terrorismus werden weiter unsere Aufmerksamkeit erfordern. Luxemburg soll seinen NATO-Beitrag bis 2030 auf ein Prozent des nationalen Bruttonutzenprodukts erhöhen. Die Verantwortlichen für die Verbrechen im Ukraine-Krieg müssen vor ein internationales Kriegsgericht gestellt werden. Auf lange Sicht

sollte die Russische Föderation aber nicht von der internationalen Gemeinschaft ausgeschlossen werden.

EU-ERWEITERUNG SOLIDARISCH BEGLEITEN

Die DP hält nach wie vor an den Kopenhagener Kriterien fest: Institutionelle Stabilität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind Grundvoraussetzungen für den Beitritt eines Drittstaates in die Europäische Union. Im Zuge des Ukrainekriegs entstand die Idee, Staaten und Beitrittskandidaten schrittweise an die Europäische Union heranzuführen, ohne ihnen sofort den Mitgliedsstatus zu erteilen. Die DP begrüßt diesen Ansatz und betont, dass Beitrittsgespräche nur dann aufgenommen werden sollten, wenn ernsthafte Anstrengungen und greifbare Ergebnisse seitens eines Kandidaten-Staates vorliegen. Wir unterstützen die Aufnahmegesuche von Ländern wie Albanien, Kosovo, Nordmazedonien und der Ukraine. Aus geopolitischer Sicht gesehen, ist ein EU-Beitritt von Moldawien nicht auszuschließen, auch wenn dieser Staat noch Anpassungen in seinem Rechtssystem vornehmen muss. Zuerst aber sollte die Aufnahmefähigkeit der EU überprüft und gegebenenfalls verbessert werden. Eine gut funktionierende politische Union ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine engere Zusammenarbeit auf militärischer Ebene.

ENTSCHEIDUNGSPROZESSE UND BÜRGERBETEILIGUNG

Um handlungsfähig zu bleiben, müssen die Entscheidungsprozesse innerhalb der Europäischen Union angepasst werden, ohne aber, dass das Subsidiaritätsprinzip in Frage zu stellen. Mit dem Luxemburger Beitritt in die neue EU-Koalition Freundesgruppe wurde bereits ein erster Vorstoß unternommen, die Entscheidungsfindung in der EU zu erleichtern. Die Bürgerbeteiligung sollte auf europäischer Ebene verstärkt werden, um die Menschen auch künftig weiter in die Politik einzubinden. Der als Feiertag festgehaltene Europatag am 9. Mai sollte Anlass geben, sich die europäische Geschichte neu zu vergegenwärtigen. Zudem muss die Frage der europäischen Integration in unseren

Schulen eingehender thematisiert werden. Die Schlussfolgerungen der Konferenz zur Zukunft Europas sollten schnellstmöglich umgesetzt werden.

MIGRATION WIRKSAM REGULIEREN

Die DP ist gegen eine Festung Europa. Wir müssen solidarisch mit den Menschen sein, die gezwungen sind, ihre Heimat wegen Krieg, Diskriminierung oder Hass zu verlassen. Anträge von Schutzsuchenden sollen effizient bearbeitet werden. Der Familiennachzug und die Familienzusammenführung müssen so gestaltet werden, dass eine Integration möglich ist. Das Dublin-System sollte überarbeitet, und Ausweisungen müssen aus nachvollziehbaren Gründen beschlossen und erläutert werden. Eine gerechte Umverteilung von Flüchtlingen und Schutzsuchenden sollte die Grundlage einer effizienten und angemessenen Migrationspolitik bilden. Gemäß einem gerechten Verteilungsschlüssel müssen alle EU-Staaten bereit sein, Asylsuchende und Flüchtlinge aufzunehmen.

Die Aktivitäten von FRONTEX müssen in Zukunft schärfer kontrolliert, und einer kritischen Überprüfung in Bezug auf ihre Rechtmäßigkeit unterzogen werden. Die EU-Agentur muss bei der Überwachung der Außengrenzen eine stärkere Rolle spielen.

GEZIELTE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT UND HUMANITÄRE HILFE

Kooperation und Zusammenarbeit kann nur gelingen, wenn ein Partnerland nicht mehr auf internationale Unterstützung angewiesen ist. Ziel ist es, die Sicherheit der Menschen in unseren Partnerländern zu gewährleisten, sowie die Wirtschaft und soziale Gerechtigkeit zu stärken. Die DP steht für fairen Handel und gleichberechtigte Beziehungen zu den Partnerländern. Wir halten an der Vorgabe fest, ein Prozent unseres Bruttonationaleinkommens in die öffentliche Entwicklungshilfe (humanitäre Hilfe eingeschlossen) zu investieren. Neue Zielländer sind nicht ausgeschlossen, wobei die Priorität auf den afrikanischen Kontinent gerichtet werden soll. Gegenüber bestehenden Zielländern, die elementare rechtsstaatliche Prinzipien missachten, müssen in Zukunft strengere Regeln angewandt werden.

PARTNERLÄNDER BEIM KLIMASCHUTZ UNTERSTÜTZEN

s. Kapitel Nachhaltigkeit

KLIMA-DACHFONDS WEITER AUSBAUEN

s. Kapitel Finanzplatz

MENSCHENRECHTE UND DIE UMWELT DURCH EIN LIEFERKETTENGESETZ BESSER SCHÜTZEN

Die Einhaltung der Menschenrechte hat für die DP oberste Priorität. Strukturschwache Länder dürfen nicht zugunsten anderer Länder ausgebeutet werden. Darüber hinaus setzt sich die Demokratische Partei für eine nachhaltige Produktion ein. In diesem Sinne unterstützt die DP den Vorschlag der Europäischen Kommission für ein Lieferkettengesetz, damit Sozial- und Nachhaltigkeitsstandards eingehalten werden. Hierbei darf man nicht übersehen, dass die Hauptlast in der Umsetzung der Lieferkettengesetzgebung bei den Unternehmen liegt. Da hier neue administrative Vorgänge nicht auszuschließen sind, muss auf die Proportionalität geachtet werden. Außerdem fordert die DP im Rahmen der Verwaltungsvereinfachung, die Unternehmen dort zu entlasten, wo der administrative Aufwand nicht zielführend ist.

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN STÄRKEN

Internationale Organisationen wie die UNO, den Weltwährungsfonds, die Weltbank und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) sind verlässliche Instanzen, um schnell und gemeinsam auf internationale Herausforderungen zu reagieren. Die DP ist der festen Überzeugung, dass unser Engagement auf dieser Ebene fortgesetzt werden muss. In diesem Sinne stehen wir auch Reformvorschlägen offen gegenüber, um diese Institutionen noch effizienter zu gestalten. Wir unterstützen insbesondere die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen. Diese siebzehn konkreten Ziele sollen den globalen Fortschritt nachhaltig gestalten und den Menschen vor allem aus Armut und Hunger heraushelfen.

JURISTISCHE KOOPERATION IN EUROPA STÄRKEN

Transparenz, effiziente Prozesse und eine einwandfreie Kooperation sind für eine gute juristische Zusammenarbeit in Europa unabdingbar. Gemeinschaftliche Ermittlungsteams, sowie die neu geschaffene Europäische Staatsanwaltschaft, ermöglichen eine effiziente, grenzüberschreitende Ermittlungsarbeit. Um einen besseren Informationsaustausch zu gewährleisten, setzt sich die DP für die Schaffung einer europäischen Sicherheitsagentur ein. Wichtig ist auch, dass alle Verfahren zwischen den Partnerstaaten klar und kohärent sind. Ferner sollen klare Regeln bestimmen, wie Urteile eines Landes in anderen Mitgliedsstaaten umgesetzt werden sollen.

JURISTISCHE VERFOLGUNG VON WIRTSCHAFTS- UND FINANZKRIMINALITÄT STÄRKEN

s. Kapitel Finanzplatz

NATION BRANDING

Die DP unterstützt die Bemühungen des Nation Branding, um Luxemburg ein positives Image zu verleihen und die Attraktivität des Landes für ausländische Partner zu steigern. Dies soll dem Land ermöglichen, weiterhin Investitionen, Unternehmen und Touristen anzuziehen. Nation Branding ist nicht nur für unsere Wirtschaft von Vorteil, sondern fördert auch die Beziehungen zu Ländern innerhalb und außerhalb Europas.

KULTURELLEN AUSTAUSCH IN EUROPA AUSBAUEN

Durch Programme wie Erasmus+ werden junge Menschen in Europa akademisch und beruflich gefördert. Das europäische Programm ALMA (Aim, Learn, Master, Achieve) der Europäischen Kommission ermöglicht es arbeitslosen Jugendlichen für zwei bis sechs Monate Erfahrungen im EU-Ausland zu sammeln. Die DP unterstützt diese und ähnliche Projekte, die den kulturellen Austausch erweitern und den Erfolg zukünftiger Generationen sichern.

#nobeidir



DEMOKRATESCH PARTEI
2A rue des Capucins
L-1313 Luxembourg
Tél.: 22 10 21 | dp@dp.lu | www.dp.lu

